



# Landtag von Baden-Württemberg

52. Sitzung

10. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 10. Oktober 1990 · Haus des Landtags

Beginn: 10.03 Uhr

Schluß: 19.43 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	4329	Beschlußempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses – Drucksachen 10/4085, 10/4086 . . . . .	4374
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Dr. Ohnewald . . . . .	4329	Abg. Dr. Wetter CDU . . . . .	4375
Überweisung der Mitteilung der Landesregierung vom 4. Oktober 1990 betreffend Verordnung über die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für den höheren Forstdienst im Jahre 1991, Drucksache 10/4118, an den Ausschuß für Ländlichen Raum und Landwirtschaft . . . . .	4329	Abg. Dr. Puchta SPD . . . . .	4376
Umbesetzung im Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung . . . . .	4329	Abg. Bütikofer GRÜNE . . . . .	4378
1. Fortsetzung		Abg. Vollmer FDP/DVP . . . . .	4379, 4389
a) der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1991 und 1992</b> – Drucksache 10/4005		Minister Dr. Palm . . . . .	4381
b) der Beratung des Mittelfristigen Finanzplans des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 1990 bis 1994		Minister Dr. Engler . . . . .	4382
– Allgemeine Aussprache – . . . . .	4329	Beschluß . . . . .	4384
Abg. Teufel CDU . . . . .	4329		
Abg. Dr. Spöri SPD . . . . .	4335, 4368	3. Zweite Beratung	
Abg. Bütikofer GRÜNE . . . . .	4344	a) des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Änderung des Landtagswahlgesetzes</b> – Drucksache 10/3470	
Abg. Dr. Döring FDP/DVP . . . . .	4350	b) des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – <b>Gesetz über die Landtagswahlen (Landtagswahlgesetz – LWG)</b> – Drucksache 10/2376	
Ministerpräsident Späth . . . . .	4356	c) des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – <b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Landtagswahlen</b> – Drucksache 10/3973	
Minister Dr. Palm . . . . .	4371	Beschlußempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 10/4095 . . . . .	4391
Beschluß . . . . .	4374	Antrag Drucksache 10/4123	
2. Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Feststellung eines Fünften Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1990</b> – Drucksache 10/3488		Abg. Bütikofer GRÜNE . . . . .	4392
		Abg. Dr. Schäuble CDU . . . . .	4393
		Abg. Birzele SPD . . . . .	4394
		Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP . . . . .	4396
		Abg. Straub CDU . . . . .	4397
		Abg. Rosemarie Glaser GRÜNE . . . . .	4398
		Minister Schlee . . . . .	4399
		Beschluß . . . . .	4401

4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Zuständigkeiten nach der Straßenverkehrs-Ordnung</b> – Drucksache 10/3983 . . . . .	4402	Minister Schlee . . . . .	4407
Minister Schlee . . . . .	4402	Beschluß . . . . .	4408
Beschluß . . . . .	4402	6. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Innenministeriums – <b>Maßnahmen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität</b> – Drucksache 10/2106 . . . . .	4409
Minister Schlee (zu Protokoll) . . . . .	4402	Abg. Ströbele CDU . . . . .	4409
5. Zweite Beratung		Abg. Schrempp SPD . . . . .	4410
a) des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes</b> – Drucksache 10/3250		Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE . . . . .	4411
Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 10/3624		Abg. Vollmer FDP/DVP . . . . .	4411
b) des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – <b>Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Baden-Württemberg</b> – Drucksache 10/3604		Minister Schlee . . . . .	4413
Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 10/4070 . . . . .	4403	Beschluß . . . . .	4415
Abg. Dr. Maus CDU . . . . .	4403	7. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt – <b>Verordnung über die Vermeidung von Verpackungsabfällen</b> – Drucksache 10/3602 . . . . .	4415
Abg. Göschel SPD . . . . .	4404	Abg. Birgit Kipfer SPD . . . . .	4415, 4422
Abg. Rosemarie Glaser GRÜNE . . . . .	4405	Abg. Scheuermann CDU . . . . .	4417
Abg. Albrecht FDP/DVP . . . . .	4406	Abg. Jacobi GRÜNE . . . . .	4418
		Abg. Pfister FDP/DVP . . . . .	4419
		Staatssekretär Baumhauer . . . . .	4420
		Beschluß . . . . .	4422
		Nächste Sitzung . . . . .	4422

## Protokoll

über die 52. Sitzung vom 10. Oktober 1990

Beginn: 10.03 Uhr

**Präsident Erich Schneider:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 52. Sitzung des 10. Landtags von Baden-Württemberg.

**U r l a u b** für heute habe ich den Herren Abg. Beerstecher, Mühlbeyer und Nicola erteilt.

**K r a n k** gemeldet sind die Herren Abg. Uhrig und Dr. Weingärtner sowie die Herren Minister Weiser und Mayer-Vorfelder.

Meine Damen und Herren, wir haben heute ein Geburtstagskind unter uns. Herr Kollege Dr. Ohnewald, ich gratuliere Ihnen im Namen des ganzen Hauses herzlich

(Beifall im ganzen Haus)

und wünsche Ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit.

(Abg. Dr. Ohnewald CDU: Ich bedanke mich, Herr Präsident!)

Meine Damen und Herren, im Eingang befindet sich eine Mitteilung der Landesregierung vom 4. Oktober 1990 betreffend Verordnung über die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für den höheren Forstdienst im Jahre 1991. Die Mitteilung wird Ihnen als Drucksache 10/4118 zugehen. Ich schlage Ihnen vor, die Vorlage dem Ausschuß für Ländlichen Raum und Landwirtschaft zur weiteren Beratung zu überweisen. – Das Haus ist damit einverstanden.

Zu Beginn der Wahlperiode, meine Damen und Herren, hat der Landtag auf Vorschlag der Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Kretschmann in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung gewählt. Die Fraktion GRÜNE schlägt eine Umbesetzung vor. Anstelle von Herrn Abg. Kretschmann soll künftig Frau Abg. Rosemarie Glaser dem Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung angehören. – Ich stelle fest, daß Sie dem zustimmen.

Wir treten jetzt in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Fortsetzung**

**a) der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1991 und 1992 – Drucksache 10/4005**

**b) der Beratung des Mittelfristigen Finanzplans des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 1990 bis 1994**

– **Allgemeine Aussprache** –

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache bei gestaffelten Redezeiten eine Grundredezeit von 35 Minuten je Fraktion festgelegt.

Ich darf in der Allgemeinen Aussprache Herrn Abg. Teufel das Wort erteilen.

**Abg. Teufel CDU:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Doppelhaushalt 1991/92 spiegeln sich die Schwerpunkte unserer Politik wider. Wir wollen der jungen Generation in Baden-Württemberg Zukunftschancen eröffnen in Schule und Hochschule, in Berufsausbildung und Fortbildung, in kultureller und sportlicher Betätigung. Wir leisten unseren Solidarbeitrag für das Zusammenwachsen des einen Deutschlands und für eine gute Entwicklung in Sachsen und in den anderen neuen Bundesländern. Wir unterstützen unsere mittelständische Wirtschaft in der Vorbereitung auf den großen gemeinsamen Binnenmarkt in der Europäischen Gemeinschaft. Baden-Württemberg muß die führende Wirtschaftsregion im Herzen Europas bleiben. Wir wollen unseren bescheidenen Beitrag zur Entwicklung der Länder Mittel- und Osteuropas und zur Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern leisten. Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und vorbeugender Umweltschutz sind ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Die Sorge um Familien mit Kindern, um Alleinerziehende und um die Pflege für ältere Mitbürger ist uns selbstverständliche soziale Pflicht.

Der Regierungsentwurf, für den ich unserem Finanzminister Dr. Palm und allen seinen Mitarbeitern Dank und Anerkennung sage, setzt die in dieser Situation notwendigen Schwerpunkte. Sie wurden mit der CDU-Fraktion abgestimmt und von uns ergänzt, erweitert, verstärkt.

Die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung, Bildung und Ausbildung steigen auf knapp 4,7 Milliarden DM im Jahre 1991 und auf 4,9 Milliarden DM im Jahre 1992. Über 900 neue Personalstellen werden geschaffen. Die Grundausstattung der Universitäten im investiven und personalen Bereich wird verbessert. Die Fachhochschulen und ihre Außenstellen werden in den nächsten Jahren um etwa 1 600 Studienanfängerplätze ausgebaut. Allein dafür sind im Doppelhaushalt 200 Personalstellen und über 30 Millionen DM an Sachmitteln bereitgestellt.

(Teufel)

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Über 300 Millionen DM wird das Bausonderprogramm umfassen. Dies, meine Damen und Herren, ist eine gewaltige Anstrengung, die jetzt erfolgen muß, weil junge Leute jetzt mit ihrem Abitur und mit Ausbildungsplätzen vor der Tür stehen und diese Investition deshalb nicht in einigen Jahren bedarfsgerecht nachgeholt werden kann. Es ist eine echte Zukunftsinvestition.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Genauso verhält es sich bei den Berufsakademien, einem Solitär baden-württembergischer Hochschulpolitik. Die Berufsakademien bieten derzeit schon 10 000 Studienplätze für Abiturienten, und sie decken damit einen beachtlichen Teil des Führungsnachwuchses unserer Wirtschaft. Mit 50 neuen Personalstellen wollen wir die Berufsakademien im Doppelhaushalt weiter ausbauen, und wir wollen auf 12 000 Studienplätze kommen.

Die Fachhochschulen und ihre Außenstellen sowie die Berufsakademien und ihre Außenstellen sind daneben ein wichtiges Instrument der Strukturpolitik zu einem gleichgewichtigen Ausbau unseres Landes in allen seinen Regionen.

Das Land unternimmt in diesem Doppelhaushalt auch große Anstrengungen, um die gute Unterrichtsversorgung trotz steigender Schülerzahlen auf ihrem hohen Niveau halten zu können. Im Planentwurf sind 1 000 neue Lehrerstellen vorgesehen. Baden-Württemberg liegt trotz eines leichten Rückgangs in der Schüler-Lehrer-Relation weiterhin deutlich vor allen anderen Flächenländern. Das wichtigste Anliegen der CDU-Fraktion in den anstehenden Beratungen wird die weitere Verbesserung der Zukunftschancen für die junge Generation sein. Mit diesem Programm wollen wir das hohe Niveau unseres Bildungswesens insbesondere in seinem beruflichen Teil weiter erhöhen und die Lebensqualität für die junge Generation verbessern.

Diesem Ziel, meine Damen und Herren, dienen auch die Ausgaben für den Wohnungsbau. Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau haben sich in den letzten drei Jahren drastisch erhöht. Im Planentwurf sind für 1991 833 Millionen DM vorgesehen. Das Land hat auf die völlig veränderte Lage auf dem Wohnungsmarkt rasch reagiert. In keinem anderen Bundesland gibt es so viele Baugenehmigungen und so viele Baufertigstellungen wie in Baden-Württemberg. Die öffentlichen Haushalte allerdings sind allein in dieser Aufgabe wegen des großen Finanzbedarfs überfordert. Wir müssen deshalb weiterhin alles daransetzen, die Reserven im Wohnungsbestand zu mobilisieren und Ressourcen unserer Bauwirtschaft und des Kapitalmarkts zu aktivieren. Privates Kapital ist vorhanden. 1989 gab es einen neuen Sparrekord. Die Sparquote lag bei 13,6 %.

Das Sparvermögen der Bundesbürger wird Ende 1989 auf 2,8 Billionen DM geschätzt. Zur gezielten Verbesserung der Wohnungssituation für junge Familien wird die CDU-Fraktion das Landeswohnungsbauprogramm durch ein

Sonderprogramm für Eigentumsmaßnahmen mit einem Volumen von rund 150 Millionen DM ergänzen. Wir wollen damit ganz gezielt den jungen Familien, die an der Schwelle zum Wohnungseigentum stehen, schon in der Familiengründungsphase den nötigen Rückhalt für den Eigentumserwerb geben. Adressaten sind Familien, die von den bisherigen Förderkonditionen nicht erreicht wurden. Es geht uns in diesem Programm also vorrangig um junge Ehepaare ohne Kinder oder um Ehepaare mit einem Kind.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Ausgaben des Landes für den Umweltschutz steigen von 1,3 Milliarden DM im Jahr 1989 auf 1,8 Milliarden DM im Jahr 1991. Dies ist eine Steigerungsrate von über 39 % in zwei Jahren. Sie liegt weit über allen anderen Steigerungsraten des Haushalts. Besser kann man den Rang nicht zum Ausdruck bringen, den die Landesregierung und die CDU-Fraktion dem Umweltschutz beimessen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion wird sowohl im Bereich der Förderprogramme für die private Wirtschaft als auch für Kommunen zusätzliche Fördermittel in Höhe von insgesamt 19 Millionen DM für den Umweltschutz bereitstellen. Sie sind für die Förderung erneuerbarer Energien, für intelligenten Energieeinsatz, für das Tausend-Dächer-Programm, für die Umsetzung unseres Gesamtkonzepts „Naturschutz und Landschaftspflege auf örtlicher Ebene“, für Pilotprojekte beim Lärmschutz und für Pilotprojekte der gewerblichen Wirtschaft auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft und der Abfalltechnik vorgesehen.

Einen hohen Stellenwert nimmt auch in diesem Haushalt die Sozial- und Familienpolitik ein. Die Kindergartenträger werden 1992 im Durchschnitt für jedes Kind 740 DM Personalkostenzuschuß vom Land erhalten; 1990 waren es noch 660 DM. Für eine gezielte Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit durch ein neues Modell, durch Hilfe zur Selbsthilfe, werden wir ein Programm beschließen, das jährlich 8 Millionen DM Zuschüsse an Träger solcher Einrichtungen enthalten wird, die sich besonders dieser wichtigen Aufgabe annehmen.

Die Krankenhausfinanzierung wird mittelfristig auf ein Investitionsvolumen von 700 Millionen DM angehoben. Sie beträgt 1991 bereits 651 Millionen DM. Die Landeszuschüsse für die Sozialstationen steigen von 1990 bis 1992 um 7,5 Millionen DM. Ebenso deutlich nehmen die Zuschüsse zur Errichtung von Altenhilfeeinrichtungen zu, für die im Jahr 1992 60 Millionen DM eingeplant sind.

Meine Damen und Herren, das Bundesverfassungsgericht hat kürzlich mit einer bahnbrechenden und wegweisenden Entscheidung die CDU-Landtagsfraktion in ihrer Forderung nach einem gerechten Familienlastenausgleich bestätigt. Das Gericht gibt dem Gesetzgeber auf, das Existenzminimum einer Familie künftig steuerfrei zu lassen. Wenn diese Forderung konsequent umgesetzt wird, wird ein gewaltiges finanzielles Volumen zugunsten der Familien umgeschichtet werden müssen. Die verfassungsrechtliche Lage ist aber eindeutig, und die Forderung des Bundesver-

(Teufel)

fassungsgerichts steht. Die steuerliche Verbesserung für Familien mit Kindern bedarf einer raschen Lösung.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Döring  
FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, leider befindet sich unsere Landwirtschaft erneut in einer sehr schwierigen Lage. Im Rahmen der Möglichkeiten der Landespolitik fördern wir die bäuerliche Landwirtschaft.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Hoho!)

Für über 50 % der Fläche unseres Landes wird Bewirtschaftungsbeihilfe bezahlt. Diese Ausgleichszulage – –

(Abg. Schlauch GRÜNE: Zum Sterben zuviel und  
zum Leben zuwenig!)

– Herr Kollege Schlauch, wir sind uns ja einig, daß das immer zuwenig ist. Aber ich kann Ihnen sagen, daß wir vor fünf Jahren 14 % unserer Landesfläche als sogenannte von der Natur benachteiligte Gebiete ausgewiesen hatten, für die eine Bewirtschaftungsbeihilfe bezahlt wird. Heute sind es weit über 50 % der Landesfläche. Wir wollen diese Politik fortsetzen. Auf Initiative der CDU-Fraktion wird auch der bäuerliche Privatwald jetzt in diesem Doppelhaushalt – –

(Beifall bei der CDU – Abg. Haag FDP/DVP:  
Das haben wir aber schon lange gefordert!)

– Herr Kollege, da sind wir außerordentlich dankbar. Noch dankbarer wäre ich, wenn die FDP/DVP-Fraktion unseres Hauses sich beim Bundeswirtschaftsminister dafür einsetzen würde, daß wir in diesen Stunden bei den Verhandlungen in Brüssel auch zu einer tragfähigen Lösung der Agrarpolitik kämen. Denn heute morgen entnahm ich der Presse, daß der Bundeswirtschaftsminister in totalem Gegensatz zum Bundeslandwirtschaftsminister steht.

(Beifall bei der CDU)

Hier könnten Sie mithelfen, denn dort wird möglicherweise in den nächsten Tagen der bäuerliche Familienbetrieb durch die anstehenden Entscheidungen stranguliert.

(Abg. Weyrosta SPD: Der Haussmann muß raus!)

Wir wollen auch ein Grünlandprogramm auflegen.

(Abg. Ulrich Maurer SPD: Ich kenne beide nicht!  
Wer ist das? – Abg. Weyrosta SPD: Laßt doch endlich den Haussmann in Ruhe! – Abg. Ulrich Maurer SPD: Wer ist denn das? – Glocke des  
Präsidenten)

Da die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise immer weniger kostengerecht sind und das Einkommen unserer Bauernfamilien nicht mehr sicherstellen, wollen wir durch Ausgleichszulagen zur Existenzsicherung unserer bäuerlichen Familien und zur Erhaltung unserer Kultur- und Erholungslandschaft beitragen.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Meine Damen und Herren, durch eine Aufstockung des Programmolumens für die Dorfentwicklung um jährlich 50 Millionen DM wollen wir den Antragsstau in diesem Bereich abbauen, die ausgewogene und gleichwertige Entwicklung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum sichern und vor allem wohnungsbaubezogene Maßnahmen und private Investitionen gezielt fördern.

(Abg. Wintruff SPD: Das wird aber auch Zeit!)

– Dieser Zwischenruf ist hochinteressant. Wissen Sie, Herr Kollege, in der Zeit, als Sie noch nicht diesem Hause angehörten, gab es noch gar kein Programm für den ländlichen Raum und gab es überhaupt noch keine Dorfentwicklung.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Beides wurde in diesem Haus von der CDU-Fraktion und von dieser Landesregierung erfunden.

(Beifall bei der CDU)

Angefangen haben wir mit 1,5 Millionen DM. Heute haben wir allein für die Dorfentwicklung weit über 100 Millionen DM im Haushalt. Das Programm Ländlicher Raum ist ohnehin eine singuläre Maßnahme, die es nur in Baden-Württemberg gibt.

(Abg. Ulrich Maurer SPD: Ein Tusch!)

– Ja, vielen Dank. Deshalb bin ich auch für jeden Zwischenruf aus Ihrer Fraktion dankbar, weil mir das die Möglichkeit gibt, die Leistungen der Landesregierung entsprechend darzustellen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Weyrosta SPD:  
Welche hätten Sie denn gern?)

– Meine Damen und Herren, alle, die Sie bei der Vorbesprechung untersagt haben.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Bei Ihnen machen wir das nicht! – Abg. Ulrich Maurer SPD: Wir machen Ihre Rede lebendig, Herr Kollege!)

– Sehr gut. Genau das meine ich auch. Bitte bleiben Sie dabei.

Für den Vereinssportstättenbau wollen wir einmalig zweimal 15 Millionen DM Landesmittel zusätzlich zu den Toto-Lotto-Mitteln unter der Voraussetzung bereitstellen, daß der Landessportbund zu einer strukturellen Bereinigung seiner Förderprogramme bereit ist. Auch hier ist es das Anliegen der CDU-Landtagsfraktion, den Antragsstau abzubauen und unseren Vereinen zu helfen.

Die Investitionsmittel für den Straßenbau werden wir um 35 Millionen DM im Jahre 1991 und um 25 Millionen DM im Jahre 1992 so aufstocken, daß das reale Investitionsmittelniveau des Jahres 1989 gehalten werden kann. Das Verkehrsaufkommen wächst so stark an, daß ein Zurück-

(Teufel)

fahren in diesem Bereich nicht verantwortet werden kann. Der Landesstraßenbau dient vor allem den Bürgern im ländlichen Raum, die auf den privaten Pkw besonders angewiesen sind

(Beifall bei der CDU)

und die gezwungenermaßen auch in besonderem Maße zum Mineralölsteueraufkommen beitragen und deswegen auch einen gewissen Rücklauf der Mittel verdienen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion setzt erneut einen Schwerpunkt in der Entwicklungshilfe. Da die qualifizierteste Hilfe in Ländern der Dritten Welt von Organisationen geleistet wird, die Entwicklungshelfer zur Armutsbekämpfung vor Ort einsetzen, hat die CDU-Fraktion beantragt, die Mittel für die Förderung kirchlicher Entwicklungshilfeprojekte im Jahre 1991 von bisher 3 Millionen DM auf 6 Millionen DM und im Jahre 1992 von bisher 3 Millionen DM auf 8 Millionen DM aufzustocken. Wir werden im Rahmen dieser Haushaltsplanberatungen auch die Grundausrüstung für eine neue Stiftung „Entwicklungshilfe“ unseres Landes beschließen. Die Gesamtleistungen des Landes für Maßnahmen der Entwicklungshilfe sind heute schon im Regierungsentwurf mit 42 Millionen DM im Jahre 1991 und mit 51 Millionen DM im Jahre 1992 ausgewiesen. Gemessen an den Leistungen der übrigen Länder sind diese Beiträge außerordentlich hoch, gemessen an der Not in den Entwicklungsländern und gemessen an der Wirtschaftskraft unseres Landes immer noch bescheiden.

Meine Damen und Herren, auch die Unterbringung und Eingliederung der Aussiedler verschlingt gewaltige Summen. In beiden Haushaltsjahren sind rund 522 Millionen DM angesetzt. Diese finanzielle Belastung darf uns aber nicht davon abhalten, Deutschen aus Osteuropa im Rahmen unserer Möglichkeiten Aufnahme und Hilfe zu gewähren. Mittelfristig gesehen sind sie für unser Land keine Last, sondern Neubürger, die den festen Willen haben, hier heimisch zu werden, und die ihren Beitrag für unser Gemeinwesen leisten, genauso wie das bei den Heimatvertriebenen der letzten 45 Jahre der Fall war. Lediglich dem Mißbrauch des Rechts auf Aussiedlung gilt es im Einzelfall zu wehren.

(Abg. Ulrich Maurer SPD: Wie viele Millionen sollen denn noch kommen, Herr Kollege?)

- Meine Damen und Herren, das bestimmen leider nicht wir, sondern das bestimmen die Regierungen in den Herkunftsländern und die Menschen, die eine Lebensentscheidung treffen.

(Abg. Köder SPD: Ist das bei Asylbewerbern auch so?)

- Ja. Jetzt bin ich aber noch bei der Antwort auf den Zwischenruf des Herrn Kollegen Maurer, und außerdem bitte ich, bei Aussagen zu Aussiedlern nicht den Zwischenruf „Asylbewerber“ zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Denn wenigstens in diesem Hause sollten wir die beiden Begriffe auseinanderhalten, wenn leider manche Bürger sie schon nicht auseinanderhalten.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Unsere Politik ist ganz klar darauf gerichtet, in bilateralen Verhandlungen die Lebenssituation der Deutschen in den Ländern Osteuropas zu verbessern und dafür zu sorgen, daß dort rechtsstaatliche Demokratien entstehen, die Minderheitenschutz gewährleisten und damit den Druck wegnehmen, der im Augenblick auf sehr vielen Deutschstämmigen lastet und sie zur Aussiedlung treibt. Wenn denn aber die Lebensentscheidungen aufgrund bestehenden Drucks und auch noch heute als mittelbare Folge des Zweiten Weltkriegs anders fallen, dann, meine Damen und Herren, müssen wir auch zur Aufnahme dieser deutschstämmigen Landsleute bereit sein.

Der Zustrom von Asylbewerbern nach Baden-Württemberg ist ungebrochen. Die daraus entstehenden Kosten - deutlich über 300 Millionen DM in den beiden Haushaltsjahren mit steigender Tendenz - haben eine Höhe erreicht, die den Landeshaushalt außerordentlich belastet. Die Aufnahmekapazität der Kommunen ist erschöpft. Das Asylrecht für Verfolgte darf keinesfalls angetastet oder eingeschränkt werden. Deutschland kann aber kein Aufnahme-land für alle Menschen werden, denen es schlechter geht als uns in Westeuropa. Die Armutsprobleme der Welt können nicht mit dem Instrument des Asylrechts bei uns gelöst werden,

(Beifall bei der CDU)

sondern sie müssen durch Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort einer Lösung zugeführt werden.

Wir kommen deshalb um Beschränkungen für Asylbewerber, die nicht verfolgt werden, nicht herum. SPD und FDP müssen sagen, ob sie bei einer solchen Einschränkung durch Änderung des Grundgesetzes mitmachen oder welchen gangbaren Weg sie für Asylbewerber ohne Verfolgungsdruck gehen wollen.

Meine Damen und Herren, unsere Fürsorge gilt auch den Beamten unseres Landes, denen ich für ihre gute Arbeit danke. Im Schulbereich wollen wir durch weitere Besoldungsstrukturverbesserungen dafür sorgen, daß die Beförderungschancen für Lehrer verbessert werden können. Im Berufsschulbereich werden wir zusätzlich zu den Verbesserungen, die bereits im Regierungsentwurf enthalten sind, weitere 568 Hebungen beschließen. Für die Gymnasien wollen wir zusätzlich 400 Stellenhebungen durchsetzen.

Den Polizeivollzugsdienst und den Justizvollzugsdienst werden wir in drei Schritten bis 1993 voll durchschlüsseln. Hierzu werden insgesamt 1 128 Hebungen in den nächsten beiden Haushaltsjahren notwendig werden. Wir wollen damit zuerst die jungen Beamten, dann diejenigen des mittleren Dienstes und schließlich auch die des gehobenen Dienstes erreichen und ihre Stellen durchschlüsseln. Wir halten diese strukturelle Verbesserung des Stellengefüges für dringend erforderlich, um die Attraktivität des Dienstes

(Teufel)

in diesen schwierigen Aufgabenbereichen zu sichern und auch künftig Nachwuchs gewinnen zu können.

Diese Erwägungen gelten grundsätzlich auch für die Steuerverwaltung, die mit dem Aufbau der Finanzverwaltung in Sachsen derzeit eine besonders verantwortungsvolle und schwierige Aufgabe zu erfüllen hat. Wir werden deshalb mit 100 Hebungen im gehobenen Dienst einen weiteren Schritt zur vollen Durchschlüsselung unternehmen.

Meine Damen und Herren, durch die günstige Entwicklung der Steuereingänge entgegen allen Prognosen der Opposition in diesem Hause

(Beifall bei der CDU – Abg. Haasis CDU: Vor der Steuerreform: „Alles schon kaputt!“)

– ich darf nur an das große Lamentieren, das Wehklagen und an die ganzen Diskussionen um die Steuerreform in diesem Haus erinnern –

(Zuruf von der SPD: Von Herrn Späth!)

hat sich nicht zuletzt durch diese Steuerreform die Struktur unseres Haushalts verbessert. 1991 und 1992 wird das Wachstum der Steuereinnahmen mit 7,1 % und 6,4 % deutlich über dem Wachstum der Nettogesamtausgaben von 6 % und 3,9 % liegen.

(Abg. Ulrich Maurer SPD: Wollen Sie wieder eine Nullverschuldung?)

– Wissen Sie, Herr Kollege, an dieser Stelle wäre ich vorsichtig mit Zwischenrufen. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, daß sich Ihr Fraktionsvorsitzender hierhergestellt und uns den Vorwurf des Kaputtsparens gemacht hat.

(Beifall bei der CDU – Abg. Göbel CDU: Es ist halt schwer, sich zu entscheiden!)

Heute aber wollen Sie uns vorwerfen, daß wir uns verschulden. Sie müssen sich schon für das eine oder das andere entscheiden; das ist mein Vorschlag.

Die Nettokreditaufnahme erreicht 1991 mit 2,8 Milliarden DM den höchsten Stand seit 1981. Allerdings nahm das Land damals 21 Milliarden DM oder 2 276 DM je Einwohner an Steuern ein gegenüber 33,8 Milliarden DM oder 3 610 DM je Einwohner im Jahr 1991. Die Haushaltsstruktur des Jahres 1981 war also wesentlich schlechter als heute. Die Leistungskraft unserer Wirtschaft ist inzwischen erheblich gestiegen. Das Verhältnis der Nettokreditaufnahme zum Bruttosozialprodukt beträgt heute nur noch 0,4 %. Wir meinen, daß die Neuverschuldung hoch, ja zu hoch ist, daß aber die Nettokreditaufnahme in diesem Rahmen auch gesamtwirtschaftlich vertretbar ist. Im Verhältnis zu seiner Leistungskraft macht das Land heute deutlich weniger Schulden als in der Krise 1980 bis 1982.

Die hohe Neuverschuldung – und das bitte ich doch auch zu sehen, wenn man dieses Thema diskutiert – ist wesentlich durch einen überdurchschnittlichen Anstieg einiger großer Ausgabeblöcke verursacht. Das Land hat in den letzten zehn Jahren nicht weniger als 19,7 Milliarden DM

im Länderfinanzausgleich gezahlt und dabei nur 18,7 Milliarden DM Schulden aufgenommen. Bitte stellen Sie einmal diese beiden Zahlen einander gegenüber.

(Beifall bei der CDU)

Im Länderfinanzausgleich werden 1991 2,3 Milliarden DM und 1992 2,45 Milliarden DM von uns aufgebracht werden müssen. Zusammen mit den durch den Umsatzausgleich verursachten Steuermindereinnahmen wird diese Last 1992 die 3-Milliarden-DM-Grenze überschreiten. Unser Land rutscht in der Finanzausstattung an das Ende der Länderskala, wenn man neben den Leistungen im Länderfinanzausgleich noch die Bundesergänzungszuweisungen und den Strukturhilfefonds hinzu-rechnet. Dies ist ganz und gar unmöglich! Das kann man nicht oft genug feststellen, und man kann den Finanzminister und den Ministerpräsidenten in dieser Angelegenheit nur unterstützen. Ich hoffe, daß das auch durch das ganze Haus geschieht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Leicht CDU zur SPD: Ihr müßt jetzt klatschen!)

Dieser Zustand ist nach unserer festen Überzeugung und nach der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes rechtswidrig.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch ein Wort zu den Ausgaben sagen, die das Land im Zusammenhang mit der deutschen Einheit leistet. Sie werden landläufig als „Kosten der Einheit“ bezeichnet. Ich halte diese Begriffsbildung für falsch. Die deutsche Einheit ist ein immaterieller Wert und kostet als solche ebensowenig etwas wie die Einführung der sozialen Marktwirtschaft. Was sich in unserem Haushalt erstmals im Jahre 1991 mit 86 Millionen DM und mit steigenden Beträgen in den folgenden Jahren niederschlägt, sind die Erblasten des Sozialismus in der ehemaligen DDR, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Puchta SPD: Das Vermögen der Blockparteien! – Zuruf des Abg. Weimer SPD)

– Herr Kollege Weimer, vielleicht spricht sich im Laufe der Zeit auch bis Tübingen herum, daß das so ist.

(Abg. Haasis CDU: Da ist jede Hoffnung vergebens!)

Zur Bewältigung der aus dem Beitritt der DDR resultierenden Aufgaben hilft uns die ausgezeichnete Wirtschaftslage ganz wesentlich. Den im achten Jahr ungebrochenen Aufschwung haben wir in Bund und Land mit einer verlässlichen, stetigen und vernünftigen Wirtschaftspolitik angestoßen und gefördert. Die großen Reformen dieser Wahlperiode haben wieder Vertrauen in die Leistungskraft von Staat und Wirtschaft geschaffen. Darauf können wir jetzt aufbauen.

Die Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg beträgt heute 3,9 %, und sie liegt damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 6,9 %. Das ist der tiefste Stand seit zehn Jahren.

(Teufel)

„Das Stimmungsbarometer der Manager im Land steht auf Hoch“, schreiben die „Stuttgarter Nachrichten“ vom 28. Juli 1990. Jedes vierte Unternehmen – viele von ihnen arbeiten an der Grenze ihrer Kapazitäten – will seinen Maschinenpark erneuern und ausbauen. Jeder dritte Industriebetrieb legt bei der Produktion noch zu, berichtet die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern. Im vergangenen Jahr setzten die über 100 000 Unternehmen im Land mit rund 82 Milliarden DM Gesamtumsatz fast 7 % mehr um als noch im Jahr zuvor.

Der Präsident der Landeszentralbank, Herr Kloten, äußert sich optimistisch: Die Wirtschaft des Landes biete ein insgesamt überraschend erfreuliches Bild. Dies, meine Damen und Herren, sind die Leistungen der Arbeitnehmer und der Unternehmer in unserem Land. In ihnen kommt aber auch die Stetigkeit unserer vertrauensbildenden Forschungs-, Technologie-, Bildungs- und Kulturpolitik ebenso wie der Wirtschaftspolitik zum Ausdruck. Von allen Landesregierungen erhält die unsere bei den Führungskräften der deutschen Wirtschaft die beste Note. Das darf man mit aller Anerkennung an die Adresse der Landesregierung hier einmal feststellen.

(Beifall bei der CDU)

Ein großes Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung stellt allerdings die Kuwait-Krise dar. Es wäre sehr schlimm, wenn durch eine Explosion der Rohölpreise oder gar infolge kriegerischer Auseinandersetzungen eine weltweite Wirtschaftskrise entstünde. Sie hätte auch unabsehbare Folgen für unser Land. Dies ist das Risiko dieses Haushalts.

(Abg. Mogg SPD: Dann zählt mal eure kriegswütigen Freunde ein bißchen!)

Der hohe Wert gesunder Kommunalfinanzen ist in diesem Hause oft beschworen worden. Das Land wird dieser Verantwortung gerecht. Der Finanzierungsbeitrag des Landes zu den kommunalen Haushalten erreicht 1992 mit rund 12 Milliarden DM ein Viertel der Nettogesamtausgaben dieses Landes. Die Steigerungsraten sind mit 6,6 % und 5,1 % 1991 und 1992 beachtlich. Sie liegen erneut über dem Gesamtwachstum des Haushalts. Die Steuereinnahmen der Gemeinden sind 1989 um 7,8 % gewachsen. Auch im ersten Halbjahr 1990 ist noch ein Zuwachs von 3,2 % zu verzeichnen – und dies, wohl gemerkt, in dem Jahr mit den größten Steuerentlastungen der letzten Jahrzehnte!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In einem Jahr, für das wir alle Steuermindereinnahmen der Gemeinden aufgrund der Steuerreform angenommen haben, erneut eine Zunahme!

Die Kommunen haben trotz der guten Einnahmesituation Haushaltsdisziplin geübt. 1989 haben sie einen Finanzierungsüberschuß von 834 Millionen DM erwirtschaftet. Nach dem Halbjahresergebnis 1990 ist in diesem Jahr zumindest ein ausgeglichener Finanzierungssaldo zu erwarten.

Meine Damen und Herren, zwischen 1984 und 1989 sind die Schulden unserer Gemeinden um 640 Millionen DM gewachsen. Der Finanzierungsüberschuß in diesem Zeitraum betrug fast 1,5 Milliarden DM. Per saldo sind also unsere Gemeinden leistungsfähiger geworden; finanziell sind sie für die Aufgaben der Zukunft heute besser gerüstet denn je.

Ein deutliches Indiz für die hohe Leistungsfähigkeit unserer Gemeinden ist übrigens der Antragsstau bei vielen Förderprogrammen des Landes. Wir werden bereits in diesem Doppelhaushalt Maßnahmen ergreifen, um ihn zu mildern. Ich halte es aber für notwendig, auch einmal grundsätzlich darüber nachzudenken, ob die Struktur unserer kommunalen Investitionsförderung noch in allen Bereichen in Ordnung ist.

(Beifall des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, nun habe ich mit Aufmerksamkeit gelesen, was die SPD-Opposition zum Haushalt gesagt hat. Die Finanzpolitik der SPD reduziert sich danach mehr oder weniger auf ein Herummäkeln an Verfahrensfragen.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Im Finanzausschuß wird ständig um die Zulässigkeit von Berichterstatteanträgen gestritten. Zwischendrin fordert man einmal einen Nachtragshaushaltsplan, oder man beklagt, daß es schon wieder einen gibt. In den Pressemitteilungen der SPD aber beherrscht der Doppelhaushalt die Szene. Da wird behauptet, die Ungewißheit sei so groß, daß man nicht zwei Jahre vorausplanen könne, die Erstellung des Doppelhaushalts sei eine unwirtschaftliche Verschwendung von Ressourcen, das ganze Haushaltsverfahren sei nicht mehr überschaubar.

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Diese Behauptungen, meine Damen und Herren, sind ein geistiges Armutszeugnis.

(Lachen des Abg. Brechtken SPD)

Je größer die Unwägbarkeiten der Zukunft sind, um so notwendiger und sinnvoller ist eine vorausgreifende Planung.

(Lachen bei der SPD)

– In der Tat. Diesen Satz wird man nicht bestreiten können, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Aber Ihre mittelfristige Finanzplanung schon! – Abg. Haasis CDU: Der SPD ist das neu!)

Die verbindliche Planung für zwei Haushaltsjahre erhöht nicht die Unsicherheit, sondern bietet im Gegenteil eine berechenbare Grundlage für einen gleichmäßigen Haushaltsvollzug.

(Beifall bei der CDU)

(Teufel)

Es ist doch eine bare Selbstverständlichkeit, daß ein Haushaltsplan durch Nachtragshaushaltspläne ergänzt werden muß.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Aber fünf Nachträge?)

– Ja natürlich, Herr Kollege.

Meine Damen und Herren, hätten wir einen Einjahreshaushalt, dann gehe ich jede Wette ein, daß wir, bezogen auf zwei Haushaltsjahre, die gleiche Zahl von Nachtragshaushaltsplänen hätten wie bei einem Zweijahreshaushalt. Ich möchte einmal einen Haushaltsexperten hören, der sich hierherstellt und sagt, daß ein Nachtragshaushaltsplan rechtlich schlechter sei als ein Haushaltsplan. Ein Nachtragshaushaltsplan ist die selbstverständlichste Sache der Welt, wenn sich im Einnahme- oder Ausgabenbereich irgend etwas verändert hat. Sie wissen doch ganz genau, daß wir im Haushalt nicht weniger als 17 000 Einzelpositionen haben und daß sich in einem Nachtragshaushaltsplan allenfalls einige hundert verändern, so daß die große Substanz des Haushalts tatsächlich als verlässliche Grundlage für die Verwaltung zwei Jahre Bestandskraft hat, meine Damen und Herren.

(Sehr richtig! bei der CDU – Abg. Reddemann  
CDU: Nordrhein-Westfalen!)

Die SPD soll mir eine Seite im verfügenden Teil des Haushalts zeigen, die überflüssig würde, wenn wir den Haushalt für nur ein Jahr aufstellen würden. Beim Doppelhaushalt werden lediglich zusätzliche Spalten in den Plan aufgenommen; bis auf ein paar Übersichten im Vorheft und in den Anlagen wird überhaupt nichts eingespart. Ein Doppelhaushalt ist in Wahrheit eine ganz erhebliche Verwaltungsvereinfachung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der Mehraufwand, den die SPD beklagt, würde erst entstehen, wenn wir Ihren Vorstellungen folgen würden.

Meine Damen und Herren, die nächste Steuerschätzung findet erst kurz vor Weihnachten statt. Aus dieser Steuerschätzung dürfen wir angesichts der ausgezeichneten Wirtschaftslage Steuermehreinnahmen erwarten. Wir gehen davon aus, daß sie ausreichen werden, um die zusätzlichen Ausgaben aufgrund der Beschlüsse der CDU-Fraktion zu finanzieren. Gutem Brauch folgend, können wir diese Steuermehreinnahmen allerdings nicht in den Finanzierungsplan einsetzen, bevor die offizielle Steuerschätzung vorliegt. Deshalb werden wir die entsprechenden Anträge erst nach der Steuerschätzung im Dezember, aber rechtzeitig vor der zweiten Lesung des Haushalts stellen.

Meine Damen und Herren, noch nie haben Haushaltsplanberatungen des Landtags in einer so bewegten und bewegenden Zeit stattgefunden. Die deutsche Einheit ist Wirklichkeit. Sie nun auch im Alltagsgeschäft mit Leben zu erfüllen ist auch für die Finanzpolitik eine Herausforderung. Anders als manchmal in der Vergangenheit sehen wir heute mit großen Hoffnungen und Erwartungen in die Zukunft. Der Bundespräsident hat zu Recht gesagt, zum ersten Mal in diesem Jahrhundert bilde Deutschland kei-

nen Streitpunkt unter den Völkern mehr. Dieses kostbare Gut gilt es zu bewahren und zu pflegen. In dieser außenpolitischen Sicherheit werden wir an den Auftrag des Grundgesetzes gehen, in allen deutschen Ländern vergleichbare Lebensbedingungen zu schaffen. In guter Nachbarschaft und Partnerschaft mit West und Ost werden wir unser Land auf die Vollendung der Europäischen Gemeinschaft vorbereiten.

Das Land Baden-Württemberg ist dafür gut gerüstet. Der Regierungsentwurf des Doppelhaushalts mit den Schwerpunkten, die die CDU-Fraktion beschließen wird, bietet eine sichere und solide finanzielle Basis für diese Politik von der deutschen Einheit zur europäischen Einigung.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Erich Schneider:** Das Wort erteile ich jetzt Herrn Abg. Dr. Spöri. – Sie haben sich bis jetzt noch gar nicht gemeldet.

**Abg. Dr. Spöri SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die deutsche Einheit, die zum 3. Oktober 1990 vollzogen wurde, wird die Rahmenbedingungen der Landespolitik langfristig sicher tiefgreifend verändern. Herr Kollege Teufel, Sie haben eben zu Recht darauf hingewiesen, daß die politischen Umwälzungen in Europa in den letzten vier Jahrzehnten niemals so stark wie heute waren. Das ist eine Entwicklung, die natürlich auf Baden-Württemberg zurückschlägt, die unsere politische Gestaltungsfähigkeit herausfordert.

Insofern ist ein Haushaltsentwurf heute mehr denn je nicht nur ein Zahlenbündel, nicht nur eine statistische Stangenkletterei, meine Damen und Herren. Er ist Ausdruck des Handlungsspielraums, den wir bei der Lösung unserer Zukunftsaufgaben noch haben, das heißt, ob wir den landespolitischen Problemen nur noch mit notdürftigen Reparaturen hinterherlaufen oder ob wir nach einem eigenen Zukunftsentwurf in diesem Land Zukunft tatsächlich noch aktiv gestalten.

Unter diesem Gesichtspunkt führt die Einschätzung des vorliegenden Entwurfs des Doppelhaushalts zu differenzierten Eindrücken, auch durchaus zu Berührungspunkten zu dem, was Kollege Teufel gesagt hat. Aber ich möchte zunächst einmal auf die Unterschiede eingehen. Denn Sie haben die gesamte kritische Passage ausgespart. Ich kann Ihnen das nachsehen, aber ich muß das aus der Opposition heraus vortragen, Herr Kollege Teufel.

(Abg. Teufel CDU: Sie brauchen sich nicht zu entschuldigen!)

Sie müssen es sich jedenfalls anhören.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Einerseits ist die Situation der Landesfinanzen weniger bedrohlich als in strukturschwächeren Bundesländern. Dies ist unbestritten. Aber dies ist, Herr Kollege Teufel, keineswegs auf eine heroische finanzpolitische Kraftanstrengung der Landesregierung in den letzten Jahren zurückzuführen.

(Dr. Spöri)

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Meine Damen und Herren, es wäre geradezu ein politisches Kunststück, wenn wir heute schlechtere finanzpolitische Kennziffern als jene Länder hätten, die in den letzten Jahren riesige Strukturkrisen zu bewältigen hatten.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen dürfen wir andererseits auch nicht übersehen, daß der finanzpolitische Handlungsspielraum des Landes Baden-Württemberg Jahr für Jahr schrumpft und immer enger wird. Die Landesregierung nimmt in einer selbst für die Medien nicht mehr faßbaren Art und Weise des Realitätsverlusts eine wirklich gefährliche Verschuldungsdynamik überhaupt nicht mehr zur Kenntnis und zieht keine Konsequenzen aus dieser Dynamik.

Die statistischen Zahlenkolonnen und Vergleichsziffern, mit denen die Landesregierung die Einbringung dieses Doppelhaushalts garniert hat, belegen an sich nur, daß wir es mit einem sehr aufwendigen Beschönigungsversuch der realen Lage zu tun haben.

Ein unübersehbares Indiz dafür ist die Tatsache, daß Herr Palm als künftiger Präsident der Landeszentralbank in seiner ausklingenden Amtsperiode als Finanzminister immer häufiger auf den statistischen Kunstgriff zurückgreift, die Fehlentwicklung der letzten Jahre hinter einem Zehnjahresvergleich mit anderen Bundesländern zu verstecken. „Verstecken“, anders kann man es nicht ausdrücken, Herr Palm.

Übertüncht werden dadurch zwei vollständig unterschiedliche Phasen baden-württembergischer Finanzpolitik. In der ersten Phase hat die Regierung Späth noch im Schwung der frühen Jahre nach 1980

(Abg. Schlauch GRÜNE: Sozusagen in der Pubertät!)

zumindest das Ziel der Nullverschuldung bei der Nettokreditaufnahme angepeilt. Sie haben es nicht erreicht, aber Sie haben es immerhin versucht.

(Abg. Haasis CDU: Unter massivem Protest der SPD! „Kaputtsparen“ hat es immer geheißt!)

Dann kam die zweite Phase, meine Damen und Herren, ab Mitte der achtziger Jahre, in der die Grundsätze solider Haushaltsplanung immer stärker über Bord geworfen worden sind. Wenn man die Zahlen betrachtet, kann das niemand ernsthaft bestreiten.

(Beifall bei der SPD)

Das zur Verdrängung dieser Realität und Aktualität immer häufigere Ausweichen in langfristige statistische Vergleiche, in Zehnjahreszeiträume, meine Damen und Herren, soll kaschieren, daß der Zuwachs der Landesausgaben ab Mitte der achtziger Jahre deutlich über dem Durchschnitt aller Bundesländer lag. Er war im damaligen Bundesgebiet am zweithöchsten. Insofern sind all die selbstgerechten Vergleiche mit den Finanzen der strukturschwächeren Bun-

desländer, die Herr Späth anstellt, heute überhaupt nicht mehr angebracht.

Die Realität sieht inzwischen etwas anders aus als die etwas behäbige Haushaltslyrik des Finanzministers, der sich bei der Einbringung des Haushalts – ich zitiere – über die „Tugenden der Ausgabenzurückhaltung und Sparsamkeit“ verbreitet hat. Die Fakten sehen wie folgt aus, und sie sind nicht zu bestreiten. Ich gehe davon aus, daß wir zunächst einmal höhere Steuereinnahmen als erwartet haben und wir uns da verschätzt haben. Ich bin nicht allwissend; nicht jede meiner Prognosen trifft zu.

(Abg. Haasis CDU: Das haben wir schon oft feststellen müssen!)

Ich kann sowieso Politiker nicht verstehen, die immer recht haben wollen, auch hinterher. Ich möchte Sie nur darauf hinweisen, daß Herr Späth bei der Prognose der Steuereinnahmen angesichts der Diskussion über die Steuerreform mindestens ebenso skeptisch war wie ich. Wenn Sie in dieser Hinsicht mich angreifen, müssen Sie sich auch mit Herrn Späth auseinandersetzen.

(Abg. Dr. Wetter CDU: Sie haben ihn falsch beeinflußt! – Heiterkeit bei der CDU – Zuruf von der SPD)

Aber jetzt zu den Fakten:

Erstens: Mitten in einer konjunkturellen Boomphase steigert die Landesregierung trotz enormer Steuermehreinnahmen, Herr Teufel, mit unvermindertem Tempo die Verschuldung des Landes auf inzwischen weit über 40 Milliarden DM. Das ist bestimmt kein Anlaß zu finanzpolitischem Selbstlob, meine Damen und Herren.

Zweitens: Die Verdreifachung des Schuldenbergs seit der Amtsübernahme des Ministerpräsidenten führt inzwischen zu einem Schuldendienst von 8 Milliarden DM jährlich, meine Damen und Herren, der sage und schreibe größer ist als zusammen die gesamten Etats des Arbeits- und Sozial- sowie des Umweltministeriums, der höher ist als der Betrag, den diese Schlüsselressorts gemeinsam für gestaltende Politik zur Verfügung haben. Dieser Trend verschlimmert sich noch durch die steigenden Zinsquoten in der mittelfristigen Finanzplanung. Sie sollten diesen Trend nicht länger verniedlichen; denn er ist wirklich brandgefährlich.

Drittens: Wachsende Zinslasten – das dürfen wir nicht übersehen – kommen bei steigendem Zinsniveau vor allem Spitzenverdienern zugute, die in den letzten Jahren aufgrund kraß einseitiger Steuerentlastungen verstärkt Staatsanleihen kaufen konnten. Diese enormen Umverteilungseffekte über den Landeshaushalt sollten auch jene zur Kenntnis nehmen, die immer noch eine Ausdehnung der Kreditaufnahme als fortschrittliche Politik betrachten.

(Beifall bei der SPD)

Viertens: Selbst wenn die geplante Nettokreditaufnahme des vorliegenden Doppelhaushalts eingehalten wird, meine Damen und Herren, schrumpft der finanzpolitische Hand-

(Dr. Spöri)

lungsspielraum dadurch unvermindert weiter, das heißt, der Ministerpräsident läßt die Finanzpolitik weiter treiben.

Fünftens: Der nicht durch Gesetze oder andere rechtliche Verpflichtungen von vornherein festgelegte Haushaltsanteil schrumpft demnächst – und diese Marke muß man wirklich zur Kenntnis nehmen – unter die 5-%-Grenze der gesamten Ausgaben. Was bedeutet dies für dieses Parlament? Wir müssen uns doch ernsthaft die Frage stellen, welchen politischen Gestaltungsspielraum wir noch tatsächlich in diesem Parlament haben, wenn wir nicht bereit sind, erstarrte Strukturen der Haushaltspolitik zu verändern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Bütikofer  
GRÜNE)

Was bleibt denn da wirklich von dem immer wieder beschworenen „Königsrecht“ des Parlaments, das heißt von der Regierungskontrolle des Parlaments, von der Finanz- und Haushaltskontrolle durch das Parlament übrig, wenn es nur noch 5 % Bewegungsspielraum für Beratungen hat?

Die Konsequenz dieser Entwicklung ist doch, daß der freie landespolitische Gestaltungsspielraum gegen Null schrumpfen würde, wenn einmal die Steuereinnahmen nicht mehr nach oben, sondern nach unten korrigiert würden. Dies ist für die Zukunft nicht gänzlich auszuschließen, meine Damen und Herren.

Wenn Sie mir diese Analyse der finanzpolitischen Ausgangsposition des Landes nicht abnehmen, dann sollten Sie sich einmal den jüngsten Rechnungshofbericht des Herrn Rundel anschauen, der mit seiner zurückhaltenden, freundlichen, diplomatischen Sprache ganz klar sagt – ich zitiere wörtlich –:

Die Verschuldung des Landes ist kontinuierlich gewachsen; der Schuldendienst erfordert rund ein Siebtel der Gesamtausgaben. Insoweit ist der finanzielle Handlungsspielraum bei der Haushalts- und Wirtschaftsführung weiterhin eingeschränkt.

Herr Ministerpräsident, Sie haben am 9. Juni 1988 in Ihrem Regierungsprogramm für diese Amtsperiode erklärt:

Diese Landesregierung wird auch in Zukunft eine stabile, klare und solide Finanzpolitik betreiben.

Sie haben aufgrund der erkennbaren Fehlentwicklung damals, am Beginn dieser Amtsperiode, eine finanzpolitische Korrektur angekündigt, und Sie haben wörtlich gesagt, daß wir jetzt gewaltige Anstrengungen unternehmen müßten, um die Finanzpolitik wieder ins Lot zu bringen. Ich sage Ihnen nach zwei Jahren Erfahrung in diesem Parlament: Sie haben keines dieser Ziele realisiert, geschweige denn ernsthaft irgendwie verfolgt, was Sie damals formuliert haben.

(Beifall bei der SPD)

Ganz im Gegenteil: Die Finanzen laufen gegenwärtig weiter aus dem Ruder. Wenn Sie jetzt mit 6 % Ausgabenstei-

gerung im Doppelhaushalt in das nächste Jahr starten, landen Sie nach den Erfahrungen dieses Jahres mindestens bei einer zweistelligen Ausgabenzuwachsrate. Die geplante Ausgabensteigerung für dieses Jahr betrug 1,7 %. Die Steigerung liegt inzwischen nach fünf Nachtragshaushalten bei rund 8 %.

Es gibt eben zwei Ursachen, Herr Späth, für die Tatsache, daß die ursprünglichen Planwerte in der Haushaltspolitik überhaupt nichts mehr mit der tatsächlichen Haushaltspolitik des Landes zu tun haben:

Erstens – und das ist System – setzen Sie bewußt im zweiten Jahr Ihrer Doppelhaushalte das Ausgabenwachstum zur „Plankosmetik“ immer unrealistisch niedrig an; dieses Mal, 1992, auf 3,7 %, Herr Späth. 3,7 % wären unter Berücksichtigung der absehbaren Preissteigerungsraten, wenn man sie günstig schätzt, ein reales Nullwachstum der gesamten Ausgaben des Landes im Jahre 1992. Welch ein Miraculum in Baden-Württemberg, welch ein Wunder, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Es wird Ihnen niemand abnehmen, daß dies eine seriöse Ausgabenplanung für das zweite Jahr dieses Doppelhaushalts ist.

(Abg. Brigitte Wimmer SPD: So ist es!)

Zweitens ist angesichts der enormen politischen Umwälzung in Deutschland und Osteuropa ein Haushalt für zwei Jahre aufgrund unabschätzbarer Risiken nicht seriös zu prognostizieren.

Herr Teufel, Sie haben mich gefragt, was an einem Nachtragshaushalt schlecht sei.

(Abg. Teufel CDU: Ja!)

Schlecht sind nicht Nachtragshaushalte an sich, aber schlecht ist eine unendlich lange Serie von Nachtragshaushalten, die den ursprünglichen Haushalt so verändern, daß man ihn nicht mehr wiedererkennt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Da handelt es sich nicht um „Pipifaxbeträge“. Wenn aus einer geplanten Ausgabensteigerung von 1,7 % 8 % Zuwachs werden, dann liegen dazwischen Welten, meine Damen und Herren. Dies ist das Dilemma, vor dem wir mit dem Nachtragshaushalt stehen. Deswegen haben wir den Doppelhaushalt auch jetzt kritisiert.

Ich sage Ihnen: Die Folge der schlechten Prognostizierbarkeit des Doppelhaushalts wird wiederum eine sehr lange Serie von Nachtragshaushalten sein, die eine Beratung und Verabschiedung der Haushaltsplanung für das übernächste Jahr, das Jahr 1992, in diesem Haus zu einer parlamentarischen Beschäftigungstherapie verkommen läßt.

Wenn sich die tatsächliche Haushaltspolitik so weit vom ursprünglichen Doppelhaushalt entfernt und erst eine so lange Kette von Nachtragshaushalten zu realistischen Plan-

(Dr. Spöri)

ziffern führt, sieht's in Wahrheit in diesem Parlament so aus: Wir betreiben in diesem Hause zumindest in bezug auf das zweite Jahr dieses Haushalts mit eifrigen Debatten, Ausschußberatungen und Abstimmungen über den Doppelhaushalt in den nächsten Wochen weniger effektive Regierungskontrolle als vielmehr vor allem Produktion von Altpapier, wenn auch mit feierlicher Miene und großer Leidenschaft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Teufel CDU: Genau dies ist nicht wahr!)

Ich sage Ihnen: Eine wirksame Kontrolle der Regierung ist nur bei Rückkehr zum präziser planbaren Einjahreshaushalt möglich. Und wenn es um eine solch grundsätzliche Frage der Stellung, ja der Rechte des Parlaments gegenüber der Regierung geht, Herr Teufel, müßte auch die CDU-Fraktion mit uns mitziehen.

(Sehr gut! und Beifall bei der SPD)

Aber es gibt noch ein zweites überparteiliches Interesse in der Frage der Haushaltsplanung: Keine Fraktion kann heute verantwortlich finanzwirksame Forderungen aufstellen, wenn sie nicht bereit ist, durch konkrete Vorschläge zur Strukturveränderung des Haushalts den landespolitischen Spielraum wieder zu erweitern.

Ernst zu nehmende Erfolge können meiner Ansicht nach nur erreicht werden, wenn sie von einer breiten parlamentarischen Mehrheit getragen werden, weil diese Strukturveränderungen sehr unpopulär sind und weil das eine Fraktion alleine nicht schaffen kann.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Richtig!)

Aber sie sind notwendig, weil auf uns riesige Aufgaben im Bereich der Humandienstleistungen – ich komme gleich darauf, Herr Späth; ich erinnere an Pflegenotstand oder Kinderbetreuung, an Ökologie und Wohnungsbau – zukommen, die der vorliegende Haushaltsentwurf nicht oder nur unbefriedigend löst. Hierzu müssen wir wirklich konkrete landespolitische Lösungen anbieten, wenn die auf Zukunftskongressen verkündete soziale Marktwirtschaft nicht ein bloßes Lippenbekenntnis sein soll. Natürlich muß sich dann auch die Opposition fragen lassen, wo denn ihre konstruktiven Alternativen liegen.

(Abg. Heckmann CDU: So ist es! Schon lange!)

Wir werden nur dann die Zukunft in diesem Land aktiv gestalten können, wenn wir die Prioritäten und erstarrten Strukturen im Landshaushalt gemeinsam verändern. Hierzu möchte ich nur vier Beispiele als Alternative zur bisherigen Struktur der Ausgaben- und Einnahmenseite des Haushalts nennen:

Erstens: Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, bei der Eröffnung des Hauses der Wirtschaft in einem Vortrag Subventionen für Arbeitsplätze in Baden-Württemberg für überflüssig halten, sollte es zumindest möglich sein, die reinen Mitnahmeeffekte in der einzelbetrieblichen Gewerbeförderung zu streichen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Ministerpräsident Späth: Richtig! Nennen Sie mal den Betrag, der drinsteht!)

– Wir werden einen Antrag stellen. Gehen Sie in die Ausschußberatungen, da werden Sie es sehen, Herr Späth. Wir werden diese Mittel dringend brauchen, um im Rahmen einer umfassenden Konversion der Rüstungsindustrie den Umstellungsprozeß bei kleinen und mittleren Betrieben in Baden-Württemberg vorübergehend abzufedern. Dies ist eine bisher sehr stark unterschätzte Aufgabe der Strukturpolitik in Baden-Württemberg, die noch nicht völlig erkannt ist.

(Abg. Dr. Ohnewald CDU: Aber den Haushalt entlasten Sie damit nicht! Das ist eine Umschichtung! Sie wollen doch konsolidieren!)

– Herr Ohnewald, ich möchte gerade meine Beispiele für Umschichtungen nennen. Wir können uns darauf einigen.

Zweitens: Wenn im Land krasse Wohnungsnot herrscht und die Baukapazitäten beschränkt sind, meine Damen und Herren, ist ein Baustopp bei noch nicht begonnenen staatlichen Hochbaumaßnahmen oder eine Zurückstellung von Projekten der Stadtverschönerung vertretbar, ja notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Heute ist die Bekämpfung von Wohnraumangel wichtiger als putziges Kopfsteinpflaster in jeder Fußgängerzone in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Teufel CDU: Das ist richtig! – Abg. Heckmann CDU: Jawohl! Darüber kann man reden!)

Drittens: Wir werden die großen Energieprobleme in diesem Land nur lösen, wenn wir den Haushalt davon entlasten, das heißt, wenn wir die Energieversorgungsunternehmen gesetzlich zwingen, selbst dramatisch mehr in neue Energietechnologien zu investieren und damit den Haushalt von dieser entscheidenden Zukunftsaufgabe zu entlasten.

Viertens: Wir können die ökologischen Probleme und den damit verbundenen staatlichen Investitionsbedarf im Rahmen des Haushalts nur bewältigen, meine Damen und Herren, wenn wir auf breiter Ebene ökologische Lenkungsabgaben, das heißt Schadstoffabgaben, erheben. Notwendig ist also eine umfassende Neubestimmung der Prioritäten und Strukturen in der Politik und im Haushalt des Landes auf der Ausgaben- und Einnahmenseite.

Wenn wir neue unabweisbare Herausforderungen über den Kapitalmarkt finanzierten, wäre dies auch unter Berücksichtigung der gesamtstaatlichen Finanzierungsprobleme angesichts der Anspannung des Kapitalmarkts unverantwortbar, meine Damen und Herren. Die Bundesbank mahnt immer eindringlicher, daß die Finanzierung der deutschen Einheit – das ist, Herr Teufel, nicht nur die staatliche Einheit vom 3. Oktober, das ist die Einheit der Lebensbedingungen, und das kostet Geld, meine Damen

(Dr. Spöri)

und Herren –, die nach Vollzug der staatlichen Einheit erst jetzt richtig beginnt, auf dem Kreditwege ausgereizt ist. So ist die Lage am Kapitalmarkt. Auch Baden-Württemberg hat sich ja über den Schattenhaushalt des Fonds „Deutsche Einheit“ an der Kreditfinanzierung der Hilfen für die neuen Bundesländer kräftig beteiligt.

Bei der Finanzierung der Hilfen für die neuen Bundesländer, bei der Kapitalmarktbeanspruchung ist – ich möchte da überhaupt nicht mehr zurückschauen – das Ende der Fahnenstange erreicht, wenn wir nicht die ohnehin hohen Zinsen mit ruinösen Folgen für Wirtschaft und Wohnungsbau auf ein zweistelliges Niveau hochtreiben wollen, meine Damen und Herren. Gerade deshalb sind wir dem Ministerpräsidenten sehr dankbar dafür, daß er neben Herrn Biedenkopf, Herrn Rommel und Walter Wallmann grundsätzlich dieses Problem der drohenden Überbeanspruchung des Kapitalmarkts bei der Finanzierung der Einheit genauso sieht wie wir, wie die SPD, und wie die Bundesbank. Es ist gerade in Wahlkampfzeiten, Herr Späth, wohlthuend, daß ein Ministerpräsident wie Sie nicht den amtierenden Kanzler dabei unterstützt, den Menschen vor der Bundestagswahl vorzugaukeln, die Einheit der Lebensbedingungen wäre ohne Steuererhöhung zu finanzieren.

(Beifall bei der SPD)

Diese parteiübergreifende Ehrlichkeit in einer zentralen Frage der Finanz- und Deutschlandpolitik, die uns in den nächsten Wochen noch viel intensiver beschäftigen wird, ist anerkennenswert. Herr Späth, Sie stehen damit nicht nur im Einklang mit der SPD und der Bundesbank, sondern auch, was Sie mehr beruhigen wird, mit den Demoskopien, das heißt mit den Umfragen. 80 % der Menschen erwarten aufgrund der Finanzierung der Einheit der Lebensbedingungen eine Steuererhöhung.

Meine Damen und Herren von der CDU, es geht nicht darum, die Bevölkerung unnötig mit Abgaben zu traktieren. Es geht hier auch um die Frage politischer Kultur, daß man den Menschen vor einer Wahl ehrlich sagt,

(Abg. Teufel CDU: Sehr richtig!)

was uns die vielbeschworene Solidarität und Opferbereitschaft konkret abverlangt.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, nur mit Fahnen, Hymnen und Feuerwerken ist die Einheit der Lebensbedingungen nicht zu erreichen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Teufel CDU: Da kommen mir die Tränen!)

Weniger im Einklang mit dem Ministerpräsidenten und mit der Landesregierung sind wir natürlich – wenn Sie das beruhigt, daß wir hier nicht im Einklang sind – in einer anderen Frage: Sie feiern bei der Einbringung des Haushalts die Senkung des Anteils der Personalausgaben am Landeshaushalt auf 4,2 % des Bruttosozialprodukts als wichtige Strukturverbesserung des Haushalts. Wir haben nichts dagegen, meine Damen und Herren, wenn Sie im Rahmen einer modernen staatlichen Verwaltung Bürokratie

abbauen und die staatlichen Dienstleistungen effizienter anbieten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dagegen ist nichts zu sagen. Dabei unterstützen wir Sie immer, auch im schulischen Bereich, in der Schulverwaltung. Dennoch sollten wir nicht der platten These folgen, daß zusätzliche Personalausgaben im Haushalt von vornherein eine Verschlechterung der Haushaltsstruktur darstellen oder umgekehrt. Diese These ist oberflächlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden im Ausschuß – mit konkreter Deckung und Einsparkonzepten finanziert – vorschlagen, zum Beispiel die Personalausgaben zur Behebung des Pflegenotstands zu erhöhen. Das ist keine Strukturverschlechterung des Haushalts, meine Damen und Herren.

Wir werden im Ausschuß in Form von Anträgen konkret vorschlagen, die Personalausgaben im Rahmen der Ausweitung der Kinderbetreuung zu verstärken. Auch dies ist keine Verschlechterung der Haushaltsstruktur.

Wir werden im Ausschuß vorschlagen, die Personalausgaben zur Verbesserung der beruflichen Fortbildung zur Vorbereitung auf den Binnenmarkt im Rahmen einer Qualifizierungsoffensive auszuweiten. Auch dies, Herr Späth, ist natürlich keine Strukturverschlechterung des Haushalts.

Wir werden im Ausschuß konkret vorschlagen, die Personalausgaben im schulischen Bereich stärker zu erhöhen, um den steigenden Schülerzahlen Rechnung zu tragen. Auch dies ist keine Strukturverschlechterung des Haushalts.

Fazit: Wir sehen die dadurch ausgelöste Steigerung des Anteils an Personalausgaben im Haushalt nicht als Strukturverschlechterung, sondern als Strukturverbesserung der Staatsfunktion des Landes Baden-Württemberg.

Dies gilt auch gerade dann, wenn dafür Ausgaben im Landesstraßenbau oder staatlichen Hochbau, landwirtschaftlichen Wegebau oder des Stadtqualitätsprogramms zurückstehen müssen. Das verstehen wir auch unter den notwendigen neuen Prioritäten und neuen Strukturen im Haushalt des Landes.

Wir dürfen, meine Damen und Herren, den Investitionsbegriff haushaltspolitisch nicht mehr länger stupide auf Bauten, Straßen, Anlagen und Güterbeschaffung verengen. Viele Personalausgaben im Bereich von Humankapital und Humandienstleistungen sind oft wichtigere Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei der SPD)

Die finanziellen Mittel, die wir über einzelne Etatpositionen ausgeben, sind nur ein sehr beschränkter Maßstab für die Problembewältigung und Zukunftssicherung auf einzelnen Feldern in der Landespolitik.

Ein plastisches Beispiel ist die Umweltpolitik, die von der Verkehrspolitik nicht mehr zu trennen ist. Herr Teufel, Sie

(Dr. Spöri)

haben ja vorhin die Steigerungsraten ungeheuer gefeiert. Es ist natürlich immer so, daß von einem ganz niedrigen Niveau aus locker große Steigerungsraten erzielt werden können.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Genau!)

Das ist natürlich klar. Natürlich wäre es notwendig, den Minianteil von 1,8 Milliarden DM – ich sage trotz der Steigerungsrate „Minianteil“ –, der nach Angaben des Finanzministers für umweltverbessernde Maßnahmen jährlich zur Verfügung steht, durch Erhebung von Schadstoffabgaben auf vielleicht 3 Milliarden DM zu erhöhen. Das wären dann aber immer noch nur beschämende 6% der gesamten Ausgaben in diesem wichtigen politischen Handlungsbereich.

Viel wichtiger und dringlicher als die Erweiterung des finanziellen Spielraums für die staatliche Umweltpolitik durch Schadstoffabgaben ist für uns jedoch ihre ökologische Lenkungsfunktion. Die privatwirtschaftlichen Anpassungsinvestitionen zur Vermeidung von Schadstoffabgaben sind für den ökologischen Umbau unseres Landes weit wirksamer und unverzichtbar, und Beharrlichkeit ist hier politisch richtig. Gerade deshalb werden wir unser Konzept wieder in die Beratungen einbringen. Wir hoffen, daß sich die Landesregierung in dieser zentralen Frage des Übergangs zu einer ökologischen Marktwirtschaft über kurz oder lang ähnlich bewegt wie in der Mineralölsteuerfrage, auf die ich jetzt kurz eingehen werde. Die CDU hat sich in der Mineralölsteuerfrage

(Abg. Schlauch GRÜNE: Komödie in zwei Akten!)

ja unheimlich bewegt. Ich gratuliere! Qualitativ ist das eine Riesebewegung. Ich werde dies aufzeigen.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Da hat es geraschelt!)

Wie war denn das vor über einem Jahr, als zum Beispiel die Kommission „Fortschritt '90“ der SPD eine Ökosteuer auf den naturbelastenden Verbrauch von Mineralöl im Umfang von 30 Milliarden DM vorgeschlagen hat? Da ging doch ein kollektiver Protestschrei durch die Reihen der Union, auch der Landes-CDU. Insofern ist natürlich das, was jetzt geschehen ist, erfreulich. Wir freuen uns, daß der baden-württembergische Umweltminister genau ein Jahr danach mit einer beachtlich scharfen Kehrtwende die Forderung – zumindest die Forderung – nach einer Ökosteuer in Höhe von 30 Milliarden DM übernommen hat.

Jetzt komme ich zu dem, was Sie, Herr Kollege Schlauch, gesagt haben. Auch wenn schließlich die CDU-Fraktion und die Landesregierung nur noch 10 Pfennig statt 60 Pfennig Erhöhung mitgemacht haben, ist dies, qualitativ gesehen, eine beachtliche Veränderung der Position. Es ist ein Erkenntnisprozeß, der hier stattgefunden hat, den wir begrüßen, und deswegen möchte ich mich hierzu positiv äußern.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich kann man sich von 10 Pfennig Mineralölsteuererhöhung keinen marktwirtschaftlichen Preisanreiz zur Energieeinsparung erhoffen. Da läuft nichts über ökologische Marktwirtschaft, über Preisanreize zur Energieeinsparung. Aber wir hätten immerhin 5 Milliarden DM insgesamt auf Bundesebene mehr. Herr Wetter, das wären fast 1 Milliarde DM, 800 Millionen DM, ein ganz schöner Batzen für Baden-Württemberg zum Ausbau und zur Modernisierung des öffentlichen Personennahverkehrs. Das ist kein Pappenstiel.

(Ministerpräsident Späth: Es ist ein bißchen weniger, weil wir jetzt 16 Länder haben!)

– Trotzdem ist es ein ganz schöner Batzen. Dann korrigieren Sie es eben.

(Ministerpräsident Späth: Das wären 600 Millionen DM, weil wir teilen müssen! – Abg. Teufel CDU: Das ist ein Unterschied!)

Mehr Finanzmittel, Herr Späth, für den ÖPNV über die Mineralölsteuer sind aber nicht alles. Herr Späth, ich gehe davon aus, daß Sie so, wie Sie es begründet haben, mehr Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr wollen. Können wir uns darauf einigen? Über Zahlen können wir uns anschließend unterhalten.

(Ministerpräsident Späth: Ich bestätige Ihnen das nachher gleich!)

Die Landesregierung jammert jetzt, daß Baden-Württemberg bei der Zuteilung der Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr ständig benachteiligt wurde. Dies liegt aber auch daran, daß Sie in der Vergangenheit nicht genügend realisierungsfähige Projekte in diesem Bereich vorgelegt und auf Bundesebene eingereicht haben, meine Damen und Herren. Die Landesregierung hat dies in Antworten auf parlamentarische Anfragen des Kollegen Pfaus selbst eingeräumt. Ohne wirklich realisierungsfähige Projekte im ÖPNV helfen auch Mineralölsteuer-Milliarden nicht weiter, und deswegen muß hier einiges getan werden.

Ich bin übrigens gespannt, ob und wann die Mineralölsteuer-Initiative, Herr Späth, im Bundesrat eingebracht wird. Viele Initiativen, die Sie weit später beschlossen haben, sind inzwischen eingegangen. Es wundert mich, daß diese nicht eingegangen ist; vielleicht ist sie unterwegs verlorengegangen.

(Beifall bei der SPD)

Man muß einmal bei Herrn Wabro nachfragen, meine Damen und Herren, welche Gründe das hat. Sollte vielleicht erst der Parteitag abgewartet werden, bis das eingereicht wird?

(Abg. Teufel CDU: Ist nicht ein SPD-Mann gerade Bundesratspräsident? – Ministerpräsident Späth: Er liest halt immer bloß alles zu Hause!)

– Sie haben, soweit ich informiert bin, eine ständige Vertretung in Bonn.

(Dr. Spöri)

(Abg. Ulrich Maurer SPD: Sollen wir vielleicht Ihre Anträge einbringen? Das wäre noch besser!)

Auch in der Verkehrspolitik wird deutlich, daß eine Problemlösung mehr erfordert als die Beschaffung oder den Einsatz finanzieller Mittel. Entscheidende Fortschritte im Rahmen einer umweltverträglichen Erneuerung des Verkehrssektors im Lande können nicht einfach durch Milliarden, sondern nur mit mehr konzeptioneller Kreativität und Durchsetzungskraft erreicht werden.

Es reicht auch nicht aus, meine Damen und Herren, dauernd wie Herr Vetter über Stickoxid und Kohlenwasserstoff zu jammern, ein Fahrverbot bei Smoggefahr zu thematisieren und zu diskutieren, wenn anschließend überhaupt nichts passiert. Wenn es an die umweltpolitische Umsetzung geht, ist der Herr Vetter unter dem Tisch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich will Ihnen sagen: Die Leute verstehen Sie doch überhaupt nicht mehr. Die Landesregierung warnt in diesem Sommer ständig vor hohen Ozonwerten, gibt über das Radio dramatische Lageberichte weiter, wie hoch der Ozonwert ist, und anschließend wird überhaupt nichts gemacht oder versucht, um an den Ursachen dieser Belastung anzusetzen.

Meine Damen und Herren, wenn die Werte wirklich gefährlich sind, müssen Sie auch einmal kausal mit irgendwelchen Maßnahmen an den Ursachen ansetzen. Wenn Sie nicht der Meinung der SPD sind, mit Tempolimits dagegen anzugehen, sondern anderer Meinung sind, dann machen Sie etwas anderes! Aber die Tatsache, daß Sie bei so hohen Ozonwerten den Leuten nur sagen, sie sollen an schwülen Nachmittagen ab halb drei Uhr keine Liegestützen mehr machen, ist zuwenig an Umweltpolitik, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Ministerpräsident Späth: Da ist er stark! Da ist er gut!)

Wir sind gespannt, wie lange es noch dauert,

(Ministerpräsident Späth: Bei den Liegestützen hat er seine Stärken! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

bis Nägel mit Köpfen gemacht werden. Insbesondere bin ich gespannt, Herr Späth, wann die von Ihnen angekündigte Klimaschutzabgabe auf CO<sub>2</sub>, vor der Landespresskonferenz feierlich verkündet, und die Nahverkehrsabgabe nicht nur vor den Medien präsentiert, sondern auch über den Bundesrat eingebracht werden wie andere Initiativen, die Sie im Landeskabinett beschließen.

(Abg. Teufel CDU: Er spricht nur von Abgaben!)

Mir ist gesagt worden, daß bisher im Bundesrat überhaupt nichts eingegangen ist. Ich weiß nicht, ob die Drähte zwischen Bonn und der Landesvertretung überhaupt noch funktionieren.

(Ministerpräsident Späth: Das haben Sie vorher schon einmal gesagt!)

– Natürlich; aber hier trifft es auch zu.

(Heiterkeit bei der SPD)

Was zeigt uns das? – In keinem Bereich der Landespolitik ist das Defizit zwischen Worten und Handeln so groß wie in der Umweltpolitik dieses Landes. Das zeigt uns das.

(Beifall bei der SPD)

Ein politisches Weiterwursteln würde innerhalb von zehn Jahren dazu führen, daß die Ballungsgebiete Baden-Württembergs für den Individualverkehr völlig gesperrt wären. Dazu braucht man überhaupt keine administrative Maßnahme, weil einfach keiner mehr durchkommt.

Geldmangel in Haushaltsberatungen ist auch nicht die Hauptursache für die täglich wachsenden Probleme am Wohnungsmarkt und bei der Unterbringung des zunehmenden Stroms der Zuwanderer. Natürlich werden wir beantragen, daß im Haushaltsentwurf zusätzliche Mittel für den Mietwohnungsbau mit nicht nur zehnjähriger, sondern für echte Sozialwohnungen mit langfristiger Sozialbindung freigeschaufelt werden.

(Ministerpräsident Späth: Wo?)

– Ich sage Ihnen gleich, wo.

Doch selbst wenn wir, Herr Späth, mit den eingesparten Mitteln aus dem staatlichen Hochbau – was ich vorher erwähnt habe – diese Probleme kurzfristig abfedern würden, löst Geld hier nicht die zentralen Probleme.

(Ministerpräsident Späth: Das ist richtig!)

Es ist die eng begrenzte Baukapazität, die gegenwärtig zu immer größeren Preissteigerungen führt.

(Ministerpräsident Späth: Das ist auch richtig! Das hat sich herumgesprochen!)

Das Ergebnis ist eine einmalige Mietpreisexplosion in Baden-Württemberg. Wir werden in Baden-Württemberg nur dann eine preisdämpfende Kapazitätsausweitung der Baubranche erreichen, wenn wir nicht nur kurzfristige Ein- und Zweijahresplanungen vorlegen, sondern im Baubereich zu einer langfristig verstetigten Baupolitik in Form eines Zehnjahresprogramms für die neunziger Jahre übergehen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Herr Späth, ich war letzthin mit unserem für Wohnungsbaupolitik zuständigen Arbeitskreis mit Herrn Schrempp im Land unterwegs, und wir haben mit den Bauträgern gesprochen. Die haben uns gesagt,

(Ministerpräsident Späth: Die brauchen mehr Geld!)

(Dr. Spöri)

daß nach dieser jahrelangen Zickzackpolitik der Vergangenheit – wobei in der Baubranche jeder fünfte Arbeitsplatz vernichtet worden ist – nur eine langfristige Orientierung in der Wohnungsbaupolitik dazu führt, daß sie wirklich ihre Kapazitäten ausdehnen und die großen Bauträger auch mit dem notwendigen zeitlichen Vorlauf planen und rechtzeitig ihre Grundstücke beschaffen können.

(Ministerpräsident Späth: So macht man das in der Planwirtschaft! Da baut man weiter, egal was ist!)

Das ist die Aussage der Praktiker vor Ort, meine Damen und Herren. Das werden wir hier umsetzen.

Aber all das reicht nicht aus, um die katastrophalen Unterbringungsprobleme im Land zu lösen. Wenn wir nicht gleichzeitig auf der Seite der Zuwanderer ansetzen, können wir auch mit immer mehr Haushaltsmitteln dem Problem nur hilflos hinterherlaufen. Obwohl es sich in diesem Jahr mit einer Steigerungsrate von über 300 % für die Unterbringung von Aussiedlern und Asylbewerbern um den am stärksten steigenden Kostenfaktor handelt, wird die Lage immer schlimmer. Die Städte und Gemeinden verweigern die Aufnahme. Es handelt sich hier um eine der größten landespolitischen Herausforderungen.

Ich will nicht auf polemische Reaktionen auf Vorschläge unsererseits eingehen. Das Problem ist viel zu ernst.

(Abg. Wieser CDU: Es wäre aber gut, wenn Sie das machen würden! Wir wären erfreut!)

Der Versuch eines Brückenbaus über die Parteien hinweg ist hier wichtiger, und ich sehe in der Rede von Herrn Teufel durchaus Berührungspunkte.

Meine Damen und Herren, wir haben gegenwärtig in Baden-Württemberg einen Fehlbestand von 200 000 Wohnungen. 70 000 Menschen sitzen in Behelfsunterkünften, in Hotels. Wir werden in diesem Jahr in Baden-Württemberg, vorsichtig geschätzt, zusätzlich eine Zuwanderung von 120 000 Aus- und Übersiedlern bekommen, also mindestens insgesamt 145 000 Zuwanderer.

Diese Probleme werden jetzt noch durch die Liberalisierung in den osteuropäischen Staaten und in der Sowjetunion verschärft. Der Druck der Armutzuwanderung wird zunehmen. Eigentlich ist dieses Problem nur ohne große Völkerwanderung lösbar, wenn wir diesen Menschen durch die Öffnung der Europäischen Gemeinschaft wieder eine wirtschaftliche Perspektive geben. Aber wir brauchen jetzt für die Übergangsphase eine Steuerung des Zuzugs, abgestimmt auf die tatsächliche Aufnahmefähigkeit unseres Landes, insbesondere des Wohnungsmarktes. Dabei ist es völlig ungläubwürdig, die Fehlentwicklungen auf den Asylbereich einzugrenzen und die Unterbringungsprobleme bei Aussiedlern zu verschweigen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, in Baden-Württemberg haben wir fast fünfmal soviel Aussiedler wie Asylbewerber unterzubringen, wobei die Gruppen ineinander übergehen. Wer

nicht als Aussiedler anerkannt wird, beantragt oft politisches Asyl.

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine moderne Einwanderungspolitik, die an drei Punkten ansetzt, um den Zuzug insgesamt auf unsere tatsächliche Aufnahmekapazität und Integrationsmöglichkeit zu begrenzen. Ich schlage folgendes Drei-Säulen-Konzept zu einer kontrollierten Einwanderungspolitik vor:

Erstens muß der Daueraufenthalt von Aussiedlern und Asylbewerbern konsequent auf diejenigen beschränkt werden, die durch Verfassung oder Genfer Flüchtlingskonvention wirklich aufenthaltsberechtigt sind. Das heißt, die Zuwanderung von Aussiedlern als deutsche Staatsangehörige muß auf jene Personen beschränkt werden, die entsprechend Artikel 116 des Grundgesetzes unter echtem Vertreibungsdruck und nicht nur fiktivem Vertreibungsdruck stehen, wie dies gegenwärtig praktiziert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das heißt gleichzeitig, parallel dazu, aber auch, Herr Kollege Teufel, daß abgelehnte Asylbewerber, die nicht aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention ein Bleiberecht haben, in ihre Heimat zurückkehren müssen. Natürlich führt eine konsequentere Abschiebung – das ist mir klar – in den osteuropäischen Raum mit schlechteren Lebensverhältnissen zu großen menschlichen Härten. Aber wir können das Grundrecht auf politisches Asyl nach Artikel 16 des Grundgesetzes nur ohne grundgesetzliche Einschränkung bewahren, wenn es nicht immer mehr praktisch zum Rechtstitel für wirtschaftlich motivierte Zuwanderung wird, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Zweitens muß eine verstärkte Rückkehr derjenigen, die kein Aufenthaltsrecht haben, mit gezielten Hilfen für die Zurückkehrenden in den Herkunftsländern verbunden werden. Das Land Nordrhein-Westfalen macht hier einige Anfänge, die sicherlich nachahmenswert wären.

Drittens – das ist der Kern der Überlegungen – muß über den Personenkreis hinaus, der ein Bleiberecht nach der Verfassung oder nach der Flüchtlingskonvention hat – das wären in diesem Jahr zirka 150 000 von über 1 Million Menschen, die zuwandern –, eine begrenzte legale Einwanderung erlaubt sein, die auf unsere tatsächliche Aufnahmekapazität abgestimmt ist. Anträge auf legale Einwanderung können aber nur gestellt werden, wenn nicht vorher ein offensichtlich unbegründeter Asylantrag gestellt wurde. Ich meine, daß bei einem ernsthaften Risiko, im Falle der Ablehnung des Asylantrags ohne Bleiberecht zurückkehren zu müssen, bei wirtschaftlichen Wanderungsmotiven der Antrag auf legale Einwanderung weit attraktiver wird, selbst wenn man einige Jahre auf die legale Einwanderung warten muß.

(Beifall des Abg. Ulrich Maurer SPD)

Meine Damen und Herren, nur so werden wir die Armutzuwanderung nicht weiter ins Asylverfahren hineindrängen – das ist gegenwärtig das Problem –, nur dann werden

(Dr. Spöri)

kriminelle Schlepperorganisationen ihren Markt verlieren, weil das Asylrecht als Schlupfloch der Armutswanderung unattraktiv wird.

Meine Damen und Herren, das hier vorgeschlagene Einwanderungskonzept basiert auf zwei moralischen Grundprinzipien.

(Abg. Wieser CDU: Viel Nebel!)

Erstens: Politisch Verfolgte und Flüchtlinge als Angehörige gefährdeter, drangsaliierter Minderheiten müssen uneingeschränkt ein Bleiberecht in der Bundesrepublik haben. Ob es sich dabei um Asylbewerber oder Aussiedler handelt – da machen wir keinen Unterschied.

Zweitens: Bei der Frage, wer darüber hinaus im Rahmen legaler Einwanderungsquoten zu uns kommt, sollte das Kriterium, ob sich jemand im vierten oder fünften Glied auf seine Deutschstämmigkeit in früheren Generationen beruft, künftig keine Rolle mehr spielen. Diese Variante germanischer Stammbaumpflege sollte endlich eingestellt werden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Bütikofer  
GRÜNE)

Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß sich hier ein Konsens entwickeln läßt. Ich stelle trotz aller verbaler Härten in einer solchen Diskussion einige Berührungspunkte zu dem fest, was Herr Teufel hier gesagt hat, und ich weise darauf hin, daß es eine offizielle Pressemitteilung der CDU-Fraktion gibt, in der auch darauf hingewiesen wird, daß es pragmatische Wege gebe – ohne eine Verfassungsdiskussion,

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

die jetzt angezettelt wird –, um diese Probleme zu lösen.

(Abg. Wieser CDU: „Angezettelt“! Diese verschmutzte Sprache! Wenn man eine Verfassungsänderung anstrebt, von „angezettelt“ zu sprechen!)

Meine Damen und Herren, stürmische Zeiten des Umbruchs in Deutschland und in Osteuropa fordern bei allen unterschiedlichen Positionen in haushaltspolitischen Fragen einen finanzpolitischen Grundkonsens bei der Reform unserer Finanzverfassung. Herr Teufel hat das Problem des Finanzausgleichs angesprochen. Ich möchte das aufnehmen. Wir müssen jetzt mit einer gemeinsamen Reformposition in diese Diskussion um die Reform der Finanzverfassung gehen. Ich sehe dabei im Spannungsfeld zwischen Landesinteresse und finanzpolitischer Solidarität mit den neuen Ländern folgende Eckpunkte eines Reformkonzepts:

Erstens: Meine Damen und Herren, die bisher vom Bund gezahlten Bundesergänzungszuweisungen können nur noch an die neuen Länder in der ehemaligen DDR fließen. Es ist ganz klar, daß dort wirklich Not herrscht, auch wirtschaftliche Strukturkrisen anzutreffen sind und daß dies unvergleichbar ist mit den Verhältnissen in den Ländern, die gegenwärtig Bundesergänzungszuweisungen be-

kommen. Deswegen sind wir für eine Umpolung dieser Mittel.

Zweitens: Zonenrandhilfe und Berlinhilfe müssen stufenweise, aber voll zugunsten der neuen Bundesländer abgebaut werden. Diese teilungsbedingten Subventionen sind nach der Einigung nicht mehr zu rechtfertigen.

Drittens: Die Investitionshilfen des Bundes nach dem Strukturhilfegesetz sollten für die bisherigen Empfängerländer entfallen und voll in die neuen Länder der ehemaligen DDR fließen. Das heißt, Bedürftigkeit und Finanzschwäche müssen im vereinigten Deutschland neu definiert werden.

Viertens: Das dadurch insgesamt verringerte Finanzgefälle zu den neuen Ländern in der ehemaligen DDR verringert dort die enormen Anforderungen an den horizontalen Finanzausgleich zwischen den Ländern.

Fünftens: Die Gesamtmasse des Länderfinanzausgleichs kann nicht gesteigert, sondern nur zugunsten der neuen Länder umverteilt werden.

Sechstens: Eine unüberlegte, unveränderte Übertragung der bisherigen Methode des Finanzausgleichs auf das vereinigte Deutschland ist indiskutabel. Die Finanzkraft des Landes würde so stranguliert, daß letzten Endes auch unsere wirtschaftliche Leistungskraft absinken würde.

Meine Damen und Herren, nicht nur die neuen Bundesländer, sondern auch das Land Baden-Württemberg stehen vor großen Zukunftsaufgaben, die wir lösen müssen. Unsere Vorschläge dafür werden wir in die Ausschußberatungen einbringen. Wir können diese Aufgaben aber nur lösen, wenn wir finanzpolitisch wieder mehr Handlungsspielraum gewinnen. Dazu gehört nicht nur eine faire Neuregelung des Finanzausgleichs im vereinigten Deutschland, sondern dazu gehört auch, daß dieses Parlament wieder seinen eigenen finanziellen Spielraum für aktive Zukunftsgestaltung erweitert. Der verhängnisvolle Trend, daß ein immer größerer Anteil unserer Haushalte nicht mehr zur Erfüllung der eigentlichen zentralen landespolitischen Aufgaben, sondern nur noch zum Schuldendienst für die Kuponschneider eingesetzt wird, muß endlich beendet, muß gebrochen werden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Albrecht  
FDP/DVP)

Die Landesregierung ist dazu offensichtlich nicht in der Lage, und deshalb muß dieses Parlament selbst in den nächsten Wochen in den Beratungen im Ausschuß neue landespolitische Prioritäten setzen und damit Strukturen haushaltspolitisch verändern, ja aufbrechen, auch dort, wo es weh tut. Meine Fraktion ist zu dieser gemeinsamen Anstrengung bereit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Beifall der  
Abg. Barbara Schroeren-Boersch GRÜNE)

**Präsident Erich Schneider:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bütikofer.

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Steuerzahlerinnen und Steuerzahler!

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Angenehm!)

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Teufel, hat bei seiner eröffnenden Rede in dieser Debatte mit dem Gestus des großzügigen Hausvaters dargestellt, welche Wohltaten diese Landesregierung und die sie tragende Unionsfraktion vorhaben über die Bevölkerung von Baden-Württemberg auszugießen. Deshalb möchte ich im Kontrast dazu mit einer ganz einfachen Erinnerung beginnen.

Worüber wir heute verhandeln, das ist das Geld, das der Finanzminister hofft in den nächsten beiden Jahren den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern dieses Landes abknöpfen zu können, wenn er erfolgreich ist. Worüber wir heute verhandeln, das ist die Frage, ob und wie wir dieses Geld, über dessen Verwendung wir Rechenschaft schuldig sind, vernünftig ausgeben.

Wir sind Rechenschaft schuldig ganz generell, weil es nicht unser eigenes Geld ist. Wir sind Rechenschaft schuldig, glaube ich, insbesondere gegenüber denjenigen, denen es in vielen Fällen durchaus schwerfällt, die Steuern zu bezahlen, die wir von ihnen verlangen. Ich denke zum Beispiel an diejenigen, die wegen des immer noch völlig unzureichend gestalteten Grundfreibetrags steuerpflichtig sind. Wir sind insbesondere auch deswegen Rechenschaft schuldig, weil die Steuern in den nächsten zwei Jahren reichlicher fließen werden, wenn sich als richtig erweisen sollte, was in dem Haushaltsansatz prognostiziert wird, und weil es für eine Öffentlichkeit schwer verständlich ist, bei reichlicheren Steuereinnahmen des Staats immer noch mehr mit der Tatsache konfrontiert zu werden, daß das Geld nicht reicht, daß die Schuldenaufnahme immer weiter wächst.

Wenn man einen einfachen und strengen Maßstab der Rechenschaft anlegt, muß man ohne Umstände zu dem Ergebnis kommen: Es muß etwas faul sein im Staate Baden-Württemberg, und es muß auch bei der verantwortlichen Regierung Späth etwas faul sein. Die offensichtlichsten Symptome dafür hat der Bund der Steuerzahler gerade gestern noch einmal mit schöner Klarheit allen in Erinnerung gerufen.

Der Schuldenberg, den wir als Land Baden-Württemberg jetzt haben, ist von seinem Volumen her unmittelbar mit einem Landeshaushalt vergleichbar. Die Ausgaben eines ganzen Jahres würden etwa gerade reichen, um die Schulden abzutragen. Was das an langfristiger Belastung bedeutet, kann sich jeder und jede ausrechnen, die für einen eigenen Haushalt zuständig sind.

Die Schuldenlast – das hat Herr Spöri schon gesagt – beträgt 8 Milliarden DM im Jahr. Die freie Spitze, das heißt der Betrag, über den man noch frei verfügen kann, weil das Geld weder durch Gesetz noch durch andere rechtliche Verpflichtungen schon vorab gebunden ist, beläuft sich auf vielleicht noch 3 oder 3,5 Milliarden DM im Jahr. Das entspricht etwa 6 bis 7 % des Haushaltsvolumens.

(Ministerpräsident Späth: Der Spöri ist nur noch bei 5 %!)

Der Schuldendienst ist bereits explodiert. Nach der mittelfristigen Finanzplanung wird er Ende 1994 bei 17 % stehen. Ich will diese Zahlenkette nicht verlängern. Diese Zahlen sprechen für sich. Sie sind insbesondere dann äußerst problematisch, wenn sie sich immer mehr verschlechtern, obwohl die Wirtschaft boomt, obwohl die Wirtschaft gut dasteht. Denn jedem drängt sich doch die Frage auf: Was passiert eigentlich, wenn es der Wirtschaft nicht mehr so gut geht, wenn die Steuereinnahmen aus Wirtschaftstätigkeit zurückgehen? Was passiert, wenn die Arbeitslosigkeit auch bei uns und nicht nur in der ehemaligen DDR zunimmt? Auf diese Fragen hat die Regierung, obwohl der Herr Finanzminister seinen Haushaltsentwurf unter die Überschrift „Instrument der Zukunftsvorsorge“ gestellt hat, in Wirklichkeit keinerlei vorsorgende Antwort gegeben.

Für uns als Parlament stellt sich die Frage: Woran liegt es, daß wir immer weiter auf diesen unsoliden Kurs absinken? Woran liegt es, daß die Landesregierung diese Politik nicht in den Griff bekommt? Ich will zunächst einmal vier meines Erachtens sehr offensichtliche Gründe nennen.

Es liegt einmal daran, meine ich, daß in der Landesregierung zumindest seit einiger Zeit ein ganz falsches Verständnis von dem, was Finanzpolitik sein soll, vorherrscht. Finanzpolitik muß planend in die Zukunft sein, sie muß gestaltend sein; Finanzpolitik muß Strukturpolitik sein. Aber das alles ist sie bei dieser Landesregierung, bei diesem Finanzminister eben nicht. Die Finanzpolitik ist, anstatt zu planen, eine bloße Fortschreibung dessen, was ist. Statt gestaltend zu sein, hat man zum Beispiel, als von der Opposition in den Diskussionen der letzten eineinhalb Jahre mehrfach und drängend die Frage nach ökologischen Abgabensystemen aufgeworfen worden ist, seitens des Finanzministeriums nichts dazu getan; man hat keine eigene Initiative entwickelt und sich noch nicht einmal bereit gefunden, ernsthaft den Hinweisen aus dem Parlament nachzugehen.

Strukturpolitik ist diese Finanzpolitik schon gar nicht. Man hat den Eindruck, daß das Finanzministerium mit dem Finanzminister an der Spitze eher eine Versammlung hochbezahlter Vereinskassierer ist, aber keine –

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU)

– Durchaus im einzelnen qualifiziert, aber mit der Mentalität von Vereinskassierern

(Zuruf des Abg. Mogg SPD)

und nicht mit der Mentalität, mit dem Verständnis von Strukturpolitikern, die die Wege für die Zukunft bahnen müssen.

(Abg. Dr. Ohnewald CDU: Da werden Sie böse Briefe von den Vereinskassierern bekommen! – Zuruf von den GRÜNEN: Die Vereinspolitiker

(Bütikofer)

sitzen unten in der Kneipe! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU)

Ich bin der Meinung, Herr Ohnewald: Jedem das Seine, jeder soll auf seinem Gebiet seine Aufgabe gut lösen. Wenn jemand ein guter Vereinskassierer ist, werde ich ihn dafür loben. Ich war selber in verschiedenen Vereinen Kassier, und ich habe dort meine Aufgabe, glaube ich, gut gemacht. Aber für eine Finanzpolitik stelle ich und stellen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und insbesondere wohl die verantwortlichen Vereinskassierer andere Kriterien auf, und sie haben dazu andere Verlangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite Punkt: Meines Erachtens wird immer deutlicher, daß eine unabgestimmte, widersprüchliche und deshalb im einzelnen sehr teure Ressortpolitik dieser Landesregierung ganz entscheidend zu einem unkontrollierten Ausgabenwachstum beiträgt. Insbesondere der Wirtschafts- und der Umweltminister bewegen sich seit einiger Zeit wie ein Tandem, bloß daß der eine vorwärts und der andere rückwärts fährt und sie sich in dem Tempo, in dem sie treten, nicht abstimmen können.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Man könnte auch sagen: Die Landesregierung krebst manchmal wie ein Achter ohne Steuermann mit unkoordinierter Schlagzahl – vier in die eine Richtung und vier in die andere – herum, und irgendwo am Rand oder von Japan her

(Abg. Wieser CDU: Herr Bütikofer, Ihre sprachlichen Bilder stimmen doch überhaupt nicht! Das ist doch eine verwirrte Sprache! Völlig verwirrt, was Sie sagen!)

ruft der Steuermann dann, sie sollten wenigstens die Schlagzahl vereinheitlichen, damit sie – –

(Beifall bei den GRÜNEN – Ministerpräsident Späth: Das funktioniert nicht!)

– Nein, es funktioniert nicht. Wie es danebengeht, werde ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, jetzt vorhalten. Ich beziehe mich dabei auf die schriftlich vorliegenden und von jedem nachzulesenden Haushaltsberichte der Ministerien.

Im Haushaltsbericht des Umweltministeriums findet sich folgendes Zitat:

Die bisherige Orientierung am quantitativen Wirtschaftswachstum hat zu erheblichen Umweltbelastungen geführt. Wachsende Abfallberge und ein hoher Landschaftsverbrauch sind typische Kennzeichen dieser Entwicklung.

Dazu kann ich nur sagen: Das Umweltministerium ist inzwischen auf dem allgemeinen Kenntnisstand der Umweltbewegung seit langer Zeit. Bravo!

Im Bericht des Wirtschaftsministeriums steht – ebenfalls auf Seite 1 –:

(Abg. Wieser CDU: Machen Sie jetzt gerade Schulnoten?)

Bereits 1988 hatte das Wirtschaftswachstum des Landes, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, mit einer Rate von 3,8 % gut im Bundestrend (+ 3,7 %) gelegen. Diese Tendenz setzt sich auch 1989 fort. Mit einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum von 3,7 % hat sich der Abstand des Landes zum Bundeswert von plus 3,4 % sogar noch etwas vergrößert.

Der Umweltminister sagt: „Diese Art von rein quantitativ orientiertem Wachstum ist schädlich, bringt Kosten, bringt für den Landeshaushalt Kosten“, und der Wirtschaftsminister sagt: „Weiter so.“

Das sind nicht nur zwei völlig verschiedene Konzeptionen, die sich diametral gegenüberstehen. Dagegen müßten wir gar nichts sagen; denn daß Verfechter verschiedener Konzeptionen ihren Beitrag zu einer Gesamtpolitik in einer Landesregierung ausfechten, ist ja vernünftig. Vernünftig ist bloß nicht, daß sie sich erstens in verschiedenen Ministerien gegeneinander verschanzen und zweitens, daß jeder für den Beitrag, den er leisten will, bei diesem Auseinanderstreben auch noch Geld ausgibt. Der eine gibt dafür Geld aus, das Wirtschaftswachstum anzuhetzen, und der andere gibt dafür Geld aus, die Folgen, die das mit sich bringt, wieder etwas zu mindern. Das kann man an ganz verschiedenen Beispielen zeigen. Das führt nicht zu einer integrierten Politik mit umweltpolitischer Verantwortung, sondern das führt ausschließlich zu einer integrierten Kosten- und Ausgaben Spirale.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und das ist eben einer der Gründe.

Man könnte es an der Haltung zeigen, die das Umweltministerium und das Wirtschaftsministerium zur Technologiepolitik einnehmen. Man kann es im Bereich des Tourismus zeigen. Das Wirtschaftsministerium fördert schädlichen Tourismus, das Umweltministerium bemüht sich mit anderem Geld, die Folgen zu mindern. Das Wirtschaftsministerium schreibt – da muß ich aus dem Einzelplan 07, Wirtschaftsministerium, Seite 53, vorlesen, weil das wirklich eine der besten Blüten zur Energiepolitik ist, die ich gefunden habe –:

Eine effiziente und ausgewogene und umweltschonende Energieversorgung setzt sowohl einen rationellen Umgang mit Energie wie eine Ausweitung des Energieangebots voraus.

Das schreibt der Wirtschaftsminister. Der, der ihm das aufgeschrieben hat, hat von einer vernünftigen Energiepolitik überhaupt nichts kapiert. Natürlich ist rationeller Umgang mit Energie richtig, aber doch nicht Ausweitung des Energieangebots. Das wäre doch genau das Gegenteil.

(Abg. Wieser CDU: Mit einer statischen Wirtschaft hätten Sie recht, aber nicht mit einer dynamischen! Der Mann denkt doch statisch!)

(Bütikofer)

Dafür wird nun in dieser Titelgruppe 77 von Kapitel 0702 Geld ausgegeben. Der Umweltminister darf dann aus einer anderen Titelgruppe Geld dafür ausgeben, die Luftbelastungen, die aus diesem überflüssigen Energieangebot resultieren, wieder etwas zu mindern. Und so weiter und so fort. Das gleiche gilt für den Verkehr.

Nun will ich wirklich nicht sagen – ich wiederhole das –, daß es nicht darum ginge, verschiedene Ansätze und Auffassungen zusammenzubringen. Wenn Herr Palm in seiner Rede gesagt hat, man müsse Kräfte entfalten, dann heißt das natürlich auch: Man muß widersprüchliche Auffassungen zum Tragen bringen. Das ist ganz klar. Aber es darf eben nicht so weit gehen, daß sich der richtige Satz, daß man eine Mark nur einmal ausgeben kann, in der Praxis dieser Landesregierung in die falsche Praxis verkehrt, daß man einer falsch ausgegebenen Mark fünf Mark hinterher-schmeißen muß, um wieder aufzuräumen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens: Die Landesregierung übernimmt – und auch das führt zur Kostenexplosion des Haushalts – überflüssigerweise Aufgaben, die diese boomende Industrie sehr wohl selber finanzieren könnte. Ich will nur zwei Beispiele dafür nennen.

Stichwort: Sondermüllsonderabgabe. Wir können ja nun wirklich sagen, daß es ein Erfolg der vereinigten Opposition in diesem Landtag ist, daß die Entwicklung immerhin so weit gediehen ist, daß sich die Landesregierung verpflichtet hat, da einen positiven Schritt zu tun. Es hat ohnehin – das nur als Nebenbemerkung – in dieser Legislaturperiode keine einzige wichtige Initiative im Umweltbereich gegeben, die nicht durch die Opposition angestoßen worden wäre. Wenn man sich dann aber anguckt, wie das mit diesen Sätzen von 50 bis 150 DM ausgestaltet wird, ist einem völlig klar, daß das nicht ernsthaft als die sogenannte Internalisierung von externen Kosten angenommen werden kann. Statt der Industrie wirklich die Kosten aufzubürden, die anfallen, macht man Spartarife. Statt eine Sondermüllsonderabgabe einzuführen, die wirklich lenkt und die durch eine innere Dynamisierung wirklich Lenkungsinstrument sein könnte, schafft man Spartarife, macht eine Politik des Als-ob statt einer Politik der wirtschaftspolitischen Strukturen.

Das alles wird dann dadurch noch erhöht – das ist der zweite Teil des Beispiels –, daß man das Aufkommen aus dieser Sondermüllsonderabgabe auch noch in einer ganz unverantwortlichen Weise für die Finanzierung von Altlastenbeseitigung einzusetzen versucht, obwohl jeder Mensch und zumal jeder Politiker vernünftigerweise eigentlich sagen müßte, daß die finanzielle Verantwortung für die Beseitigung der Altlasten denen aufgebürdet werden muß, die diese Altlasten verursacht haben. Wenn diese Altlasten im einzelnen nicht mehr zuzurechnen sind, dann muß ihre Beseitigung aus einem Fonds der altlastenrelevanten Industrie finanziert werden. Wir haben dafür Vorschläge vorgelegt. Aber es geht eben nicht, daß der Staat so tut, als könne er aus dem vollen schöpfen und denen, die das zu verantworten haben, eine Altlastenbeseitigung nicht aufbürden, und daß man dann insgesamt, was den Staatshaus-

halt betrifft, immer weiter daran strickt, die Belastung fortzuschreiben.

Viertens: Ich bin damit einverstanden – das hat sich insbesondere in den Nachträgen jedenfalls aus meiner Sicht auch so dargestellt –, daß von der Landesregierung vorgebracht wird, ein wesentlicher Teil der Ausgabenzuwächse sei im einzelnen unvermeidbar gewesen. Das gilt ganz sicherlich etwa im Bereich der Asylpolitik oder der Aussiedler. Da konnte, so wie die Rechtslage ist, die Landesregierung gar nichts anderes tun, als sich ihrer Verpflichtung zu stellen und hier Ausgaben zu tätigen. Nur muß man sich dann, wenn man das Problem erkannt hat, natürlich schon darüber Gedanken machen, wie das weitergehen soll.

Ich bin ganz froh, daß Herr Spöri vorhin in seiner Rede bezüglich der Aussiedler einige Punkte angesprochen hat, die unsere Auffassung in vielen Bereichen berühren und sich mit ihr auch decken. Wenn wir nicht wollen, daß die grenzenlose Kostensteigerung aufgrund dieser bisherigen Aussiedlerpolitik einfach fortgeschrieben werden soll, müssen wir auf eine gezielte Einwanderungspolitik umsteigen, für die Sie einige vernünftige Kriterien genannt haben, Herr Spöri. Ich glaube, darauf müßte sich auch einmal die CDU einlassen.

(Beifall der Abg. Rosemarie Glaser GRÜNE)

Noch eines an Ihre Adresse: Es geht natürlich politisch nicht gut, daß Sie sich hier hinstellen und in dieser Frage durchaus Erwägenswertes beitragen, es aber nicht schaffen, ein klares Wort zu dem Umstand zu sagen, daß eine ganze Reihe von sozialdemokratisch regierten Bundesländern gerade drauf und dran ist, zusammen mit Herrn Späth und der Union am Asylrecht rumzubosseln und nicht etwa das zu realisieren, was wir durchaus gemeinsam gut diskutieren können. Herr Spöri, hier möchte ich Sie um mehr Klarheit und mehr Eindeutigkeit bitten.

(Zuruf des Abg. Dr. Spöri SPD)

Eine Wende in der Aussiedlerpolitik können wir gemeinsam anstreben, aber bitte benutzen Sie das nicht als Vorhang, hinter dem dann Ihre Partei in Wirklichkeit eine Einschränkung, Beseitigung und im Endeffekt Abschaffung des Grundrechts auf Asyl mitträgt. Das lassen wir nicht durchgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Abg. Rosemarie Glaser GRÜNE – Abg. Dr. Spöri SPD: Späths Hoffnung wird enttäuscht! – Abg. Haas CDU: Das war nicht mit Lafontaine abgestimmt, was Spöri vorgetragen hat! – Abg. Schlauch GRÜNE: Lafontaine wird auch über Niedersachsen stolpern!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß wir allerdings, wenn wir von der Schuldenbelastung und den Zukunftshypotheken reden, nicht nur rein fiskalische Argumente zusammentragen können. Wir können dann nicht so tun, als wären die Zukunftsbelastungen allein finanzpolitischer Art, als wären die Zukunftsbelastungen allein solche, wie sie aus unvernünftigen Ausgaben der Landesregierung

(Bütikofer)

entstehen. Die gesellschaftlichen Schulden sind vielmehr größer als die rein fiskalischen, denn die ökologischen Schulden gehören eben auch dazu. Mit ökologischer Verschuldung meine ich zum Beispiel das Waldsterben, das sich nach wie vor auf einem alarmierend hohen Niveau befindet. Ich meine die Belastung des Grundwassers mit Nitrat, mit Pestiziden und anderen Umweltgiften, die uns ja in Baden-Württemberg schon gezwungen hat, 200 Brunnen zu schließen. Ich meine die Gewerbe- und Sondermüllmengen, deren Entsorgung noch kein Mensch gelöst hat, die Roten Listen mit gefährdeten und vom Aussterben bedrohten Tier- und Pflanzenarten, die Stickoxidbelastung in der Luft und die Klimakatastrophe, in die wir hineinsteuern. Das sind ökologische Schulden, die wir auch Jahr für Jahr anhäufen. Das sind ökologische Schulden, bei denen wir gerade drauf und dran sind, sie unseren Kindern und Nachkommen mehrerer Generationen aufzudrücken. Die Frage ist natürlich auch – ganz abgesehen davon, was das alles kosten wird –: Was trägt der Landeshaushalt dazu bei, diese Schulden, diese Belastungen zu vermindern?

Ganz klar ist, jede Mark, die wir heute für vorsorgende Umweltpolitik ausgeben, jede Mark, die wir heute dafür ausgeben, daß Schadstoffbelastungen nicht entstehen, wird sich natürlich für die Zukunft vielfach auszahlen; denn wir werden dann eben nicht die viel teureren nachsorgenden Technologien bezahlen müssen. Wir werden nicht alle diese Filter bezahlen müssen, die man, weil man die Produktion nicht rechtzeitig ökologisch umgestaltet hat, an das Ende der Produktion anhängen muß.

Aus solchen Gründen haben wir in der Vergangenheit immer wieder darauf hingewiesen, daß es für vernünftige ökologische Zukunftsinvestitionen auch im Einzelfall berechtigt ist und berechtigt sein kann, Kredite aufzunehmen und diese zu subventionieren, um zu erreichen, daß die ökologische Zukunftsbelastung herabgesetzt und beseitigt wird. Nur können wir feststellen, daß sich diese Landesregierung keiner der zwei Herausforderungen gewachsen zeigt. Sie zeigt sich nicht der Herausforderung gewachsen, die Schulden zu reduzieren und den Landeshaushalt im Griff zu behalten. Sie zeigt sich auch nicht der Herausforderung gewachsen, wenigstens Investitionen und Wegbahnen für die Zukunft anzupacken. Dies möchte ich Ihnen an einem einzigen Beispiel etwas ausführlicher darstellen, an dem Beispiel, das eigentlich in unserer Umweltdiskussion dominiert und dominieren muß, nämlich dem Stichwort Klimakatastrophe.

Umweltminister Vetter hat im Frühjahr seine Regierungserklärung zur Umweltpolitik unter den Leitslogan der Umweltbewegung gestellt: „Global denken, lokal handeln“. Ein schönes Beispiel dafür, daß unsere Slogans, unsere griffigen

(Abg. Jacobi GRÜNE: Überschriften!)

Formulierungen und Überschriften doch auch einmal wenigstens Eingang in die Regierungspolitik finden.

Der Slogan „Global denken, lokal handeln“ weist eigentlich schon darauf hin, daß es darauf ankäme, wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz einzuleiten. Nun hat die

Klima-Enquete-Kommission des Bundestages Ende vergangener Woche ihren Endbericht vorgelegt.

(Abg. Teufel CDU, einen Zeitungsausschnitt hochhaltend: Herr Kollege, es gibt noch mehr so griffige Begriffe!)

Fazit: Die Erwärmung des Weltklimas können wir überhaupt nur noch einigermaßen im Zaum halten. Wir können sie gar nicht mehr insgesamt stoppen. Es ist gar nicht mehr vermeidbar, daß die Temperatur weltweit ansteigt. Wir können nur noch verhindern, daß sie weiter ansteigt, als es durch die Sünden der Vergangenheit ohnehin schon stattfindet.

Für vier Fünftel des derzeitigen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes sind die Industrieländer des Nordens verantwortlich. Also müssen enorme Anstrengungen unternommen werden. Die Enquete-Kommission hat für die Bundesrepublik drastische Forderungen aufgestellt: Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 30 % bis zum Jahr 2005 und um 80 % gegenüber dem Ist-Stand bis zum Jahr 2050. Es ist offensichtlich, daß das nur über eine drastisch veränderte Verkehrs- und Energiepolitik zu bewerkstelligen sein wird.

Schaut man sich nun den Haushalt der Landesregierung daraufhin an, muß man feststellen, daß sich dort diese Erkenntnisse nicht niedergeschlagen haben. Dort geht es einfach weiter wie bisher. Die von den Energieversorgungsunternehmen angestrebten und angegebenen Wachstumsraten im Strombereich nimmt diese Landesregierung nach wie vor als quasi gottgegeben hin. In einer Situation, in der alle Welt im Zusammenhang mit dem CO<sub>2</sub>-Problem von einer globalen Umweltkrise redet, kann und muß man eigentlich von einer Landesregierung verlangen, daß sie sich aktiv in die Energiepolitik einschaltet, daß sie darauf drängt, daß der Wirtschaftsminister darauf drängt, daß das Energieangebot nicht, wie ich es Ihnen vorhin vorgelesen habe, ausgeweitet, sondern besser genutzt wird, daß Kraft-Wärme-Kopplung, Dezentralisierung, Nutzung regenerativer Energiequellen in den Mittelpunkt der Energiepolitik des Landes gerückt werden.

Der Vorsitzende der Enquete-Kommission, ein CDU-Bundestagsabgeordneter, Herr Schmidbauer,

(Abg. Teufel CDU: Ein guter Mann!)

hat völlig recht, wenn er im Vorwort zu dem jetzt vorgelegten Bericht schreibt, daß bei der Frage, wo die CO<sub>2</sub>-Vermeidungspotentiale liegen, der effizienten Energienutzung das weitaus größte Potential zur CO<sub>2</sub>-Minderung zugeschrieben werden muß.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Eine richtige Erkenntnis!)

So die Erkenntnis des Umweltexperten Schmidbauer.

(Abg. Teufel CDU: Schauen Sie sich mal die CDU-Politik in diesem Lande an!)

(Bütikofer)

Aber leider, muß ich feststellen, hat sich das in der CDU-Politik und in dem Haushaltsentwurf dieses Landes nicht niedergeschlagen.

(Abg. Teufel CDU: Aber sehr wohl!)

Wir verlangen, um das, was Herr Schmidbauer formuliert hat, umzusetzen, Herr Teufel, von dem Ministerpräsidenten, von der Landesregierung und von Ihnen als Fraktion, daß Sie sich einmal Gedanken darüber machen, wie die Energieversorgungsstrukturen, die wir heute in Baden-Württemberg haben, umgestaltet werden können, um das CO<sub>2</sub>-Problem in den Griff zu bekommen. Wir sind der Auffassung, daß das mit den bisherigen Strukturen nicht möglich ist. Solange wir Energieversorgungsstrukturen haben, die sich im Kern auf als Aktiengesellschaften organisierte Energieversorgungsunternehmen stützen, die logischerweise das Interesse haben, ihre Gewinne jährlich zu steigern,

(Abg. Teufel CDU: Jetzt hören Sie doch auf! Wissen Sie, daß die keine Mark ausschütten?)

so lange wird das Interesse an Energieeinsparung eben nicht herrschen.

(Abg. Teufel CDU: Wissen Sie, daß die seit 30 Jahren keine Mark ausschütten? Wissen Sie das eigentlich?)

Sie werden natürlich sagen: Die Energieversorgungsunternehmen befinden sich in öffentlicher Hand. Warum sollen dann nicht die Kommunen, die dort mit das Sagen haben, die Umorientierung betreiben? Das Problem ist, daß die Kommunen auf Einnahmen aus dem Verkauf der Ware Energie angewiesen sind, um beispielsweise die Defizite im öffentlichen Personennahverkehr auszugleichen. Da Sie von Ausschüttung reden, Herr Teufel, lautet meine Antwort: Es gibt doch zahlreiche Kommunen, die ihre Energieversorgungspolitik nur deswegen oder ganz wesentlich deswegen auf Steigerung auslegen, weil sie sich darauf angewiesen fühlen, die Defizite in ihrem eigenen Personennahverkehr damit auszugleichen. Hier ist ein Teufelskreis. Da muß man eine andere Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs finden, Herr Teufel, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, der hier bei der Energieversorgung existiert.

Ihr Parteikollege Schmidbauer, der heute die Ehre erhält, zweimal von mir zitiert zu werden, schreibt in dem bereits erwähnten Bericht – –

(Abg. Wieser CDU: Der wird sehr glücklich darüber werden!)

– Ich glaube schon. Das macht jeden Politiker glücklich, wenn er vom politischen Gegner geliebt wird.

(Abg. Wieser CDU: Loben Sie ihn auch im Wahlkreis und nicht nur hier!)

– Ich werde ihn auch in Heidelberg loben. Sie kennen mich; ich bin da ganz offen.

Herr Schmidbauer schreibt:

Die durch den Treibhauseffekt aufgeworfenen Probleme sind so tiefgreifend, daß die Struktur der Energieversorgung in der Bereitschaft grundlegend überdacht werden muß, gravierende Änderungen vorzunehmen.

Genau das wollen wir. Genau das sollten Sie uns gemeinsam tun lassen.

Energieeinsparung hat die erste Priorität bei der Suche nach Lösungswegen zur Senkung des fossilen Energieverbrauchs auf das gebotene Maß.

Auch das schreibt die Enquete-Kommission.

Eine Energiepolitik, die der Einsparung Priorität gibt, muß zu einer erheblichen Senkung des Energieverbrauchs pro Kopf und zu einer besseren Nutzung der bisher genutzten Energien führen.

Noch einmal Enquete-Kommission. Ich zitiere das so ausführlich und ich behandle diesen Punkt so betont, weil ich glaube, daß wir uns hier an einem ganz entscheidenden Scheideweg befinden. Ich behandle das deswegen so betont, weil im Unterschied zu allen Absichtserklärungen und auch zugestandenen guten Absichten, Herr Teufel, de facto in dem Haushaltsentwurf, den diese Regierung vorgelegt hat, sich all das nicht findet, sich diese Erkenntnisse des Herrn Schmidbauer, denen Sie eben akklamiert haben, nicht niedergeschlagen haben. Wo sind zum Beispiel die Vorschläge zur angemessenen Steigerung der regenerativen Energiequellen etc. etc.? Die Landesregierung hat hier ein wesentliches Feld des Versagens und betreibt dadurch eine Politik, die die ökologische Belastung, die Risiken und als eine Folgewirkung auch die finanzielle Belastung immer weiter steigern wird, jedenfalls zum Abbau nichts Angemessenes beiträgt. Lassen Sie uns dieses gemeinsam angehen; denn – davon bin ich wirklich überzeugt – ohne tiefgreifende Einschnitte und Reformen lassen sich die Tendenzen, die nun zu einer ständigen Reduzierung des Handlungsspielraums im Landeshaushalt und damit für die Landespolitik geführt haben, gar nicht mehr rückgängig machen.

Deswegen möchte ich zum Schluß noch auf einige Gesichtspunkte eingehen, wie unserer Meinung nach eine tieferschürfende, fester zupackende Umorientierung im Landeshaushalt angelegt sein könnte. Ich will drei Aufgaben nennen.

Ich glaube, wir brauchen eine Überprüfung der Ausgabeprioritäten im Haushalt, die auch solche Ausgaben einbezieht, die wir normalerweise unter „rechtlich festgelegt und von daher gar nicht gestaltbar“ schon abgehakt haben. Wir brauchen eine Überprüfung der inneren Struktur der Aufgabenerfüllung des Landes.

Es kann in Zukunft nicht so sein, daß 95 % des Haushalts quasi immer schon verfügt sind, wenn wir mit der Beratung anfangen, und alles, was für die strategische Aufgabe der ökologischen Umgestaltung gemacht werden könnte und gemacht werden muß, nur aus den restlichen 5 % oder

(Bütikofer)

allenfalls aus einer zusätzlichen Verschuldung bzw. aus zusätzlichen Steuern oder Abgaben genommen werden kann. Das darf nicht sein. Wir können die Umgestaltung auch nicht allein aus ökonomischen Steuern und Abgaben finanzieren, so sehr ich den Gedanken ökologischer Steuern und Abgaben teile. Hier muß eine Diskussion über die Prioritäten im Haushalt stattfinden.

Ich glaube, wir brauchen auch neue Instrumente, um solche Prioritäten zu setzen. Es gibt zum Beispiel in den USA ein ganz interessantes Instrument – Sie werden es wahrscheinlich kennen –, das sich sunset legislation nennt. Das heißt, wenn überhaupt irgendeine Subvention beschlossen wird, beschließt man sie von vornherein nie unbegrenzt, sondern immer nur mit einem befristeten Datum. Wenn dann dieses Datum gekommen ist, überprüft man noch einmal, ob die Ausgabe überhaupt noch sinnvoll ist oder ob sich inzwischen die Prioritäten verändert haben.

Ich wäre zum Beispiel dafür, daß wir etwa im Haushalt des Wirtschaftsministers, in dem sich ziemlich viele Subventionen finden, eine solche sunset legislation einführen, die Subventionskataloge, die es da gibt, befristen und dann darüber nachdenken, ob es so weitergehen soll oder ob die Prioritäten anders sind.

Zweites Stichwort: Verwaltungsstruktur.

(Abg. Wieser CDU: Das ist aber nicht von Ihnen erfunden worden! – Ministerpräsident Späth: Da ist dann dauernd sunset strip!)

– Herr Späth, ich kann mir vorstellen, daß Sie, so wie ich Sie kenne, darauf ganz gespannt wären. Ich bin darauf auch gespannt. Ich glaube, Sie sind auch auf etwas anderes gespannt, obwohl das vielleicht ein bißchen mehr weh tut, weil es mit ein bißchen Kritik an Ihrer Regierungspraxis verbunden ist.

(Abg. Wieser CDU: Ein bißchen schadet nicht!)

Es geht um die Frage der Verwaltungsstruktur. Sie alle kennen, sofern Sie hier unten sitzen – Sie da oben nicht; aber es würde sich lohnen, das einmal nachzulesen –, den Bericht über Prüfung der Organisation der Umweltverwaltung Baden-Württemberg, Teilprojekt Gewerbeaufsicht. Das ist das Jammervollste, was man in dieser Hinsicht in den letzten Jahren gelesen hat. Das schlichte Fazit ist: Die Personalausstattung in diesem wesentlichen Bereich der baden-württembergischen Umweltverwaltung – das ist völlig indiskutabel – liegt im bundesweiten Vergleich mit allen Bundesländern am Ende. Sie bringen immer so gern den Bundesländervergleich, wo Sie Spitze sind; hier sind Sie total am Schluß.

(Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

– Sauladen, ja. Danke, Herr Kollege!

Um dem Ganzen noch die Krone aufzusetzen, hat die Landesregierung, die ja den Bericht vor uns kannte, in ihren Haushaltsentwurf nicht etwa die in diesem Bericht geforderten wenigstens 50 zusätzlichen Stellen aufgenommen, mit denen wir immer noch am Schluß wären,

(Abg. Teufel CDU: Sondern wieder Lehrerstellen!)

sondern die Landesregierung hat für 1991 nur 18 und für 1992 ganze 26 zusätzliche Stellen vorgesehen. Das heißt: Noch nicht einmal an einem solch entscheidenden Punkt sind Sie bereit, die Struktur der Umweltverwaltung zu verbessern.

Es ließen sich noch viele Beispiele aufzählen, etwa die Finanzverwaltung, die wir schon x-mal angesprochen haben. Dort können Betriebsprüfungen nicht angemessen stattfinden, weil einfach zuwenig Personal da ist.

Es ließe sich bei der Verwaltung noch vieles aufzählen, zum Beispiel, daß es wegen der ganzen Struktur dieses elenden Beamtenrechts

(Abg. Wieser CDU: Elend?)

immer schwieriger wird, Personal für die öffentliche Verwaltung zu finden, das bei dieser Bezahlung dorthin geht und von der Qualifikation her in der Lage ist, dem überhaupt Paroli zu bieten, was in der Gesellschaft, was in der Industrie, in der Wirtschaft stattfindet.

Es ließe sich vieles von völlig überflüssigen Strukturen aufzählen, angefangen von den Flurbereinigungsämtern, die man längst abschaffen könnte, bis zum Verfassungsschutz, der genauso überflüssig ist.

(Abg. Wieser CDU: Die Polizei müßten Sie noch aufführen!)

Insgesamt fänden sich auch im Kultusministerium, Herr Kollege Wieser, einige Aufsichtsbeamten, die keine wirklich gesellschaftlich nützliche Arbeit leisten, sondern nur gesellschaftlich völlig unnützen „Kontrolletti-Tätigkeiten“ nachgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ließe sich vieles nennen, wo diese Verwaltung des Landes einfach in eine Schiefelage geraten ist.

Wie inkompetent sich die Landesregierung damit auseinandersetzt, zeige ich Ihnen nur am Beispiel der berühmten Reform der B-Besoldung. Die wird seit 20 Jahren angekündigt und vor sich hergeschoben. Da findet einfach nichts statt.

(Abg. Teufel CDU: Weil sie nur wahnsinnig viel Geld kostet!)

Nicht einmal auf diesem kleinen Gebiet – was wichtig wäre – findet etwas statt. Es werden große Programme erarbeitet – Verwaltung 2000 –, aber weil die Verwaltung in der Tat ein Engpaß für eine gestaltende Landespolitik geworden ist, weil es einmal überflüssige Behörden gibt, einmal Behörden unvernünftigerweise ressortmäßig auseinandergerissen sind, anstatt daß sie aufgabenorientiert zusammengeführt werden, weil an anderen Punkten Personal fehlt, sagen wir, daß in der Verwaltung neue organisatorische Strukturen geschaffen werden müssen.

(Bütikofer)

Daß die Landesregierung mit dem, was sie an Verwaltung hat, selbst unzufrieden ist – jedenfalls an Ministerialverwaltung –, erleben wir jedesmal, wenn sie eine neue Kommission einrichtet, weil sie offensichtlich ihrer Ministerialverwaltung die strategische Planung und konzeptionelle Gestaltung nicht mehr zutraut, die eigentlich erforderlich sind. Aber dann bleiben Sie doch bitte nicht bei der „Kommissionitis“, sondern sorgen Sie dafür, daß hier etwas geändert wird. Das wird mitunter mehr Geld kosten, das wird mitunter auch Geld einsparen. Aber es wird überhaupt notwendig sein, damit die Gelder, die wir für Programme, für Maßnahmen, für Politik im Interesse des Landes ausgeben, effektiv ausgegeben werden können. Eine Gewerbeaufsicht, die einfach nicht so ausgestattet ist, daß sie wirksam kontrollieren kann, können wir uns im Prinzip doch gleich schenken.

Das letzte – das ist mir nicht unwichtiger –: Wir müssen auch eine Strukturreform bezüglich eines soliden finanzpolitischen Fundaments für den Föderalismus ins Auge fassen. Diese Debatte – Herr Spöri ist darauf eingegangen – über die Neustrukturierung des Länderfinanzausgleichs wird ja stattfinden. Ich fand viel Interessantes in dem, was Sie, Herr Spöri, gesagt haben. Nur möchte ich dem gerne einen Hinweis anfügen: Aus unserer Sicht müssen wir diese Neustrukturierung des Länderfinanzausgleichs verbinden mit einer ökologischen Umgestaltung des Steuersystems, von der Sie ansonsten ja auch sprechen.

(Abg. Köder SPD: Ja!)

An einem Beispiel ist das ganz deutlich: Kfz-Steuer. Wenn wir wie Sie die Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer wollen, dann müssen wir natürlich dafür den Ländern – denn es ist ja eine Landessteuer – einen Ausgleich in irgendeiner Art verschaffen. Ich will mich jetzt gar nicht auf Details einlassen. Ich gebe das nur als Hinweis auf die notwendige Verknüpfung dieser beiden Punkte.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Erich Schneider:** Herr Abg. Bütikofer, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Ich komme zum Schluß, Herr Präsident.

(Abg. Köder SPD: Das war aber gerade sehr spannend!)

Wir brauchen – lassen Sie mich das hinzufügen – im Rahmen dieser Diskussion über eine neue Finanzstruktur, über eine neue Finanzverfassung für das föderale Deutschland auch den Handlungsspielraum, den Sie einklagen, auf Landesebene Ökosteuern einzuführen. Der muß in der Finanzverfassung gesichert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Ich sage meinen letzten Satz, Herr Präsident.

Einen Fehler wollen wir Grünen bei dieser Reformdiskussion auf jeden Fall nicht machen: daß man glaubt, es ließe sich nun mit einer irgendwie wundersam unbegrenzten Vermehrung staatlicher Mittel und staatlicher Stellen jedes ökologische Problem irgendwann einmal von oben her in den Griff bekommen. Der Sozialstaat hat schon eine enorme Verstärkung staatlichen Eingriffs bedeutet, der Ökologiestaat tut das noch mehr. Aber wir müssen auch anfangen, darüber nachzudenken, welche staatlichen Aufgaben wir in die Gesellschaft, welche staatlichen Aufgaben und Tätigkeiten wir in die Selbstverwaltung der Wirtschaft zurückgeben.

Wenn ich es, weil ich keine Redezeit mehr habe, nur mit einem Hinweis beenden darf: Der Bezirksvorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, Herr Riester, hat kürzlich einen sehr klugen Vorschlag dazu gemacht, wie man im Bereich der Gesellschaft durch Verzicht auf 1 % Lohn, wenn die Industrie mitspielt, einen ganzen Körper von Umweltkontrolleuren, Umweltberatern bei den Unternehmen schaffen könnte, die das kontrollieren, was wir von Staats wegen gar nicht machen können. Das halte ich für eine sehr interessante Gedankenrichtung. In diese Richtung sollten wir auch gehen. Nicht *laissez-faire* ist die Alternative ...

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Erich Schneider:** Herr Abg. Bütikofer, jetzt ist aber Schluß!

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** ... zu mehr Staat, sondern gesellschaftliche Selbstverwaltung.

Das war mein Schlußwort.

(Beifall bei den GRÜNEN – Abg. Schlauch GRÜNE: Der Beifall gilt aber nicht dem Herrn Präsidenten, sondern dem Kollegen Bütikofer!)

**Präsident Erich Schneider:** Sie haben so viele letzte Sätze gesprochen.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Döring.

**Abg. Dr. Döring FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wenn es aus unserer Sicht eine ganze Reihe von Punkten in dem vorgelegten Doppelhaushalt zu kritisieren gibt, so bleibt dennoch gleich eingangs festzuhalten, daß es zumindest an zwei Stellen Zustimmung von uns gibt, und zwar zu Entscheidungen, die wir ausdrücklich anerkennen, positiv herausstellen und als solche auch würdigen wollen. Wir halten die Steigerungsraten im Umwelthaushalt für sehr richtig, und wir begrüßen es sehr, daß die Steigerungsraten im Wissenschaftshaushalt ebenfalls deutlich sind. Ich füge hinzu, daß wir für uns in Anspruch nehmen, in beiden Bereichen wesentliche Anstöße dazu gegeben zu haben, daß diese Steigerungsraten auch tatsächlich kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Dr. Döring)

Ich erinnere mich daran, wie noch vor gut zwei Jahren Anträge des Kollegen Goll als überzogen dargestellt worden sind. Schlußstrich darunter. Wichtig ist, daß die Steigerungsrate kommt.

(Zuruf des Abg. Mogg SPD)

Insgesamt aber ist es überhaupt keine Frage – das ist heute schon einmal angesprochen worden –: Der Haushalt birgt so, wie er jetzt vorliegt, in sich schon die Gefahr, daß das „Königsrecht“ des Parlaments verlorengeht, daß wir nur noch zur Verabschiedung hierherkommen und zustimmen dürfen. Wir können, Herr Kollege Teufel, bei einem Anteil von etwa 7 % frei verfügbarer Masse hier in diesem Hause an der einen oder anderen Stelle etwas Kosmetik vornehmen, an der einen oder anderen Stelle ein paar Reparaturansätze vorzeigen, aber insgesamt läßt sich bei einem so engen Spielraum, der nur noch zur Verfügung steht, mit Sicherheit nichts gestalten und bewegen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Ohnewald  
CDU: 10 % wären 5 Milliarden!)

– Dies gilt es deutlich anzuprangern und zu kritisieren, Herr Kollege Ohnewald. Herr Dr. Ohnewald, im Interesse des Selbstverständnisses und des Selbstbewußtseins der Abgeordneten aller Fraktionen sollten wir darauf Wert legen, daß dieser Gestaltungsspielraum größer wird. Das ist heute morgen in den Worten ihres Fraktionsvorsitzenden wohl auch deutlich geworden, der selbst gesagt hat, insgesamt sei die Verschuldung zu hoch. Das kann ich nur unterstreichen. Deshalb müssen wir uns alle darum bemühen, daß der Gestaltungsspielraum des Parlaments vergrößert wird.

Wir haben 15 % Schuldendienst in diesem Haushalt. Ich meine, das ist ein Alarmsignal, meine Damen und Herren, vor allem wenn wir die Entwicklung der letzten zehn Jahre berücksichtigen. 1980 hatten wir noch etwa 7 % Schuldendienst zu leisten, 1990 werden es nicht ganz 15 % sein; die mittelfristige Finanzplanung prognostiziert 17 %. Da muß das Ruder herumgeworfen werden, so kann es mit Sicherheit nicht weitergehen.

(Abg. Albrecht FDP/DVP: Sehr richtig!)

Es ist doch klar, daß jede heute auf Pump ausgegebene Mark den Handlungsspielraum von morgen einschränkt. Auch daran kann uns nicht gelegen sein.

(Abg. Wieser CDU: Binsenweisheit!)

Es geht um Zukunftschancen, und man braucht auch Reserven. Vor allem ist natürlich überhaupt nicht einzusehen, wie nach acht Jahren glänzend laufender Konjunktur die Schulden geradezu fortgeschrieben werden, als ob sich da nichts bewegt hätte. Dies muß doch ebenfalls mit berücksichtigt werden.

Außerdem müssen wir fragen: Wann eigentlich, wenn nicht jetzt, in diesen Zeiten, soll denn überhaupt gespart werden, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir haben aufgrund dieser guten wirtschaftspolitischen Konjunkturlage, aufgrund dieser Steuermehreinnahmen eine gute Position. Wir haben Steuermehreinnahmen – ich meine, das sollte man einmal mit aller Deutlichkeit herausstellen – nicht trotz, sondern wegen der Steuersenkung.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Wieser  
CDU – Abg. Wieser CDU: So ist es!)

Es muß deutlich gemacht werden, daß diese Steuermehreinnahmen daher kommen.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Wir haben uns für diese Haushaltsberatungen – das werden wir dann sehen, wenn wir zu den Einzelanträgen kommen – als Ziel fest vorgenommen, für die ausgabenintensiven Anträge, die wir auf den Tisch legen, Deckungsvorschläge zu machen. Herr Kollege Dr. Ohnewald, darauf sind Sie ja immer besonders gespannt.

(Abg. Dr. Ohnewald CDU: Ja! – Abg. Teufel  
CDU: Sagenhaft!)

Wir werden unsere Vorschläge, unser Programm korrigieren und dann unsere Deckungsvorschläge vorlegen, damit klar wird, daß durch eine Realisierung unserer Anträge der Haushalt nicht zusätzlich belastet wird.

Wir haben aber – und ich meine, das wäre richtig, so wie es Vorredner der Oppositionsparteien auch gesagt haben – den dringenden Wunsch und sehen die Notwendigkeit, zu Einjahreshaushalten zurückzukommen. Der Einjahreshaushalt bringt mehr Klarheit, er bringt mehr Haushaltswahrheit. Die Zweijahreshaushalte werden doch durch fünf Nachträge selber konterkariert. Wir müssen zu den Einjahreshaushalten zurückkehren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg.  
Jacobi GRÜNE)

Wir haben darüber hinaus ebenfalls die feste Überzeugung, daß dieser Doppelhaushalt aufgrund der Zahlen, die er vorzuweisen hat, deutlich macht, daß wir eine grundlegende Umstrukturierung des Haushalts brauchen und daß diese grundlegende Umstrukturierung des Haushalts nur gemeinsam zu leisten ist.

Ich will den Subventionsbereich ansprechen und Ihnen sagen: Wir sind höchst daran interessiert, einen Subventionsabbau in Angriff zu nehmen. Nun ist natürlich klar, daß dann immer als erstes kommt: „Jetzt nennen Sie uns doch einmal, welche Bereiche Sie da gerne hätten.“

(Abg. Teufel CDU: So ist es!)

Derjenige, der dies sagt, weiß aber doch ganz genau, daß es so nicht gehen kann.

(Abg. Albrecht FDP/DVP: Sehr richtig!)

Denn egal, von welcher Fraktion ein konkretes Beispiel genannt wird, die anderen drei werden darüber herrennen und sagen: „Genau da werden wir es natürlich nicht

(Dr. Döring)

machen.“ Sie werden zu den Betroffenen springen und sagen: „Gell, wir sorgen schon dafür, daß ihr von diesem Subventionsabbauvorschlag nicht betroffen werdet.“

(Abg. Albrecht FDP/DVP: Alles schon erlebt!)

Deswegen kann dies nur gemeinsam gehen, und ich meine, wir müssen uns in einer solchen Situation dieser gemeinsamen Aufgabe stellen.

Ich will Ihnen einmal die Zahlen nennen, die in diesem Zusammenhang in der Diskussion sind. Es gab von der Landesregierung einen Bericht über Subventionen im Landeshaushalt 1989/90. Die Zahl lag bei 1,5 Milliarden DM. Vom Bund der Steuerzahler gibt es Zahlen, die sich zwischen 6 und 7 Milliarden DM bewegen. Und in einem Bericht des Finanzausschusses vom Juni 1989 werden sogar Zahlen von 12 bis 14 Milliarden DM genannt. Meine Damen und Herren, 1,5 Milliarden DM, etwa 7 Milliarden DM, etwa 12 bis 14 Milliarden DM – ich habe den Eindruck, da ist Handlungsspielraum gegeben, den wir auch gemeinsam nutzen müssen. Wir brauchen in diesem Hause eine Subventionsabbaukommission, weil eine Fraktion alleine diese Aufgabe nicht bewältigen kann.

(Beifall bei der FDP/DVP – Ministerpräsident Späth: Das hat der Morlok zehn Jahre betrieben!  
– Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, ist richtig!)

– Das ist richtig. Da sind Sie aber immer dagegen gegangen, wenn ich es richtig weiß.

(Ministerpräsident Späth: Wir haben immer mitgemacht, aber da kam nichts raus! – Abg. Albrecht FDP/DVP: Da war der Ministerpräsident noch Fraktionsvorsitzender! – Abg. Pfister FDP/DVP: Selber schuld!)

– Herr Späth, da müssen Sie schon an die Zahlen gehen. Sie haben die Zahlen ja selbst vorgelegt. Die Zahlen kamen ja aus Ihrem Haus, von der Regierung. Wenn ein solches Riesenspektrum und eine solche Bandbreite an Zahlen vorliegen, dann muß etwas herauskommen, wenn man gemeinsam sagt: „Hier müssen wir auch einmal mutige Schritte vollziehen und an diese Aufgabenbewältigung herangehen“. Außerdem würde ein zweijährlicher Subventionsbericht mit Sicherheit ebenfalls eine Hilfestellung dazu geben können.

Von meinem unmittelbaren Vorredner wurde auch etwas sehr Wichtiges ausgeführt: Subventionen sollten grundsätzlich zeitlich befristet sein. Verfallsdaten für Subventionen wären mit Sicherheit auch eine Notwendigkeit und ein Schritt in die richtige Richtung. Das ist ein Bereich, über den die Haushaltskonsolidierung angegangen werden kann.

Ein anderer Bereich ist der der Privatisierung. Ich will nicht nur davon reden, welche Dienstleistungen privatisiert werden könnten, sondern auch davon, welche Beteiligungen des Landes auf Reprivatisierungsmöglichkeiten überprüft werden sollten. Es kann nicht wahr sein, daß alles so bleiben muß, wie es ist, daß es Beteiligungen des Landes an Brauereien, Hüttenwerken und Banken gibt. Es kann

nicht sein, daß es da keine Privatisierungsnotwendigkeit oder Privatisierungsmöglichkeit gibt.

(Zuruf des Abg. Dr. Wetter CDU)

– Das Bier ist gut; das ist keine Frage. Niemand sagt, das Bier sei schlecht, Herr Kollege Wetter. Die Frage ist aber, ob man da zu 100 % dran sein muß.

(Abg. Wieser CDU: Gutes Bier und schwarze Zahlen! Was wollen Sie noch?)

Wir halten es für richtig und notwendig, daß wir nicht versuchen, die beiden einfacheren Wege als die ersten Wege zu beschreiten. Der eine einfachere Weg ist mit Sicherheit der, daß man sagt: „Das wird eng. Dazu brauchen wir noch Geld. Wir gehen mit der Verschuldung höher.“ Das ist ein gangbarer Weg. Er ist aber mit Sicherheit nicht besonders gut.

Ein anderer Weg ist der – über ihn wird ebenfalls heftig diskutiert –, daß man sagt: „Die Ausgaben werden steigen. Die Verschuldung wird zu einem Teil steigen, aber nicht so sehr. Wir können aber auch die Steuern erhöhen.“ Was soll das? Wenn Sie die Steuern erhöhen, werden Sie die Ergebnisse, die wir brauchen, nicht erreichen.

Dann, Herr Kollege Spöri, muß man auch sagen: Was bisher an Vorschlägen für Steuererhöhungen in der Diskussion war, ist noch relativ unklar. Es gibt den einen Vorschlag aus Ihrer Partei, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Es gibt einen zweiten Vorschlag aus Ihrer Partei, die Telefongebühren zu erhöhen. Es gibt einen weiteren Vorschlag, eine Abgabe für Besserverdienende ab einem Einkommen von 60 000 DM pro Jahr zu erheben.

(Abg. Wieser CDU: Es gibt 53 Steuern, und die SPD hat 60 Vorschläge gemacht!)

Wir halten diesen Weg der Steuererhöhung für falsch,

(Beifall bei der FDP/DVP)

zumal wir gerade auch in der Diskussion der letzten Monate und Jahre erkannt haben, daß Steuererhöhungen nicht automatisch Steuermehreinnahmen bedeuten. Vielmehr hat in den letzten Jahren auch aufgrund der Entscheidungen der FDP auf Bundesebene Steuersenkung zu Mehreinnahmen geführt.

(Abg. Albrecht FDP/DVP: Sehr richtig!)

Auf diesem Weg sollte man voranschreiten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Herr Späth und Herr Teufel, wir wollten als einen weiteren Beitrag die zu erwartenden Steuermehreinnahmen – – Das war nicht schlecht und ein sehr eleganter Zug von Ihnen heute morgen. Ich habe gleich gesagt: Auf so etwas sollte man eigentlich auch selbst kommen: Wir stellen unsere Anträge dann, wenn man weiß, wie mehr Geld hereinkommt, damit wir uns der schwierigen Aufgabe entheben, selbst zu prüfen, an welcher Stelle im Haushalt es Kür-

(Dr. Döring)

zungs- und Streichungsmöglichkeiten gibt. Denn sie könnten ja weh tun. Das sage ich einmal so. Deswegen haben wir klare Vorstellungen darüber, in welchen Bereichen wir Ausgaben tätigen wollen. Wir warten die Schätzungen der Steuermehreinnahmen ab. Dann vervespern wir das gleich wieder.

(Abg. Teufel CDU: Und werden zu einer guten Wirtschaft beitragen!)

Aber, Herr Kollege Teufel, ich stelle mir dann verwundert die Frage: Wie paßt es zusammen, wenn Sie auf der einen Seite sagen: „Die Gesamtverschuldung ist im Grunde zu hoch“ – da kommen Steuermehreinnahmen, mit denen Sie ebenso sicher wie wir alle im Haus rechnen – und auf der anderen Seite diese Steuermehreinnahmen gleich von vornherein wieder vervespern wollen?

(Abg. Teufel CDU; Einen Teil!)

– Gut. – Wir meinen, diese Steuermehreinnahmen sollten zur Schuldenreduzierung verwendet und nicht gleich wieder über Anträge, die wir hier im Land versprechen, vervespert werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es ist aber völlig unbestritten – das kann und muß man in diesem Haus sagen, so wie wir es auch bei den öffentlichen Diskussionen tun –: Dem Land geht es nach wie vor gut; das ist keine Frage. Es wird auch bei Ihren Planungen in den nächsten Jahren nicht in Armut verfallen. Auch das ist keine Frage. Die Hauptfrage lautet vielmehr: Kann es so weitergehen, daß der mit Abstand größte Einzeletat der Schuldendienst ist? Kann es so weitergehen, daß die frei zur Verfügung stehende Masse, über die wir noch zu entscheiden haben, gegen Null heruntergeht? Es geht auf eine bedrohliche Grenze zu. Da haben wir Erfahrung. Es geht gegen 5 %. Da werden wir hochsensibel. Wir wollen mehr als diese 5 %. Wir wollen nicht nur im politischen, sondern auch im Haushaltsbereich mehr als diese 5 % zur Verfügung stehen haben.

(Beifall des Abg. Haag FDP/DVP)

Es gibt in diesem Land ein Problem – weil es alle Vorredner angesprochen haben, gehen selbstverständlich auch wir darauf ein –, das vor allem in unseren Gemeinden große Sorge hervorruft. Es geht ein Problem um, das im Zusammenhang mit den Aussiedlerzahlen zu sehen ist. Ich bin sehr froh darüber, daß zum Beispiel der Kollege Spöri dieses Thema sehr in den Mittelpunkt seiner Ausführungen gestellt und einen Stufenplan vorgeschlagen hat, wie diese Thematik angegangen werden kann. Wir sind der festen Überzeugung, daß über Quotierung und Kontingentierung nicht mehr länger nur nachgedacht werden sollte. Es muß vielmehr konkret gehandelt werden. Man muß an einem Tisch zusammenkommen und sich Gedanken darüber machen: Wie können diese Quotierungen und Kontingentierungen konkret aussehen? Wie können wir das in den Griff bekommen? Nur die Diskussion darüber reicht nicht aus. Wir müssen dies deshalb machen, weil wir anerkennen müssen, daß die Kommunen in dieser Frage an die Grenze

ihrer Aufnahme- und Leistungsbereitschaft und vor allem ihrer -fähigkeiten gekommen sind.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir sehen quer durchs Land höchst anerkennenswerte Bestrebungen der Kommunen, mit diesem Problem fertig zu werden. Und wir sind sehr dankbar dafür, daß sich die Bürgermeister quer durchs Land intensiv darum bemühen.

(Abg. Albrecht FDP/DVP: Sehr gut!)

Aber wir sehen auch, daß es eine schlimme und in Teilen schon gefährliche Stimmungslage gibt, die damit zusammenhängt, daß die Zahlen diese großen Ausmaße annehmen. Es muß doch zum Handeln auffordern, wenn wir mittlerweile schon, wie im Landkreis Schwäbisch Hall passiert, einzelne Gemeinden haben, in denen es der Gemeinderat ablehnt, Wohnungsbau für Aussiedler zu betreiben, Wohnungen zu errichten, die für Aussiedler vorgesehen sind. Spätestens dann wird es Zeit, in beide Richtungen zu handeln.

Zum einen – ausgerechnet in den Gemeinden, die dringend Blutzufuhr und neue Menschen brauchen könnten – müssen wir daran erinnern, daß in dieser Entwicklung auch Chancen liegen, daß die zu uns kommenden Menschen eine gewaltige Chance bringen, gerade in den ländlichen Räumen, wo man vor noch nicht allzu langer Zeit beklagt hat, daß es Wanderungsverluste gibt. Jetzt besteht die Chance, Wanderungsgewinne zu erzielen, und dann will man diese Menschen nicht haben. Das paßt überhaupt nicht zusammen.

Zum anderen müssen wir aber auch deutlich machen, daß wir die Sorgen derjenigen aufnehmen, die fragen: „Was soll ich eigentlich machen, wenn ich den seit Jahren eine Wohnung Suchenden sagen muß?: Die Wohnungen, die wir haben, kann ich euch nicht geben; ich muß sie anderen zur Verfügung stellen.“ In einer solchen Lage gibt es selbstverständlich sozialen Sprengstoff, den wir entschärfen müssen. Deswegen müssen wir diese Aufgabe in den Mittelpunkt unserer Bemühungen in den nächsten zwei Jahren stellen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir haben in diesem Zusammenhang selbstverständlich auch mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß es quer durch die Fraktionen Bemühungen gibt, sich dieses Themas anzunehmen. Ich fordere dazu auf, daß wir alle gemeinsam nochmals konkret versuchen, mit Quotierung und Kontingentierung einer Lösung nahezukommen.

Ein anderes Thema, das immer wieder vor allem draußen in der Diskussion damit vermischt wird, betrifft die Zahl der Asylbewerber in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik Deutschland. Ich wäre sehr daran interessiert, Herr Ministerpräsident, zu erfahren, wie Sie die gewaltige Zahl – ich habe mich vorhin bei Ihnen nochmals darüber vergewissert – von 70 % mit dem jetzt von Ihnen vorgeschlagenen Lösungsmodell in den Griff bekommen wollen. Mir erscheint die Zahl von 70 % außerordentlich hoch. In der FDP/DVP-Fraktion ist nach wie vor völlig unumstritten

(Dr. Döring)

ten, daß wir zu sämtlichen Maßnahmen und zu allen Aktivitäten bereit sind, die eine Linderung bringen und die Probleme lösen und die vor allem diejenigen fernhalten oder die ermöglichen, diejenigen zurückzuschicken, die nicht politisch verfolgt sind und bei denen kein Rechtsanspruch auf Asyl besteht. Aber die Einzelprüfung wird man nicht pauschal ablehnen und abschaffen können. Dabei geht es auch darum, daß wir an etwas festhalten, was über Jahrzehnte hinweg in diesem Land guter Brauch war und was mit gutem Recht vor 40 Jahren in das Grundgesetz geschrieben wurde.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir haben, meine Damen und Herren, unsere Schwerpunktthemen für den Doppelhaushalt 1991/92 im Bereich der Umweltpolitik, der Bildungspolitik, der Familien- und Sozialpolitik und hinsichtlich des Rechtsstaats.

Wir werden im Bereich der Umweltpolitik – ich sagte dies eingangs schon – den Handlungsspielraum mit Sicherheit nutzen. Wir wollen im Bereich der Umweltpolitik dafür sorgen, daß wir mit den Instrumenten, die auch von Vorrednern angesprochen worden sind, zu einer besseren Umwelt kommen, daß wir die ökologische Marktwirtschaft mit Inhalten füllen und sie nicht nur mit Worten im Munde führen.

Wir müssen dafür sorgen, daß das Waldsterben nicht das Ausmaß beibehält, das es nun mehrere und viel zu viele Jahre hintereinander hatte. Wir müssen dafür sorgen, daß das Wasser, das wichtigste Lebensmittel überhaupt, sauber bleibt. Wir müssen dafür sorgen, daß der Artenschutz ebenfalls eine unserer wesentlichen Schwerpunktaufgaben in diesem Landtag ist.

Wir wissen alle, daß wir, was die Müllproblematik angeht, in einer schwierigen Situation sind. Ich bin froh darüber, daß wir, wie es sich jetzt abzeichnet, eine deutliche Bewegung zu spüren haben. Wenn Pressemeldungen stimmen, denen wir entnehmen, daß die CDU-Landtagsfraktion ebenfalls 50 % Vermeidungspotential für realistisch hält, dann ist das ein ungeheuer wertvoller und wichtiger Schritt in Richtung auf einen Konsens auch in der Arbeitsgruppe. Wenn die Presseberichte stimmen, wonach es auch in der Fraktion der CDU Bewegung dahin gehend gibt, daß die Sonderabfallabgabe so, wie sie jetzt auf dem Tisch liegt, nicht ausreicht, sondern erhöht werden muß, dann ist dies ein weiterer wichtiger Schritt in die Richtung, die wir für notwendig halten, um Vermeidungsdruck zu erzeugen, um Vermeidungspotentiale zu erhöhen. Ich denke, daß dann die Bemühungen aller gemeinsam dazu führen können, daß wir in dieser Legislaturperiode in der Müllproblematik einen ganz entscheidenden Schritt vorankommen.

Es ist keine Frage, daß die Verkehrspolitik im Bereich der Umweltpolitik genannt werden muß. Wir werden in den nächsten Jahren ein gewaltiges Transitland werden. Es ist schon jetzt feststellbar, daß sich auf unseren Straßen immer mehr Verkehr bewegt. Wir brauchen den Ausbau der Schiene; wir brauchen hierfür mehr Mittel. Unsere Fraktion hat deswegen eine zweckgebundene Mineralölsteuererhöhung vorgeschlagen, die mit 30 Pfennig pro Liter im Jahr 15 Milliarden DM einbrächte.

Wir haben die Diskussion in den Reihen der Mehrheitsfraktion und der Landesregierung sehr aufmerksam verfolgt. Es ist schon ausgeführt worden: Das Spektrum reichte von 60 Pfennig bis null, und der Vorschlag ist dann über 5 Pfennig bei 10 Pfennig gelandet. Jeder Schritt in diese Richtung ist zu begrüßen und wird unsere Unterstützung finden, auch wenn wir wissen, daß es im Moment bei einem Preis von 1,40 DM für einen Liter bleifreies Superbenzin außerordentlich schwierig ist, den Leuten klarzumachen, daß auf diesen Preis noch etwas draufgeschlagen werden sollte. Wer es aber mit einer umweltverträglichen Verkehrspolitik ernst meint, wird an diesen Entscheidungen nicht vorbeikommen.

Wir haben, Herr Kollege Teufel, sehr aufmerksam Ihre Ausführungen verfolgt, daß Sie in diesen Haushalt zwei Bereiche aufnehmen, die die FDP/DVP-Landtagsfraktion schon vor Jahren gefordert hat. Es geht zum einen um den bäuerlichen Privatwald. Sie wissen, daß es hierzu namentliche Abstimmungen gegeben hat, in denen Sie – das ist noch gar nicht lange her – den Antrag des Kollegen Albrecht abgelehnt haben.

(Abg. Albrecht FDP/DVP: So war es!)

Auch hier Strich drunter. Wenn Sie dieses Programm jetzt aufgreifen und sogar noch etwas zulegen, werden Sie selbstverständlich unsere Unterstützung haben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Ministerpräsident Späth: Das ist aber eine Subvention!)

– Deswegen streiten wir uns nachher darüber, welche wir halten und welche wir nicht halten. Herr Ministerpräsident, ich kann die Zahlen, die Sie viel besser kennen, ja noch einmal nennen: Bei einem Volumen, das im Maximalumfang bis 12 Milliarden DM geht, kann man doch bei den 20, 50 Millionen DM für den bäuerlichen Privatwald nicht sagen, das sei eine Subvention, die man jetzt nicht gewähren dürfe. Es sagt doch kein Mensch, daß jede Subvention sinnlos wäre und daß jede Subvention unbedingt vermieden werden müßte. Niemand hat hier gesagt, daß jede Subvention falsch wäre. Das wird auch von Ihnen niemand sagen.

Der zweite Bereich, den wir bei Ihnen gehört haben – da steht der Kollege Haag dafür –, ist das Kulturlandschaftsprogramm. Wenn Sie die Landschaftspflege bei den Bauern jetzt tatsächlich tatkräftig, und zwar auch finanziell tatkräftig unterstützen, geht das auf etwas zurück, was er vor zwei Jahren hier eingebracht hat. Auch hier Strich drunter. Wenn das Programm kommt, sind wir darüber froh. Wir unterstützen es selbstverständlich und tragen diese positive Leistung für die Landwirtschaft in Baden-Württemberg in vollem Umfang mit.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Ohnewald CDU: Haben Sie auch schon einen Auslauftermin wie vorhin?)

Ich habe eingangs schon erwähnt, daß wir im Bereich der Bildungspolitik außerordentlich positiv vermerken, daß der Einzelplan des Wissenschaftsministeriums deutlich höher veranschlagt worden ist, als dies früher der Fall war.

(Dr. Döring)

Das ist mit Sicherheit in vollem Umfang gerechtfertigt und auch notwendig. Die Situation war so, daß man sagen mußte: So kann es nicht weitergehen. Wir können diese Zustände mit den überfüllten Hörsälen, mit 130 000 Studienplätzen bei 200 000 Studierenden, nicht lassen. In der studentischen Wohnraumversorgung herrschen auch in diesem Wintersemester teilweise wieder verheerende, katastrophale Situationen. Wir sind sehr froh darüber, daß Sie dieses Problem umfassend angehen und einer Verbesserung zuführen wollen.

(Abg. Wieser CDU: Möllemann!)

– Herr Kollege Wieser, ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie auf meinen Parteifreund Möllemann hinweisen, der das Ganze in Gang gebracht hat. Das ist völlig richtig.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich habe das vorhin nur auf den – –

(Abg. Teufel CDU: Außer der Kritik an der FDP Baden-Württembergs hat der noch nicht viel in Gang gebracht! – Heiterkeit bei der CDU)

– Lieber Herr Teufel, „Möllemann I“ und „Möllemann II“ waren die Programme, die den Tiefschlaf der CDU-Landesregierung in hochschulpolitischen Fragen endlich beendet haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir sehen die dringende Notwendigkeit, die Zukunftschancen dieses Landes, die Zukunftschancen der jungen Generation durch optimale Ausbildungsbedingungen zu sichern. Dazu gehört die verbesserte Lehrerversorgung. Daß Sie heute damit zufrieden sind, wenn 1 000 Lehrer kommen, obwohl Sie vorher 2 000 gefordert haben, das mag Ihre Sache sein. Aber wahrscheinlich haben Sie 2 000 gefordert, um 1 000 zu bekommen, und sind deswegen zufrieden. Diese 1 000 Stellen reichen unter dem Strich immer noch nicht ganz aus. Auch Ihre Stellenhebungen reichen unter dem Strich immer noch nicht ganz aus. Sie wissen, daß wir – Sie haben die Gymnasien angesprochen – in den Besoldungsgruppen A 13 und A 14 noch immer acht- und zehnjährige Wartezeiten haben. Besonders motivierend und leistungsfördernd sind solche Situationen mit Sicherheit nicht. Da muß nicht jeder Wunsch erfüllt werden, Herr Kollege Teufel, aber es gibt einen Nachholbedarf in diesem Bereich, den Sie nun ebenfalls in kleinen Schritten etwas beheben wollen.

(Abg. Teufel CDU: Gab es bei Ihnen noch nie einen Dissens zwischen Finanzpolitikern und Kulturpolitikern?)

– Herr Teufel, doch.

Wenn Sie ein Thema, das Sie seit Jahren sehr engagiert betreiben, das Thema der Schulzeitverkürzung – jetzt kommt wieder ein Dissens zwischen dem Schulpolitiker Teufel und dem Kultusminister Mayer-Vorfelder –, wieder engagierter vorantrieben, würden Sie uns an Ihrer Seite finden. Es geht nicht an, daß wir die ältesten Studenten

und die jüngsten Rentner haben, die, wie Möllemann richtig sagt, im Moment noch zwei unterschiedlichen Gruppen angehören. Hier muß dringend etwas getan werden. Wir müssen eine Schulzeitverkürzung erreichen. Das durchschnittliche Alter von etwa 28 Jahren bei Hochschulabgängern und von 30 Jahren bei Promovierten ist viel zu hoch. 1993 steht unmittelbar vor der Tür.

(Abg. Teufel CDU: Leider alles wahr!)

Auch in diesem Zusammenhang muß in diesem Bereich dringend etwas geschehen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Teufel CDU:  
Ich hoffe auf die fünf neuen Bundesländer!)

– Das ist richtig. Das ist auch meine Hoffnung. Die haben ja ein Jahr weniger. Der von Ihnen nicht so sehr geschätzte, von mir aber immer deutlich herausgestellte Minister Möllemann hat gesagt, im Zusammenhang mit den neuen Bundesländern wolle er das Thema der Abschaffung des 13. Schuljahrs nochmals aufgreifen und angehen. Aber er will auch noch andere Dinge.

(Abg. Teufel CDU: Er will ein anderes Ressort!  
– Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

– Das kommt danach, wenn er seine Aufgaben erledigt hat. Er macht das Schritt für Schritt. Er stellt sich erst der einen Aufgabe und geht dann an eine neue heran. Das kann man ihm nicht vorwerfen.

(Ministerpräsident Späth: Dann muß er ewig Bildungsminister bleiben!)

Wir haben von seiten der FDP/DVP-Landtagsfraktion in den vergangenen zwei Jahren – und wir werden es in den kommenden zwei Jahren ebenfalls tun – deutlich gemacht, daß für uns eine moderne Gesellschaftspolitik für die neunziger Jahre eine dringende Notwendigkeit darstellt. Wir unterstützen in den weitesten Teilen das, was von der Mehrheitsfraktion zur Familienpolitik gesagt wird. Ich bin froh darüber, daß sich endlich auch in meiner Partei auf dem Bundesparteitag durchgesetzt hat, daß wir ein Familiensplitting brauchen, daß wir von einem Steuerrecht weg müssen, das eindeutig die Ehe als solche kräftig unterstützt und fördert, die Familie aber grob benachteiligt. Hier müssen Änderungen angegangen werden.

(Beifall des Abg. Teufel CDU)

Dies werden wir ebenfalls gemeinsam angehen, weil die Familie eine wesentlich deutlichere Unterstützung braucht, als dies bisher zu verzeichnen ist.

(Beifall bei der FDP/DVP, Abgeordneten der CDU und der Abg. Rosemarie Glaser GRÜNE)

Wir sehen aber darüber hinaus natürlich auch die Aufgaben und den Handlungsbedarf im eigenen Land, wenn es darum geht, in ausreichender Zahl Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Wir verkennen nicht, daß sich in dieser Situation und in diesem Bereich auch etwas zum Positiven hin bewegt. Aber daß es an allen

(Dr. Döring)

Ecken und Enden noch unzureichend ist, läßt sich ebenfalls nicht wegdiskutieren.

Wir müssen im Bereich der Personalkostenzuschüsse, so wie Sie es gesagt haben, größere Unterstützungen geben, die mit der Verbesserung des Angebots der Kinderbetreuungseinrichtungen in den Kommunen gekoppelt sein müssen. Dies muß der Weg der begleitenden Familienpolitik in diesem Land sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Rosemarie Glaser GRÜNE)

Als liberale Rechtsstaatspartei haben wir natürlich immer mit im Auge, daß wir den liberalen Rechtsstaat, so wie wir ihn haben, so wie er sich über Jahrzehnte bewährt hat – es freut mich, daß der Kollege Östreicher dem zustimmt –, unbedingt halten, unterstützen, sichern, verteidigen und ausbauen müssen. Wir halten den Datenschutz für eine wichtige Aufgabe. Wir haben es beklagt, wie mit der Datenschutzbeauftragten in diesem Land umgegangen wurde. Wir sehen in diesem Bereich, was Richterstellen angeht, Nachholbedarf, weil „recht haben“ auch „Recht bekommen“ heißt und weil es nicht sein darf, daß in einzelnen Bereichen bereits Fristen über zehn Jahre bestehen, bis entschieden wird, und damit die Verjährungsfristen bei weitem überschritten werden.

Meine Damen und Herren, eine große gemeinsame Anstrengung aller politischen Kräfte in diesem Lande und darüber hinaus muß es sein, sich dafür einzusetzen, darum zu bemühen und dafür zu sorgen, daß die Pflegesituation deutlich verbessert wird. Es ist unsinnig, daß man im Zusammenhang mit der Verkürzung des Zivildienstes gemeint hat, in diesem Bereich liege der Schlüssel zur Rettung dieses Systems. Das ist der falsche Ansatz.

Ich sage Ihnen auch: Ich bin froh, daß es heute wohl niemanden mehr gibt, der bei den Zivildienstleistenden noch das schlimme und böse Wort des Drückebergers in den Mund nimmt, weil jetzt allen die Augen aufgehen, welche ungeheuer wertvolle Leistung die Zivildienstleistenden erbracht haben und nach wie vor im Lande in diesen Bereichen erbringen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir haben außerdem mit großer Freude zur Kenntnis nehmen können, daß sich im Lande Baden-Württemberg, wie gestern gemeldet wurde, 1 000 Jugendliche für das soziale Jahr nicht nur angemeldet, sondern das soziale Jahr auch begonnen haben.

(Abg. Teufel CDU: Initiative unserer Fraktion! – Gegenruf des Abg. Albrecht FDP/DVP: Wir können ja nicht alles machen!)

– Anerkennung! Das wird ja nicht abgestritten. Wenn das auf Ihre Initiativen und Begleitmaßnahmen zurückgeht, sind Sie unseres Beifalls sicher. – Daß sich 1 000 Jugendliche in dieser Situation bereit erklärt haben, das soziale Jahr auf sich zu nehmen, verdient Anerkennung, Dank und Respekt. Den wollen wir auch an dieser Stelle diesen Jugendlichen ausdrücklich zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir haben – daran kann keiner mehr vorbei – in weiten Teilen einen Pflegezustand

(Abg. Wieser CDU: Wir haben doch keinen Pflegezustand!)

– einen nicht mehr hinzunehmenden, Kollege Wieser. Deswegen muß darauf gedrängt werden, daß die Pflegeversicherung in jedem Fall eingeführt wird. Ich weiß, daß da bei uns noch nicht alle auf dem richtigen Dampfer sind. Wir werden sie aber vollends hinbekommen. Es ist bald soweit, daß wir sagen müssen: Es ist zwar nicht ganz, aber fast schon egal, welches Modell kommt; die Hauptsache ist, daß endlich ein Modell kommt. Es gibt ja hier ein Modell, es gibt dort ein Modell, es gibt bei fast allen Fraktionen in diesem Hause ein Modell. Die Pflegefallversicherung muß in diesem, allerspätestens im nächsten Jahr unbedingt konkretisiert und auf den Weg gebracht werden. Anders ist eine Lösung dieses Problems überhaupt nicht mehr vorstellbar.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir haben uns vorgenommen, unsere Beiträge zu diesem Haushalt in konzentrierter Form vorzutragen. Dies ist geschehen. Wir wollen gerne teilnehmen am Wettbewerb der Ideen im Lande Baden-Württemberg. Wir treten ein in den Wettbewerb der Ideen, wenn es um die konkrete Haushaltsberatung geht. Ich sichere Ihnen zu, daß wir diesen Wettbewerb der Ideen gerne angehen. Wir wollen unseren Beitrag leisten zur Zukunftssicherung unseres Landes im geeinten Deutschland, in Europa.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten.

(Abg. Teufel CDU: Das war bereits die Überleitung, Herr Ministerpräsident! – Heiterkeit)

**Ministerpräsident Späth:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Finanzminister wird nachher für die Landesregierung auf eine ganze Reihe der hier aufgeworfenen Fragen antworten. Ich will ein paar prinzipielle Bemerkungen zu dem, was in dieser Debatte gesagt wurde, machen.

Erstens zur Beurteilung der Finanzlage: Sie können inzwischen wahrscheinlich die Debattenprotokolle von verschiedenen Bundesländern mit wechselnden Regierungen austauschen. Ich habe gerade die erste Diskussion über den nordrhein-westfälischen Etat verfolgt. Steigerungsrate 6,9 %. Während Sie hier auf unsere 5,9 % losgehen, geht die CDU in Nordrhein-Westfalen gerade gewaltig auf die 6,9 % von Nordrhein-Westfalen los.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

– Ein Prozent mehr.

(Ministerpräsident Späth)

(Abg. Wieser CDU: 20 % mehr! – Heiterkeit)

– Ja, ja in Prozenten. Ich komme auf die Prozente gleich noch.

Sie werden gute Gründe des Kollegen Rau in Nordrhein-Westfalen hören, warum er zur Sicherung seines Landes nicht mit einer niedrigeren Rate auskommt. Außerdem hat er viel weniger durchlaufende Mittel als wir, weil er am Finanzausgleich in diesem Jahr noch nicht beteiligt ist. Wenn er großen Erfolg hat, geht er nächstes Jahr zum ersten Mal wieder zu den Zahler-Ländern über. Dann wird er einen riesigen Sprung im Haushalt haben, weil er nämlich auf der Einnahmeseite Geld einnimmt, das sein Haushaltsvolumen erhöht, das er aber wieder auszahlen muß.

(Abg. Wieser CDU: Nur als Kassierer!)

Deshalb sind diese ganzen Zahlentrechnungen mit äußerster Vorsicht zu betrachten,

(Abg. Dr. Spöri SPD: Sehr wahr!)

übrigens auch diese Geschichten, die Sie jetzt machen. Weil es mich interessierte, habe ich das beim Bund der Steuerzahler nachgerechnet. Er hat natürlich prozentual recht, und zwar deshalb, weil wir über vier Jahre hinweg die niedrigsten Schuldaufnahmen aller Bundesländer hatten. Damit haben wir eine Vorgabe bei dem Ziel der Nullverschuldung geleistet. Da haben Sie völlig recht. Wir haben dieses Ziel zwar nicht erreicht, aber wir sind mit der Neuverschuldung so tief heruntergekommen, daß jetzt jeder Vergleich der letzten drei Jahre mit den vorangegangenen drei Jahren für uns in Prozenten miserabel ausfallen muß. Das ist aber nicht wegen der jetzigen Zahl, sondern wegen der niedrigen Zahl vorher so. Jetzt müssen wir uns dafür noch in Prozentzahlen beschimpfen lassen, weil wir tatsächlich so weit heruntergekommen sind. Das können Sie nachprüfen.

Ich will Ihnen einräumen, wo das Problem in Baden-Württemberg liegt. Das Problem liegt in zwei Bereichen. Deshalb haben wir weder die Nullverschuldung erreicht, noch hatten wir die Chance, in den letzten drei Jahren diesen Kurs fortsetzen zu können. Ich will es einmal umschreiben. Schauen Sie sich einmal die Entwicklung der Körperschaftsteuer in Baden-Württemberg im Vergleich mit allen anderen Bundesländern an. Dann wird Ihnen schnell klar, was die Ursache ist und welches Ausmaß diese Ursache hat. Da sind bestimmte Industrieverbände und Strukturen ausschlaggebend, die die Landesregierung überhaupt nicht beeinflussen kann. Wenn zwei Konzerne zusammenkommen und der Verlust des einen mit dem Ertrag des anderen verrechnet werden kann, dann ist es eigentlich ein bißchen einfach, sich hier hinzustellen und eine große Rede über die Finanzpolitik des Landes Baden-Württemberg zu halten. Lassen Sie es mich einmal so vorsichtig ausdrücken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie können genau verfolgen, wo unser Problem liegt. Unser Problem liegt auch in der Entwicklung des Dollarkurses.

Baden-Württemberg exportiert doppelt soviel in den Dollarraum als alle anderen Bundesländer. So, wie die anderen bei den Dienstleistungen das Geschäft gemacht haben, mußten wir es bei der Produktion machen. Wie wollen Sie mit der Produktion verdienen, wenn der Dollarkurs 20 % unter dem liegt, was man bei allen Kalkulationen angenommen hat? Sie brauchen nur die Ertragslage der Exportseite unserer Industrie anzuschauen. Dann sehen Sie, daß diese bei Exporten nach Westeuropa und nach Asien hervorragend ist und daß die Industrie in der Ertragslage bei guten Umsätzen und bei guten Auftragslagen ganz schlimm eingebrochen ist. Ich brauche mir nur die Entwicklung der Vorauszahlungen der Körperschaftsteuer anzuschauen, dann weiß ich ganz genau, was unser Problem ist.

(Abg. Köder SPD: Das ist aber keine Strukturkrise!)

– Das ist keine Strukturkrise. Sie werden jetzt nicht auch noch behaupten wollen, daß die Tatsache, daß wir im Augenblick einen schwachen Dollar haben, weil wir eine verschuldete amerikanische Wirtschaft haben und ein Riesenproblem – –

(Abg. Köder SPD: Ich will ja nur – –)

– Jetzt brauchen Sie mir bloß noch zu sagen, man müsse den Export nach Amerika abbauen, damit die Strukturkrise bewältigt werde, dann glaube ich das auch noch.

(Heiterkeit)

Macht euch das Thema Strukturkrise nicht so einfach! Das ist wie beim militärischen Komplex. Ich komme gleich noch darauf.

(Abg. Köder SPD: Ich wollte Sie ja nur davon abhalten, das so hochzustilisieren!)

– Ich stilisiere das überhaupt nicht hoch. Baden-Württemberg hat das verkraftet.

Jetzt sage ich sogar etwas Positives: Ich bin nicht unglücklich darüber, daß sich aus dieser Entwicklung bei uns bei allem, was das in den letzten Jahren gekostet hat, die Einnahmeseite so normalisiert hat, daß wir nicht mehr mit überdurchschnittlichen Einnahmen bei einigen wenigen Betrieben rechnen müssen, die wir langfristig als Dauereinnahmen eingebucht hätten. Wir haben jetzt ein Normalmaß von Erträgen der baden-württembergischen Industrie in allen Bereichen. Das muß kein Nachteil sein.

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Daran richten wir unsere langfristige Ausgabenpolitik aus. Herr Kollege Puchta, kommen Sie mir jetzt nicht mit der Ausgabenkiste. Warten Sie die Beratungen ab. Ich werde Ihnen zu den Ausgaben und Ihrer Position dazu nachher gern noch etwas erzählen.

Realität ist, daß wir absolut Zahlen haben, auch jetzt, mit denen wir im Ländervergleich nach Bayern an der Spitze liegen – es geht immer nur um Hessen, Bayern, Baden-

(Ministerpräsident Späth)

Württemberg –, und daß wir so viel Finanzausgleich bezahlen, wie wir im Grunde Schulden aufnehmen. Das ist ein durchlaufender Posten.

Wie sich das entwickelt hat und warum wir jetzt die Normalität wieder erreicht haben, will ich Ihnen sagen. 1989 – nur damit Sie einmal die Schwierigkeiten erkennen – haben wir 1,5 Milliarden DM Finanzausgleich bezahlt. Das war das Quellensteuerjahr. Da war Hessen plötzlich weit vor uns. Da habe ich schon in allen Zeitungen gelesen, wie Baden-Württemberg zurückfällt und Hessen und Bayern uns davonlaufen. Da hat Bayern die Nullverschuldung, auf die jetzt alle hinweisen, praktiziert. Warum? Weil Bayern noch aus den Bundesergänzungszuweisungen Geld herausgeschunden hat und weil Bayern sogar noch aufgrund des Strukturhilfegesetzes Geld bekommen hat – außer Hessen und Baden-Württemberg haben alle Bundesländer da noch Geld bezogen – und weil Bayern diese Struktureinbrüche nicht hatte. Jetzt schauen Sie doch einmal, wo die Konzerne saßen, die sich da verbunden haben. Da war der Ertragreiche in Baden-Württemberg, und das ist im Verbund zwischen Bayern, Hessen und Baden-Württemberg ausgeglichen worden. Das ist doch alles kein Geheimnis. Das kann man doch alles überlegen und nachrechnen. Dann kommt man schnell zu dem Ergebnis.

Wir sind dieses Jahr bei veranschlagten Beträgen von 2,1 Milliarden DM. Das heißt, von 1989 auf 1990 ist der Länderfinanzausgleich um 600 Millionen DM hochgeschwollen. Er erhöht unser Haushaltsvolumen um mehr als 1 % und ist nichts anderes als ein durchlaufender Posten durch den Haushalt von Baden-Württemberg.

Mit diesem Prozent operieren Sie genauso wie mit einem anderen Betrag. In diesem Jahr wird die Grunderwerbsteuer in Baden-Württemberg erstmals die Rekordhöhe von 800 Millionen DM erreichen. Baden-Württemberg ist das einzige Land, das die Grunderwerbsteuer in voller Höhe seinen Landkreisen überläßt. Deshalb haben diese so vernünftige Kreisumlagen, und deshalb haben wir so ein gutes Krankenhauswesen. Dies heißt aber, daß 800 Millionen DM – gleich 1,3 % – wiederum durchlaufender Posten des Haushalts sind und nicht mehr; diese Beträge gehen vorne rein und hinten raus. Jetzt will ich Ihnen dazu noch ein paar Zahlen nennen. Im Länderfinanzausgleich haben wir auch in den nächsten Jahren Steigerungen von 8 und 7 %, weil wir längst wieder an der Spitze liegen. Das heißt: Wenn wir eine Haushaltssteigerung von 5,9 % haben und in diesem Bereich mehr haben, dann reduziert das unseren Spielraum bei den eigentlichen Entscheidungen, mit denen wir Erhöhungen vornehmen, schon ganz gewaltig.

Oder nehmen Sie die kommunale Finanzausgleichsmasse. Sie steigt 1991 um 12 %, nämlich von 5,8 auf 6,5 Milliarden DM. Das ist schon wieder ein durchlaufender Posten von 700 Millionen DM. Das ist kein Betrag, den wir auf der Einnahme- und der Ausgabe Seite zugunsten des Landes Baden-Württemberg beeinflussen können, außer Sie wollen die Meinung vertreten, wir müßten den Kommunen Geld wegnehmen, weil die Gewichtung und die Priorität anders gesetzt werden müßten. Darauf komme ich nachher bei der Stadt- und Dorferneuerung gleich noch zurück. Das will niemand. Wenn ich draußen die Kommunen höre, habe ich nicht den Eindruck, daß es dort eine

große Bereitschaft gibt, zu einer völlig neuen Prioritätenlage zwischen Land und Kommunen im Finanzeinsatz zu kommen.

(Abg. Wieser CDU: Die wollen Pflastersteine abschaffen!)

Ich könnte Ihnen vorlesen, was Sie alles schon zur kommunalen Selbstverwaltung gesagt haben, wie das Land seine Gemeinden schröpft, um seine Finanzen zu sanieren.

In einer Zeit, in der wir bei den Gemeindefinanzen nichts nach unten verändern, zeige ich Ihnen einmal, wie sich die Gemeindefinanzen in kommunaler Selbstverwaltung mit unserem Willen entwickeln. Wir haben die Situation, daß unsere Gemeinden im bundesweiten Vergleich noch viel besser dastehen als das Land im internationalen Vergleich. Das ist ein Stück unserer Politik, auf die wir stolz sind. Sie können uns da aber nicht die durchlaufenden Mittel als eine unzulässige Haushaltssteigerung vorrechnen.

(Beifall bei der CDU)

Ich könnte das jetzt vertiefen. Natürlich stimmen auch die 5 und die 7 % Investitionsquote oder frei verfügbare Mittel nicht. Ich würde sagen: Wenn Sie in der Gegend von 15 % wären, kämen Sie der Sache näher.

Nun beanstanden Sie den Nachtragshaushalt. Ich muß sagen: Wie ist denn das mit den Nachtragshaushalten gelaufen? Wir werden doch dauernd von völlig neuen Außenbedingungen überflutet, auf die wir reagieren müssen: Aussiedlerströme, Übersiedlersituation. Wir haben schon wieder vergessen, daß wir im Frühjahr drei Monate lang Kosten für die Unterbringung von Übersiedlern hatten, daß es gekracht hat. Die Aussiedlerzahlen sind wesentlich höher, als wir alle geschätzt haben, Ihre Kollegen in den von Ihnen regierten Ländern und wir hier. Wir brauchen uns doch nicht ewig gegenseitig vorzurechnen, daß da Fehleinschätzungen waren.

Wir haben noch Glück gehabt; wir haben es immer geschafft, die zwangsläufigen Ausgaben mit Mehreinnahmen abzudecken, und wir haben die Verschuldung seit der mittelfristigen Finanzplanung nicht erhöht – das müssen Sie dazusagen –, obwohl uns am Schluß in den Nachtragshaushalt noch einmal 120 Millionen DM hineingeplatzt sind, die wir bis auf 28 Millionen DM aus einer Verbesserung der Einnahmen ohne zusätzliche Steuereinnahmen abdecken konnten. Die 28 Millionen DM haben wir in die pauschale Kürzung genommen. Wir treffen gerade die administrativen Maßnahmen, um das noch ausgleichen zu können. So läuft das Leben ab.

In einer Zeit, in der sich jeden Tag etwas dramatisch verändert, können Sie doch keinen Haushaltsplan machen, der nicht ergänzungsbedürftig ist. Sie haben damals auch selber gesagt: Laßt uns einen Sonderhaushalt Wohnungsbau machen, damit das gleich starten kann! Wir hätten es auch drei Monate liegenlassen können. Dann wäre es eben nicht gestartet, und dann hätten wir weniger Nachtragshaushalte. Das haben wir hier zum Teil alles vereinbart. Wenn wir einmal gesagt haben, etwas solle überplanmäßig laufen, haben Sie gesagt: Nein, wir wollen einen Nach-

(Ministerpräsident Späth)

tragshaushalt. Dann haben Sie einen Nachtragshaushalt bekommen. Jetzt zählen Sie die fünf Nachtragshaushalte zusammen und machen in Dramatik.

Am 10. Oktober 1990 haben wir eine klare, stabile Finanzsituation, und die meisten anderen Länder wären Gott, der Welt und vielleicht sogar der SPD dankbar, wenn sie nur die Sorgen Baden-Württembergs hätten.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich müssen wir auf dem neuen Tableau, das wir jetzt haben, die Dinge weiterentwickeln und stabilisieren. Außerdem haben wir auch Mehrkosten zur Finanzierung der deutschen Einheit, für die wir Mittel aufgenommen haben. Immerhin haben wir unseren Anteil an den 45 Milliarden DM ohne Erhöhung der Kreditaufnahme im Haushalt untergebracht. Wir haben jetzt noch ein Problem mit dem zweiten Teil, nämlich mit der Umsatzsteuerverteilung. Da will ich abwarten, wie es Ende des Jahres aussieht.

Deshalb würde ich mir auch wünschen, daß wir doch bald eine Steuerschätzung bekommen. Ich kann jetzt nicht beurteilen, ob das wirklich erst Mitte Dezember möglich ist. Wenn es da erst möglich ist, teile ich sehr die Meinung meiner politischen Freunde, daß der Finanzausschuß den Haushalt erst im Januar beraten sollte, weil etwas anderes wirklich keinen Sinn hat. Wir müssen zur Beantwortung der Frage, wie wir endgültig abschließen, die Steuerschätzung haben.

Im Finanzausschuß des Landtags vor Dezember den Haushalt dramatisch zu beraten und dann während der Zweiten und Dritten Beratung im Januar neue Steuerschätzungen einzubauen, halte ich für sehr schwierig. Deshalb empfehle ich, wenn ich das sagen darf – ich kann dem Landtag nichts vorschreiben; aber dem Vorsitzenden des Finanzausschusses möchte ich es empfehlen –, den Haushalt zu beraten, aber die Schlußberatung im Finanzausschuß erst vorzunehmen, wenn die Steuerschätzung vorliegt, weil wir sonst den nächsten Nachtrag gewissermaßen sofort selbst vorbereiten.

Jetzt komme ich zu den Alternativen. Ich halte die Kritik an der Verschuldungspolitik des Landes wirklich für überzogen, weil man Verschuldungspolitik eigentlich immer nur im Vergleich prüfen kann. Sie können alles begründen. Nehmen Sie das Sozialprodukt. Wir haben die Verschuldung auf einen vernünftigen Anteil zurückgeführt. Wir nehmen heute nicht mehr Schulden auf als Anfang der achtziger Jahre – bei einem um 30 % höheren Haushaltsvolumen. Das kann niemand bestreiten. Das heißt, wir haben im Grunde vernünftige Relationen.

Jetzt muß ich noch etwas zum Verhältnis der Länder untereinander sagen. Wir bekommen eine immer stärkere Diskussion. Die wird nicht besser, wenn jetzt die Diskussion mit den ostdeutschen Ländern beginnt. Es soll sich bitte niemand etwas vormachen. Die politische Diskussion geht immer um die Deckungsquoten.

Zu dem, was das Saarland jetzt ins Spiel bringt, sage ich Ihnen einmal, daß das Saarland in diesem Jahr pro Ein-

wohner etwa die vierfache Schuldenaufnahme von Baden-Württemberg hat.

(Abg. Haasis CDU: Landkreis Saarland!)

Das Saarland, Schleswig-Holstein und einige andere sind definitiv am Ende.

(Zuruf der Abg. Rosemarie Glaser GRÜNE)

– Ich will doch jetzt gar nicht die Schuld untersuchen.

(Abg. Teufel CDU: Deswegen ist der „Landrat“ dort so viel im Außendienst!)

Das ist doch lächerlich. Sie haben nur keine Altlasten, weil Sie als Grüne in der Politik noch nicht so alt sind. Das ist der Vorteil. Wenn man frisch auf die Welt kommt, kann man die Lebenserfahrungen der anderen als Fehler bezeichnen.

(Zurufe)

– Ich schätze Sie jung und unbefangen ein, weil Sie noch in keinem Finanzressort je Verantwortung getragen haben. Dann läßt sich am unbefangenensten darüber reden.

(Abg. Wieser CDU: Die sind weder jung noch unbefangen! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Jetzt warten Sie einmal ab, welche Finanzpläne die rot-grüne Koalition in Hannover für den Haushalt 1991 vorlegen wird. Wenn Sie das nicht vergessen, dann tragen Sie das hier einmal vor, damit wir es vergleichen können.

Sie können im Grunde genommen nur vergleichen. Aber der Vergleich zeigt eine große Gefahr: daß wir zunehmend auseinanderdriften, daß eine Spitzengruppe Baden-Württemberg, Hessen und Bayern zunehmend unter Druck kommt, mehr Lasten zu übernehmen – mit der Begründung: „Ihr habt die wenigsten Schulden, ihr habt die stabilsten Steuereinnahmen.“

Deshalb: Nur zu sparen und die eigenen Zukunftsinvestitionen nicht vorzunehmen ist eine sehr kurzatmige Politik, die zu weiteren Ausgleichsdiskussionen führt.

Jetzt, Herr Kollege Spöri, will ich Ihnen sagen: Das, was Sie am Schluß mit Ihren sechs Punkten vorgetragen haben, ist hiermit quittiert. Das ist exakt die Position Baden-Württembergs bei den Verhandlungen mit dem Bund. Wir haben genau das erklärt.

Wir haben erstens gesagt, daß das Gesetz über die Strukturhilfen sofort aufgehoben werden muß. Deshalb haben wir in Karlsruhe geklagt. Die 2,4 Milliarden DM müssen den jetzt begünstigten Ländern weggenommen werden und in die Länder der ehemaligen DDR fließen. Überhaupt kein Problem! Ich unterstütze das nachdrücklich.

Probleme wird es ein bißchen im Saarland geben, weil denen 300 Millionen DM fehlen – bei dieser Finanzlage! Herr Schröder in Niedersachsen wird auf etwa 700 Millio-

(Ministerpräsident Späth)

nen DM verzichten müssen, Herr Rau wird auf etwa 800 Millionen DM verzichten müssen. Ich kann nur sagen: Nur Mut, ich bin sehr dabei.

Das Geschrei kommt aus anderen Ländern. Baden-Württemberg muß das aber verlangen, weil das der einzig vernünftige Weg ist, damit sich bei uns nicht die für schwach erklären, die immer noch besser dran sind als die ehemaligen DDR-Länder. Also Solidarität erfordert, daß diese Mittel in Höhe von 2,4 Milliarden DM in die Länder der ehemaligen DDR gehen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Bütikofer  
GRÜNE)

Die Zonenrandhilfe, die Berlinhilfe müssen sofort abgebaut werden. Das ist unsere Forderung, das machen wir alles mit. Das Geschrei kommt aus einigen Ländern mit Zonenrandgebieten und vor allem aus Berlin. Die Berliner sagen, sie bekämen mit Ost-Berlin so viele Probleme an den Hals, daß der, der die Berlinförderung abbaue, Berlin in seiner Entwicklung schädige. Aber das ist die Position von Herrn Momper, nicht meine. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß wir das jetzt rigoros abbauen müssen. Wir sind bereit, im Bundesrat alle Initiativen zu ergreifen, um dies zu machen.

Die Investitionshilfen nach dem Strukturhilfegesetz müssen sofort entfallen. Einverstanden; unsere Position.

Das Finanzgefälle wird zu einem Riesenproblem des horizontalen Finanzausgleichs. Es ist dem Vorschlag der baden-württembergischen Regierung zu verdanken, daß bis 1995 keine Änderung des Länderfinanzausgleichs zulässig ist. Zwischen Bund und Ländern ist vereinbart, daß die Finanzverfassung des Grundgesetzes nicht im ganzen neuen Bundesgebiet in Kraft tritt. Das ist Gegenstand des Einigungsvertrages. Es entsprang einer Initiative Baden-Württembergs, das auf 1995 hinauszuschieben. Das ist uns gelungen.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Aber 1995 kommen wir in eine Verfassungskonfliktsituation, weil Sie, wenn 1995 die Regelung des Einigungsvertrages ausläuft, die Finanzverfassung der Bundesrepublik nicht ohne weiteres außer Kraft setzen können. Ich will nur darauf hinweisen. Das heißt, ich bin ganz mit Ihnen einig; das ist die baden-württembergische Position, und es ist für mich sehr hilfreich, daß Sie dies so nachhaltig unterstützen. Nur: Neu ist daran nichts! Das haben wir alles bei den bisherigen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern vertreten.

Jetzt komme ich zu den großen Alternativen.

Ich fange einmal bei Herrn Döring an. Herr Döring, den Subventionsabbaugesang, auch in der Variation „Sunset“, höre ich, seit ich hier in diesem Hause bin. Meine ersten Erfahrungen habe ich hier gesammelt, als ich von 1968 bis 1972 finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion war. Ich fange jetzt, mit zunehmendem Alter an, über die früheren Zeiten nachzudenken.

(Heiterkeit – Abg. Brechtken SPD: Jetzt schon? Dann werden wir noch so manche Überraschung erleben!)

Da war ich der Vertreter – –

(Abg. Leicht CDU: Das ist schon ein Zeichen von Alter! – Anhaltende Heiterkeit)

– Ja, aber lieber Herr Kollege Leicht, wenn man so jung anfängt wie ich und dann nur mäßig alt wird und noch so ein Erinnerungsvermögen hat, kann das unglaubliche Erfahrungswerte bringen.

(Abg. Leicht CDU: Das zeigt wieder hohe geistige Frische!)

Deshalb kann ich Ihnen aus dem Stand prognostizieren, was bei der interfraktionellen Kommission wieder entsteht.

In der ersten, die wir hatten, war ich der leidenschaftlichste Vertreter der CDU-Fraktion. Da haben wir einen gewaltigen Anlauf genommen.

(Abg. Albrecht FDP/DVP: Ja!)

Am Schluß hatten wir gerade noch eine Streichung von 2 800 DM,

(Lebhafte Heiterkeit – Zuruf des Abg. Mogg SPD)

und als wir die beschließen wollten, ist Herr Dr. Brandenburg aus Pforzheim, der damalige Fraktionsvorsitzende der FDP/DVP-Fraktion, ein hochgeschätzter Kollege, aufgestanden und hat gesagt: „Freunde, es tut mir furchtbar leid.“ – das ist jetzt so lang her, daß die Sitzung nicht mehr nichtöffentlich bleiben muß – „macht jetzt ja keinen Unsinn. Ich habe jetzt erst festgestellt, daß ich Ehrenmitglied im Kuratorium dieser Einrichtung bin.

(Anhaltende Heiterkeit)

Jetzt könnt ihr da doch nicht streichen. Wenn wir schon sonst nichts streichen, dann streichen wir die 2 800 DM auch nicht mehr.“ Dann haben wir die auch nicht gestrichen, sind in den Landtag gegangen und haben gesagt: Es war nichts. Dieser Prozeß wiederholt sich, seit ich hier sitze.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: So verfilzt sind die! – Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Lobby! – Abg. Rosemarie Glaser GRÜNE: Filzerei!)

Alle wettern nämlich schwungvoll gegen die Subventionen, um sofort neue zu beantragen.

(Zurufe)

– Jetzt lassen Sie es mich doch einmal an ganz einfachen Dingen darstellen. Bleiben wir doch einmal bei den Bauern, wo Sie sich gerade gefreut haben, wie vernünftig wir gegenüber denen seien.

(Abg. Leicht CDU: Bei den Bienen des Herrn Steuer! – Lebhaftige Heiterkeit)

(Ministerpräsident Späth)

– Herr Kollege Leicht, da kenne ich mich inzwischen aus. Ich habe mich bei einer Landesversammlung der Imker genau informieren lassen, wie gut es volkswirtschaftlich gewesen ist, diese Prämie einzuführen und damit einem Stand, der unglaubliche Schwierigkeiten wegen der Zusammenhänge von Zucht- und Wildbienen hat – aber davon haben Sie ja keine Ahnung – –

(Lebhafte Heiterkeit)

– Also ich bin da drin. Kommen Sie mir also nicht mit den Bienen.

(Anhaltende Heiterkeit)

Aber ich würde sagen, wenn wir außer der Bienenprämie keine Probleme bei den Subventionen hätten, wäre es gut.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Ja, genau!)

Jetzt will ich es einmal am Beispiel der Bauern erläutern. Schauen Sie, es ist doch eines klar: Wir reden alle vom ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft. Der ökologische Umbau muß mindestens bedeuten, daß wir in unserer gesamten Landwirtschaft zu einer völlig neuen Einkommensüberlegung kommen, die nicht abhängig ist vom Produktionsvolumen,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Richtig!)

die ökologische Produktion, Landschaftspflegemittel und Existenzstützungen zuläßt und vom Familieneinkommen des Bauern statt vom Produktionsergebnis ausgeht.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Das ist klar!)

Also müssen Sie Mittel aus dem Staatshaushalt umlenken und sagen: Die moderne Industriegesellschaft muß etwas von ihrem Einkommen über Steuern bereitstellen, damit dieser wunderbar ökologisch geordnete ländliche Raum zur Verfügung steht.

(Abg. Haag FDP/DVP: Ja!)

Und dies ist eine gewaltige Subventionspolitik, die wir im Interesse unseres Landes machen müssen.

(Abg. Haag FDP/DVP: Ja! – Zuruf des Abg. Albrecht FDP/DVP)

Einverstanden! Aber dann bitte nicht am nächsten Tag ans Rednerpult treten und eine Riesenrede gegen Subventionen halten, während wir gerade die neuesten einführen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE)

Zweiter Punkt: Alle Leistungen an die Familien, einschließlich Erziehungsgeld und allem, was ich zur Familienpolitik gesagt habe, laufen im Subventionsbericht unter Subventionen.

(Abg. Wieser CDU: Das bleibt alles so!)

Also: Nicht die Situation der Familie verbessern wollen, was wir nur so machen können, und anschließend die Rede gegen die Subventionen halten!

(Beifall bei der CDU – Abg. Mogg SPD: Das ist etwas anderes! Das sind soziale Transferleistungen! Das sind keine Subventionen!)

– Die laufen in der Subventionsliste alle unter Subventionen. Wenn Sie den Sozialbereich aus der Subventionsliste herausnehmen, dann werden Sie ein ganz komisches Gesicht machen.

Für die FDP habe ich noch etwas Besonderes. Mit die höchsten Steigerungen im Subventionsbereich haben wir bei der Förderung der Privatschulen, obwohl Sie draußen dauernd davon reden, wir täten nicht genügend für die Privatschulen. Das ist einer der höchsten Subventionstatbestände.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch des Abg. Dr. Scharf FDP/DVP)

– Ja, natürlich, solide 440 Millionen DM, meine Freunde von den Liberalen. Also, nicht bei der Waldorfschulversammlung über die Regierung herfallen, sie tue zu wenig, und hier die Antisubventionsrede halten.

(Beifall bei der CDU)

Keine Arbeitsteilung, sauber bleiben.

(Abg. Leicht CDU: So sind sie, die Liberalen!)

Alle Leistungen in schwierigen Bereichen der Sozialpolitik – jetzt kommen wir zum Wohnungsbau – sind Bestandteil dieses berühmten Subventionsbetrages. Wenn ich mich nicht gewaltig – –

(Abg. Heckmann CDU: Jetzt langt's aber, Herr Ministerpräsident! – Abg. Teufel CDU: Stadtranderholung!)

– Stadtranderholung.

(Abg. Heckmann CDU: Nicht alle Folterinstrumente bringen! – Abg. Leicht CDU: Sonst kommen noch die Musikschulen vom Heckmann dran!)

Ich will damit nur sagen: Die symbolhaften Dinge, mit denen man Reklame macht, das sind die 0,1 Promille. Mit denen erweckt man beim Bürger den falschen Eindruck, da sei etwas Tolles im Busch. Wenn aber dann anschließend die Luft aus dem Paket herausgelassen ist, weil die unabdingbaren Subventionen heraus müssen, gucken sich alle das zusammengeschrunpft Ding an, und dann ist es ganz still.

Deshalb hat es auch gar keinen Sinn, wenn Sie sich dauernd gegenseitig beschwören: „Das müssen wir alle miteinander machen.“ Das schaffen Sie auch alle miteinander nicht, und zwar deshalb, weil der Aufbau dieser Struktur ein politisch-gesellschaftlicher ist.

(Ministerpräsident Späth)

(Abg. Albrecht FDP/DVP: Haben wir mehrmals probiert!)

Wenn wir im Wohnungsbau weiterkommen wollen, müssen Sie entweder die Wohnungsbaumittel erhöhen; Sie müssen wahrscheinlich sogar die Wohngeldmittel erhöhen, und die Wohngeldbeträge sind diejenigen, die natürlich jetzt überproportional steigen. Wahrscheinlich müssen Sie sogar die Obergrenzen neu ansetzen; da sind wir gerade dabei. Das Ergebnis wird eine Explosion des Wohngeldes sein, und das ist eine Explosion der Subventionen im Wohngeldbereich – nur um Ihnen einmal die typischen Beispiele der großen Subventionen zu zeigen, damit Sie sich nicht dauernd an den kleinen aufhalten. Sie wischen nämlich immer nur den Staub vom Subventionssack, aber Sie machen ihn nicht auf.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Sie beschreiben ihn dauernd, und deshalb –

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Professor Dr. Goll?

**Ministerpräsident Späth:** Eine.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte schön, Herr Abg. Dr. Goll.

**Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP:** Herr Ministerpräsident, habe ich das jetzt richtig verstanden, daß Subventionsabbau für Sie kein Thema ist, daß Sie Subventionen für unser unabänderliches Schicksal halten und insofern nichts daran ändern wollen?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Ministerpräsident.

**Ministerpräsident Späth:** Nein, ich halte überhaupt nichts für schicksalhaft und unabänderlich. Sie als Landtag können alles abändern.

(Abg. Mogg SPD: Als Landtag ja, aber nicht als Opposition! – Abg. Heckmann CDU: Abstauben!  
– Abg. Haasis CDU: Sack aufmachen!)

Die Subventionen, die jetzt im Etat stehen, sind die, die die Regierung für notwendig hält; sonst hätte sie sie nicht vorgeschlagen. Im Wettbewerb der politischen Kräfte müßten Sie immer konkret sagen, was Sie streichen wollen.

(Abg. Haasis CDU: Liste vorlegen! – Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Ich halte es für unehrlich, dauernd hier ans Rednerpult zu treten und zu sagen: „Wir müssen die Subventionen kürzen. Wir sagen aber erst, welche, wenn alle zugestimmt haben, damit uns keiner für das verhauen kann, was wir fordern.“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wer politischen Mut hat, der muß auch den Mut zur Eigenverantwortung und zu den eigenen Prügelein haben und darf nicht immer Klassenkeile für alle erwarten, um dann anschließend, wenn heraus ist, daß die anderen mitgemacht haben, zu sagen: „Aber ich habe es vorgeschlagen“. Also: Nur Mut, die Vorschläge auf den Tisch. Die Etatberatungen sind die große Stunde des Parlaments. Ich warte auf alle Anträge.

Auf die der SPD will ich jetzt gleich eingehen. Ich will gleich auf die konkreten Vorschläge des Herrn Kollegen Spöri kommen, weil ich meine, so allgemein hat es keinen Sinn. Also ganz konkret. Er hat vorgeschlagen, die betriebliche Förderung müsse man jetzt in Baden-Württemberg beenden. Damit liegt er genau auf der Linie der Landesregierung. Das wollen wir tun.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Beenden?)

– Wir wollen sie sogar beenden. Wir wollen alles, was über kleine und mittelständische Betriebsförderung hinausgeht, beenden.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Wo erkennt man das im Haushalt?)

– Das können Sie sehen. Sie müssen bloß gucken. Ich sage Ihnen die Zahl gleich. Moment.

(Abg. Haasis CDU: Umschichtung!)

Bei Zwischenrufen müssen Sie sich gut präparieren.

Wir haben für die einzelbetriebliche Förderung 27 Millionen DM drin. Davon sind 60 % Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre, die erfüllt werden müssen. Also steht ein Betrag von 12,8 Millionen DM in diesem Haushalt zur Verfügung.

(Abg. Haasis CDU: Die Stelle hat der Puchta im Haushalt nicht gefunden!)

– Wegen solcher Kleinigkeiten sucht er nicht. Aber wer hier den Eindruck erweckt, das seien gewaltige Summen, der muß wissen, daß wir jetzt gerade über 12,8 Millionen DM reden. Wenn Sie ab sofort für niemanden mehr eine neue Verpflichtung eingehen, dann sparen Sie 12,8 Millionen DM – nur wegen der Deckungsvorschläge. Das ist also der Betrag.

(Abg. Haasis CDU: Wahrscheinlich sind 100 Millionen eingesetzt!)

Jetzt kommt der große dynamische Bereich.

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

– Herr Puchta, wenn Sie Ihrem Fraktionsvorsitzenden solche Vorlagen machen, sollten Sie hinterher nicht meckern, sondern gründlich arbeiten.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU – Abg. Dr. Spöri SPD: Herr Späth, 12 Millionen DM sind für uns schon Geld!)

(Ministerpräsident Späth)

Ich hätte als Fraktionsvorsitzender solche Vorlagen von meinem finanzpolitischen Sprecher nicht als Redemanuskript entgegengenommen.

(Heiterkeit bei der CDU – Zurufe von der SPD)

– 12 Millionen DM in die Verbesserung des Pflegenotstands umgesetzt, da reden wir einmal über die Relation.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Wer hat denn das gesagt?  
Das habe ich doch nicht gesagt! Das ist doch Quatsch!)

– Ich zähle jetzt einmal Ihre Deckungsvorschläge zusammen. Dann sage ich etwas zu Ihren Ausgabenforderungen. Wie soll ich es denn analysieren, wenn nicht so?

Zweitens haben Sie gesagt, bei der Stadt- und Dorferneuerung müsse man das mit dem „Pflästerle“ in Ordnung bringen. Einverstanden. Das sind alles Mittel, die uns nicht gehören. Das sind Mittel des Kommunalen Investitionsfonds. Ich schließe daraus, daß Sie den Kommunen klar machen wollen, daß Sie den KIF zugunsten von Landesaufgaben kürzen wollen. Sie müßten einmal mit denen reden; sie sind sehr zurückhaltend. Wir haben nämlich gerade mit ihnen gesprochen, und zwar mit dem Ziel, Mittel aus diesem Bereich in den sozialen Wohnungsbau umzuschichten. Das haben wir den Städten und Gemeinden vorgeschlagen. Wir haben dann einen Kompromiß geschlossen. Es geht etwas in den Bereich Wohnungsbau, und es geht etwas in gezielte Wohnungsbaumaßnahmen im Rahmen der Stadt- und Dorferneuerung. Statt „Höfle und Pflästerle“, haben wir gesagt: „Baut Wohnungen“, haben wir gesagt. Darauf haben sie gesagt: „Das ist eine gute Idee. Also bilden wir dort einen Schwerpunkt.“ Soweit haben wir uns mit den Kommunen verständigt. Also so neu, daß wir statt Pflaster, wenn wir Wohnungen brauchen, lieber mehr Wohnungen und ein bißchen weniger Pflaster – – Soweit haben wir es schon geschafft.

Aber ab jetzt müßten wir den Kommunen den Kommunalen Investitionsfonds kürzen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie einen solchen Antrag stellen werden. Denn Sie haben doch gesagt, die Gemeinden seien von uns schlecht behandelt worden. Jetzt werden Sie sie nicht noch schlechter behandeln. Wenn Sie es aber nicht tun, haben Sie aus dem KIF für Dorferneuerung, für Stadtentwicklung keine Mark – alles Gelder aus dem KIF, keine Mark aus dem Landeshaushalt. Also haben Sie, Herr Puchta, wahrscheinlich wieder etwas Falsches hineingeschrieben.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Dr. Spöri SPD:  
Sie werden sich noch wundern!)

Deckungsvorschlag: null. Plötzlich kommt die Sache mit der Energieeinsparung. Das sollen die EVUs machen. Interessant. Bisher habe ich immer gehört, die Landesregierung begehe im Umweltbereich den Fehler, zu wenig Subventionsanreize für das Umsteigen auf alternative Energien zu bieten.

Lassen wir es einmal weg. Wenn wir alles, was wir bisher in dem Sektor tun und was ich für ein bißchen schwach

halte, streichen, dann reden wir über 15 bis 20 Millionen DM.

Jetzt kommt noch die schwülstige Lenkungsabgabe, die wir erst einführen müssen. Das klingt prima. Wir gehen an einiges heran, was wir selbst bewältigen können. Das andere müssen wir zunächst europa- und bundesweit klären. Aber für eine nicht eingeführte Lenkungsabgabe gebe ich noch keine Finanzdeckung. Das ist haushaltsrechtlich auch nicht möglich, wie Sie wissen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das hat auch niemand gesagt, daß eine Sonderabgabe den Haushalt decken soll!)

– Er hat aufgezählt, wie er finanziert. Da hat er die Lenkungsabgabe – –

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Nein!)

– Doch. Lesen Sie sein Manuskript nach; ich habe es extra noch einmal nachgelesen. Aber das ist doch auch unwichtig. Lassen wir das einmal weg. Ich suche gerade die Deckung.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

– Stellen Sie sich einmal vor, Sie hätten den Wasserpfennig nicht. Dann hätten Sie noch mehr Deckungslücken.

(Lachen des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Dann könnte Herr Haag sein Landschaftspflegegeld auch nicht mehr weiter vertreten, weil ganze Teile der Deckung des Agrarhaushalts zum Beispiel aus dem Wasserpfennig kommen. Das gefällt den Leuten inzwischen übrigens, Herr Haag.

Ich komme zu den Staatsbauten.

(Zurufe von der SPD)

– Lenken Sie doch nicht ab. Wir kommen zu den Staatsbauten.

Ich bin nicht bereit – darüber können wir streiten –, die wichtigsten Baumaßnahmen, die wir jetzt durchführen müssen, zu kürzen, nämlich den Ausbau unserer Fachhochschulen, unserer Technischen Universitäten, der wichtigsten Zukunftseinrichtungen für dieses Land, wenn die Studenten vor der Tür stehen. Herr Döring sagt: „Gott sei Dank. Das war mit unsere Idee.“ Was wollen Sie denn strecken? Wollen Sie die Maßnahmen für die Klinikbauten strecken? Gehen Sie einmal nach Karlsruhe, gehen Sie einmal nach Mannheim, gehen Sie einmal nach Heidelberg, gehen Sie einmal nach Freiburg, gehen Sie einmal nach Ulm, gehen Sie einmal zu der Kinderklinik nach Tübingen, und dann erklären Sie mir, wo die großen Brocken im Haushalt des Wissenschaftsministeriums liegen, die Sie kürzen wollen.

(Beifall bei der CDU)

(Ministerpräsident Späth)

Wir haben ein anderes Problem. Wir haben einen gewaltigen Druck bei dringend notwendigen Klinikbauten in Höhe von 2,4 Milliarden DM einschließlich der Sanierungen, die wir noch nicht finanziert haben. Ich kann doch die Fachhochschulen nicht in zehn Jahren ausbauen, wenn die Studenten nicht mehr da sind. Das muß doch jetzt geschehen.

Gehen Sie einmal zur Polizei, schauen Sie sich einmal die kleinen Polizeistationen an.

(Beifall der Abg. Christa Vosschulte CDU)

Immer, wenn ich dort bin, sagen die Polizisten: „Da waren SPD-Abgeordnete hier, die gesagt haben, das Haus könne man nicht so lassen, die Polizeistation müsse in Ordnung gebracht werden.“ Schauen Sie sich einige Einbauten in den Psychiatrischen Landeskrankenhäusern an, oder schauen Sie sich im Justizbereich das eine oder andere an. Ich kann immer nur sagen: Wenn ich das alles zusammenzähle, dann bleibt Ihnen gerade ein Projekt übrig. Da müssen Sie irgendein Kunstprojekt suchen, das vielleicht ein bißchen paßt.

(Zuruf der Abg. Rosemarie Glaser GRÜNE)

– Aber die sind gerade in der Fertigstellung. Die haben wir angefangen, als die Bauwirtschaft dringend Aufträge gesucht hat; deshalb sind die auch noch preiswert.

Jetzt sage ich Ihnen einmal schlicht: Das Bauvolumen Baden-Württembergs liegt bei rund 35 bis 40 Milliarden DM. Der gesamte Hochbauetat des Landes liegt bei 1,2 Milliarden DM, wenn Sie alle Reparaturen einbeziehen. Wenn Sie davon viel strecken können, können Sie 150 Millionen DM strecken. Die 1,2 Milliarden DM sind nach Adam Riese etwa 2,5 % des gesamten Bauvolumens in Baden-Württemberg. Davon können Sie möglicherweise ein Sechstel bewegen, und dann reden wir über 0,4 % des gesamten Bauvolumens. Die Bauwirtschaft hat durch Rationalisierung und Initiative jetzt schon eine Kapazitätserhöhung von rund 18 % in einem Jahr geschafft. Da muß man Planwirtschaftler alter Prägung sein – diejenigen, die das gerade abschaffen, können Ihnen darüber etwas erzählen –, um zu glauben, daß man mit solchen Dingen die Welt verändern könnte. Also vergessen Sie es.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Nehmen wir den Straßenbau. Gehen Sie mal in Ihre Kreise, und reden Sie mit den Leuten über die großen Mehrleistungen des Landes beim Straßenbau. In keinem anderen Bereich hat diese Regierung so enorme Steigerungen zu verzeichnen wie beim Aus- und Neubau von Landesstraßen.

(Abg. Oettinger CDU: So ist es!)

Nehmen Sie vier, fünf große – –

(Zuruf von der SPD)

– Beim Straßenbau kommt etwas ganz anderes. Beim Straßenbau kommen Herr Vollmer und die SPD und fragen: Wie wollt ihr Strukturpolitik betreiben?

(Abg. Mogg SPD: Das interessiert Herrn Vollmer nicht!)

– Strukturpolitik interessiert ihn gewaltig.

(Abg. Haasis CDU: Bei Herrn Mogg könnte man auch eine Straße streichen!)

Mir ist es immer am liebsten, wenn einer von der Opposition einem anderen von der Opposition bestätigt, daß er keine Ahnung hat; denn dann brauche ich das nicht zu machen.

(Große Heiterkeit – Beifall bei der CDU)

Aber jetzt möchte ich zum Höhepunkt der Einsparungsvorschläge kommen, nämlich zum landwirtschaftlichen Wegebau, Herr Spöri. Der landwirtschaftliche Wegebau steht wie folgt im Etat: Ausgaben für den gesamten landwirtschaftlichen Wegebau zweimal 5 Millionen DM gleich 10 Millionen DM. Aber Einnahmen 4 Millionen DM von den Kommunen aus dem KIF, die diese beisteuern, weil sie das fördern wollen, und 6 Millionen DM vom Bund zur Förderung der Gemeinschaftsaufgabe. Wenn Sie diese 10 Millionen DM streichen, schenken Sie dem Bund 6 Millionen DM und den Kommunen 4 Millionen DM, und gespart haben Sie schlicht nichts. Wer solche Deckungsvorschläge macht, der muß genau rechnen.

(Zurufe von der CDU: Puchta!)

Deshalb habe ich mir die Mühe gemacht – –

(Unruhe – Abg. Haasis CDU: Brechtken hat auch geholfen! Das kann einer alleine gar nicht!)

Ich war nicht umsonst einmal finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Damals haben wir aber schärfer geschaut, mit was wir angreifen. Also das wird nichts.

Jetzt sind wir aber mit den Deckungsvorschlägen schon am Ende und bewegen uns bei einer gewaltigen Zahl, wie Sie erkennen können. Was werden Sie aus dem alles finanzieren? Sie werden den Pflegenotstand beseitigen. Sie werden daraus die Kinderbetreuung finanzieren. Dann werden Sie Verbesserungen im Schulwesen und bei der Erwachsenenbildung bezahlen. Sie haben recht, wenn Sie sagen, daß Humankapital genauso wichtig sei wie Investitionskapital.

(Zuruf von der CDU: Wichtiger!)

Erhard Eppler verdanken wir den Hinweis – ich möchte Ihnen insofern nur sagen, daß das auch nicht neu ist – einmal aus einer großen Debatte, in der wir sehr nachdenklich gemeinsam darüber diskutiert haben, daß man nicht generell sagen könne, Personalkosten seien unwichtig und Sachinvestitionen seien wichtig, weil das selbstverständlich schon richtig ist. Nur an einem werden Sie nichts ändern können, nämlich daran, daß die Personalkosten, sobald sie hinsichtlich der Stellen beschlossen sind, den Haushalt für

*(Ministerpräsident Späth)*

die nächsten 25 bis 30 Jahre so festlegen, daß die Summe, die Sie immer vergrößern wollen, immer kleiner wird. Ich sage das nur unter finanzpolitischen Gesichtspunkten. Moralisch haben Sie, Herr Spöri, selbstverständlich recht. Wenn Sie immer sagen, die Regierung verenge fortwährend den Haushalt, entgegne ich: Mit jeder Personalstelle, die Sie zusätzlich draufhauen, verengen Sie den Haushalt, weil derjenige, der auf einer Planstelle sitzt, davon nicht heruntergeht.

(Zuruf von der CDU: Bis er stirbt!)

Ich lasse über solche Dinge mit mir reden. Aber Sie machen etwas ganz Gefährliches und etwas Unsolides – das muß ich dazusagen –, wenn Sie zum Beispiel für Personalkosten im Jahr 1991 50 Millionen DM mehr beantragen und dafür 50 Millionen DM im Bauhaushalt kürzen, indem Sie ihn strecken. Die 50 Millionen DM würden nämlich jedes Jahr plus Tarifabschluß und sonstigen Zulagen kommen, während die Unterhaltungskosten, wenn gebaut wurde, selbstverständlich nur einen Bruchteil der Baukosten ausmachen. Ich sage nur: Moralisch nicht mit etwas argumentieren, was finanzpolitisch unsolide ist, wenn man die finanzpolitische Solidität so stark an den Anfang stellt, wie Sie dies gemacht haben.

Wenn Sie im Wohnungsbau ein kontinuierliches Bauprogramm von 150 000 Wohnungen verwirklichen wollen, weiß ich nicht, was Sie meinen. Wenn Sie sozialen Wohnungsbau meinen, wie wir ihn meinen, brauchen wir die 15 000 Wohnungen. Dann müssen wir eben zehn Jahre lang bauen, damit wir miteinander ohne gewaltige Beträge zurechtkommen. Ich habe aber das dumpfe Gefühl, daß Sie ein Sonderprogramm und noch eine Erhöhung des Fördersatzes beantragen wollen, wenn ich die bisherigen Diskussionen richtig kenne. Dazu möchte ich Ihnen eine Rechnung aufmachen. Wenn Sie zusätzlich 5 000 Wohnungen – nur 5 000, nicht 15 000 – mit dem Fördersatz, der jetzt draußen diskutiert wird, nämlich rund 80 000 bis 100 000 DM, bauen wollen, dann müssen Sie zusätzlich 500 Millionen DM einsetzen. Punkt. Haben! Mit der Deckung wird es nichts. Da ist der Pflegenotstand noch gar nicht dabei.

(Zuruf des Abg. Dr. Ohnewald CDU)

Herr Spöri, das ist meine ganz nüchterne Beanstandung. Schulden abbauen – Vorschläge her, Streichungsvorschläge her. Neue Dinge durchführen, viele Dinge, die auch ich für wünschenswert halte, auch in den Bereichen, die Sie angesprochen haben – wir müssen darüber reden, was wir streichen, aber dann ganz konkret. Und dann werden Sie das erleben, was das verfluchte Geschäft der Regierenden ist: Es haut halt nicht hin, was man verbal möchte.

(Zuruf der Abg. Christine Muscheler-Frohne  
GRÜNE)

Sie werden den Weg durch diesen Haushalt gehen. Wir werden auf alles eingehen, wenn Sie Deckungsvorschläge haben. Aber bei all dem, was Sie ankündigen, nämlich die Schulden zu reduzieren, die notwendigen Streichungen durchzusetzen und die Mittel dafür frei zu haben für all das, was Sie zusätzlich machen wollen, wird es am Schluß

verdammt eng werden; ich kündige es Ihnen an. Aber ich bin offen für jede Diskussion, nur nicht für eine Diskussion in der Form, zuerst die Regierung zu verprügeln, sie tätige zu viele Ausgaben und spare zu wenig, anschließend Erhöhungsanträge zu stellen, aber keine Deckungsvorschläge vorzulegen. So geht es nicht, außer wir gehen zu den pauschalen Fragen der Steuerpolitik.

Dazu muß ich Ihnen noch einmal ganz klar sagen: Ich gehöre zu denen, die gesagt haben: Wenn wir die gesamte öffentliche Masse für die DDR beanspruchen müssen, dann machen wir das natürlich. Dafür tragen wir auch die Verantwortung. Aber wir müssen auch ganz klar festlegen: Die erste Linie heißt: alle Mehreinnahmen verwenden. Wir können eine gewaltige Verschuldung im Rahmen der DDR-Disposition in Kauf nehmen, weil die DDR zwar eine Menge Lasten hat, aber im Grunde ohne Schulden kommt. Wenn ich einmal den durchschnittlichen Schuldenstand der Einwohner der Bundesrepublik auf die Einwohner der DDR übertrage, haben wir, wenn wir dort unseren jetzigen Stand erreichen wollen, ein Verfügungsvolumen, das bei 250 bis 300 Milliarden DM liegen dürfte. Ich räume gerne ein, daß der Vergleich eine große Schwäche hat, weil in der DDR ein Infrastrukturrückstand besteht, der mit diesem Betrag nicht aufzuholen ist. Das räume ich alles ein.

Ich sage zu meinen politischen Freunden kritisch: Solange ihr die Kosten nicht kennt, könnt ihr keine abschließende Finanzierungsaussage machen. Eine abschließende Finanzierungsaussage, die Steuererhöhungen definitiv ausschließt, ist für mich nicht zu machen, solange ich die Ausgaben nicht kenne. Dafür kriege ich von Ihnen Lob, um mir anschließend gleich wieder Kritik zu holen; die möchte ich dazuhaben, sonst ist es mir unwohl. So, wie Sie es angefangen haben, geht es, meine ich, nicht. Ich sage, daß man Steuererhöhungen nicht definitiv schon ausschließen kann, auch wenn man sehen muß, daß Steuererhöhungen ökonomisch kontraproduktiv wirken können. Wenn allerdings die These, daß jede Steuererhöhung sofort die Volkswirtschaft zusammenbrechen lasse, stimmen würde, müßten wir die Steuern auf Null senken, damit die Volkswirtschaft am besten funktionierte. Ich bin immer gegen die Extreme. Sie haben aber – und davon kommen Sie jetzt nicht mehr herunter – den Leuten mit der Steuererhöhungsgeschichte Angst vor der Entwicklung der Wiedervereinigung machen wollen. Das hat sich alles überholt. Sie haben die Ergebnisse der Demoskopie richtig zitiert. Sie haben in der Demoskopie zwei Antworten bekommen: Erstens: Wir glauben gar nicht, daß es ohne Steuererhöhungen geht. Zweitens: Wir wollen die Wiedervereinigung. Nur bei der dritten Fragen haben Sie eine typisch schwäbische Antwort gekriegt: Wenn es nichts kostet, ist es besser, als wenn es etwas kostet. Deswegen sage ich: Warum sollen wir uns da groß raufen? Sie sollten den Leuten nicht Angst machen, und wir sollten die Probleme nicht verheimlichen. Deshalb ist die Position dieser Regierung: Wir wollen die deutsche Wiedervereinigung. Wir freuen uns unglaublich, daß wir sie haben. Wenn sie umsonst zu haben ist – schön. Wenn sie allein mit Schuldaufnahmen und Steuermehreinnahmen zu finanzieren ist – phantastisch. Wenn sie nicht ohne jede Steuererhöhung zu finanzieren ist, dann kneifen wir nicht vor unserer Verantwortung. Das ist eine Aussage, die ich für vernünftig halte, und bei der bleiben wir.

(Ministerpräsident Späth)

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Eine ganz kurze Bemerkung zu dem besonderen Thema „Asylanten und Aussiedler“. Ich will Ihnen zu den Aussiedlern etwas sagen, damit da keine falsche Stimmung aufkommt. Es wird jetzt nämlich immer gesagt, das eigentliche Problem seien die Aussiedler. Ich will Ihnen einmal aus Baden-Württemberg zwei interessante Entwicklungen aufzeigen: Zugang von Aussiedlern im Juli 14 600, Asylanten im Monatsdurchschnitt 4 000, wenn ich es einmal so vereinfachen darf. Die Zahl der Aussiedler betrug also nahezu das Vierfache. Abgang in Wohnungen 6 500, also nicht einmal die Hälfte. Die Entwicklung im August: 7 600 Zugänge, 6 241 Abgänge in Wohnungen. September: 6 385 Zugänge, 6 500 Abgänge in Wohnungen. Wir haben zum ersten Mal im September keinen Nettozugang mehr. Jetzt wirkt sich aus, daß im Wohnungsbau die ersten Fertigstellungen im Rahmen des Sonderprogramms „Aussiedler“ kommen.

Wir werden in diesem Jahr eine Wohnungsgenehmigungszahl von rund 80 000 erreichen. Das übertrifft alles, was wir bisher in Baden-Württemberg hatten, und zwar unabhängig von der öffentlichen Förderung. Wir haben in diesem Jahr bis Ende August 58 000 Baugenehmigungen erteilt. Da dies ja erst acht Monate sind, kommen wir im Laufe des Jahres auf mindestens 80 000. Das werden nächstes Jahr natürlich auch beziehbar Wohnungen sein. Das heißt: Die Aussiedlergeschichte – das sage ich mit allem Vorbehalt; wenn morgen ein neuer Schwung kommt, stimmt nichts mehr – ist derzeit weniger brisant. Ich möchte mich nicht rühmen und behaupten, wir hätten das Problem gelöst. Aber schauen Sie sich einmal die Arbeitslosenquote an. Sie war in Baden-Württemberg noch nie so niedrig. Das heißt, der Arbeitsmarkt nimmt die Leute auf, und da sie sofort in die Integration gehen, gehen im Augenblick so viele raus wie reingekommen sind. Die Lage mit den Aussiedlern hat sich ein ganzes Stück stabilisiert, auch durch die Maßnahmen, die wir beispielsweise den Polen gegenüber getroffen haben.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Glaser?

**Ministerpräsident Späth:** Ja, es ist zwar schon recht spät, und ich rede schon so lange, aber bitte, fragen Sie.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Frau Abg. Glaser.

**Abg. Rosemarie Glaser GRÜNE:** Herr Ministerpräsident, wenn Sie schon sagen, daß die Aussiedler gut mit Wohnungen versorgt werden können, dann müßten Sie auch die Zahlen in den Notfallkarteien der Städte nennen, die in den letzten Monaten dramatisch gestiegen sind. Die haben Sie doch sicher auch dabei, wie ich Sie kenne.

**Ministerpräsident Späth:** Ich habe doch überhaupt nicht gesagt, daß damit ein Problem gelöst sei. Ich habe nur gesagt, das Problem der Aussiedler habe in seiner Brisanz abgenommen. Das Problem der Obdachlosen hat in seiner Brisanz nicht abgenommen, das Problem der Wohnungssuchenden ebensowenig. Deshalb müssen wir alle Anreize

schaffen, daß die Zahl der 80 000 Baugenehmigungen noch überschritten wird.

Ich sage ihnen ganz offen: Ich habe die Hoffnung aufgegeben, daß wir das über Riesenstaatsprogramme und sozialen Wohnungsbau alter Prägung schaffen. Ich setze auf die Privatinitiative.

(Beifall bei der CDU – Abg. Bütikofer GRÜNE:  
Was Sie machen, ist teurer als die alten Programme!)

– Das ist überhaupt nicht teurer, aber darüber werden wir ewig streiten. Ich will, daß die Wohnungen, die wir eigentlich im sozialen Wohnungsbau haben, leer werden, daß die Fehlbeleger rausgehen und die Wohnungen zur Verfügung stehen. Das halte ich für das Wichtigste.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Nur ganz kurz zur Asylfrage: Alles, was unterhalb der Grenze der Grundgesetzergänzung vorliegt, haben wir in Baden-Württemberg bereits ausprobiert und beantragt. Der Einzelrichter ist nicht neu – Baden-Württemberg 1982. Die Sammelunterkünfte sind nicht neu – Baden-Württemberg 1980. Die Sachleistungen sind nicht neu – Baden-Württemberg 1981. Alles, was Nordrhein-Westfalen und Hessen jetzt vorschlagen, sind alte Hüte. Das wurde alles schon vorgetragen und etwa als verfassungswidrig abgelehnt, zum Beispiel der Einzelrichter. Deshalb funktioniert es mit dieser Schwelle nicht.

Wir wollten ja eigentlich mit den Bayern zusammen die Ergänzung des Grundgesetzes im Grundrechtsbereich erreichen. Das werden wir nicht weiterverfolgen. Was Herr Lafontaine jetzt öffentlich erklärt hat, wäre eine gute Lösung. Es wäre zugegebenermaßen ein Kompromiß. Es würde das Grundgesetz nur an gewissen Punkten ergänzen. Wir blieben damit europäisch harmonisierungsfähig. Das heißt, daß wir die Abkommen ratifizieren können, die wir beschlossen haben. Wer in einem anderen Land abgelehnt wurde, kann danach nicht zu uns kommen.

Wir wollen eine Liste der sogenannten Nichtverfolgungsländer erstellen. Das ist erst möglich, wenn zwei Drittel aller Bundesländer zugestimmt haben. Das heißt, wenn ein Drittel der Bundesländer nicht zustimmt, kann kein Land auf diese Liste. Das kann immer wieder korrigiert werden. Das wäre meiner Meinung nach ein Ausweg. Wir wollen weiterhin an der Grenze auch für die, die aus Nichtverfolgungsländern kommen, Ausländerbehörden haben, die den Fall überprüfen, wenn einer behauptet, er sei verfolgt. Die Nachprüfung der Entscheidung, sei sie positiv oder negativ, wollen wir durch einen von den Parlamenten eingesetzten Beschwerdeausschuß statt über den Rechtsweg vornehmen lassen. Dann können Sie das Thema Abschiebung vernünftig behandeln. Es geht darum, abzuschieben, bevor die Leute Wurzeln geschlagen haben. Wenn die Leute Wurzeln geschlagen haben, passiert das, was wir heute bei der Abschiebung erleben. Mich soll bei dem Thema Abschiebung niemand mehr rügen. Wir haben in Baden-Württemberg den Abschieberekord, und darauf bin

(Ministerpräsident Späth)

ich überhaupt nicht stolz. Was sich da an menschlichen Schicksalen abspielt,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Richtig!)

ist im Grunde fast nicht zu verantworten. Deshalb soll mir niemand dauernd sagen: Schiebt richtig ab, dann habt ihr das Problem gelöst!

(Zuruf der Abg. Rosemarie Glaser GRÜNE)

Was wir jetzt haben, ist die dümmste Einrichtung. Die Leute kommen herein, werden auf alle Länder verteilt, dann sollen sie auf alle Gemeinden verteilt und dann in Sammelunterkünften gehalten werden. Nach einigen Monaten sollen dann 97 % oder 98 % im Sammeltransport und im Sammelzug wieder hinaus transportiert werden. Ich möchte einmal wissen, was das für eine Humanität ist. Es ist doch viel besser, gleich zu sagen, wer nicht hereinkommen darf, nämlich die 70 %, die aus Nichtverfolgungsländern kommen. Dann haben wir bei den anderen eine Anerkennungsquote von 30 % und werden auch in Baden-Württemberg wieder mit dem Problem fertig.

(Beifall bei der CDU)

Eine letzte zusammenfassende Bemerkung: Dieser ganze Haushalt – wir müssen uns ja hier kritisieren und Argumente austauschen; dazu sind wir da – hat einen Schwerpunkt, auf dem ich bestehe, auch wenn er uns Geld kostet und uns sogar die Verschuldung etwas höher ansetzt, als man es müßte. Das ist folgender Schwerpunkt: Dieses Land darf seine Zukunftschancen nicht mit dem Prinzip, daß man nur noch bezahle, was zwangsläufig ist, verbauen. Kein Mensch kräht danach, wenn schon wieder 120 Millionen DM Asyl- und Aussiedlerkosten – ich nenne das jetzt gemeinsam Unterbringungskosten, damit wir keinen politischen Streit bekommen – aufzubringen sind. Unerträglich ist aber, daß wir bei Summen in der Höhe von 10 Millionen DM für die Zukunftsinvestitionen unseres Landes knausern, jedoch Hunderte von Millionen für zwangsläufige Ausgaben einfach einpassen müssen, und damit Schluß. Dies kann nicht die Finanzpolitik als Gestaltungspolitik des Landes sein.

Ich schlage vor, das in den nächsten Monaten gründlich zu diskutieren. Heute können wir es nicht vertiefen. Nach der deutschen Wiedervereinigung ist auch vieles von dem schon abgeschlossen, was wir als Hilfestellung für die Länder der früheren DDR geben mußten, nicht personell, aber investitionsmäßig. Sie stehen jetzt auf eigenen Füßen.

Unser großes Problem ist, daß wir erkennen müssen: Baden-Württemberg muß seine Zukunft suchen, und zwar nicht als Randregion Deutschlands, sondern als Region im Herzen Europas. Es geht um die Frage der europäischen Integration im Jahr 1992, um die Frage der politischen Einigung, die Frage der Mitwirkung der europäischen Regionen an diesem Einigungsprozeß, die Frage der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Frankreich, der Schweiz und Österreich, die Frage, wie wir unsere Struktur anpassen müssen, um in diesem Europa von 1992 zurechtzukommen. Alles, was hier im letzten Jahr durch die deutsch-deutsche Entwicklung gewissermaßen in die zweite

Schublade kam, muß aus der Sicht Baden-Württembergs wieder mit auf den Tisch kommen.

(Sehr richtig! und Beifall des Abg. Albrecht FDP/DVP)

Wir werden mit vielen Initiativen die Voraussetzungen dafür und die notwendigen Strukturveränderungen schaffen. Bei der Rüstung werden wahrscheinlich ein paar Probleme bleiben; da wird es auch ein paar Umstrukturierungen geben. Übrigens hat sich auch die Umrüstung der Automobilindustrie im mittleren Neckarraum, die wir vor zwei, drei Jahren so befürchtet haben, gar nicht so schlecht entwickelt. Das sehen Sie, wenn Sie eine Analyse machen.

Wir müssen aber den Strukturen unseres Landes und der Situation, wie dieses Land Baden-Württemberg als europäische Region aussieht, Rechnung tragen.

Das werden die großen Fragen der Zukunft sein. Eines wissen wir heute schon – dazu brauchen wir keine Analysen –: Unsere Kosten werden nicht niedriger. Wir haben in Baden-Württemberg die höchsten Lohn- und Sozialkosten. Das ist, im positiven Sinne, eine Lebensstandardfrage. Wir haben die höchsten Grundstücks-, Miet- und Wohnkosten. Das ist ein Faktum unserer schönen Landschaft, unserer Enge, unserer Überbelegung mit Menschen, unserer Schutzgebiete, die wir brauchen. Das ist auch kein Geheimnis. Sie müssen einmal überlegen, auf welchen Flächen wir 9,5 Millionen Einwohner haben. Wenn Sie demgegenüber Bayern ansehen, dann haben Sie ein anderes ganz typisches Beispiel. Oder nehmen Sie die Länder im Osten. Das ist eines unserer großen Probleme. Es wird unsere Standortgunst nicht verbessern.

Wir haben es mit Infrastrukturmaßnahmen großer Art sehr viel schwerer als andere Länder. Deshalb stehe ich hinter dem Vorschlag, die Mineralölsteuer zu erhöhen, um die Verkehrsdienstleistungen vor allem auf der Schiene auszubauen, und zwar, wie Sie richtig bemerkt haben, im Nahverkehrsbereich und im Fernverkehrsbereich. Das alles müssen wir tun. Daß die Initiative des Landes jetzt nicht in Bonn ist, kann ich Ihnen ganz einfach erklären; da brauchen Sie nicht den postalischen Weg zu suchen.

Erstens habe ich erklärt, wir könnten den Leuten die Mineralölsteuererhöhung nicht in den Tagen draufdrücken, in denen sie täglich steigende Benzinpreise wegen der Golfkrise haben. Aber wir müssen das im Laufe des nächsten Jahres machen. Nun muß einer blind geboren oder frisch in der Politik sein, wenn er meint, sechs Wochen vor der Bundestagswahl würden sich die Parteien vor allem um eine Erhöhung der Mineralölsteuer bemühen. Da muß einer schon sehr blauäugig sein, wenn er das annimmt. Dieses Thema wird jedoch von Baden-Württemberg erreicht. Ich habe es ehrlicherweise vor allen Wahlen vorgebracht. Wenn Sie sehen wollen, wieviel Ärger das gebracht hat, dann machen Sie einmal in Bonn eine Umfrage, wie man sich über den baden-württembergischen Ministerpräsidenten an diesem Tag gefreut hat.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Wieder einmal! – Abg. Leicht CDU: Bayern!)

(Ministerpräsident Späth)

Ich habe auch zur CO<sub>2</sub>-Abgabe genau gesagt, was Sache ist. So, wie mich Herr Huber kritisiert hat, schaffen Sie das gar nicht. Da sind Sie viel zu feinfühlig, Herr Spöri.

(Heiterkeit)

Daraus mögen Sie ersehen, daß ich da keine falschen Angst- und Hemmungsgefühle habe.

Ich sage nur eines: Das Wichtigste, über das wir in der Zukunft reden müssen, ist Baden-Württemberg und seine Rolle als europäische Region; denn darauf müssen wir die Dinge aufbauen. Weil wir bei den Kosten in keinem Bereich herunterkommen, müssen wir im Innovationstempo immer an der Spitze liegen. Weil wir von der Anlage her produktionsorientiert statt dienstleistungsorientiert sind, müssen wir im Innovationstempo weiterkommen. Dazu kommt noch der ökologische Umbau, über den wir uns nur in Varianten streiten, vielleicht auch einmal über das Tempo, über die Abwägung. Daß da der Umweltminister und der Wirtschaftsminister verschiedene Positionen haben, ergibt sich eigentlich aus ihrer Ressortaufgabe. Aber Sie sehen ja, daß wir daran alle ganz gewaltig arbeiten. Wer Baden-Württemberg hinsichtlich seines Innovationstempos ausbauen will, der muß die Hochschulen, die Fachhochschulen, die Berufsschulen, das Bildungswesen insgesamt bis hin zu den Innungseinrichtungen ausbauen. Wer Baden-Württemberg zum ökologischen Industrieland machen will, der muß im Umweltschutz zulegen. Interessanterweise haben Sie alle das gleiche entdeckt: Genau in diesen zwei Bereichen steigt der Haushalt überproportional.

Wenn Sie alles in allem nehmen und das Kriegsgeschrei abgeflacht ist, dann ist das ein ganz vernünftiger Haushalt.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren, ich habe eine Wortmeldung nach § 82 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung. Außerdem hat sich der Herr Finanzminister zu Wort gemeldet.

Ich würde vorschlagen, daß wir in unmittelbarer Erwidern auf den Herrn Ministerpräsidenten die Wortmeldung nach § 82 Abs. 4 noch abwickeln, und ich würde den Herrn Finanzminister bitten, damit einverstanden zu sein, seine Rede nach der Mittagspause zu halten. – Sie stimmen zu.

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Spöri.

**Abg. Dr. Spöri SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur auf wenige Punkte eingehen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

die Herr Späth hier angeführt hat. Sie müssen ja auch Antworten bekommen.

Herr Späth, wenn Sie immer wieder auf die besondere Einnahmesituation in den letzten Jahren hingewiesen haben, zum Beispiel darauf, daß durch Konzentrationsprozesse die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer geringer geworden sind, dann stimmt das zwar. Wir hatten eine unterdurchschnittliche Zuwachsrate bei den Einnahmen;

das ist richtig. Aber ich habe nicht das gesagt, was Sie moniert haben, sondern ich habe gesagt, daß wir bei den Ausgaben eine überzogene Dynamik gehabt haben. Selbst wenn ich das in Rechnung stelle, was Sie zum Finanzausgleich gesagt haben, so muß ich sagen, daß das auch schon ein Problem der achtziger Jahre war.

Sie haben das Problem der Nachtragshaushalte angesprochen. Nachtragshaushalte sind sicherlich ein legitimes Instrument der Haushaltspolitik; das ist ganz klar. Mein Problem und das Problem dieses Parlaments ist aber, daß wir in der letzten Zeit eine Serie von Nachtragshaushalten bekommen haben, die die Planansätze in einer Weise vom tatsächlichen Haushaltsvollzug entfernt haben, die nicht mehr zu verantworten ist. Das liegt meiner Ansicht nach daran, daß Sie gerade wegen dieser von Ihnen erwähnten schwer berechenbaren und prognostizierbaren Zeit keine Möglichkeit haben, über einen Zweijahreshaushalt wirklich seriöse Planungsdaten vorzugeben. Das ist das Problem. Deswegen sollte man sich auf einen einjährigen Planungshorizont beschränken. Dann sind die Überraschungen geringer und die Prognosen und die Planvorgaben sicherlich präziser zu machen, und es ist dann auch möglich, mit weniger Nachtragshaushalten auszukommen.

Lassen Sie mich nun auf die Probleme bei der Umstrukturierung des Haushalts eingehen. Sie sind das – ich habe so etwas auch schon gemacht – so nach dem Motto „elegisch aus dem Ohrensessel heraus“ angegangen und haben natürlich auch nette Späßchen gemacht. Aber das reicht nicht aus, wenn sich eine solche Strukturveränderung im Haushalt abzeichnet, die eigentlich jeder zur Kenntnis nehmen muß und die auch Sie in Ihrer Einlassung nicht bestreiten konnten.

Ich meine, daß ein Betrag von 12 Millionen DM zwar „Kleinvieh“ ist, das aber irgendwie auch Mist macht. Man muß nur wirklich an die einzelnen Positionen herangehen und einmal anfangen. Sie sagen zum Beispiel, die ökologische Lenkungsabgabe sei eine dubiose Abgabe. Sie fragen: Wie können Sie für so etwas überhaupt irgendeinen Einnahmeeffekt annehmen? Da frage ich Sie: Wie können Sie zum Beispiel Ihre Sonderabfallabgabe etatisieren und im Haushalt auf der Einnahmenseite einstellen? Wieso können Sie den Wasserpfennig einstellen? Wieso können wir dann nicht annehmen, daß eine ökologische Lenkungsabgabe zusätzliche Einnahmen bringt?

(Ministerpräsident Späth: Dafür haben wir keine Rechtsgrundlage!)

Das ist ein völlig seriöser Deckungsvorschlag, den wir hier gemacht haben.

Dann haben wir über Bauten gesprochen. Herr Späth, Sie sagen ja selbst, die Bauaktivität solle anziehen. Sie setzen die Prioritäten sehr stark auf den privaten Wohnungsbau. Aber Sie hoffen natürlich auch, daß der private Wohnungsbau anzieht. Ich muß aber doch sehen, daß es voll in die Preise geht, wenn ich bei dieser beschränkten Baukapazität mehr Wohnungsbau mache, ob jetzt privaten oder mehr sozialen Wohnungsbau, wie wir es vorschlagen.

(Dr. Spöri)

Deswegen ist es doch logisch, völlig konsistent und seriös zu sagen: Laßt uns diese Vorhaben nicht streichen! Herr Späth, das hat doch gar niemand gesagt. Wir haben gesagt: Es ist doch, um die Kapazitäten zu entlasten, aber möglich, nicht begonnene Bauvorhaben auf der Zeitachse zu verschieben. Dies ist möglich, und es ist auch angesichts der angespannten Situation baupolitisch sinnvoll.

(Beifall bei der SPD)

Nächster Punkt: einzelbetriebliche Förderung. Ich kann Ihnen Ihren Haushaltsplan geben, wenn Sie ihn noch nicht kennen. In ihm stehen ganz andere Zahlen als die, die Sie genannt haben.

(Ministerpräsident Späth: Wo steht das?)

Sie haben gesagt, wir könnten 12 Millionen DM einsparen.

(Ministerpräsident Späth: Ich habe ihn, Sie können es gleich vorlesen!)

– Wir machen jetzt zwar keine Ausschußberatung; ich möchte Ihnen aber nur ein Beispiel nennen. Wir haben im Jahr 1991 im Rahmen der einzelbetrieblichen Förderung auf der Seite 39 14 Millionen DM freie Mittel angesetzt, und wir haben 57 Millionen DM beabsichtigte neue Verpflichtungsermächtigungen, über die wir noch entscheiden können. Herr Späth, das sind zusammen 71 Millionen DM. Das ist aus Ihrer globalen Sicht heraus natürlich wieder wenig.

(Ministerpräsident Späth: Das stimmt so auch nicht!)

Aber wenn ich davon zum Beispiel nur 50 % einsparen könnte, wäre ich bei einem Einspareffekt von 35 Millionen DM in diesem Bereich, und das ist sehr viel, wenn ich etwa kleinen und mittleren Betrieben helfen will, liquiditätsmäßig gewisse finanzielle Durststrecken bei der Konversion der Rüstungsindustrie, bei der Umstellung von militärischer Produktion auf zivile Produktion, zu überbrücken. Das ist ein ganz wichtiger Posten, den wir bei den Einsparberatungen im Ausschuß nach wie vor verfolgen werden. Wir werden dazu auch jetzt noch konkrete Anträge stellen.

Ich will Ihnen zur einzelbetrieblichen Förderung nur noch eines sagen. Schauen Sie sich doch einmal an, wie die Praxis bei der Regionalpolitik läuft und ob da nicht etwas machbar ist! Es läuft so ab, daß ein Unternehmen ein Investitionsvorhaben von ein paar Millionen DM durchzieht. Dabei wird ihm in der Praxis von der Hausbank gesagt: Bei der Finanzierung, die wir Ihnen machen, gibt es ja noch die Abteilung Gewerbeförderung im Wirtschaftsministerium, und diese kann Ihnen auch noch einen Zuschuß gewähren. So läuft das ab. Wenn Sie die Unternehmer konkret fragen, ob sie wegen dieses Zuschusses des Landes investiert haben, sind sie geradezu beleidigt und sagen: Ja, denken Sie, wir ziehen ein Investitionsvorhaben, das betriebswirtschaftlich nicht optimal ist, nur deswegen durch, weil das Land einen Zuschuß gewährt? Sie sind förmlich beleidigt, wenn man ihnen so etwas unterstellt.

(Ministerpräsident Späth: Der Herr Wirtschaftsminister wird Ihnen heute nachmittag etwas sagen!)

Das heißt: Es besteht oft überhaupt keine kausale Beziehung bei diesen ganzen Investitionsvorhaben zwischen der Förderung des Landes, den Zuschüssen des Wirtschaftsministeriums, und dem, was in der Praxis investitionspolitisch geschieht. Deswegen können wir auf solche Mitnahmeeffekte verzichten.

Bitte.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abg. Schaufler, haben Sie eine Zwischenfrage? – Bitte schön, Herr Abg. Schaufler.

**Abg. Schaufler CDU:** Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, daß die Vertreter des Landtags als Berichterstatter jedesmal exakt bei der Prüfung diesen Fragen nachgehen und wir in den letzten zwei Jahren, seit ich im Wirtschaftsministerium bin, ein einziges Mal auf einen solchen Fall gestoßen sind und ich daraufhin die Vorlage zurückgezogen habe?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Dr. Spöri.

**Abg. Dr. Spöri SPD:** Das ist mir sicherlich bekannt. Aber mir ist natürlich auch bekannt, daß die Verhältnisse so sind, wie ich das dargestellt habe, daß nämlich eine kausale Wirkung zwischen Förderung und Investitionsvorhaben in vielen Fällen zu bestreiten ist, Herr Schaufler, Herr Wirtschaftsminister.

(Abg. Köder SPD: Das weiß der doch!)

Wir können das doch nicht nur deswegen, Herr Wirtschaftsminister, etatisieren, weil Sie anschließend, wenn solche Firmen bei Investitionsvorhaben Zuschußmaßnahmen machen, in der Presse verkünden wollen, das Land habe mit soundso vielen Zuschüssen soundso viele Arbeitsplätze geschaffen. Das ist kein hinreichender Grund, um weiter solche Subventionen zu gewähren.

(Beifall bei der SPD)

Ich will jetzt einmal von diesen kleineren Punkten weg. Ich will Sie noch zum Asyl etwas fragen.

Sie haben gestern solche Äußerungen gemacht. Sie haben im Bundesrat sehr schnell einen Antrag eingebracht.

Ich möchte Ihnen, Herr Späth, aber noch vorher sagen: Wie Sie auf eventuelle Steuermehreinnahmen reagieren, das halte ich wirklich für eine Kapitulation vor der gesamten strukturell-negativen Entwicklung des Haushalts. Es ist sowieso alles unter dem Zeichen geschehen: „Na ja, wir haben das alles schon probiert, da kommt sowieso nichts raus usw., das läuft eben so weiter mit den Strukturen.“ Ich sage Ihnen: Wenn Zins und Tilgung, wenn der Schuldendienst über Jahre hinweg von 9 auf 17 % in der mittelfristigen Finanzplanung – gemessen am Ausgabevolumen – ansteigen, dann ist das eine bedrohliche Entwicklung, über die Sie sich auch nicht mit der Lage des Saarlands oder Schleswig-Holsteins hinwegrösten sollten.

(Dr. Spöri)

(Beifall bei der SPD)

Das ist überhaupt kein Besänftigungsinstrument, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wenn Sie jetzt sagen: „Wir warten jetzt einmal ab mit den Einnahmen“, wenn der Herr Teufel hier erklärt, die CDU-Fraktion stelle ihre Anträge zur Haushaltserweiterung auf der Basis der Steuerermehreinnahmen, die Sie erwarten, im Dezember, also nach der Bundestagswahl, dann kann ich nur sagen: Das ist genau die Kapitulation vor diesen negativen Struktur Tendenzen der Spielraumverengung.

(Beifall bei der SPD)

Sie versuchen nicht einmal mehr im Ansatz, auch irgendwo einen Deckungsvorschlag durch Umschichtungen zu machen.

(Abg. Teufel CDU: Aber doch! Dies machen wir auch! Nur reicht es nicht! – Gegenruf des Abg. Moser SPD: Wo denn?)

– In einem müssen wir uns wohl verständigen: Die Ausschußberatungen sind ja ein Witz, wenn die Ausschußmitglieder im Finanzausschuß drinhocken, Sie aber warten und Ihre Anträge nicht stellen, wir Ihre Positionen nicht kennen und Sie Ihre Anträge erst im Dezember einreichen. Dann frage ich mich, was die Ausschußberatungen bis dahin überhaupt sollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Bütikofer GRÜNE – Abg. Bütikofer GRÜNE: Dann lassen wir es sein!)

Lassen Sie mich zum Asyl – –

(Ministerpräsident Späth verläßt den Plenarsaal.)

– Jetzt ist er weg.

(Abg. Teufel CDU zu Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie wollen ja jedes Jahr! – Gegenruf des Abg. Bütikofer GRÜNE: Ich will nicht jedes Jahr!)

Ich bedaure, daß der Ministerpräsident bei einem so gravierenden Gesetz, das er in Gang gesetzt hat, nicht anwesend ist.

Erstens: Zu den Aussiedlern hat er doch gerade eben gesagt: Was ist das jetzt für eine tolle Sache, daß wir so viele Aussiedler in steigendem Umfang in Wohnungen untergebracht haben! Deswegen sind die viel weniger ein Unterbringungsproblem als früher.

(Abg. Drexler SPD: Wir haben alle Turnhallen voll!)

Es ist doch ein Witz, wenn man so argumentiert. Das heißt: Wir haben ein beschränktes Angebot an Wohnungen. Wenn die Aussiedler nicht in Notunterkünften sitzen, sondern in neugebaute Wohnungen gehen, fehlen diese

Wohnungen doch anderen Leuten hier in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt einen kolossalen Nachholbedarf in diesem Bereich, und es ist keine Frage, daß die sofortige Integration in neue Wohnungen den Wohnungsmarkt dennoch belastet und die Unterbringungsprobleme verschärft, meine Damen und Herren. Wenn Aussiedler dort untergebracht werden, dann stehen halt andere Gruppen zurück.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Alleinerziehende usw.! – Abg. Haas CDU: Wollen Sie zwei Klassen?)

Meine Damen und Herren, die Gesetzesinitiative, die zum Asylrecht eingebracht worden ist, ist rechtspolitisch völlig inkompetent, und sie wird im Bundesrat keinerlei Unterstützung von seiten der SPD-geführten Bundesländer bekommen. Nach eingehenden Diskussionen mit Oskar Lafontaine wissen wir, daß sie auch keine Unterstützung des Saarlands bekommen wird, weil diese Initiative schludrig und rechts- und verfassungspolitisch unverantwortlich gestrickt ist.

Weshalb ist das der Fall? – Sie wollen künftig Asylbewerber und politisch Verfolgte überhaupt nicht mehr anhören, überhaupt nicht mehr anerkennen, Herr Schlee, und zwar nur deswegen, weil zum Beispiel in einem Herkunftsland die Anzahl der politischen Verfolgungsfälle unter einer gewissen Schwelle liegt. Sie haben gesagt: zum Beispiel 0,8 %. Das heißt, wenn also in einem Herkunftsland von 1 000 Zuwanderern vielleicht „nur“ acht verfolgt werden, gefoltert werden, massakriert werden, dann werden die nicht mehr ins Asylverfahren reingelassen, die werden überhaupt nicht mehr angehört, die haben überhaupt keine Rechtsmittel mehr. Dies ist rechtspolitisch schlichtweg absurd, es ist verfassungswidrig.

(Beifall bei der SPD)

Es verstößt auch gegen Artikel 19 des Grundgesetzes, die Rechtsweegegarantie, wenn Sie so verfahren. Es ist rechtspolitisch so absurd, wie wenn Sie, Herr Schlee, künftig zum Beispiel sagen würden: Ich schütze die Menschen in der Bundesrepublik nicht mehr vor schwerwiegenden Delikten, vor Körperverletzung, Mord und Totschlag, sobald dieses Delikt nur noch einen Anteil von unter 0,8 % an allen Delikten hat. Rechtspolitisch ist Ihre Asylrechtsinitiative genauso absurd.

Meine Damen und Herren, deswegen kann diese Initiative keine Unterstützung im Bundesrat finden. Ich selbst bin der Auffassung, daß wir in diesem Landtag von Baden-Württemberg sehr viel weiterkommen können, wenn wir wollen.

Ich habe einiges Positive in dieser Debatte gehört. Ich freue mich, daß zum Beispiel der Kollege Bütikofer und der Kollege Döring diese Position einer modernen Einwanderungspolitik als eine Diskussionsgrundlage aufgenommen haben. Ich meine, auf dieser Ebene können wir uns bewegen. Auch Herr Teufel hat durchaus gesagt: Wenn es nicht über eine Grundrechtsänderung geht, können wir uns auch

(Dr. Spöri)

über andere Alternativen unterhalten. – Ich weise auf eine Mitteilung eines Mitglieds Ihrer Fraktion, Herr Teufel, hin, in der es – aus dem Kopf zitiert – sinngemäß heißt: Mit den Maßnahmen unterhalb der verfassungsrechtlichen Ebene können wir besser die Fehlentwicklung im Asylbereich bekämpfen, wenn wir es nur wollen. Dies steht in einer offiziellen Pressemitteilung Ihrer Fraktion. Auf dieser Ebene können wir uns unterhalten. Wir sind bereit dazu. Ich habe Vorschläge unterbreitet. In einem halben Jahr, nach der Bundestagswahl, Herr Teufel, wird sich wohl herausstellen, daß Herr Späth mit seiner verfassungsrechtlichen Initiative eine Bauchlandung gemacht hat, weil sie verfassungsrechtlich nicht haltbar ist.

Zweitens wird sich herausstellen, daß aus dieser Initiative nach einem großen verfassungsrechtlichen Palaver als Ergebnis keine Entlastung im Bereich der Zuwanderungsproblematik zu erwarten ist, daß die Kommunen – parteiübergreifend – noch empörter sind und uns hier vorwerfen werden, wir würden völlig versagen, immer nur schwätzen und nichts tun. Dann werden wir froh sein, wenn wir unterhalb der Ebene inkompetenter verfassungsrechtlicher Änderungsvorschläge einen pragmatischen Lösungsansatz in Form einer modernen Einwanderungspolitik finden.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren! Entsprechend der vorhin getroffenen Vereinbarung treten wir nunmehr in die Mittagspause ein. Ich unterbreche die Sitzung bis 15.15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 14.00 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15.15 Uhr)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen, meine Herren! Die Plätze sind alle eingenommen. Wir fahren in der unterbrochenen Sitzung fort.

Im Rahmen des Tagesordnungspunktes 1 erteile ich dem Herrn Finanzminister das Wort.

**Finanzminister Dr. Palm:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich die lückenhafte Besetzung dieses Hohen Hauses sehe,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Arg wenig, ja!)

darf ich davon ausgehen, daß unser Haushalt stimmt. Denn wenn er nicht stimmen würde, wären die Reihen sicher nicht so licht.

Herr Kollege Dr. Spöri bemängelte heute vormittag, wir würden uns selbst loben. Wir tun dies nicht allein deshalb,

(Abg. Dr. Ohnewald CDU: Weil es stimmt!)

weil Herr Kollege Spöri dies geflissentlich unterläßt, sondern weil wir es unserem Lande schuldig sind.

(Abg. Moser SPD: Das sind Sie sich selbst schuldig, nicht dem Land!)

Baden-Württemberg ist so etwas wie eine Modellregion in Europa, das Gelobte Land für Hunderttausende von Menschen, die als Zuwanderer aus aller Herren Länder und im Zuge der Binnenwanderung zu uns kamen und bevorzugt kommen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Aber wenn es so weitgeht, gehe ich auch noch raus!)

– Sie sind auch kein waschechter Baden-Württemberger, Herr Kollege Bütikofer.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Legen Sie sich mit mir nicht an! Ich bin ein Kurpfälzer reinsten Wassers!)

– Aber Sie haben eine so gepflegte Aussprache, die uns nicht geläufig ist.

(Abg. Teufel CDU: Schon verdächtig, gell?)

– Das alleine ist schon verdächtig.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Eine Beleidigung der Kurpfälzer!)

Es gilt offenbar:

Dort, wo die Regierenden die Probleme am besten lösten,  
ist das Jammern der Opposition am größten.

Aus den Beiträgen der Opposition erkennt man manchmal unser Land gar nicht wieder, Herr Kollege Bütikofer.

(Abg. Moser SPD: Das haben Sie letztes Jahr auch schon gesagt!)

Wir sind nicht die Schuldenregion der Bundesrepublik, sondern das Land, das die Hälfte des Länderfinanzausgleichs seit 1970 aufgebracht hat. Wir haben in den vergangenen Jahren immer weniger Schulden gemacht, als wir im Länderfinanzausgleich an finanzschwache Länder gezahlt haben. Wir sind das Land, das, gemessen an seiner Leistungskraft,

(Abg. Moser SPD: Das Land, in dem die Zitronen blühen!)

jetzt, Ende der achtziger Jahre, gerade ein Drittel der Schulden des Jahres 1980 aufnimmt. Wir sind das Land, das die zweitniedrigste Pro-Kopf-Verschuldung in den Ländern der Bundesrepublik aufweist. So war es vor zehn Jahren, so ist es aber heute noch. In der Relation hat sich nichts zu unserem Nachteil verschoben.

Herr Kollege Bütikofer – auch er ist schon wieder weg –,

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Nein, er ist hier! – Abg. Dr. Ohnewald CDU: Der versteckt sich!)

(Minister Dr. Palm)

Sie haben hier mit dem Begriff „Schuldenlast“ gearbeitet. Das ist natürlich für den Laien sehr nebulös, und ich möchte dieses Gebilde auflösen, weil auch in den anderen Beiträgen dieser Debatte solche Begriffe und Formulierungen gewählt wurden. Wir haben in diesem Jahr einen Schuldendienst von 6,6 Milliarden DM. Wir zahlen für Zinsen 2,5 Milliarden DM und tilgen Schulden in der Größenordnung von 4,1 Milliarden DM – nur damit diese Begriffe „Schuldenlast“ von 8 Milliarden DM jährlich usw. hier nicht durch die Gegend geistern.

Unsere Finanzpolitik ist erfolgreich, auch wenn wir zugegebenermaßen nicht alle Sparziele, die wir uns einmal gesetzt haben, erreicht haben.

Unsere Finanzpolitik hat Substanz; das hat schon der Beitrag des Kollegen Erwin Teufel gezeigt. Wir gehen nicht so freischöpferisch mit den Zahlen um wie die Sprecher der Opposition. Es ist ja schon bemerkenswert, wie der Ministerpräsident stante pede die Deckungsvorschläge der Opposition zerpfückt hat. Ich glaube, da sollte man einfach mehr Substanz bieten.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

– Zur Solidität komme ich gleich noch.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Finanzminister, ich möchte Sie bitten, nicht immer von „der Opposition“ zu reden, wenn Sie die SPD meinen!)

– Ja, ich meine insbesondere die SPD. Das ist richtig.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ich lasse mir keine unsoliden Deckungsvorschläge anhängen, die ich nicht selber gemacht habe! – Heiterkeit – Abg. Moser SPD: Er hat seine eigene Unsolidität! Das ist richtig!)

– Sie sind begrenzt solide oder begrenzt unsolide. Auch Sie haben schon Anträge ohne Deckung gestellt. Ich erinnere mich an vergangene Haushaltsberatungen, Milliarden an die DDR

(Abg. Dr. Ohnewald CDU: Eine Milliarde für die DDR!)

– Eine Milliarde an die DDR. Das ist noch gar nicht so lange her.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Unsere Finanzpolitik ist verständlich. Unverständlich, weil widersprüchlich ist die Finanz- und Haushaltspolitik der SPD. Die SPD fordert vom Finanzminister das Sparen und von den übrigen Ressortministern das Geldausgeben.

(Abg. Mogg SPD: Nein, nein, gar nicht!)

In der Vergangenheit hat die SPD allen Ernstes den Zeigefinger erhoben und davor gewarnt, das Land kaputtzusparen.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Nunmehr kritisiert sie gebetsmühlenhaft die angeblich zu hohe Verschuldung. Die Verschuldung wäre ungleich höher, lieber Herr Kollege Brechtken, wenn Landesregierung und CDU-Fraktion die ausgabensteigernden Oppositionsanträge nicht abgelehnt hätten, sondern sie hätten passieren lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen des Abg. Brechtken SPD)

Ich habe einige Umschichtungsvorschläge des Herrn Kollegen Spöri mit Interesse zur Kenntnis genommen. Feldwegebau 10 Millionen DM – davon kommen 6 Millionen DM vom Bund und 4 Millionen DM von den Kommunen. Das Land spart keine Mark. Dann kamen die Stadterneuerung und die Dorfentwicklung.

(Abg. Brechtken SPD: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Finanzminister?)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Brechtken?

**Finanzminister Dr. Palm:** Bitte schön, Herr Kollege Brechtken.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Brechtken.

**Abg. Brechtken SPD:** Herr Minister, ich habe mich nur zu einer Zwischenfrage gemeldet, damit wir das einmal klären können. Denn ich bin schon für eine sorgfältige Beratung.

Natürlich hat sich das, was der Ministerpräsident heute morgen gesagt hat, wieder sehr schön angehört. Jetzt mache ich Ihnen einmal die Gegenrechnung auf, ausgehend von den 10 Millionen DM, um das im Prinzip klarzumachen.

Sie haben bei den Absprachen zwischen Bund und Ländern einen Finanzrahmen für die Gemeinschaftsaufgaben, die daraus dotiert werden. Wenn das Land in anderen Bereichen, in denen es selbst Bedürfnisse hat, entsprechend anders anmeldet, verliert es keine Mark. Es werden nur in anderen Bereichen mehr Landesmittel durch Bundesmittel ersetzt, und das Land kann dann exakt zum Beispiel den Betrag, den es vom Bund bekommt, anderweitig verwenden.

Man darf nicht bloß haushalterisch, buchhalterisch jeweils Titel gegen Titel setzen, sondern man muß Gesamtfinanzvorgänge darstellen. Das vermisse ich. Ich vermisse überhaupt in letzter Zeit, daß man Gesamtzusammenhänge in dieser Art sieht. Dann werden Sie erkennen, daß auch solche Einsparungsvorschläge sehr solide und sehr vernünftig sind, wenn sie finanzpolitisch sauber gemacht werden.

**Finanzminister Dr. Palm:** Lieber Herr Kollege Brechtken, was ich sage, bezieht sich nicht auf Sie persönlich, aber man muß mit den Zahlen sehr genau umgehen. Dieser Meinung bin ich auch.

(Abg. Brechtken SPD: So ist es!)

(Minister Dr. Palm)

Man darf beispielsweise nicht Bewilligungsvolumen mit Kassenmitteln verwechseln usw.

(Abg. Brechtken SPD: Sehr richtig!)

Man darf auch nicht die großen Brocken bei der Stadterneuerung und Dorfentwicklung als Einsparungsmaßnahmen vorführen.

(Abg. Brechtken SPD: Hat niemand verlangt!)

Diese beiden großen Programme laufen im Kommunalen Investitionsfonds. Sie können keine Mark für das Land sparen, wenn Sie hier irgendwelche Abstriche machen, es sei denn, Sie kürzen die kommunale Finanzmasse. Wollen Sie die Zuweisungen des Landes an die Kommunen verringern? Nein.

(Abg. Brechtken SPD: Bloß ein Zuruf, damit auch das klar ist! Sie können innerhalb des KIF bei der Frage nach der Mittelverwendung selbstverständlich gewisse Schwerpunkte bilden! Ein bißchen salopp gesagt, nach dem Motto „Wohnungen statt Brunnen“!)

Damit ist aber für den Landeshaushalt keine Mark gespart. Darum geht es.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD – Glocke des Präsidenten)

Hier sind uns Deckungsvorschläge und nicht Vorschläge auf Umschichtungen innerhalb des KIF unterbreitet worden. Ich bitte, das nicht zu vernebeln.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Sollen wir unechte Asylanten oder Aussiedler auf ungenügender Rechtsgrundlage an der Landesgrenze abweisen? Wir müssen gegenwärtig eben für die Unterbringung aufkommen. Hieran läßt sich nichts ändern. Sollen die Universitäts- und Klinikbauten gestoppt werden? Welche Baumaßnahmen wollen Sie da einstellen?

Meine Damen und Herren, wir haben im Doppelhaushalt 40 Millionen DM pro Jahr für Neubauten im staatlichen Hochbau ausgebracht. Das ist der Verfügungsspielraum. Wo sollen denn die gewaltigen Beträge herkommen? Jeweils 40 Millionen DM sind in den Jahren 1991 und 1992 zum Beginn neuer Bauaufgaben vorgesehen. Da können Sie keine Milliarden einsparen, auch keine Milliarden für weitere ausgabensteigernde Anträge, die seitens der SPD zur Förderung des Wohnungsbaus und, was weiß ich, in welchem Bereich offenbar noch kommen sollen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Sagen Sie doch nicht noch einmal all das, was der Späth schon gesagt hat!)

Allgemein darüber zu lamentieren, das Land gebe zuviel Geld aus, mache zuviel Schulden, im Konkreten aber zu passen und sich im Allgemeinen zu verlieren, das ist Populismus, und zwar ganz billiger Populismus.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Auch Sie, meine Damen und Herren auf den harten Bänken der Opposition, können nachvollziehen, daß die zwangsläufigen Mehrausgaben die Steuermehreinnahmen bei weitem übersteigen. Was also soll die Forderung, die Steuermehreinnahmen ausschließlich zur Schuldensenkung zu verwenden? Sie tun so, als ob wir uns im Dritten Nachtrag 1990 irgend etwas Besonderes geleistet hätten oder als ob Schuldaufnahmen in mir Lustgefühle oder so etwas Ähnliches wecken würden.

(Abg. Brechtken SPD: Hoffentlich etwas anderes!)

Wir tun das, was wir können. Wir haben im laufenden Haushaltsjahr 1990 trotz hoher Belastung durch den Länderfinanzausgleich die Nettoneuverschuldung von 3 Milliarden DM auf 2,5 Milliarden DM gesenkt. Das ist schließlich auch etwas. Und wir haben diesen Dritten Nachtrag 1990, auf den wir gleich zu sprechen kommen werden, ohne die Erhöhung der Verschuldung gedeckt. Dort, wo die SPD regiert, ist die Pro-Kopf-Verschuldung wesentlich höher als in Baden-Württemberg. Nordrhein-Westfalen hat nicht nur eine Steigerungsrate des Haushalts von 6,9 % gegenüber einer Steigerungsrate in Baden-Württemberg von 5,9 % im Jahr 1991, sondern Nordrhein-Westfalen nimmt bei einem Haushaltsvolumen von 72 Milliarden DM 4,9 Milliarden DM neue Schulden auf,

(Abg. Mogg SPD: Die strukturieren auch um!)

wir bei 50 Milliarden DM 2,8 Milliarden DM. Baden-Württemberg steht also trotz seiner Sonderlast im Länderfinanzausgleich besser da als Nordrhein-Westfalen.

(Abg. Brechtken SPD: Andere haben keine Sonderlasten?)

Und in Nordrhein-Westfalen regiert seit langem die SPD.

(Abg. Brigitte Wimmer SPD: Können Sie Ihrem Redenschreiber nicht einmal einen anderen Auftrag erteilen? Diese alte Platte!)

Dort, wo die SPD opponiert, Frau Wimmer, wie bei uns, und wo sie sich unschwer tugendhaft verhalten könnte, wird ihre verbale Bereitschaft zum Sparen von der Leidenschaft zum Geldausgeben zugedeckt.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Mehrausgaben zusammengerechnet in Milliardenhöhe

(Abg. Brechtken SPD: Ein bißchen präziser, Herr Finanzminister! Die genauen Zahlen bitte!)

hat die SPD bei den Haushaltsberatungen seit 1987 gefordert und sich für Tausende von neuen Stellen ausgesprochen. So verlangte die SPD für den Doppelhaushalt 1987/88 zusätzlich 2 700 Neustellen und für den Doppelhaushalt 1989/90 zusätzlich 3 750 Neustellen. Sachinvestitionen sind ja noch einigermaßen steuerbar, aber Personal-

(Minister Dr. Palm)

investitionen nicht. Ich schließe nicht aus, daß die SPD-Opposition im Geldausgeben sogar noch steigerungsfähig ist.

(Abg. Brechtken SPD: Uns ist alles zuzutrauen, Herr Minister!)

Alles in allem muß ich feststellen, daß die SPD in ihrer Finanzpolitik schon Haken wie ein Hase geschlagen hat, lieber Herr Kollege Brechtken, hin und her.

(Abg. Brechtken SPD: Das machen wir nur auf dem Handballfeld, Haken schlagen!)

Das freischöpferische Umgehen mit den Zahlen kann man amüsiert oder leicht verärgert betrachten. Eine alternative Wegweisung zur geradlinigen Regierungspolitik ist das Hin- und Herfuhrwerken der SPD jedenfalls nicht.

Ihr Teillob für den Haushalt, Herr Kollege Döring, ehrt Sie. Gespannt war ich selbstverständlich darauf, wie die in der Presse angekündigten Einsparungsvorschläge der FDP/DVP konkret aussehen, mit denen die FDP/DVP neue Stellen und höhere Zuschüsse finanzieren will. Die FDP/DVP nennt Mehrausgaben von 429 Millionen DM – ich beziehe mich dabei nur auf Presseartikel – und einen Kürzungsbetrag von insgesamt 456 Millionen DM.

Mit den bisher genannten Einsparungsmaßnahmen können Sie mir nur ein mitleidiges Lächeln entlocken, weil Sie mit der Streichung von Planungsraten für künftige Museen und der Kosten für die Zeitschrift „Schulintern“ kaum mehr als ein Nasenwasser Ihres Sparbetrags aufbringen können.

Im übrigen ist auch das Informationstechnische Gesamtbudget – es stand ja immer wieder in den Haushalts- und Nachtragshaushaltsberatungen im Mittelpunkt der Diskussion – keine Spielwiese für irgendwelche Steckenpferde der FDP/DVP.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Sondern die Steckenpferde der Regierung!)

Wie die Wirtschaft, so kann auch die öffentliche Verwaltung nicht auf ein modernes System der Informationstechnik verzichten.

(Abg. Brechtken SPD: Frau Benda läßt grüßen!)

Es ist sicherlich höchste Zeit, daß Sie, meine Damen und Herren, die Unterbringungskosten für Aussiedler und Asylanten angesprochen haben, weil sie allmählich große Deckungsprobleme schaffen. Nichtstun auf diesem Gebiet ist keine gute Politik. Was die Aussiedler und Asylanten anlangt, so ist das ein Zuflußproblem. Die CDU-Landesregierung ist aber im Bundesrat mit all ihren Initiativen zur Kanalisierung bislang immer gescheitert.

(Abg. Mogg SPD: Weil sie falsch angesetzt waren!)

Hoffentlich ändert sich diese sture politische Haltung

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

bei den Parteien, die diese sture Haltung eingenommen haben, unter dem Druck der politischen Verhältnisse bald; denn sonst wären Nachteile für unsere Bevölkerung zu erwarten, die keiner in diesem Hause, wenn ich die heutigen Äußerungen zu diesem Thema richtig verstanden habe, übernehmen möchte. Ich hoffe, daß die notwendige Einsicht zu einer Grundgesetzänderung bald auch die ganze SPD und die ganze FDP erfaßt.

Als Ergebnis dieser Aussprache über den Etat – ich möchte hier nicht weit ausgreifen – stelle ich fest:

Erstens: Wir, die Landesregierung und die CDU-Fraktion, haben im Landshaushalt Schwerpunkte gesetzt, und wir haben sie wohl im wesentlichen richtig gesetzt.

Zweitens: Wir haben in Baden-Württemberg geordnete Finanzen und einen Haushalt auf solider Basis. Wir stehen an der Spitze der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik, trotz Einbrüchen, die zu verzeichnen sind, branchenbedingten Einbrüchen, von denen heute morgen die Rede war. Wir nehmen im Umweltschutz, im sozialen sowie im Schul- und Wissenschaftsbereich eine führende Stellung in der Bundesrepublik ein. Demgegenüber ist die Kritik der Opposition eher einfalllos und substanzlos.

Für uns gilt drittens die Devise: Bewährtes erhalten, Kräfte entfalten, im Wandel gestalten. Ich könnte auch sagen: Für uns gilt die Devise „Solidität statt Populismus“.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Damit ist die Allgemeine Aussprache in der Ersten Beratung abgeschlossen. Ich schlage Ihnen vor, den Haushaltsplanentwurf 1991/92 sowie den Mittelfristigen Finanzplan des Landes für die Jahre 1990 bis 1994 zur weiteren Beratung dem Finanzausschuß zu überweisen. – Sie stimmen diesem Vorschlag zu.

Entsprechend der bisherigen Übung sollte das Haus den Finanzausschuß wieder ermächtigen, bei bestimmten Sachfragen, deren Klärung noch während der Haushaltsberatungen notwendig ist, den jeweils zuständigen Fachausschuß einzuschalten und von diesem eine Empfehlung zu erbitten. – Wenn sich kein Widerspruch erhebt, ist auch dieses so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** unserer Tagesordnung auf:

**Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Fünften Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1990 – Drucksache 10/3488**

**Beschlußempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses – Drucksachen 10/4085, 10/4086**

Berichterstatter: Abg. Dr. Puchta

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Zunächst die Frage an den Herrn Berichterstatter, ob er als Berichterstatter das Wort wünscht. – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache über den Fünften Nachtrag eine Redezeit von 5 Minuten je Fraktion festgelegt. Für die sich anschließende Einzelberatung soll eine Redezeit von 5 Minuten je Sprecher gelten.

Wem darf ich in der Allgemeinen Aussprache das Wort erteilen? – Herr Abg. Dr. Wetter hat das Wort.

**Abg. Dr. Wetter** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die sehr ausführlichen und gründlichen Beratungen des Finanzausschusses haben bestätigt, was ich zum Fünften Nachtrag 1990 in der Ersten Beratung gesagt habe: Es ist ein Haushalt, der zum ganz überwiegenden Teil seines Volumens durch Zwangsläufigkeiten bestimmt ist. Diese Zwangsläufigkeiten, wesentlich von der aktuellen politischen Entwicklung in Deutschland und Europa bestimmt, sind eine Bewährungsprobe für unseren Haushalt. So, wie er uns jetzt zur Beschlußfassung vorliegt, hat er nach unserer Überzeugung diese Bewährungsprobe bestanden.

Auch das Haushaltsjahr 1990 ist trotz einer hohen Ausgabensteigerung ein Beweis für die Solidität unserer Haushaltspolitik und Haushaltsführung. Im Gegensatz zur Opposition, die in Haushaltsdebatten neuerdings vom Sparen redet, in der praktischen Politik jedoch Mehrausgaben fordert, haben wir mit einer maßvollen und kontinuierlichen Finanzpolitik das Fundament dafür gelegt, daß wir in außergewöhnlichen Zeiten auch hohe zusätzliche Belastungen verkraften können.

Die Ausgaben für die Unterbringung und Eingliederung der Aussiedler mußten gegenüber dem Regierungsentwurf nochmals um rund 100 Millionen DM erhöht werden. Wir haben sicherlich große Schwierigkeiten, die deutschen Landsleute würdig unterzubringen, die aus den osteuropäischen Ländern dank der veränderten politischen Wetterlage jetzt endlich zu uns kommen können. Das belastet uns in erster Linie sicher gefühlsmäßig, aber natürlich auch finanziell. Dank der großen Anstrengungen, die wir im Wohnungsbau unternehmen, ist dies sicher nun ein zeitliches Problem, aber natürlich jetzt im Augenblick ein sehr großes Problem. Es darf uns jedoch nicht davon abhalten, unsere neuen Bürger herzlich in unserem Land willkommen zu heißen. Sie sind ein Gewinn für unser Land.

Die nochmalige Erhöhung dieser Ausgabenpositionen im Finanzausschuß hat auch die Eckdaten des Regierungsentwurfs verändert. Die Steigerung der Nettogesamtausgaben liegt jetzt bei 8,6%. Auch die Steigerung der Nettoeinnahmen ist nochmals angestiegen. Das ist, nebenbei bemerkt, ein Ergebnis der regen Belebung des Wohnungs- und Grundstücksmarktes. Hier ist es auf wesentlich höhere Gebühreneinnahmen in diesem Bereich zurückzuführen.

Trotzdem hat es einer erheblichen Kraftanstrengung bedurft, die Nettokreditaufnahme des Urhaushalts weiterhin

unverändert aufrechtzuerhalten. Hierzu mußten wirkliche letzte Reserven des Haushalts mobilisiert werden. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß unser Haushalt solide aufgestellt und Belastungen gewachsen ist, ist er damit erbracht. Das Land kann in der allgemeinen Haushaltsentwicklung nicht völlig aus dem Geleitzug anderer Länder ausscheren. Auch sie haben 1990 hohe Steigerungsraten. In Nordrhein-Westfalen beispielsweise steigt das Haushaltsvolumen 1990 um 6,7%, bei uns dagegen nur um 6,3%. Dabei hat – und das ist doch bemerkenswert – das Land Nordrhein-Westfalen keine Leistungen im Länderfinanzausgleich zu erbringen und erhält 756 Millionen DM aus dem Strukturhilfefonds des Bundes, der nach unserer Auffassung verfassungswidrig ist.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Das wird sich eines Tages auch noch in diesem Land und in der ganzen Bundesrepublik erhellen. So, wie das angelegt ist, kann es wirklich nicht Rechtens sein.

(Abg. Köder SPD: Ich möchte nur wissen, wer das beschlossen hat!)

– Ich möchte damit zeigen, Herr Kollege Köder, daß wir über den Dingen stehen.

(Abg. Brechtken SPD: Aber ganz weit, Herr Kollege!)

Wenn jemand Blödsinn macht, ist mir egal, wer das ist. Ich werde das beim Namen nennen.

(Abg. Brechtken SPD: Aber manchmal verläßt Sie vorher der Mut!)

– Selbst wenn Sie Blödsinn machen, habe ich den Mut, dies laut und deutlich zu sagen.

Die CDU-Fraktion hat im Finanzausschuß nur die notwendigsten Anträge gestellt. Wir haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß im Grund- und Hauptschulbereich weitere 180 Lehrkräfte eingestellt werden konnten. Für die Berufsakademien haben wir, um dem dringendsten Bedarf entgegenzukommen, 20 neue Stellen bereitgestellt.

Herr Präsident, eine Frage: Kann man die 10 Minuten Redezeit auch geschlossen ausfüllen?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Es gibt nur 5 Minuten Redezeit, keine 10 Minuten. Ich bin aber großzügig, Herr Kollege, falls nicht über Gebühr überzogen wird.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie können von mir noch 1 Minute haben!)

**Abg. Dr. Wetter** CDU: Ich werde dann bald zum Ende kommen.

Eine im Regierungsentwurf mit nur insgesamt 50 000 DM in Erscheinung tretende Maßnahme hat in den letzten Tagen für öffentliche Aufmerksamkeit gesorgt. Es ist der Plan, an der Staatlichen Hochschule für Musik Heidelberg-Mannheim eine Show-Schule einzurichten. Manche halten

(Dr. Wetter)

es offenbar für einen Informationswert mit bekannter Note, daß Caterina Valente für die Gründung dieser Schule gewonnen werden soll.

Meine Damen und Herren, ich spreche das ganz bewußt an: Bevor wir uns über große Namen im Showgeschäft aufregen, sollten wir sachlich über das Anliegen sprechen. Es ist tatsächlich die Frage, ob der Standort Heidelberg-Mannheim der richtige ist.

(Lachen bei der SPD – Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

So, wie ich das hier in Stuttgart empfinde, wären für den Lehrkörper dieser Show-Schule in Stuttgart wahrscheinlich sehr rasch mehr Personen aufzufinden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abg. Dr. Wetter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Moser?

**Abg. Dr. Wetter** CDU: Ja, bitte.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Moser.

**Abg. Moser** SPD: Herr Kollege Wetter, wie können Sie es sich erklären, daß Sie im Finanzausschuß eigentlich noch darüber nachgedacht haben,

(Abg. Haasis CDU: Er denkt ständig nach!)

ob eine solche Einrichtung überhaupt in staatlicher Hand bzw. mit staatlicher Vorfinanzierung durchgeführt werden sollte, während Sie jetzt nur noch über den Standort nachdenken?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Dr. Wetter.

**Abg. Dr. Wetter** CDU: Herr Kollege Moser, ich gebe zu – das hat die Regierung ja auch eingeräumt –, daß die Information zunächst sehr mangelhaft war. Aber deswegen kann ich die Sache als solche doch nicht gleich verdammten. Vielmehr ist es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, uns mit der Sache zu beschäftigen.

Die Staatliche Hochschule für Musik Heidelberg-Mannheim hat drei Standbeine. Das erste ist die Akademie des Tanzes, das zweite ist das europäische Zentrum für Jazz und Populärmusik. Hinzu soll jetzt diese Show-Schule kommen. Hier sollen Kräfte für das Fernsehen im Bereich der leichteren Muse die Möglichkeit haben, ausgebildet zu werden. Sie alle wissen, daß Musicals und Veranstaltungen in dieser Richtung im Kommen sind und es durchaus angebracht ist, ein vernünftiges Angebot zu machen.

(Abg. Moser SPD: Aber Sie geben zu, daß man auf zwei Beinen auch stehen kann!)

Wenn man sich intensiver mit den Dingen beschäftigt, wird das Lächeln, das man am Anfang hier wohl haben darf, das auch wir hatten, plötzlich dünn und dünner, weil es sich nämlich um ein ernsthaftes Anliegen der Jetztzeit und

der Entwicklung in den kommenden Jahren bis zum Jahr 2000 handelt.

(Abg. Reinelt SPD: Ein Ersatz für die Privat-Uni!)

Nun ist meine Redezeit leider abgelaufen.

(Abg. Birzele SPD: Schon lange! Nicht nur die Redezeit!)

Es wird sich aber sicher bei der Einzelberatung noch die Möglichkeit ergeben, das eine oder andere einzuwerfen. Ich muß leider etwa die Hälfte meines Manuskripts wieder mit nach Hause nehmen.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Puchta.

**Abg. Dr. Puchta** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit der Zusammenfassung der Diskussion über den Fünften Nachtrag und den Doppelhaushalt an einem Tag hofft die Mehrheitsfraktion, daß die Diskussion des Fünften Nachtrags in der Öffentlichkeit höchstens in einem Aufwasch mit dem Doppelhaushalt oder nach Möglichkeit überhaupt nicht wahrgenommen wird.

Für diese Hoffnung haben Sie auch allen Grund. Es ist Ihnen sichtlich unangenehm, daß Sie zunächst von der Fiktion ausgegangen sind, mit einem Ausgabenwachstum von 1,7 % auszukommen. Tatsächlich gelandet sind Sie nun bei einer Ausgabensteigerung, die fast fünfmal so hoch ist wie die ursprünglich geplante. Obwohl Sie entgegen der ursprünglichen Erwartung Steuermehreinnahmen in Höhe von 4,1 Milliarden DM verzeichnen konnten, steigt die Neuverschuldung in diesem Jahr um mehr als 2,6 Milliarden DM an.

Im Ländervergleich, den Sie immer so gerne anführen, ist Baden-Württemberg nach Hessen das Land mit der höchsten jährlichen Zuwachsrate bei den Ausgaben. Daß selbst das wirtschaftsstarke Baden-Württemberg über seine Verhältnisse lebt, erkennen Sie daran, daß die Krediteinnahmen mit 6,6 Milliarden DM – und noch einmal: dies vor dem Hintergrund, daß allein 1990 2,1 Milliarden DM an Steuern mehr eingenommen wurden als ursprünglich geplant – um 900 Millionen DM höher liegen als die Investitionen. Damit liegen die Krediteinnahmen um fast 16 % über den Investitionen. Sie benötigen sogar in absoluten Boomzeiten sämtliche Kredite, um damit die alten Schulden bedienen zu können. Bereits für das Jahr 1991 müssen Sie mehr für die alten Schulden aufbringen, als Sie an neuen Krediten aufnehmen können.

Die Bilanz Ihrer angeblich so soliden Politik sieht wie folgt aus: Anstieg der Kreditaufnahmen um mehr als 15 %, der Subventionen um mehr als 11 % und der Nettokreditaufnahme um sage und schreibe 73 %.

In den guten Jahren haben Sie keinerlei Vorsorge getroffen, um zentrale Zukunftsaufgaben bewältigen zu können. Aus diesem Grunde ist beispielsweise die Anfinanzierung der

(Dr. Puchta)

Kinderbetreuung an den Grundschulen geradezu lächerlich. Unsere Kinder und die Eltern könnten der Zukunft hoffnungsfroher entgegensehen, wenn Sie den Kindergartenplätzen und den Plätzen in Kindertagesstätten endlich ein ähnliches Engagement entgegenbringen würden wie dem Schaffen von Parkplätzen.

Im Kapitel 0330 geben Sie für Ihre verfehlte Aussiedlerpolitik inzwischen mehr als 1 Milliarde DM aus. Zum Vergleich: Für alle Fachhochschulen geben Sie 445 Millionen DM aus, für die Ausbildungsförderung für Studierende 368 Millionen DM, für die Studentenwohnraumförderung 51 Millionen DM, und die Gesamtausgaben für das Wohngeld belaufen sich auf 412 Millionen DM.

(Abg. Haasis CDU: Sind Sie da dagegen? Soll das Wohngeld geringer sein?)

Nicht nur waren die Eckdaten Ihres Haushaltskonzepts von Anfang an unsolide, sondern Sie mißachteten auch die Grundsätze der Klarheit und Wahrheit. Sogar das Finanzministerium bestätigte bei den Beratungen im Ausschuß, daß in Zeiten hektischer Entwicklungen es selber der Entwicklung nur noch hinterherhecheln könne. Es ist deshalb anmaßend, in dieser Situation einen Haushalt für zwei Jahre vorzulegen. Wenn sich selbst innerhalb weniger Monate in Form von Nachschiebelisten dauernd die Grundlagen für einen Nachtrag verändern, um wieviel weniger ist es möglich, solide für das Jahr 1992 zu planen!

Mit den vorgelegten Nachschiebelisten ist die Regierung über den herkömmlichen Umgang mit Nachschiebelisten erheblich hinausgegangen. Die Nachschiebelisten haben selbst den Umfang von Nachträgen erreicht, ja sie sind sogar von größerem Umfang als beispielsweise der Vierte Nachtrag. Hier liegt meines Erachtens eine Verletzung der Landeshaushaltsordnung vor, denn diese sieht das Instrument einer Nachschiebeliste nicht vor. Angesichts des Umfangs der Nachschiebelisten hätte die Regierung zu dem in der Landeshaushaltsordnung abgesicherten Instrument eines Ergänzungshaushalts greifen müssen. Die immer wiederkehrenden Hinweise auf sogenannte zwangsläufige Mehrausgaben werden auch nicht richtiger, wenn man sie andauernd wiederholt, wie beispielsweise der Ministerpräsident heute vormittag oder der Finanzminister vorhin.

Zu den Beispielen für Späths sogenannte zwangsläufige Ausgaben gehört, daß der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium auf Staatskosten seinen ungarischen Freund zu einer dreimonatigen Reise nach Baden-Württemberg einlädt.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Es ist absolut beschämend, daß das gleiche Ministerium auf der einen Seite für den Freund des Staatssekretärs 12 500 DM ausgibt und sich gleichzeitig auf der anderen Seite rühmt, eine Rumänienhilfe in Höhe von 24 000 DM gegeben zu haben.

Ein zweites Beispiel, das der Kollege Wetter vorhin schon angesprochen hat: Gibt es zur Zeit tatsächlich nichts Wichtiges, als jetzt eine neue Show-Schule für mehr als

20 Millionen DM und mit laufenden Betriebskosten von mehr als 1,3 Millionen DM zu gründen?

(Abg. Mogg SPD: Die Regierung muß üben! – Heiterkeit)

Ich habe den Eindruck: Dies wird keine Show-Schule für Talente, sondern nur eine für Valente.

(Abg. Haasis CDU: Ihr dürft als erste üben! Das war mit Herrn Spöri abgesprochen! – Abg. Ströbele CDU: Das ist für die Opposition gedacht! Eine Schule für die Opposition!)

Als Gegenleistung, Herr Kollege, wird Frau Professor Valente den Damen und Herren der Landesregierung vermutlich den Dr. h. c. show verleihen.

Dazu gab ja der Ministerpräsident heute morgen hier wieder eine Kostprobe. Wenn wir Einsparungen – um bei diesem Einzelbeispiel zu bleiben – von 12 Millionen DM vornehmen und er sich hier hinstellt und dies als Lächerlichkeit abzutun versucht, dann wird mir das natürlich klar vor dem Hintergrund, daß er selbst im Vorbeigehen in einem Nachtrag eine Show-Schule quasi aus seiner Portokasse anfinanzieren möchte.

Wenn Sie, Herr Wetter, jetzt auf einmal nur die Frage aufgreifen, ob der Standort der Show-Schule falsch ist, dann drängt sich mir der Verdacht auf, daß Sie vielleicht diese Show-Schule auch noch mit dem Standort der Spielbank kombinieren wollen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Wetter?

**Abg. Dr. Puchta SPD:** Ja.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Dr. Wetter.

**Abg. Dr. Wetter CDU:** Ich möchte das klarstellen: Das war nur ein Spaß von mir, der offensichtlich nicht angekommen ist.

(Heiterkeit – Zuruf von der SPD: Sie haben wir immer schon für einen Spaßvogel gehalten!)

Meine Meinung ist, daß hier in Stuttgart mehr Leute für den Lehrkörper geeignet wären. Da habe ich insbesondere auch an Sie gedacht.

(Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Dr. Puchta.

**Abg. Dr. Puchta SPD:** Vielen Dank, Herr Wetter, daß Sie mich in eine Reihe mit dem Herrn Ministerpräsidenten und dem Kabinett stellen.

(Abg. Brechtken SPD: Das ist aber kein Lob! – Abg. Haasis CDU: Der Witz ist auch nicht angekommen!)

(Dr. Puchta)

Herr Späth hat heute morgen hier wieder versucht, seine typische Art der Arbeitsteilung vorzustellen. Er ist zuständig für das Verteilen der Wohltaten, und wir sollen diejenigen sein, die ihm dann für seine zu hohen Ausgaben Einsparungsvorschläge unterbreiten. Aber so kann das nicht laufen. Es nützt auch nichts, wenn Sie immer wieder das Wort eines meiner Vorgänger, des Herrn Beerstecher, vom „Kaputtsparen“ wiederholen. Man muß sehen: Er hat dies in einer konjunkturellen Situation gesagt, als es tatsächlich richtig gewesen wäre, mehr Ausgaben zu tätigen, ganz im Gegenteil zur jetzigen Situation, wo es endlich an der Zeit wäre, für schwierigere Zeiten vorzusorgen.

(Abg. Haasis CDU: Aber ihr fordert jedes Jahr Mehrausgaben! Das ist euer Problem!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abg. Dr. Puchta, ich muß Sie bitten, langsam zum Ende zu kommen.

**Abg. Dr. Puchta SPD:** Jawohl, ich komme zum Schluß.

Die Finanzierung sowohl der deutschen Einheit als auch der Landesausgaben durch immer mehr Schulden führt – wir merken das jetzt fast wöchentlich – zu drastisch steigenden Zinsen, und die Zinserhöhungen engen den finanzpolitischen Spielraum im Landeshaushalt immer stärker ein. Bei einem Gesamtschuldenstand von mehr als 40 Milliarden DM und einer bereits erfolgten Erhöhung des Zinsniveaus um 2 bis 3 Prozentpunkte, wobei das Ende der Erhöhung noch nicht abzusehen ist, engt das den Handlungsspielraum pro Jahr um ungefähr 1 Milliarde DM ein.

Nun, Herr Finanzminister, wäre es an der Zeit, statt schöngestimmte Ausführungen zu machen, wie Sie sie vorhin versucht haben, hier vorne hinzutreten und der Öffentlichkeit endlich zu erklären, wann und wie Sie die im Boom entstandenen Haushaltsdefizite später abbauen möchten, welche Ausgaben Sie dafür zu kürzen beabsichtigen und/oder welche Mehreinnahmen Sie zu gewärtigen hoffen.

Wohin die dauernde Schuldenfinanzierung führt, erkennt man zur Zeit deutlich am dramatisch fallenden Dollar. Wenn Sie auf dem Weg der Schuldenfinanzierung nicht endlich anhalten und umkehren, machen Sie sich mitschuldig und werden Sie zum Totengräber der D-Mark.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bütikofer.

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst, Herr Präsident, zur Redezeit: Haben Sie mir die Redezeit schon abgezogen, die ich den Kollegen von den bedeutenderen Fraktionen zugesprochen habe?

(Abg. Heckmann CDU: 27 Sekunden und eine halbe!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Ich werde auch bei Ihnen mit entsprechender Großzügigkeit verfahren.

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Danke schön.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe zunächst, bevor ich auf den Fünften Nachtrag eingehe, eine Bemerkung zu dem vorliegenden Bericht. Mir ist – zumindest an einer Stelle – aufgefallen, daß der Bericht nicht dem Gebot zur Nichtöffentlichkeit von Ausschußsitzungen entspricht, indem wenigstens in einem Fall ein Abgeordneter namentlich genannt wird. Entweder gehen wir dazu generell über, was ich eigentlich positiv finden würde, oder er müßte wohl etwas überarbeitet werden.

(Abg. Haas CDU: Das hätte der Berichterstatter aber merken müssen! – Abg. Dr. Wetter CDU: Seite wieviel?)

– Wer war denn der Berichterstatter? – Oh!

(Abg. Brechtken SPD: Seien Sie froh, daß er überhaupt einen schriftlichen Bericht gemacht hat! Sonst hätte er einen mündlichen Bericht geben müssen, und das wäre furchtbar gewesen für uns!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort hat Herr Abg. Bütikofer!

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Meine Damen und Herren, vieles von dem, was im Fünften Nachtrag steht, ist – das habe ich bereits in der Ersten Beratung gesagt – der Vollzug haushaltsmäßiger Zwangsläufigkeiten. Es lohnte sich schon, darüber zu streiten, wie diese Sachzwänge begrenzt oder geändert werden könnten. Aber es ist natürlich klar, daß wir das nicht hopplahopp machen können, daß das nicht von jetzt auf nachher geht. Insofern läßt sich über viele der Ausgaben, über einen Großteil des Volumens des Nachtragshaushalts nicht ernstlich streiten.

Worüber sich aber sehr wohl streiten läßt, das ist eine gewisse Nachlässigkeit bis hin zur Schludrigkeit, die in etlichen, volumenmäßig gar nicht besonders bedeutenden Posten zum Ausdruck kommt. Es ist schon die Rede gewesen von den Nachschiebelisten, das heißt von Listen aus dem Finanzministerium, die den Abgeordneten des Finanzausschusses mit der dringlichen Bitte zugestellt werden, das doch noch in Abänderung des Nachtragsentwurfs auch zu beschließen, weil man nicht rechtzeitig dazu gekommen sei, es in den Entwurf einzuarbeiten.

Gegen diese Nachschiebelisten ließe sich vielleicht gar nicht so viel sagen, wenn es so wäre, daß dabei dem Ausschuß jeweils nur zwingende Erfordernisse präsentiert werden. Das ist aber nicht der Fall gewesen. Ich möchte an dieser Praxis der Nachschiebelisten insbesondere kritisieren, daß man in einem „Schweinsgalopp“ alles durchzieht und dabei sehr viel mit unterzumengen versucht, was eigentlich weder Zwangsläufigkeit hat noch überhaupt dringlich ist. Es werden dabei eine ganze Reihe von Lieblingsprojekten des einen oder anderen Ministeriums, des einen oder anderen Beamten, des einen oder anderen Abgeordneten gleich noch mit „verwurstet“. Wenn das Finanzministerium so etwas toleriert und sogar selbst betreibt, läßt sich natürlich eine grundsätzliche Ausgabendisziplin überhaupt nicht durchsetzen.

(Bütikofer)

Für mich ist das wesentliche politische Ergebnis der Beratung über diesen Fünften Nachtrag, daß es das Ministerium offensichtlich nicht mehr in der Hand hat, daß es nicht in der Lage ist, eine Disziplin durchzusetzen, wie sie nach der Landeshaushaltsordnung eigentlich gefordert wäre, daß zweitens die Mehrheitsfraktion CDU den Mut nicht findet – in der Vergangenheit hat sie ihn ab und zu gefunden, aber in diesem Fall findet sie ihn nicht –, an Punkten, wo es ganz offensichtlich erforderlich ist, einmal nein zu sagen, daß sie die Aufgabe, hier ein ordnungsgemäßes und klares finanzpolitisches Gebaren durchzusetzen, ausschließlich den Oppositionsfraktionen und dem Landesrechnungshof überläßt. Ich weiß, daß der Landesrechnungshof aus dieser Beratung mit seitenweise aufgeschriebenen Bemerkungen hinausgegangen ist, wo Prüfungen erforderlich sein werden, wo man der Landesregierung auf die Finger schauen muß – bei lauter kleinen oder mittelgroßen „krummen Sachen“, die in diesen Nachtrags Haushalten aufgenommen worden sind. Ich finde es nicht gut, daß sich das Ministerium und die CDU-Fraktion aus der Verantwortung für finanzpolitische Solidität auch im kleinen herausstellen.

Daß es dabei nicht immer nur um ganz minimale Beträge geht, will ich an drei Stichworten zeigen.

Stichwort Show-Schule Heidelberg-Mannheim: Das ist in diesen Entwurf mit einem ganz kleinen Betrag eingefügt worden, und nur auf energische und insistierende Befragung durch die Opposition ist herausgekommen, daß es sich hier um eine Einstiegsfinanzierung in ein Volumen von 20 Millionen DM handeln soll.

(Abg. Moser SPD: Mehrere Millionen!)

Das ist unsolid, das ist völlig unverantwortlich, das war der Versuch, den Finanzausschuß zu überspielen.

Zweites Beispiel, Wirtschaftsministerium: Das Wirtschaftsministerium hat 700 000 DM – für den Landeshaushalt ist das „Kleinvieh“, aber Kleinvieh gibt auch Mist – für ein völlig überflüssiges Gutachten zur öffentlichen Beschaffung in diesen Nachtrag eingestellt. Wir waren uns mit dem Rechnungshof einig, daß das nicht sein muß, daß man das streichen kann. Die Mehrheit hatte nicht den Mut, dabei mitzumachen.

Drittes Beispiel, Wissenschaftsministerium, das in der letzten Zeit ganz besonders durch finanzpolitische Schludrigkeit aufgefallen ist: Man hat in den Nachtragshaushalt – in den eigentlich nur ganz wichtige Maßnahmen, bei denen man unbedingt nachbessern muß, aufgenommen werden sollten – Geld für eine Stiftung „Kulturelle Zusammenarbeit“ irgendwo im Dreiecksland eingestellt. Als nachgefragt worden ist, was eigentlich dahinterstecke, stellte sich heraus, daß offensichtlich überhaupt kein Konzept vorliegt. Der Wissenschaftsminister hat nämlich sofort gesagt: Da können Sie einen Sperrvermerk anbringen, das wollen wir gar nicht ausgeben; wir wissen selbst noch nicht genau, was sich eigentlich dahinter verbergen soll.

Meine Damen und Herren, diese Art des Umgangs paßt sehr schlecht zu den Bekundungen, die hier – wenn der Herr Finanzminister oder der Herr Ministerpräsident

spricht – immer gemacht werden bezüglich der Bemühungen darum, daß der Haushalt nicht aus dem Ruder läuft. Ich meine, daß wir als Opposition das zusammen mit dem Rechnungshof zwar immer kritisieren können und an einzelnen Punkten auch aufhalten können. Aber die Wende können, solange Sie die Mehrheit haben, nur Sie hinbringen. Deshalb verlangen wir von Ihnen auch, daß Sie die Erfahrungen aus diesen Nachtragsberatungen sich wenigstens zum Exempel geraten lassen, in Zukunft sorgfältiger mit dem Haushalt umzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Vollmer.

**Abg. Vollmer FDP/DVP:** Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen, meine Herren Kollegen! Ich darf vorweg Ihnen, Herr Präsident, schon Dank sagen, daß Sie auch mir etwas mehr Zeit und damit Luft lassen, meine Anliegen vorzutragen.

(Abg. Weyrosta SPD: Verwalten Sie die Luft aber gut, Herr Kollege!)

– Halten Sie mich bitte nicht auf, Herr Kollege Weyrosta.

(Abg. Weyrosta SPD: Ich rege mich doch nicht auf!)

Wenn ich etwas zurückdenke, was gerade insbesondere vom Herrn Kollegen Bütikofer gesagt wurde, dann denke ich an ein Wort eines französischen Staatsmannes: „Geldmangel kann durchaus ein Segen sein. Wer weiß, wieviel Dummheiten der Politiker damit schon vermieden worden sind!“

Ich habe durchaus den Eindruck, Herr Bütikofer – Sie bestätigen es ja –, daß aus diesem Haushalt, wenn man wirklich sparen muß, noch einiges herausgenommen werden kann.

(Beifall des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Wenn es noch eines letzten Beweises bedarf, daß Zweijahreshaushalte, so gut sie gemeint sein mögen – aufwandsparend usw. –, in unserer schnelllebigen Zeit keine geeigneten Instrumente für eine klare, übersichtliche Haushaltsführung sind, dann belegt dies die heutige Verabschiedung eines Fünften Nachtrags zum Staatshaushaltsplan 1990.

(Beifall des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Auch der Ministerpräsident hat in seiner Rede hier vor wenigen Stunden die Bedenken bestätigt, wenn er davon spricht, die Finanzausschüsse für den Etat 1991/92 erst abzuschließen, wenn die Ergebnisse der neuen Steuerschätzung vorliegen. Sonst sei unter Umständen der neue Plan in kurzer Zeit überholt. Man kann nur sagen: Recht hat er. Aber wenn es schon solche Probleme gibt, von jetzt auf einige Monate später abzusehen, wie die Sache läuft, wie kann man dann auf zwei Jahre im Detail vorausplanen?

(Vollmer)

(Beifall des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Ich sprach von einer übersichtlichen, also übersehbaren Haushaltsgestaltung. Es ist doch so: Mit jedem Nachtrag schwindet die Übersichtlichkeit, die Konturen werden immer mehr verwischt. Offenbar hat selbst das Finanzministerium Probleme, denn bis heute liegen der am 13. Dezember 1989, also vor zehn Monaten, beschlossene Dritte Nachtrag und der am 10. Mai 1990 beschlossene Vierte Nachtrag noch nicht gedruckt vor.

Bei den Nachträgen – da gehe ich auf das ein, was der Kollege Bütikofer sagte – wird auch häufig still und leise so manches Neue in den Haushalt hineingemogelt. Paradebeispiel für mich ist die Streichung der Rückzahlungsverpflichtung für ein Darlehen in Höhe von immerhin 3,6 Millionen DM an einen landeseigenen Verkehrsbetrieb. Von diesem Vorgang hat der Finanzausschuß nur deshalb Kenntnis genommen, weil einem Kollegen der Mehrheitsfraktion die Formulierung einer Erläuterung im Einzelplan 03 nicht ganz verständlich war. So still und leise kann so etwas passieren.

Ein anderes Beispiel: Beim Wirtschaftsministerium gibt es bald ein neues Referat „Außenwirtschaft/Osteuropa“. Nur das sorgfältige Studium des Stellenplans läßt solches bewußt werden. Im Plan selbst wird lediglich auf vier neue Stellen hingewiesen. Das mag richtig sein. Ich habe nichts dagegen. Aber, wie gesagt, man merkt es nicht, plötzlich ist es da.

Das Verlorengehen der Übersicht zeigt sich auch in der Ausweitung des Haushaltsvolumens seit der Vorlage des Uretats für 1990 im Herbst 1988. Damals wurde groß herausgestellt, das Volumen werde 1990 gegenüber dem Vorjahr nur um 0,5 % gleich 216,7 Millionen DM ansteigen. Mit dem heutigen Beschluß werden 8,7 % Volumenausweitung festgeschrieben. In Zahlen ausgedrückt, ist dies ein Zuwachs um 3,84 Milliarden DM, also von 43,78 Milliarden DM auf nunmehr 47,62 Milliarden DM.

Das Positive an der ganzen Sache ist, daß die Nettoneuverschuldung im vorgesehenen Rahmen – sie wurde im Dritten Nachtrag sogar von 3,0 Milliarden auf 2,5 Milliarden DM gesenkt – gehalten werden kann. Dies ist aber nur dank eines respektablem Überschusses in Höhe von 640,9 Millionen DM im Jahr 1989 möglich, der voll und ganz zur Abdeckung der Mehrausgaben verwendet werden konnte, aber auch verwendet werden mußte.

Dieser respektable Überschuß reicht aber nicht aus, die Mehrausgaben zu decken. Gott sei Dank sind beachtliche Steuermehreinnahmen zu verzeichnen, die ebenfalls voll eingesetzt wurden, und zwar deshalb voll eingesetzt wurden, weil es immer noch einen darüber hinausgehenden Mehrbedarf gibt, der nach bewährter Art über eine Erhöhung der globalen Minderausgaben in Höhe von zirka 36 Millionen DM auf 388,5 Millionen DM abgedeckt wird.

Im Ausgabenbereich ist dieser Fünfte Nachtrag geprägt von den großen Kostenblöcken für alle Hilfen, die wir in Sachsen leisten, für die Unterbringung der Übersiedler und der Aussiedler, für die Asylanten – darauf muß hingewie-

sen werden – und nicht zuletzt für den Länderfinanzausgleich und für den Finanzausgleich mit den Kommunen.

Der Entwurf für diesen Fünften Nachtrag wurde bereits vor der Sommerpause dem Landtag zugeleitet. Das heißt, es sind inzwischen weitere erhebliche Veränderungen eingetreten, die das Nachschieben einer Vielzahl von Änderungsanträgen der Regierung über den Berichtersteller erforderlich machten. Erstaunlicherweise gab es auch für diese Mehranforderungen noch verfügbare Deckungsmittel.

Meine Damen und Herren, ich wurde da an einen Vorgang unter dem damaligen Finanzminister Robert Gleichauf erinnert. Damals fand der zuständige Beamte namens Schmidt die für irgendeine Wohltat erforderlichen 300 Millionen DM noch verfügbar. Man sagte, Herr Schmidt habe sie „unter seiner Matratze“ gefunden und nannte ihn fortan den „Matratzen-Schmidt“. Ich habe den Eindruck, im Finanzministerium wiederholt sich dieser Vorgang.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Damit ist deutlich gesagt, daß der Haushalt auch nach diesem Nachtrag noch Bewegungsfreiheit enthält. Der Herr Finanzminister muß schmunzeln, aber ich denke doch, es ist so, sonst könnte man nicht 388,5 Millionen DM globale Minderausgaben ausweisen.

Angereichert wird dies noch aufgrund des guten Wirtschaftsverlaufs durch zusätzliche Steuereingänge, und dies läßt wieder einen hohen Überschuß erwarten.

Für die Haushälter bedeutet dies im Vorwahljahr 1991 größte Aufmerksamkeit. Nur zu schnell sind solche Mittel für Wohltaten im Hinblick auf die Wähler „vervespert“. Ich meine, gerade die Haushälter sollten da zusammenarbeiten und zusammenhalten.

Angesichts der hohen Staatsverschuldung ist unbedingt Zurückhaltung bei der Übernahme neuer Verpflichtungen geboten. Die Rückführung der jährlichen Nettoneuverschuldung und schließlich der Schuldenabbau müssen das Ziel sein.

Wichtig ist auch die Einlösung gemachter Zusagen. Der Landtag hat sich die Forderung nach der größtmöglichen Reinhaltung der Gewässer zu eigen gemacht, von der Regierung habe ich eigentlich ähnliches erwartet. Die Kommunen ziehen mit und bauen Kläranlagen aus, errichten Rückhaltebecken, richten Fernwirkanlagen ein – und nun ist kein Geld da, um die zugesicherten Zuschüsse auszahlen zu können.

Die ersten Auswirkungen sind da. Vorhaben werden gestoppt, obwohl gerade jetzt das Europaparlament dringend auf die Notwendigkeit, für die Reinhaltung der Gewässer zu sorgen, hingewiesen hat. Deshalb bedauern wir sehr, daß der Finanzausschuß unseren Antrag, die Zuschußmittel, die auf alle Fälle eines Tages ausbezahlt werden müssen, um 37,3 Millionen DM zu erhöhen, abgelehnt hat. Wir bedauern auch, meine Kollegen von der SPD, daß Sie Ihre Zustimmung verweigert haben. Denn noch zu gut habe ich in den Ohren, daß Sie noch vor nicht allzu langer Zeit

(Vollmer)

Milliardenbeträge für die Abwasserentsorgung bereitstellen wollten.

Ähnlich ist es bei der zusätzlichen Bereitstellung ebenfalls bereits zugesagter Schulbaumittel für die Schulen in freier Trägerschaft. Nach dem gegenwärtigen Fördervolumen wird es acht bis zehn Jahre dauern, bis die bis heute gemachten verbindlichen Zusagen eingelöst sind, wenn Anträge der FDP/DVP weiterhin abgelehnt werden. Dabei handelt es sich nicht um Subventionen, wie der Herr Ministerpräsident heute früh an dieser Stelle behauptete.

(Abg. Mogg SPD: Sehr richtig!)

Es handelt sich dabei um Schulbaufördermittel, die alle Schulträger, auch die kommunalen, erhalten.

(Beifall der Abg. Dr. Döring und Haag  
FDP/DVP – Abg. Mogg SPD: Jawohl!)

Meine Damen und Herren, in der Aussprache über den Fünften Nachtrag ist es – insbesondere, wenn zuvor stundenlang eine Generaldebatte über den neuen Haushaltsentwurf geführt wurde – nicht nötig, zu versuchen, jetzt noch große Pflöcke einzuschlagen. Dazu ist, wie gesagt, zu anderer Zeit Gelegenheit. Die von uns für die Ausschlußberatungen eingereichten und mehrheitlich abgelehnten Anträge werden wir bei den Beratungen für den Uretat 1991/92 wieder vorlegen. Sie sind, so meinen wir, von der Sache her wohl begründet, sie sind wichtig und haushalts-technisch vertretbar.

Zum Schluß: Nicht allen beschlossenen Änderungen habe ich im Finanzausschuß zugestimmt. Insgesamt aber, so meine ich, kann man diesem Fünften Nachtrag zustimmen. Ich habe dies meiner Fraktion, der FDP/DVP, empfohlen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Mogg  
SPD)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort hat der Herr Finanzminister.

(Abg. Brechtken SPD: Aber nicht schon wieder loben, gell!)

**Finanzminister Dr. Palm:** Doch. Jeder, der hier die Regierung lobt, kriegt ein Wort des herzlichen Dankes.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sobald die Landesregierung einen Nachtrag ankündigt, erhebt die Opposition den immer wieder gleichen Vorwurf, Zweijahreshaushalte seien ungeeignet, das Haushaltsgeschehen zu steuern.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das sagen wir nicht!  
Das habe ich noch nie gesagt!)

Den Gegenbeweis, Herr Bütikofer, treten wir seit zehn Jahren an. Wir sind mit dem Doppelhaushalt gut gefahren. Ähnlich gute Erfahrungen haben auch unsere süddeutschen Nachbarländer mit dem Doppelhaushalt gemacht.

Der Vorwurf der Opposition mit Ausnahme der Grünen

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Jetzt hat er es verstanden!)

ist deshalb nicht mehr als ein Pawlowscher Reflex.

(Abg. Brechtken SPD: Was ist das?)

– Lieber Herr Kollege Brechtken, wenn man einem Hund bei einem Klingelzeichen eine Wurst gibt,

(Abg. Weyrosta SPD: Der Pawlow ist doch abgeschafft!)

dann gewöhnt er sich an diese Situation, lieber Herr Kollege Weyrosta. Dem Hund läuft dann auch schon das Wasser im Mund zusammen – wie Ihnen, wenn ich hier etwas sage –, wenn nur das Klingelzeichen ertönt. Dazu braucht er gar keine Wurst mehr. Das ist der Pawlowsche Reflex.

(Abg. Weyrosta SPD: Jetzt begreife ich manche Ihrer Reaktionen auf meine Zwischenrufe!)

Auch bei der Vorlage des Fünften Nachtrags zum Doppelhaushalt 1989/90 war es nicht anders, unbeschadet der Tatsache, daß auch der Bund in diesem Jahr drei Nachträge braucht und Länder mit Einjahreshaushalten ebenfalls mehrere Nachträge vorlegen müssen. 1979, im letzten Jahr der Amtszeit meines Vorgängers, hatten wir bei einem Einjahreshaushalt vier Nachträge.

(Abg. Arnegger CDU: Hört, hört!)

Nachtragshaushalte eröffnen, wie ich meine, die Möglichkeit, flexibel auf veränderte Anforderungen zu reagieren sowie neue Anforderungen und Probleme in diesem Hohen Hause schwerpunktmäßig und politisch zu diskutieren.

So haben wir – das möchte ich sagen, damit hier keine Legendenbildung aufkommt – im Laufe dieses Jahres zwei Spezialnachträge für den Wohnungsbau und die Unterbringung von Asylbewerbern und Aussiedlern gehabt. Wir haben jeweils, lieber Herr Kollege Brechtken, lieber Herr Kollege Vollmer, Herr Kollege Bütikofer, die Opposition gefragt, ob man sich mit Beratungen im Finanzausschuß zufriedengebe – –

(Zuruf des Abg. Schrempp SPD – Heiterkeit)

– Herr Kollege Schrempp, Sie betätigen sich hier als animateur. Dafür sei auch Ihnen ein Wort des Dankes gesagt.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt müßte der Hund mit der Wurst kommen!)

Eines aber lasse ich nicht auf mir sitzen: daß die Opposition nämlich – abgefragt – fordert, es müsse ein Nachtrag kommen, und daß dann dieselben Abgeordneten hierherkommen und einen dafür verprügeln. Wir machen das, was die Opposition will. Will sie keinen Nachtrag, kriegt sie keinen Nachtrag.

(Minister Dr. Palm)

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Halten Sie sich einfach an die Landshaushaltsordnung!)

Dann hätten wir den Fünften als den Ersten Nachtrag gefahren. Wenn man aber auf der Einhaltung der Vorschrift besteht, daß jede Ausgabe, die 5 Millionen DM übersteigt – so steht es in unserer Landshaushaltsordnung –, einen Nachtrag erfordert, und die Opposition das verlangt, dann legen wir einen entsprechenden Nachtrag vor. Das ist doch alles im besten Einvernehmen geschehen.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Sie haben es gefordert, und wir haben es getan. Was wollen Sie eigentlich noch mehr?

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Finanzminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Brechtken?

**Finanzminister Dr. Palm:** Ja.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Brechtken.

**Abg. Brechtken SPD:** Herr Minister, würden Sie zur Kenntnis nehmen, daß es nicht um diese Frage geht. Notwendige Nachfinanzierungen erfolgen selbstverständlich über Nachträge. Wenn Sie sich vielmehr einmal den Nachtrag anschauen – dabei ist Ihnen selbst ja unwohl –,

(Minister Dr. Palm: Woher wissen Sie, daß mir unwohl ist?)

dann werden Sie feststellen, daß in einem Nachtrag ständig neue Aufgaben, die eigentlich in die Prioritätensetzung eines neuen Haushalts gehörten, finanziert werden. Das ist genau der Punkt. Sie haben jetzt wieder ein Bündel Anträge. Davon ist allenfalls ein kleiner Teil Nachfinanzierung von alten Aufgaben. Über die sind wir uns ja einig.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Finanzminister.

**Finanzminister Dr. Palm:** Herr Kollege Brechtken, die großen Brocken – ich sage es Ihnen gleich – sind natürlich zwangsläufige Ausgaben. Da gibt es keinen Entscheidungsspielraum. Aber ein bißchen ist an dem, was Sie sagen, dran. Deswegen werde ich mich darum bemühen, im nächsten Jahr möglichst ohne Nachtrag auszukommen. Dann wollen wir einmal sehen, ob dieses Bemühen auch von der großen Mehrheit dieses Hauses unterstützt wird.

(Abg. Birzele SPD: Aber die Gesetze müssen natürlich eingehalten werden!)

– Ich frage dann auch Sie noch, Herr Kollege Birzele.

Auch bei den Beratungen des Finanzausschusses über den Fünften Nachtrag zum Doppelhaushalt 1989/90 hat sich herausgestellt, daß es keine wirkliche Alternative zu diesem Nachtrag gibt. Die zusätzlichen Personalausgaben – plus 282 Millionen DM –, die Mehrausgaben im Länderfinanzausgleich, im kommunalen Finanzausgleich – plus 475 Millionen DM – sind unausweichlich. Was die Unter-

bringung von Aus- und Übersiedlern angeht – plus 571 Millionen DM –, ist die Lage auch klar. Wir können diese Menschen, die als Deutsche zu uns kommen, nicht an unserer Landesgrenze abweisen. Wir müssen sie aufnehmen. Um so mehr verwundert es, daß sich die SPD gegen die in der Nachschiebeliste enthaltene Erhöhung dieses Ansatzes ausgesprochen hat.

Worüber es nachzudenken gilt, ist die Tatsache, daß die Finanzpolitik auf Dauer nicht alles, was die Einwanderungspolitik an Regulierungen zuvor versäumt hat, auf Rechnung des Landes übernehmen kann.

Wohin soll die ungehemmte Zuwanderung noch führen, wenn man bedenkt, daß wir in den Jahren 1991 und 1992, Herr Kollege Vollmer, allein für die Unterbringung der Asylbewerber 641 Millionen DM ausgeben, für die deutsche Einheit dagegen nur 546 Millionen DM? Ich frage Sie, ob da noch die richtige Gewichtung im Haushalt und in unserer Politik steckt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie steckt nicht drin. Wir haben die richtige Gewichtung verloren.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Darf man das zitieren?)

– Jederzeit. Mich können Sie immer zitieren. Sie legen überall Ehre ein, wenn Sie mich zitieren.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Rempfel CDU: Wir können ja jeden reinlassen!)

Bemerkenswert beim Fünften Nachtrag ist, daß wir unsere im Dritten Nachtrag von 3 Milliarden auf 2,5 Milliarden DM abgesenkte Nettoneuverschuldung trotz der erheblichen Mehrausgaben in Höhe von 1,7 Milliarden DM halten können. Im Rahmen finanzwirtschaftlich vernünftig gezogener Grenzen zeigt sich die Landesregierung handlungsfähig und entscheidungsfähig. Wir können den Strom des Lebens, meine Damen und Herren, nicht aufhalten.

(Abg. Moser SPD: Gott sei Dank!)

aber wir können auf ihm fahren und steuern, Gott sei Dank. Diesem Ziel dient die baden-württembergische Finanzpolitik. Sie ist ein Steuerungsinstrument, das CDU-Fraktion und Landesregierung mit Bedacht zum Wohle unseres Landes und seiner Bevölkerung einsetzen.

Deswegen bitte ich, daß Sie diesem Nachtrag Ihre Zustimmung erteilen. Ich danke all denjenigen, die diesen Nachtrag mittragen wollen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Abg. Jacobi GRÜNE: Sie sind sicher nicht böse, wenn wir es nicht tun!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich dem Herrn Minister für Wissenschaft und Kunst.

**Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Engler:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich

(Minister Dr. Engler)

komme bloß deswegen noch ans Rednerpult, weil ich meine, es sei besser, wenn ich gleich auf die Frage der sogenannten Show-Schule Heidelberg-Mannheim eingehe.

(Abg. Zeller SPD: Welche Show kommt jetzt?)

Diese Sache hat offenbar einen ungeheuren Unterhaltungswert.

(Abg. Weyrosta SPD: Das liegt wohl an den Beteiligten!)

Sie ist in der Presse und auch von einzelnen Abgeordneten besonders hervorgehoben worden. Ich meine, daß dies nur daran liegt, daß dabei der Name Caterina Valente eine Rolle spielt,

(Abg. Moser SPD: Nein, nein! Es geht doch um ein bißchen mehr als das!)

bei der doch noch ein hohes Maß an Popularität festzustellen ist.

Ich bin deshalb ans Rednerpult gegangen, weil es mir um zwei Vorwürfe geht, die ins Grundsätzliche gehen, Herr Abg. Brechtken. Es sind schon zwei grundsätzliche Vorwürfe, die gemacht werden.

Der erste Vorwurf ist, daß gewissermaßen vollendete Tatsachen geschaffen werden sollten, daß man durch einen kleinen Betrag – wie hieß es vorhin? – den Ausschuß oder gar den Landtag überspielen wollte.

Der andere Vorwurf lautet, daß wir eine unangemessene Prioritätensetzung vorgenommen hätten.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bütikofer?

**Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Engler:** Bitte sehr.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Bütikofer.

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Herr Minister, da ich den Vorwurf, den Sie soeben zitiert haben, erhoben habe, möchte ich Sie fragen, ob Sie bereit sind, einzuräumen, daß diesem kleinen Anfinanzierungsbedarf, der jetzt im Nachtrag steht, ein Volumen von 20 Millionen DM folgen sollte und daß das Ministerium oder irgendeine andere Stelle der Landesregierung dies nicht von sich aus mitgeteilt hat, sondern dies im Ausschuß erst auf insistente Befragung durch die Opposition bekannt wurde, so daß man in der Tat davon ausgehen muß, daß sich die Regierung nicht nur keine Mühe gegeben hat, das Gesamtvolumen dieser Maßnahme bekanntzugeben, sondern daß sie dies auch nicht tun wollte.

Sind Sie, zweitens, bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß der Ausschuß wegen seiner Verärgerung über diese Praxis der Regierung beschlossen hat, daß jetzt allenfalls eine Prüfung dieses Projekts stattfinden darf, so daß die Regie-

rung nicht berechtigt ist, hier so zu tun, als sei schon beschlossene Sache, daß diese Show-Schule kommt?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Minister.

**Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Engler:** Herr Abg. Bütikofer, Sie liegen mit beiden Punkten, die Sie soeben vorgetragen haben, völlig falsch. Es handelt sich nicht um eine Anfinanzierung, daß man also etwa eine erste Rate, eine erste Bau- oder Einrichtungsrate, hätte beschließen lassen wollen, sondern es handelt sich um reine Planungskosten. Es waren schon seit geraumer Zeit Planungen im Gange, und zwar von uns zusammen mit der Musikhochschule Heidelberg-Mannheim, bei denen gewisse Kosten wie Reisekosten, Beratungskosten und Gutachterskosten angefallen sind. Diese Beträge wollte das Finanzministerium nicht einfach als überplanmäßige Ausgaben bewilligen, so daß wir sie im Interesse der Klarheit des Haushalts in den Haushaltsentwurf eingebracht haben.

Es geht nämlich darum, daß hier – um jetzt doch gleich zur Sache zu sprechen – von der Musikhochschule Heidelberg-Mannheim zwei neue Studiengänge eingerichtet werden sollen, ein Studiengang „Show und Musical“ und ein Studiengang „Jazz und Populärmusik“. Dabei kann keine Rede davon sein, daß wir irgend jemand nicht offen über die Dinge hätten informieren wollen. Es geht einfach darum, daß wir erst einmal Klarheit gewinnen mußten, wie ein solcher Studiengang aussehen kann, ob dafür von der Abnehmerseite her ein Bedarf besteht und ob daraufhin dieser Studiengang in einer bestimmten Weise eingerichtet werden kann. Erst dann kommt eine Kabinettsvorlage. Die haben wir inzwischen eingereicht. Erst wenn der Minister rat beschlossen hat, wird diese Sache im Haushalt 1991/92 zu beraten sein. Wir haben vor, zwar nicht für 1991, aber für 1992 erste Ansätze im Haushalt vorzuschlagen.

Das andere – ich glaube, da haben Sie sich vertan – ist diese Sache mit der Sperre der Mittel. Da geht es um diese grenzüberschreitende Einrichtung.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Entschuldigung, Herr Minister. Er meinte die Einfügung des Wortes „Prüfung“.

**Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Engler:** Die, meine ich, ist gerade dort verwendet worden.

(Abg. Brechtken SPD: Die Prüfung ist bei der Show-Schule eingefügt und der Sperrvermerk bei der grenzüberschreitenden Einrichtung ausgebracht worden!)

– Mag sein. Aber ich sehe darin überhaupt keine Einschränkung dessen, was ich gesagt habe. Das ist ganz selbstverständlich.

Was hier ausgegeben werden soll, sind reine Planungskosten, mit denen nicht das geringste Präjudiz für die spätere Einrichtung eines solchen Studiengangs oder zweier solcher Studiengänge geschaffen werden soll. Ich habe auf die Frage, was das kosten soll, selbstverständlich die vorhin schon von jemandem erwähnten rund 20 Millionen DM

(Minister Dr. Engler)

genannt, die im Vollausbau voraussichtlich benötigt werden. Aber ob und in welchem Ausmaß das gemacht wird, wird zu gegebener Zeit zu beraten sein.

Ich will nur sagen, daß wir auf jeden Fall Anlaß haben, die Sache zu prüfen, und daß wir zusammen mit der Musikhochschule meinen, daß es notwendig sei, einen solchen Studiengang einzurichten.

Wer übrigens heute die „Frankfurter Allgemeine“ gelesen hat, konnte dort lesen, daß in Nordrhein-Westfalen eine Akademie für Fernsehshow eingerichtet werden soll. Es ist ein wenig pikant, daß auch dort der Name Caterina Valente genannt wird.

(Zurufe von der SPD: Wer zahlt die? – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Moser?

**Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Engler:** Bitte sehr.

**Abg. Moser SPD:** Herr Minister, wären Sie so freundlich und würden Sie dem Hause sagen, wer die in Nordrhein-Westfalen bezahlt? Denn nur um das geht es ja.

**Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Engler:** Es soll dort um eine Akademie eines privaten Fernsehsenders gehen,

(Abg. Brechtken SPD: Sehen Sie!)

und die Einrichtung soll als Fachhochschule anerkannt werden. – Es ist die Frage, ob wir in der Regel private Hochschulen einrichten wollen oder ob wir eher meinen, auch dies sei eventuell eine Aufgabe – –

(Abg. Teufel CDU: Bei einem Privaten würden sie hier einen Untersuchungsausschuß beantragen!)

– Das ist die andere Frage, ob uns das gar wieder in zusätzliche Gefahren brächte.

Herr Abg. Moser, ich habe das angeführt, um damit zu zeigen, daß für diese Ausbildung offenbar nicht nur bei uns, sondern auch anderswo ein Bedürfnis gesehen wird.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Gestatten Sie noch eine zweite Zwischenfrage des Herrn Abg. Moser?

**Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Engler:** Ja, selbstverständlich.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Moser.

**Abg. Moser SPD:** Herr Minister, vielen Dank. – Wären Sie bereit, uns zu sagen, ob in Ihrem Hause auch darüber nachgedacht wird, die Errichtung einer solchen Schule in privater Trägerschaft zu empfehlen.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Minister.

**Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Engler:** Ich habe die Frage akustisch nicht verstanden.

**Abg. Moser SPD:** Ich habe gefragt, ob Sie bereit seien, in Ihrem Hause darüber nachzudenken, ob man so etwas auch in privater Trägerschaft machen könnte.

**Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Engler:** Es ist nicht meine Sache, Privaten Tips zu geben, irgendwelche Lehranstalten einzurichten. Das war es noch nie. Das war es auch in Mannheim nicht, Herr Reinelt. Wir haben vielmehr, weil das eine Sache ist, für die sich auch die Musikhochschule Heidelberg-Mannheim stark macht, die Meinung vertreten, es sollte geprüft werden, ob eine Ergänzung um diese beiden Studiengänge nicht sinnvoll wäre.

(Abg. Moser SPD: Das kann nur im akademischen Rahmen geschehen? Akademische Show!)

– Herr Moser, was Sie jetzt hier mit Ihren rhetorischen Fragen sagen wollen, können Sie an sich doch jedem Studiengang entgegenhalten.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Oder ist die Musik etwas weniger Seriöses als irgendein Ingenieurstudiengang? Daß die Gesellschaft Leute, die für diesen Beruf, und Leute, die für jenen Beruf ausgebildet sind, braucht, ist das Motiv, das hinter all diesen Studiengängen steht.

Lassen Sie mich jetzt nur noch ergänzend – ich will damit zum Ende kommen – ein Zweites sagen: Es ist in der Öffentlichkeit ja bedauerlicherweise der Vergleich zwischen der Aufwendung für diese Showstudiengänge und der Deutschen Schillergesellschaft angestellt worden. Hier wurde eine Sache völlig entstellt dargestellt. Es handelt sich nicht darum, daß wir Mittel, die für die seriöse Literatur in der Deutschen Schillergesellschaft aufgewendet werden sollten, nun mit einer anderen Priorität versehen und nach Mannheim verschoben hätten oder verschieben wollten. Es handelt sich um Planungsmittel, und ein Deckungstitel war da, weil hier Komplementärmittel von uns vorhanden sind, die nicht in vollem Umfang abfließen, weil der Bund seinen Beitrag für 1990 nicht in dem ursprünglich vorgesehenen Ausmaß leistet.

(Abg. Weyrosta SPD: Sonst besetzen wir mal das Wissenschaftsministerium um, wenn Sie das tun!)

– Das tun Sie mal. – Sie brauchen also nicht im geringsten Angst zu haben, daß wir Marbach vernachlässigten.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren! In der Allgemeinen Aussprache liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur Einzelabstimmung. Abstimmungsgrundlage sind die Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses, Drucksachen 10/4085 und 10/4086. Wir stimmen zunächst ab über den

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Nachtragsplan

Insoweit ist Drucksache 10/4085 Abstimmungsgrundlage.

Meine Damen und Herren, ich bin gebeten worden, bei den einzelnen Kapiteln die einzelnen Titel mit aufzurufen. Ich werde mich allerdings bemühen, durch entsprechende Zusammenfassung die Beratung bzw. die Beschlußfassung zu beschleunigen.

Ich rufe Abschnitt I der Beschlußempfehlung auf und hier zunächst

Einzelplan 02

Staatsministerium

Kann ich über diesen Einzelplan geschlossen abstimmen lassen? – Dem wird nicht widersprochen.

Wer Einzelplan 02 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einzelplan 02 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 03

Innenministerium

Kann ich hier die Kapitel 0301 bis 0303 zusammen aufrufen? – Dem wird nicht widersprochen.

Wer den

Kapiteln 0301 bis 0303

zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem wird mit großer Mehrheit zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0304

Regierungspräsidium Stuttgart

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Kapitel 0304 ist mehrheitlich angenommen.

Kann ich die Kapitel 0305 bis 0308 zusammen aufrufen? – Dem wird nicht widersprochen.

Wer den

Kapiteln 0305 bis 0308

zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Stimmenthaltungen angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0309

Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Kapitel 0309 ist mehrheitlich zugestimmt.

Kann ich die

Kapitel 0310 bis 0321

zusammen aufrufen? – Dem wird nicht widersprochen.

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Stimmenthaltungen so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0326

Verkehr

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Kann ich die Kapitel 0327 bis 0329 zusammen aufrufen? – Dem wird nicht widersprochen.

Wer den

Kapiteln 0327 bis 0329

zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Stimmenthaltungen einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0330

Angelegenheiten der Vertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Zuwanderer

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Kapitel 0330 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0331

Aufnahme und Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einer Gegenstimme und wenigen Stimmenthaltungen so beschlossen.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Ich rufe auf

Kapitel 0332

Lastenausgleichsverwaltung

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.  
– Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einer Stimmenthaltung so beschlossen.

Ich rufe auf

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus und Sport

Kann ich die

Kapitel 0402 bis 0404

zusammen aufrufen? – Es erhebt sich kein Widerspruch.

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0405

Grund- und Hauptschulen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.  
– Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Kapitel 0405 ist mehrheitlich beschlossen.

Kann ich die Kapitel 0406 bis 0435 gemeinsam aufrufen?

(Abg. Vollmer FDP/DVP: Ich bitte über Kapitel 0435 getrennt abzustimmen!)

– Gut. Dann rufe ich auf die

Kapitel 0406 bis 0420

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Stimmenthaltungen beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0435

Förderung von Schulen in freier Trägerschaft

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.  
– Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Meine Damen und Herren, kann ich die Kapitel 0436 bis 0460 gemeinsam aufrufen?

(Abg. Dr. Puchta SPD: Kapitel 0436 getrennt!)

4386

– Gut. Dann lasse ich über

Kapitel 0436

Allgemeine Schulangelegenheiten

abstimmen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei etlichen Gegenstimmen ist Kapitel 0436 mehrheitlich angenommen.

Kann ich über die

Kapitel 0441 bis 0460

gemeinsam abstimmen lassen? – Kein Widerspruch.

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen sind diese Kapitel beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0465

Jugendpflege, Weiterbildung, Volks- und Amateur-Theater, Laienmusik und Heimatpflege

Wer dem Kapitel 0465 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei etlichen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist Kapitel 0465 angenommen.

Ich rufe schließlich auf

Kapitel 0466

Staatliche Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen

Kann ich hier ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung feststellen?

(Abg. Dr. Puchta SPD: Nein!)

– Sie wünschen Abstimmung.

Wer Kapitel 0466 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei etlichen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist Kapitel 0466 angenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft und Kunst

und hier das

Kapitel 1401

Ministerium

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei etlichen Gegenstimmen ist Kapitel 1401 angenommen.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Ich rufe auf

Kapitel 1402

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1409

Aufwendungen für die Förderung der Studenten  
im Hochschulbereich

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei etlichen Gegenstimmen ist Kapitel 1409 angenommen.

Meine Damen und Herren, kann ich die

Kapitel 1410 bis 1423

gemeinsam zur Abstimmung bringen? – Es wird nicht widersprochen.

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen beschlossen.

Es ist aufgerufen

Kapitel 1430

Pädagogische Hochschule Ludwigsburg

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist Kapitel 1430 angenommen.

Meine Damen und Herren, kann ich die

Kapitel 1433 bis 1468

gemeinsam aufrufen? – Es wird nicht widersprochen.

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen sind diese Kapitel angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 1471

Staatliche Hochschule für Musik Heidelberg-  
Mannheim

Dazu wird das Wort nicht gewünscht. Wer dem Kapitel 1471 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel 1471 ist mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, kann ich die

Kapitel 1472 bis 1484

gemeinsam aufrufen? – Es erhebt sich kein Widerspruch.

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Den entsprechenden Kapiteln ist mit großer Mehrheit zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1487

Sonstiger Aufwand für Kunst und Schrifttum und  
allgemeine Aufwendungen für die Kunsthoch-  
schulen

Wer dem Kapitel 1487 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Kapitel 1487 ist mehrheitlich zugestimmt.

Kann ich die

Kapitel 1488 bis 1499

gemeinsam aufrufen? – Es erhebt sich kein Widerspruch.

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen sind die entsprechenden Kapitel angenommen.

Ich rufe auf

Einzelplan 05

Ministerium für Justiz, Bundes- und Europaan-  
gelegenheiten

Kann ich über die Kapitel gemeinsam abstimmen lassen? – Es erhebt sich kein Widerspruch.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Doch! Über Kapitel 0511  
getrennt!)

– Sie bitten um Einzelabstimmung über Kapitel 0511.

Wer den

Kapiteln 0501 bis 0509

zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0511

Vertretung des Landes beim Bund, Informations-  
büro Baden-Württemberg sowie Beobachter der  
Länder bei den Europäischen Gemeinschaften

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.  
- Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Kapitel 0511 ist  
mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Einzelplan 06

Finanzministerium

Kapitel 0602

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.  
- Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so  
beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0620

Betriebe und Beteiligungen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.  
- Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei etlichen Ge-  
genstimmen ist dem Kapitel 0620 zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 07

Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und  
Technologie

Kann ich hier über die

Kapitel 0701 bis 0703

gemeinsam abstimmen lassen? - Es erhebt sich kein Wi-  
derspruch.

Wer den Kapiteln 0701 bis 0703 zustimmen möchte, den  
bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stim-  
menthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen sind diese  
Kapitel angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0708

Landesbergamt

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.  
- Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei etlichen Ge-  
genstimmen ist dem Kapitel 0708 zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 08

Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten

Kann ich davon ausgehen, daß ich die Kapitel 0802 bis  
0814 zusammen aufrufen kann?

(Widerspruch bei der SPD)

- Nein. Dann rufe ich auf

Kapitel 0802

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.  
- Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dem Kapitel 0802  
ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0803

Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirt-  
schaft

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.  
- Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Kapitel 0803 ist  
bei wenigen Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0813

Institute und Anstalten für Weinbau

- Hier kann ich wohl ohne förmliche Abstimmung die  
Zustimmung feststellen.

Ich gehe davon aus, daß ich auch bei

Kapitel 0814

Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt für Wein-  
und Obstbau Weinsberg

ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung feststellen  
kann. Es ist so beschlossen.

Kann ich die

Kapitel 0819 bis 0833

gemeinsam aufrufen? - Es erhebt sich kein Widerspruch.

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um  
das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? -  
Diesen Kapiteln ist bei wenigen Gegenstimmen und eini-  
gen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Ich rufe auf den

Einzelplan 09

Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und  
Sozialordnung

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Kann ich den Einzelplan 09 insgesamt zur Abstimmung bringen? – Es erhebt sich kein Widerspruch.

Wer dem Einzelplan 09 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Einzelplan 09 ist bei wenigen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Ich rufe auf den

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt

und hier

Kapitel 1001

Ministerium

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei etlichen Gegenstimmen ist Kapitel 1001 angenommen.

Kann ich über die

Kapitel 1002 bis 1010

gemeinsam abstimmen lassen? – Es erhebt sich kein Widerspruch.

Wer den Kapiteln 1002 bis 1010 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist den Kapiteln zugestimmt.

Jetzt rufe ich schließlich auf den

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

Kann ich hier die

Kapitel 1201 bis 1204

gemeinsam aufrufen? – Es erhebt sich kein Widerspruch.

Wer den Kapiteln 1201 bis 1204 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1205

Kommunaler Finanzausgleich

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist dem Kapitel 1205 zugestimmt.

Ich rufe auf Kapitel 1208: Staatlicher Hochbau.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Was ist mit 1206?)

– 1206 gibt es nach der Vorlage nicht.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Beraten worden ist es!)

– 1206 ist in der Vorlage nicht enthalten.

Ich rufe auf

Kapitel 1208

Staatlicher Hochbau

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Kapitel 1208 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1209

Staatsvermögen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Kapitel 1209 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe schließlich auf

Kapitel 1212

Sammelansätze

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Kapitel 1212 ist mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, aufgerufen ist Abschnitt II der Beschlußempfehlung Drucksache 10/4085. Hier geht es um die Kenntnisnahme von der Mitteilung des Finanzministeriums vom 25. Mai 1990, Drucksache 10/3453. – Das Haus beschließt entsprechend der Beschlußempfehlung.

Schließlich ist aufgerufen Abschnitt III der Beschlußempfehlung. Danach sollen verschiedene Anträge und Eingaben für erledigt erklärt werden. – Das Haus stimmt diesem Abschnitt III zu.

Herr Kollege Vollmer, wünschen Sie das Wort?

(Abg. Vollmer FDP/DVP: Eine kurze Erklärung zur Abstimmung!)

Das Wort hat Herr Kollege Vollmer.

**Abg. Vollmer** FDP/DVP: Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte um Nachsicht. Ich muß einen Fehler korrigieren. Ich habe vorhin davon gesprochen, wir bedauerten es sehr, daß Sie eine Erhöhung der Baumittel für die Schulen in freier Trägerschaft abgelehnt haben. Dies gehört aber zu Kapitel 0402, nicht zu Kapitel 0435. Ich bitte deshalb, zur Kenntnis zu nehmen,

(Vollmer)

daß wir Kapitel 0435 zustimmen, aber Kapitel 0402 ablehnen.

(Abg. Baumhauer CDU: Eine späte Einsicht! – Abg. Teufel CDU: Das ist Gegenstand einer Dissertation! – Abg. Brechtken SPD: Das hätte keiner gemerkt! – Weitere Zurufe)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Vielen Dank, Herr Kollege Vollmer.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Abstimmung fort und kommen zur Zweiten Beratung des

Gesetzes über die Feststellung eines Fünften Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1990

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlußempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 10/4086.

Ich rufe auf

§ 1

Wer § 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – § 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Kann ich über die §§ 2 bis 7 gemeinsam abstimmen lassen?

(Abg. Dr. Puchta SPD: Nein! 2 und 3!)

– Dann rufe ich auf

§§ 2 und 3

– Hier kann ich ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung feststellen.

Ich rufe auf

§ 4

Wer § 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – § 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Kann ich über die restlichen Paragraphen gemeinsam abstimmen lassen?

(Abg. Brechtken SPD: Nein! § 5 extra! – Abg. Teufel CDU: Eigene Abstimmung über das Datum, Herr Präsident!)

– Herr Kollege Teufel, Sie wissen: Wenn der Wunsch geäußert wird, muß ich so verfahren.

(Abg. Teufel CDU: So ist es!)

Ich rufe auf

§ 5

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – § 5 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 6

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist § 6 zugestimmt.

Schließlich

§ 7

Wer wünscht zuzustimmen? – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Stimmenthaltungen ist § 7 zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit ist die Zweite Beratung beendet.

Wir kommen zur Dritten Beratung des Nachtragsplans. Abstimmungsgrundlage sind die Beschlüsse Zweiter Beratung.

Ich rufe auf

Einzelplan 02

Staatsministerium

– Zustimmung.

Einzelplan 03

Innenministerium

– Zustimmung.

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus und Sport

– Zustimmung.

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft und Kunst

– Zustimmung.

Einzelplan 05

Ministerium für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

– Zustimmung.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

- |   |  |
|---|--|
| <p>Einzelplan 06<br/>Finanzministerium</p> <p>– Zustimmung.</p>   | <p>§ 5</p> <p>– Zustimmung.</p>  |
| <p>Einzelplan 07<br/>Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie</p> <p>– Zustimmung.</p>   | <p>§ 6</p> <p>– Zustimmung.</p>  |
| <p>Einzelplan 08<br/>Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</p> <p>– Zustimmung.</p> <p>(Abg. Bütikofer GRÜNE: Mit Bedenken!)</p>   | <p>§ 7</p> <p>– Zustimmung.</p> <p>Die Einleitung</p> <p>lautet: „Der Landtag hat am 10. Oktober 1990 das folgende Gesetz beschlossen:“.</p> <p>Die Überschrift</p> <p>lautet: „Gesetz über die Feststellung eines Fünften Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1990“. – Sie stimmen der Überschrift zu.</p> <p>Wir kommen zur</p>  |
| <p>Einzelplan 09<br/>Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung</p> <p>– Zustimmung.</p>   | <p>Schlußabstimmung</p> <p>Wer dem Gesetz insgesamt zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.</p>   |
| <p>Einzelplan 10<br/>Ministerium für Umwelt</p> <p>– Zustimmung.</p>  | <p>Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.</p> <p>Ich rufe <b>Punkt 3</b> der Tagesordnung auf:</p>   |
| <p>Einzelplan 12<br/>Allgemeine Finanzverwaltung</p> <p>– Zustimmung.</p> <p>Wir kommen zur Dritten Beratung des</p> <p>Gesetzes über die Feststellung eines Fünften Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1990</p> <p>Ich rufe auf</p> | <p><b>Zweite Beratung</b></p> <p>a) des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landtagswahlgesetzes – Drucksache 10/3470</p> <p>b) des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – Gesetz über die Landtagswahlen (Landtagswahlgesetz – LWG) – Drucksache 10/2376</p> <p>c) des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Landtagswahlen – Drucksache 10/3973</p> <p><b>Beschlußempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 10/4095</b></p> <p>Berichterstatter: Abg. Longin</p> <p>Herr Abg. Longin, wünschen Sie als Berichterstatter das Wort?</p> <p>(Zurufe von der CDU: Nein!)</p> <p>– Dies ist nicht der Fall.</p> <p>Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache über alle drei Gesetzentwürfe eine Redezeit</p> |
| <p>§ 1</p> <p>– Zustimmung.</p>   |  |
| <p>§ 2</p> <p>– Zustimmung.</p>   |  |
| <p>§ 3</p> <p>– Zustimmung.</p>   |  |
| <p>§ 4</p> <p>– Zustimmung.</p>   |  |

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

von 10 Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten festgelegt.

Wem darf ich das Wort in der Allgemeinen Aussprache erteilen?

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Mir!)

– Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bütikofer.

(Abg. Brechtken SPD: Reinhard, du bist ja heute Dauerredner!)

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde die Redezeit von 10 Minuten nicht benötigen, denn wir haben in unterschiedlichen Beratungen zu den einzelnen Gesetzentwürfen, die jetzt hier gemeinsam zur Debatte stehen, schon hinreichend Gelegenheit gehabt, unsere Auffassung dazu deutlich zu machen. Lassen Sie mich deshalb zum Abschluß dieses ganzen Diskussionsprozesses nur die wichtigsten Ergebnisse dieser lang andauernden Beratungen aus der Sicht der Fraktion GRÜNE zusammenfassen.

Der Ausgangspunkt für alle drei Gesetzentwürfe, die heute zur Beratung anstehen, war die eigentlich schon unmittelbar im Anschluß an die letzte Landtagswahl deutlich gewordene Unzulänglichkeit des derzeit gültigen Landtagswahlgesetzes. Alle Oppositionsfraktionen haben bereits damals deutlich gemacht, daß sie eine Korrektur für erforderlich halten. Es hat auch im gesellschaftlichen Bereich zahlreiche Diskussionen gegeben. Insbesondere die Tatsache, daß so wenige Frauen hier im Landtag vertreten sind, hat, etwa vom Landesfrauenrat, Initiativen mit dem Ziel ausgelöst, durch eine Änderung des Landtagswahlgesetzes eine Verbesserung zu erreichen.

Sehr lange hat die Landesregierung, sehr lange hat die CDU-Mehrheitsfraktion auf diese Diskussionen nicht reagiert. Es bedurfte erst des Urteils des Staatsgerichtshofs, der festgestellt hat, daß die Abweichung der Größen der einzelnen Landtagswahlkreise nicht akzeptabel ist, um die Landesregierung hier in Bewegung zu setzen. Unsere Hoffnung war eigentlich, daß, nachdem deutlich geworden war, daß hier in der Tat, wie wir zuvor behauptet hatten, Handlungsdruck existierte, die Landesregierung\* und die CDU-Fraktion sich dazu verstehen könnten, die verschiedenen Aspekte eines Reformbedarfs, von denen wir zuvor schon einige diskutiert hatten, wenigstens einmal ernsthaft in der Diskussion aufzugreifen und zu prüfen.

Wir müssen heute, am Schluß dieses Diskussionsprozesses, allerdings feststellen, daß in keinem einzigen Punkt eine Bereitschaft zur ernsthaften Diskussion von Seiten der CDU bestanden hat. Sie haben nicht mit uns diskutiert und Wege geprüft, wie man die Beteiligung, die Anwesenheit von Frauen hier im Parlament stärken kann. Sie haben nicht mit uns gemeinsam Wege gesucht, wie man den Wählern eine größere Auswahl geben kann. Sie haben nicht gemeinsam mit uns Wege gesucht, wie einzelne Ungerechtigkeiten des Landtagswahlgesetzes beseitigt werden können. Sie haben auch nicht Wege gesucht, wie man bei dem derzeitigen Mißstand, daß zahlreiche Mitglieder der Exekutive wie auch zahlreiche Landräte gleichzeitig im Parla-

ment vertreten sind, Abhilfe schaffen kann. Keine einzige Reformidee hat bei Ihnen die Chance gehabt, ernst genommen zu werden.

Sie haben sich allein darauf beschränkt, das zu tun, was der Staatsgerichtshof durch sein Urteil unmittelbar erzwungen hat – und das, obwohl, so möchte ich behaupten, außerhalb dieses Landtags niemand bestreiten wird, daß der von uns genannte Reformbedarf existiert. Die CDU-Fraktion stellt sich in einer jedenfalls nach außen einmütigen Taubheit gegenüber den gesellschaftlichen Wünschen, in einer einmütigen Verweigerung gegenüber den Forderungen der Zeit hin und sagt: „Wir jedenfalls lassen uns nicht bewegen, irgend etwas an diesem antiquierten Landtagswahlrecht zu ändern.“ Das ist das Fazit, das ist in dem Maße auch bedauerlich.

Zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung, der ja nur ein Versuch in Minimalistik ist,

(Abg. Jacobi GRÜNE: Mit teilweise verheerenden Folgen!)

läßt sich meines Erachtens auch noch einiges an Kritik hinzufügen. Ich will nicht alles wiederholen, wie gesagt, was in der Debatte schon ausgeführt wurde. Aber die Art und Weise, wie die Landtagswahlkreise nun neu eingeteilt werden, begegnet aus unserer Sicht insbesondere zwei Bedenken:

Erstens: Es ist keine Reform, die von Dauer sein wird, nicht einmal in dieser Hinsicht. Geringe Wanderungsbewegungen, die absehbar sind, werden den Landtag zwingen, sich, wenn er sich an die Vorgaben des Staatsgerichtshofs halten will, bereits in kurzer Frist wieder mit dieser Frage zu beschäftigen, weil dann die dort gesetzten Grenzen bereits erneut überschritten sein werden. Sie wissen das, haben das in Kauf genommen. Ich finde das bedauerlich, weil dadurch die Chance, mit einer Einteilung neue Strukturen zu schaffen, die auch zusammenwachsen können, vertan ist.

(Abg. Köder SPD: Ein Wahlkreis ist kein integrierendes Element!)

– Die Zusammensetzung eines Wahlkreises ist wichtig, Herr Kollege Köder, weil sich für die Parteien dort die Aufgabe stellt, wenn sie ihre Kandidaten auswählen wollen, sich untereinander zu verständigen. Wenn aber Teile von einzelnen Wahlkreisen zusammengefaßt oder anderen Wahlkreisen zugeschlagen werden, dann ist es, soll die demokratische Auswahl der Kandidaten wirklich funktionieren, erforderlich, daß dort die Strukturen zusammenwachsen. Wenn das nun alle paar Jahre zusammengestoppelt wird, dann wird das jedenfalls nicht möglich sein, sondern dann werden sich die Ballungszentren in den Wahlkreisen durchsetzen, und die anderen werden randständig bleiben. Möglicherweise spielt das für Sie keine so große Rolle. Ich jedenfalls halte es für einen Nachteil. Ich halte es auch aus ganz prinzipiellen Gründen für einen Nachteil, daß die Abweichungen, die zwischen den Wahlkreisgrößen existieren, nach wie vor eine Korridorbreite haben, die äußerst bedenklich ist.

(Bütikofer)

Der zweite Einwand, den ich nennen will, ist, daß insbesondere im Falle der Neustrukturierung im unteren Neckarraum eine Lösung gefunden worden ist, die nur einen einzigen positiven Effekt hat - aus Sicht der CDU -, nämlich der CDU nach Möglichkeit ein sicheres Direktmandat zu verschaffen. Das war sozusagen die Rache, die man an dem SPD-Abgeordneten zu üben versucht hat, der den Staatsgerichtshof auf die Fährte gesetzt hatte, der dafür gesorgt hatte, daß der Landesregierung die Leviten gelesen werden. Man nimmt der SPD ein mögliches Direktmandat, um es für die CDU zu holen. Ich glaube, diese Art von parteipolitischer Instrumentalisierung staatspolitischer Regulationsnotwendigkeiten ist äußerst bedenklich. Dem werden wir nicht zustimmen.

Zu unserem eigenen Gesetzentwurf die Stichworte, um die es ging. Die Regelungsabsichten, die wir damit verfolgt haben, habe ich Ihnen vorhin noch einmal genannt. Ich werde mir den Tott nicht antun, Ihnen das erneut vorzutragen, da ohnehin jeder weiß, daß Sie unseren Entwurf bedenkenlos ablehnen werden.

Zum Gesetzentwurf der SPD: Wir haben uns mit diesem Entwurf in einem zentralen Punkt schon kritisch auseinandergesetzt. Wir werden ihn wegen dieses Einwands auch nicht unterstützen. Wir sind mit Ihrem Versuch, das Problem der stärkeren Beteiligung von Frauen im Landtag auf Kosten einer Regelung zu lösen, die eine Aufblähung des Landtags erforderlich machen würde, nicht einverstanden. Unseres Erachtens wäre es notwendig, andere Regelungen zu suchen. Wir haben andere Wege gewiesen. Gehen Sie diese anderen Wege. Die Effektivität, das Ansehen, die Arbeitskraft und die Kontrollfähigkeit des Landtags gegenüber der Landesregierung werden nicht wachsen, wenn der Landtag aufgebläht wird.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Geduld. Ich werde auch zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schäuble.

**Abg. Dr. Schäuble** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ständige Ausschuß hat in seiner letzten Sitzung den Gesetzentwurf der Landesregierung sowie die Entwürfe der SPD-Fraktion und der Fraktion GRÜNE in mehrfacher Hinsicht sehr lange und erschöpfend beraten, eine Beratung übrigens, Herr Bütikofer, bei der Sie bedauerlicherweise gefehlt haben, sonst wären Ihnen vielleicht einige Argumente, die Sie heute gebracht haben, nicht so leicht über die Lippen gekommen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage. - Glocke des Präsidenten)

- Sie dürfen eine Zwischenfrage stellen.

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Jawohl. Ich wollte Sie, Herr Abg. Dr. Schäuble, eben fragen, ob Sie die Zwischenfrage des Herrn Abg. Bütikofer zulassen.

**Abg. Dr. Schäuble** CDU: Wahrscheinlich will er mich fragen, ob ich weiß, warum er gegangen ist. Ich weiß es nicht. - Bitte.

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Bitte, Herr Abg. Bütikofer.

**Abg. Bütikofer** GRÜNE: Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich deswegen an der Beratung im Ständigen Ausschuß über diese Gesetzentwürfe nicht teilnehmen konnte, weil der Ständige Ausschuß die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte ohne Vorabgespräch geändert hat, so daß ich, nachdem ich extra zur Beratung dieses Punktes angereist war, abreisen mußte, ohne an der Beratung teilnehmen zu können?

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Bitte, Herr Abg. Dr. Schäuble.

**Abg. Dr. Schäuble** CDU: Ich bin auch gern bereit, Herr Bütikofer, Sie insgesamt zur Kenntnis zu nehmen, wenn Sie Ihrerseits bereit sind, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich es bedaure, daß Sie bei dieser Beratung nicht anwesend waren.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Es ging mir darum, daß Sie keine Vorwürfe erheben! - Abg. Stoltz SPD: Etwas zur Sache! - Weitere Zurufe von der SPD)

Bei dieser Beratung hat es sich deutlich herausgestellt, daß wir das Landtagwahlrecht infolge der Rechtsprechung des Staatsgerichtshofs ändern müssen. Wir wissen alle und haben das im Plenum schon mehrmals gesagt, daß eine Abweichung der Wählerzahl in den Wahlkreisen von mehr als einem Drittel nach oben oder unten mit dem Grundsatz der Chancengleichheit bei Wahlen nicht vereinbar ist. Dies ist der Punkt, der korrigiert werden muß. Diesem Punkt trägt auch der Gesetzentwurf der Landesregierung Rechnung, und zwar mehr als ausreichend, indem er nicht nur bei einer Ein-Drittel-Grenze ansetzt, sondern auf eine Abweichung von 25 % nach oben oder unten heruntergeht. Damit, meine Damen und Herren, sind wir auf jeden Fall auf der sicheren Seite.

Wir müssen den Zeitpunkt sehen. Sie alle wissen - auch dies ist schon mehrmals gesagt worden -, daß das Nominierungsverfahren für die Landtagwahlkandidaten bereits am 1. Dezember dieses Jahres beginnen kann. Also haben wir keine Zeit mehr zu verlieren. Wir müssen auch bemüht sein, die Anforderungen des Staatsgerichtshofs möglichst bald in das Gesetzesverfahren aufzunehmen.

Zu den Entwürfen insbesondere der SPD-Fraktion und der Grünen. Herr Birzele, Sie haben im Ständigen Ausschuß bewiesen, daß Sie die vier Grundrechenarten in bezirzender Weise beherrschen.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Ich möchte aber um eines bitten. Infolge der Rechtsprechung des Staatsgerichtshofs ist es notwendig, daß die Wählerzahl in den Wahlkreisen um nicht mehr als ein Drittel nach oben oder unten abweichen darf. Dies führt zum Beispiel zu einer Korrektur - wenn man die Grenze von 25 % annimmt - auch bei den Wahlkreisen in Mann-

(Dr. Schäuble)

heim. Daraus wiederum den Schluß zu ziehen, daß man bei der Gelegenheit dem Regierungsbezirk Karlsruhe einen der 19 Wahlkreise wegnehmen könnte, halte ich in dem Zusammenhang für verfehlt. Hierbei vermischen Sie Dinge, die nicht zusammengehören, zumal im gleichen Urteil des Staatsgerichtshofs – Sie können nachher ja darauf eingehen –

(Zuruf des Abg. Köder SPD)

eindeutig gesagt wird, daß, bezogen auf die Regierungsbezirke, die Zahl der Wahlkreise innerhalb von Baden-Württemberg durchaus richtig ist.

Zu der anderen Frage, die Sie angesprochen haben, ob man die Frist für den Mindestaufenthalt der Wähler von drei Monaten auf einen Monat verkürzen dürfe – wir haben darüber im Ausschuß sehr ausführlich gesprochen –, sind wir der Auffassung, daß dies insofern nicht richtig ist, als zum einen der Wähler sein Umfeld kennen sollte und zum anderen – auch dies kann man nicht wegwischen – dadurch eine gewisse Manipulationsgefahr entstünde. Nicht umsonst haben die anderen Bundesländer auch diesen Mindestaufenthalt von drei Monaten vorgeschrieben.

Sie haben in Ihrem Gesetzentwurf freilich ein sehr wichtiges Thema angeschnitten, nämlich wie man dazu beitragen kann, daß sich der Anteil der Frauen hier im Landtag und überhaupt in den Parlamenten erhöht. Dies ist sicherlich ein Problem, dem wir uns stellen müssen. Wir haben allerdings, wie übrigens auch die anderen Fraktionen, aus rechtlichen Gründen erhebliche Bedenken gegen den von Ihnen vorgebrachten Vorschlag. Sie müssen bedenken, daß Sie den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz beim Wahlrecht immer durch das allgemeine Wahlrecht und den Grundsatz der Wahlgleichheit relativieren müssen. Dies ist bei Ihnen wohl das entscheidende Problem. Die SPD hat inzwischen auch Erfahrung in der Frage, wie man Gesetzentwürfe für Wahlen anbringt. Wenn ich an die Bundesebene denke, bin ich der Auffassung, daß man solche Dinge nicht übers Knie brechen sollte.

Wir stehen, meine Damen und Herren, vor dem Problem, daß wir, wie ich vorhin schon sagte, das Landtagswahlrecht sehr schnell an die Erfordernisse anpassen müssen, die sich aus der Rechtsprechung des Staatsgerichtshofs ergeben. Ich hielte es für völlig verfehlt, wenn wir bei dieser Gelegenheit in aller Schnelle ganz andere und wesentlich kompliziertere Probleme mit hineinpacken würden, die übrigens, Herr Bütikofer, dies klang bei Ihnen auch etwas falsch heraus, mit der Rechtsprechung und diesem Urteil des Staatsgerichtshofs überhaupt nichts zu tun haben. Es wäre völlig falsch, dies alles miteinander zu vermengen. Wir stehen jetzt unter einem sehr starken Zeitdruck. Deshalb sollten wir uns auf das beschränken, was wirklich durch die Rechtsprechung des Staatsgerichtshofs geboten ist. Dem trägt der Gesetzentwurf der Landesregierung Rechnung. Deshalb ist die CDU-Fraktion auch für diesen Regierungsentwurf.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

**Abg. Birzele SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bereits bei der Ersten Beratung unseres Gesetzentwurfs in der vorletzten Plenarsitzung habe ich darauf hingewiesen, daß der derzeitige Frauenanteil im Parlament mit 13 Frauen, also mit 10,4 %, beschämend gering ist. Ich habe daran erinnert, daß die im Landtag vertretenen Parteien gegenüber den Frauenorganisationen, insbesondere gegenüber dem Landesfrauenrat, vor der letzten Landtagswahl die Zusicherung abgegeben haben, sich diesem Problem zu stellen und Lösungsvorschläge aufzuzeigen.

Der „Beitrag“ von CDU und FDP/DVP beschränkt sich leider darauf, die vom Landesfrauenrat vorgelegten vier Modelle abzulehnen. Wir dagegen, die SPD-Fraktion, haben, auf dieser Diskussion über die vier Modelle des Landesfrauenrats aufbauend, einen realisierbaren Gesetzentwurf vorgelegt, der den Frauenanteil im Landtag nachhaltig erhöhen würde. Wir würden dazu das gegenwärtige Wahl- und Verteilungssystem für 120 Abgeordnete beibehalten und über eine zusätzliche „kleine Landesliste“ mit 30 Plätzen den Parteien die Möglichkeit einräumen und selbstverständlich auch die Parteien in die Pflicht nehmen, eine Mindestquote von 25 % zugunsten der Frauen durchzusetzen. Dieses Verfahren würde auch funktionieren.

Nach den Verhältnissen der Landtagswahl 1988 wären sämtliche Parteien – entgegen den Befürchtungen des Innenministers auch seine eigene – in der Lage gewesen, diesen 25%-Anteil von Bewerberinnen zu garantieren.

Hätte unser Gesetzentwurf bei der letzten Landtagswahl gegolten, hätte dies bedeutet, daß 25 Frauen zusätzlich in den Landtag eingezogen wären, nämlich für die CDU-Fraktion zwölf Frauen, für die SPD-Fraktion zehn Frauen, für die Fraktion GRÜNE eine Frau und für die FDP/DVP-Fraktion zwei Frauen,

(Zuruf von der FDP/DVP: Hervorragend!)

und zwar mindestens, gegebenenfalls wären es sogar noch mehr gewesen. Dies hätte bedeutet, daß insgesamt 38 Frauen hier in diesem Hause gewesen wären, also etwas mehr als 25 %. Damit ist eindeutig nachgewiesen, daß dieser Gesetzentwurf tatsächlich funktionieren würde.

Die rechtlichen Einwände der Landesregierung, die der Herr Kollege Schäuble gerade wiederholt hat, treffen nicht zu. Der Vertreter des Innenministeriums mußte einräumen, daß die Zitate des Schrifttums, auf die er sich stützte, gar nicht auf eine 25%-Quote, sondern auf eine 50%-Quote gemünzt sind. Bei unserem Gesetzentwurf wäre die Chancengleichheit der Bewerber schon deshalb nicht verletzt, weil alle Parteien mindestens 25 % Frauen als Mitglieder haben.

Zum zweiten: Es ist kritisiert worden, gerade auch von der CDU und von der Landesregierung, daß wir vorgeschlagen hätten, auf unserer „kleinen Landesliste“ nur Bewerberinnen und Bewerber aus Wahlkreisen zu nominieren. Wir haben dies bewußt gemacht, weil dadurch die Chance der Frauen, in den Wahlkreisen nominiert zu werden, zusätzlich erhöht würde. Aber ich betone noch einmal: Für uns ist dies keine *conditio sine qua non*. Dies bedeutet nicht,

(Birzele)

daß wir insoweit Änderungsvorschläge nicht hinnehmen würden.

(Zuruf des Abg. Dr. Schäuble CDU)

– Ich habe das leider nicht gehört, Herr Schäuble.

(Abg. Dr. Schäuble CDU: Sie haben ja im Verfassungsrecht in letzter Zeit viel an Erfahrung gewonnen, Herr Birzele! Vielleicht sollten Sie als Berater der SPD-Bundestagsfraktion – –)

– Ja. Ich kann Ihnen aber sagen, Herr Kollege Schäuble: Wenn ich meine Prognosen und die der Landesregierung mit dem Verfassungsrecht vergleiche, dann bin ich im Vorteil.

(Beifall bei der SPD – Abg. Weimer SPD: So ist es! Da wäre ich beim Birzele vorsichtig!)

Nun zu dem Argument einer Aufblähung des Parlaments, das lustigerweise gerade von den Grünen gebracht worden ist. Ich halte es zum einen für abwegig, bei einem solchen Problem mit solchen Zahlen daherzukommen. Auf der anderen Seite haben wir im Ständigen Ausschuß aber auch nachgewiesen, daß das Land Baden-Württemberg damit keineswegs eine Überrepräsentation durch Abgeordnete hätte. Im Gegenteil, nur ein Flächenstaat, Nordrhein-Westfalen, hätte mehr Einwohner pro Abgeordneten als das Land Baden-Württemberg. Und ich weise noch einmal darauf hin, daß sich die Zahl der Abgeordneten wesentlich erhöhen kann, je nachdem wie die Wahlergebnisse ausfallen: Das Bundestagswahlergebnis 1987, umgerechnet auf Landtagswahlkreise, ergibt 136 bzw. 140 Landtagsmandate. Die Differenz ist also nicht 120 zu 150, sondern beispielsweise 140 zu 150.

Viertes Argument, das von der Frau Kollegin Bender gebracht wurde, die gerade leider nicht da ist: Unser Entwurf bedeute – ich habe mir das extra aufgeschrieben – „ein Stück mehr an Zentralisierung und Verantwortung der zentralen Parteigremien, und genau das wollen wir nicht“. Daß die Grünen das nicht wollen, ist angesichts ihrer Erfahrungen mit ihrem Landesparteitag ja irgendwie ein bißchen verständlich. Absurd ist nur, daß genau ihr Gesetzentwurf dies herbeiführt, denn bei ihrem Gesetzentwurf kämen Abgeordnete der Grünen nur über solche Listen, also über zentrale Parteigremien auf Regierungsebene, in den Landtag und eben nicht mehr auf der Basis von Wahlkreisen, während nach unserem Gesetzentwurf – die Zahlen habe ich vorhin erwähnt – dies keineswegs so der Fall wäre.

Fünftes Argument: Es war geradezu abenteuerlich, daß im Ständigen Ausschuß ausgerechnet wiederum die Vertreterin der Grünen gesagt hat, unser Quotierungsvorschlag bedeute eine Diskriminierung der Frauen. Wenn das die FDP/DVP gesagt hätte, wie es ja der Kollege Goll in der Ersten Beratung gemacht hat und wie er es heute, nehme ich an, wieder machen wird,

(Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Der sagt genauso das gleiche wie Sie!)

oder wenn das die CDU gesagt hätte, hätte mich das nicht überrascht. Daß es aber ausgerechnet die Grünen bringen, die ihrerseits Quotierungsvorschläge unterbreiten, ist geradezu hanebüchen.

(Zuruf des Abg. Dr. Rochlitz GRÜNE)

Wir fordern deshalb die Mitglieder dieses Hauses auf, unserem Gesetzesvorschlag zuzustimmen und damit zu gewährleisten, daß im nächsten Landtag mindestens ein Frauenanteil von 25 % hier in diesem Hause begrüßt werden kann.

Nun zum Gesetzentwurf der Grünen. Darin gibt es einige richtige Punkte. Ich will mich in der Diskussion jetzt aber auf einen Hauptpunkt beschränken, nämlich auf den Punkt, daß Sie das Kommunalwahlrecht baden-württembergischer Prägung auf Landesebene eingeführt wissen wollen. Dies ist völlig unpraktikabel und realitätsfern. Wir würden eine hohe Zahl ungültiger Stimmen haben. Die Wahlergebnisse würden wie in einem wenig entwickelten Land frühestens nach einer Woche vorliegen. Ein Haupteinwand besteht aber darin, daß Sie mit dem Vorschlag, auf Landesebene das Panaschieren einzuführen, ein völlig unpolitisches Wahlsystem schaffen würden.

Ich will Ihnen einmal ein Beispiel geben: Es kann doch nicht sein, daß der Wähler im Regierungsbezirk Stuttgart, so, wie Sie es haben wollen, 9/26 CDU, 9/26 SPD, 4/26 Grüne und 4/26 FDP/DVP wählt. Wie soll auf einer solchen Basis hinterher eine vernünftige Regierung zustande kommen?

Der größte Nachteil Ihres Gesetzentwurfs ist, daß Sie entgegen Ihrer Behauptung den Frauenanteil gerade nicht nachhaltig erhöhen würden, weil bei Ihrer Konkurrenzliste die Frauen keinen Vorteil hätten. Im Gegenteil: Sie würden gegenüber den bisherigen Bewerbern unterliegen. Der Gesetzentwurf ist deshalb für uns nicht akzeptabel.

Nun komme ich zum Regierungsentwurf. Wir haben sowohl im Innenausschuß als auch im Ständigen Ausschuß vorgeschlagen, daß eine interfraktionelle Kommission gebildet werden soll, um eine einvernehmliche Regelung zumindest bezüglich der Abgrenzung der Wahlkreise zu erreichen. Leider hat die CDU-Fraktion diesen Vorschlag abgelehnt. Dies ist deshalb bedauerlich, weil damit mit der guten Tradition gebrochen wird, daß solche Wahlrechtsfragen, insbesondere Landtagswahlrechtsfragen, einvernehmlich beschlossen werden.

Im Regierungsentwurf wird die Neugründung – das ist der strittige Punkt – eines Wahlkreises Wiesloch vorgeschlagen. Ich weise noch einmal darauf hin, daß eine solche Neugründung nach der Bevölkerungsentwicklung in den Regierungsbezirken nicht gerechtfertigt ist. Wenn Sie die Anlage zu unserem Änderungsantrag zur Hand nehmen, sehen Sie, daß der Bevölkerungsanteil der Regierungsbezirke Stuttgart und Karlsruhe im Vergleich zu den Regierungsbezirken Tübingen und Freiburg kontinuierlich prozentual abgefallen ist. Dies ist insbesondere bei Karlsruhe der Fall. Ich nenne einmal die Zahlen: 1976 hatte der Regierungsbezirk Karlsruhe bei 70 Wahlkreisen einen Anteil von exakt 18,65. Es war deshalb damals gerechtfertigt,

(Birzele)

die Zahl der Wahlkreise auf 19 aufzurunden. 1980 betrug der Anteil nur noch 18,49, 1984 18,39, 1988 18,33 und bei der Europawahl auch 18,33. Wenn man beobachtet, wie die Zuwanderung in unserem Land erfolgt, nämlich verstärkt in die weniger dicht besiedelten Räume, dann ist es erklärlich, daß der Regierungsbezirk Karlsruhe in seinem Anteil zurückgeht. Angesichts eines solchen Sachverhalts ist es nicht gerechtfertigt, gerade jetzt dort einen neuen Wahlkreis zu schaffen.

Ich räume ein – das habe ich schon verschiedentlich betont, Herr Kollege Schäuble –, daß, wenn allein diese Entwicklung zur Debatte stünde, selbstverständlich im Regierungsbezirk Karlsruhe gar nichts zu ändern wäre. Aber im Regierungsbezirk Karlsruhe werden ja – Sie haben es erwähnt – Änderungen vorgenommen. Aus drei Mannheimer Wahlkreisen werden zwei geschaffen. Und nun stellt sich die Frage genauso wie bei einer völligen Neuabgrenzung auf Landesebene: Werden dann die Regierungsbezirke noch angemessen berücksichtigt? Es ist überhaupt kein Grund ersichtlich, warum man entgegen den Anteilen den Regierungsbezirk Karlsruhe nun überrepräsentieren will, was die Zahl der Wahlkreise betrifft. Es ist übrigens auch deshalb nicht sinnvoll, weil der neue Wahlkreis Wiesloch mit 18,1 % unter dem Durchschnitt liegt und weil die zwei anderen Wahlkreise – Sinsheim mit minus 10 % und Schwetzingen mit minus 15,2 % –, die bei dieser Operation beschnitten werden, ebenfalls weit unter dem Durchschnitt liegen. Deshalb ist es auch keine politisch sinnvolle Lösung.

Im übrigen will ich darauf hinweisen, daß die Reduzierung der Zahl der Wahlkreise für den Regierungsbezirk Karlsruhe ja nicht bedeuten würde, daß der Regierungsbezirk Karlsruhe schlechtergestellt würde, denn er würde, wie Sie wissen, bei der Verteilungsberechnung der Regierungsbezirke seinen angemessenen Anteil an Abgeordneten erhalten.

Der Nachteil – auch unter Gesichtspunkten des Wahlrechts – liegt jedoch darin, daß durch diese Neugründung eine zusätzliche Überrepräsentation erfolgt und daß dadurch ein zusätzliches Überhangmandat eintritt. Bei der letzten Landtagswahl im Jahr 1988 hätte dies – vorausgesetzt, die Neuabgrenzung hätte schon gegolten – ein weiteres Überhangmandat für die CDU bedeutet.

Sie wissen alle, wie das mit den Überhangmandaten ist. Wir haben vier Überhangmandate, von denen nur eines ausgeglichen ist. Das ist nach meiner Auffassung für die CDU-Fraktion der eigentliche Grund. Die CDU versucht, sich hierdurch ungerechtfertigte Vorteile zu verschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Wir bitten Sie deshalb, unserem Änderungsantrag zuzustimmen und auch bezüglich der Frist für den Mindestaufenthalt endlich zur Kenntnis zu nehmen, daß es nunmehr eine moderne Datenverarbeitung gibt und wir nicht mehr wie in früheren Zeiten mit Handarbeit operieren müssen. Wenn unser Änderungsantrag nicht angenommen wird, werden wir den Regierungsentwurf ablehnen.

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Eine Reise von 1 000 Meilen“, sagt man, „beginnt mit dem ersten Schritt.“ Das heißt: Auch wenn wir als Liberale mit der Reform unseres Landtagswahlrechts noch viel weiter kommen wollen, ist mit dem uns vorliegenden Entwurf der Landesregierung wenigstens ein einziger Schritt getan, weil der Entwurf ein Stückchen mehr Gerechtigkeit bringt. Dabei sind wir uns bewußt, daß es kein absolut gerechtes Landtagswahlrecht gibt. Unser System könnte jedoch wesentlich gerechter sein, wenn man zwei nach unserer Auffassung notwendigen Dinge täte, nämlich erstens eine Nivellierung der Wahlkreise in wesentlich stärkerem Maße, als es die Regierungsvorlage will, durchzuführen und zweitens ein Listenelement einzuführen, aber eines – das sage ich gleich dazu –, das ähnlich wie bei der Gemeinderatswahl von den Wählerinnen und Wählern beeinflußt werden könnte, so daß diese entscheiden, wer letztlich von denen, die auf der Liste stehen, in den Landtag kommt.

Diese beiden Elemente wären unseres Erachtens Beiträge zu einem gerechteren Wahlsystem, wobei ich mir bewußt bin, daß das heute natürlich ein Ausblick auf Verbesserungen ist, um die wir weiter kämpfen werden und für die wir weiter nach Mehrheiten in diesem Hause suchen werden, auch wenn uns bewußt ist, daß es hier Licht und Schatten gibt, daß man dagegen auch Einwände vorbringen kann. Eine Nivellierung der Wahlkreise ist also, so ähnlich wie die Länderneugliederung, an sich wünschenswert, aber nicht sehr wahrscheinlich. Man kann auch sagen, wie es ja Kreise der SPD tun, wenn man die Wahlkreise ganz nivelliere, hätten SPD-Bewerber nur noch in bestimmten städtischen Bezirken Chancen.

(Abg. Dr. Schäuble CDU: Das ist sowieso so!)

Daran merkt man die Tücke dieses Wahlrechts. Auch eine Nivellierung hat natürlich ihre Schattenseiten. Deshalb sollte man das Wahlrecht um ein zweites Element ergänzen, durch das die Wählerinnen und Wähler auf der Liste darüber entscheiden können, wer in den Landtag einrückt. Soviel zu den Zukunftsperspektiven.

Heute aber, meine Damen und Herren, geht es um etwas anderes. Heute geht es darum, zu dieser ersten vom Staatsgerichtshof verordneten Korrektur ja oder nein zu sagen, zu einer Korrektur, die uns wenigstens eine etwas geringere Bandbreite bringt, was die Größenabweichungen der Wahlkreise angeht. Ich weiß, wovon ich rede, denn ich komme aus einem Kreis, der um ein erhebliches Stück verkleinert wird.

Diese erste Korrektur macht unser Wahlrecht ein Stück gerechter. Ich möchte es so ausdrücken: Es ist zwar so, wie wenn Sie von jemandem 100 DM wollen und der Ihnen nur 20 DM anbietet. Dann können Sie natürlich sagen, er könne den Rest auch gleich behalten. Aber wir dürfen unseren Verzicht auf diese kleine Leistung, die uns die Landesregierung anbietet, nicht erklären, weil es um ein Stück mehr Wahlgerechtigkeit geht und weil wir insofern Verantwortung gegenüber den Wählerinnen und Wählern

(Dr. Ulrich Goll)

und gegenüber den Kandidatinnen und Kandidaten tragen, daß dieses kleine Stück mehr Gerechtigkeit tatsächlich hergestellt wird.

Nach unserer Auffassung kann die Antwort der Fraktion zu diesem Entwurf also nur ja heißen. Es könnte uns im übrigen sonst auch der Vorwurf blühen, wir wollten die Rechtsprechung des Staatsgerichtshofs ignorieren.

Wir werden allerdings, meine Damen und Herren von der SPD, Ihren Änderungsantrag auch hier ablehnen, weil er eigentlich weniger Nivellierung will als die Regierungsvorlage. Das muß man trotz der Ausführungen des Kollegen Birzele schon sagen. Nach Ihrem Änderungsentwurf käme weniger Nivellierung und damit weniger Gerechtigkeit heraus.

(Abg. Birzele SPD: Das ist doch gar nicht wahr!)

Deswegen werden wir diesem Änderungsvorschlag nicht zustimmen.

(Abg. Schrempp SPD: Den haben Sie eben nicht verstanden! – Abg. Dr. Schäuble CDU: Der Herr Birzele meint das Richtige, aber er drückt es nicht klar aus!)

– Ja, es ist vielleicht unser Problem, Herr Schäuble, daß wir nicht imstande sind, das zu begreifen. Das mag durchaus sein. Es ist ja auch sehr kompliziert.

(Zuruf des Abg. Schrempp SPD)

Aber so, wie ich es mir vorstelle – –

(Abg. Dr. Schäuble CDU: Da sind wir mehrheitsfähig, Herr Goll!)

– Solange es so ist, juckt uns das nicht. Deswegen bekommen wir keine Depressionen.

Noch zu dem Entwurf der SPD: Man muß sich einmal überlegen, Herr Kollege Birzele: Die Grünen attestieren Ihnen, daß dieser Entwurf eine Diskriminierung der Frauen bewirkt. Das ist für mich so ähnlich, wie wenn der Papst einen wegen religiösen Eifers exkommuniziert. Ich meine, grüner als grün können Sie an diesem Punkt eigentlich kaum sein.

(Zuruf der Abg. Barbara Schroeren-Boersch GRÜNE)

– Ja, genau. Gerade wollte ich es sagen, liebe Kollegin Schroeren-Boersch. Wir wollen auch nicht, daß man die Frauen an den Katzentisch setzt und dazu noch über die schlanke Tour, daß man das Gremium einfach vergrößert nach dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß!

Im übrigen böte die von mir vorhin skizzierte Wahlrechtsänderung natürlich die Gelegenheit, mehr Frauen ins Parlament zu wählen, Herr Kollege Birzele. Denn aufgestellt werden die Frauen. Man kann manchmal den Eindruck haben, sie werden zu wenig gewählt. Darin steckt

natürlich auch ein Problem. Wir wollen, daß die Wählerinnen und Wähler weiterhin entscheiden, wer in den Landtag kommt, und wir wollen sie da nicht durch eine Quote bevormunden. Deswegen können wir dem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Straub.

**Abg. Straub CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte Stellung nehmen zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion bezüglich der Zahl der Wahlkreise und der Verkürzung der Frist von drei Monaten auf einen Monat. Ich möchte vorwegnehmen, Herr Kollege Birzele: Wir können diesem Änderungsantrag nicht zustimmen.

Wir halten es für richtig, daß trotz der von Ihnen erwähnten hohen Mobilität die Frist von drei Monaten bestehen bleibt, weil die Verkürzung auf einen Monat mit nicht zu übersehenden Schwierigkeiten verbunden wäre. Ich möchte nur erwähnen, daß es beispielsweise für einen neu Zugezogenen schwierig ist, in dieser kurzen Zeit das Umfeld und die Kandidaten kennenzulernen und sich einen genauen Überblick zu verschaffen. Ich gebe zu, daß auch bei drei Monaten diese Möglichkeit nicht wesentlich besser ist, aber sie ist doch eher gewährleistet als in einem Monat.

(Abg. Birzele SPD: Aber, Herr Kollege Straub, der Wähler wählt doch nicht den Herrn Straub, sondern die CDU, genauso wie er nicht mich wählt, sondern die SPD!)

– Das mag bei Ihnen so sein, Herr Birzele. Bei uns findet noch eine Persönlichkeitswahl statt.

(Beifall des Abg. Dr. Schäuble CDU)

Deshalb kommt es sehr wohl darauf an, daß die Bürger, die Wähler die Kandidaten in ihrem Wahlkreis kennen.

Es gibt dann ganz sicherlich auch ein Problem bei der Wahlvorbereitung trotz der heutigen Möglichkeiten der Datenverarbeitung. Gerade bei großen Städten würde die Fristverkürzung zweifellos zu Schwierigkeiten führen. Die Briefwahl würde sehr große Schwierigkeiten bereiten. Es ist ein gewisser Vorlauf nötig für die Beantragung der Unterlagen. Diese müssen zugeschickt werden, und sie müssen bis zu einer bestimmten Zeit vor dem Wahltermin wieder abgegeben werden. Auch dies würde sich dann auf eine verkürzte Frist, auf wenige Tage einspielen, und das wäre nicht vertretbar.

Als weiterer und letzter Grund besteht mit Sicherheit die Gefahr des Mißbrauchs. Es ist gar kein Zweifel, daß mit diesen Terminen auch Mißbrauch getrieben wird. Aus diesem Grunde sind wir dagegen, daß man die Frist von drei Monaten, die wir für angemessen halten, auf einen Monat verkürzt.

(Abg. Weimer SPD: Wann seid ihr mal für etwas?)

(Straub)

– Wenn es vernünftig ist, Herr Kollege Weimer. Dann werden wir sofort zustimmen.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD – Abg. Dr. Geisel SPD: Vernünftig ist nur, was von der CDU kommt!)

Auch die Zahl der Wahlkreise wollen wir nicht abändern. Es wurde bereits mehrfach und auch im Ständigen Ausschuß zum Ausdruck gebracht, daß wir jetzt eine Regelung wollen, die der Rechtsprechung des Staatsgerichtshofs entspricht. Wir befinden uns einfach in Zeitdruck und müssen deshalb die Dinge machen, die unbedingt notwendig sind. Dazu gehört nicht, die Zahl der Wahlkreise zu verändern.

Der Staatsgerichtshof hat der Einteilung der Wahlbezirke auf Regierungsbezirksebene ausdrücklich zugestimmt und diese Einteilung bestätigt. Deshalb gibt es verfassungsrechtlich überhaupt keinen Grund, hier etwas zu ändern. Der Vorschlag, den Sie unterbreiten, Herr Kollege Birzele, führt nur dazu, daß Sie die Grenzprobleme, die jetzt sicherlich im Regierungsbezirk Karlsruhe bestehen, in den Regierungsbezirk Stuttgart verlagern. Grenzprobleme wird es bei diesen Einteilungen immer geben, und deshalb halten wir es derzeit nicht für sinnvoll, hier eine Änderung vorzunehmen, auch deshalb nicht, weil vermutlich nach der Bundestagswahl eine neue Debatte über die Einteilung der Bundestagswahlkreise in der Bundesrepublik stattfindet und wir ja versuchen wollen, möglichst eine Identität zwischen Bundestagswahlkreisgrenzen und Landtagswahlkreisgrenzen herbeizuführen. Daher wäre es richtig, zunächst abzuwarten, was sich auf Bundesebene tut, um dann sich auf Landesebene zu überlegen, welche Veränderungen geboten sind. Wir sind jedenfalls der Auffassung, daß derzeit insoweit ein Handlungsbedarf nicht besteht.

Herr Kollege Bütikofer, der jetzt leider nicht mehr da ist, hat uns vorhin vorgeworfen – –

(Abg. Dr. Schäuble CDU: Wie im Ausschuß! Immer das gleiche: Botschaft absetzen und dann flüchten!)

– Wie im Ausschuß, das muß ich sagen. Er ist auch dort weggegangen. Ich möchte nicht bewerten, warum er gegangen ist. Es ist auch nicht so schlimm, daß er nicht mehr da ist. Jedenfalls können wir den Vorwurf nicht auf uns sitzen lassen, wir würden Taubheit zeigen gegenüber gesellschaftlichen Wünschen und Notwendigkeiten. Auch wir sind dafür, daß mehr Frauen in die Parlamente kommen. Nur glauben wir nicht, daß dazu der Weg über die Landesliste der richtige ist. Wir haben ja in diesem Parlament über die Landeslisten schon unterschiedliche Meinungen gehabt.

(Abg. Rosemarie Glaser GRÜNE: Beim Nachrücken in Todesfällen! – Zurufe von der SPD)

Damals war es so, Herr Kollege Birzele, daß die CDU für die Landeslisten war, aber Ihr damaliger Herr Innenminister geäußert hat, die Landesliste sei ein Sanitätswagen für im Wahlkreis durchgefallene Abgeordnete. Ich frage Sie: Wollen Sie die Frauen, die wir im Parlament wünschen, im Sanitätswagen in den Landtag bekommen?

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Wir sind jedenfalls der Meinung, daß dies nicht der richtige Weg ist.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Daß dieses Bild nicht stimmt, haben wir Ihnen im Ständigen Ausschuß nachgewiesen!)

Wir wollen versuchen, an der Basis die Überzeugungsarbeit zu leisten, daß mehr Frauen bereit sind, sich politisch zu betätigen, und dann auch bei den Kandidatenaufstellungen berücksichtigt werden.

(Abg. Weyrosta SPD: Wie hätten Sie's denn gern? – Zuruf von der SPD: Sie machen es ja nicht!)

Das ist unser Weg, und deshalb lehnen wir Ihre Vorschläge hierzu ab.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Glaser. Ich darf Sie aber darauf hinweisen, daß Sie nur noch eine Redezeit von aufgerundet eineinhalb Minuten haben.

(Zuruf von der CDU: Machen wir zwei daraus! – Abg. Rosemarie Glaser GRÜNE: Das reicht ewig!)

**Abg. Rosemarie Glaser GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Birzele, ich hätte vorhin eine Frage an Sie gestellt, wenn ich im Raum gewesen wäre. Ich habe Sie über den Lautsprecher gehört. Sie haben gesagt, ich hätte den Quotierungsansatz des SPD-Entwurfs im Ausschuß mit der Begründung abgelehnt, das sei Frauen-diskriminierung. Herr Birzele, sonst legen Sie immer so viel Wert auf Präzision. Ich bitte Sie, auch hier präzise zu bleiben.

Ich habe im Ausschuß gesagt, man wolle ein Gesetz einbringen, das eine Vergrößerung des Landtags zur Folge habe – der Kollege Goll sprach von einem Katzentisch für Frauen – und das niemanden den eigenen Wahlkreis koste. Das wurde auch im Ausschuß zugegeben; das ist das Problem. Das finde ich frauendiskriminierend. Denn das ist eben gerade keine Quotierung.

Liebe Kollegen von SPD, FDP/DVP und CDU, es führt nichts daran vorbei: Wenn Sie mehr Frauen in den Landtag bringen wollen, müssen Sie es wie die Grünen machen, nämlich Frauen nicht nur als Zweitkandidaten und in aussichtslosen Wahlkreisen, sondern in aussichtsreichen Wahlkreisen aufstellen. Herr Birzele, Göppingen bietet sich an.

(Abg. Wieser CDU: Bei uns stellt die Basis auf!)

Der Wahlkreis Waiblingen bietet sich genauso an usw. Es ist einfach ein Trauerspiel: Die Frauen dürfen schon seit 20 Jahren nur in Wahlkreisen ran, wo sie eh nicht zum Zug kommen. Das muß aufhören, und das habe ich kritisiert. Das ist auch ein Grund, warum die Grünen dem Antrag

(Rosemarie Glaser)

der SPD nicht zustimmen, obwohl auch wir die Intention und die Motivation des Antrags, mehr Frauen aufzustellen, sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der SPD:  
Da können Sie jedes Quotierungsgesetz vergessen!)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Dietmar Schlee.

(Abg. Weimer SPD: Grüß Gott, Frau Schlee!)

**Innenminister Schlee:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben eine umfassende Beratung wahlrechtlicher Fragen in den Ausschüssen hinter uns. Die Fraktionen haben heute noch einmal ihre Positionen verdeutlicht. Ich möchte zu den wichtigsten Punkten noch einmal die Haltung der Landesregierung darlegen.

Zur Wahlkreiseinteilung hat der Staatsgerichtshof mit seiner Entscheidung vom 23. Februar 1990 ein klärendes Wort gesprochen. Die Landesregierung hat dem Landtag unverzüglich – ich betone: unverzüglich – einen Gesetzentwurf mit einer veränderten Wahlkreiseinteilung vorgelegt.

Die Neueinteilung orientiert sich an den Anforderungen des Staatsgerichtshofs. Sie erfaßt entsprechend der Regelung für die Bundestagswahlkreise, um dies an dieser Stelle gleich noch einmal deutlich zu machen, alle Wahlkreise, die nach der Zahl der Wahlberechtigten der letzten Landtagswahl um mehr als 25 % vom Durchschnitt abweichen.

Die Neueinteilung ist damit umfassender als die sogenannte große Neueinteilung des Jahres 1975. Vorhin ist davon die Rede gewesen, wir seien hier sehr kurzatmig vorgegangen. Das ist natürlich schlicht und ergreifend falsch. Das war schon für die Neuregelung 1975 falsch, die immerhin über 15 Jahre gehalten hat, und wir gehen jetzt weiter, als wir 1975 gegangen sind. Damals, 1975, wichen nach dem zugrunde gelegten Bemessungsmaßstab noch zwei Wahlkreise um 25 % oder mehr vom Durchschnitt ab.

(Abg. Birzele SPD: Wer hat das gesagt?)

– Herr Bütikofer hat das vorhin gesagt. – Diesmal ist es kein einziger Wahlkreis mehr. Deshalb kann man davon ausgehen, daß die in diesem Gesetzentwurf vorgeschlagene Regelung Bestand haben wird.

Die SPD hat vorgeschlagen, die Zahl der Wahlkreise im Regierungsbezirk Karlsruhe von 19 auf 18 und damit im gesamten Land von 70 auf 69 Wahlkreise zu senken. Die Beratungen haben gezeigt, daß es keine überzeugenden Gründe gibt, die dem Regierungsbezirk Karlsruhe zustehenden Wahlkreise zu verringern. Die Verteilung der Wahlkreise auf die Regierungsbezirke – ich will das noch einmal mit großem Ernst sagen – ist rechtmäßig. Dies hat der Staatsgerichtshof in seiner Entscheidung vom 23. Februar ausdrücklich bestätigt.

(Abg. Birzele SPD: Aber doch in einem anderen Zusammenhang!)

Auch die Argumentation, es sei insofern eine neue Lage gegeben – Herr Kollege Birzele, da Sie das jetzt noch einmal angesprochen haben –, als die Wahlkreise neu zugeschnitten würden, verfährt nicht. Für die grundsätzliche Rechtmäßigkeit der Verteilung der Wahlkreise auf die Regierungsbezirke ist es doch unerheblich, ob der Gesetzgeber die Wahlkreise innerhalb eines Regierungsbezirks neu zuschneidet oder nicht. Für die Verteilung der Wahlkreise auf die Regierungsbezirke ist deren Anteil an den Wahlberechtigtenzahlen maßgebend.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Dem entspricht die gegenwärtige Verteilung.

Neben einer veränderten verfassungsrechtlich einwandfreien Verteilung der Wahlkreise innerhalb der Regierungsbezirke, die wir vorgenommen haben, war daher eine geänderte Verteilung der Wahlkreise zwischen den Regierungsbezirken rechtlich nicht erforderlich. Wir haben, meine ich, damit eine insgesamt ausgewogene, einwandfreie Lösung gefunden.

Die Tatsache, Herr Kollege Birzele, daß die FDP/DVP so votiert, wie sie dies vorhin durch ihren Sprecher angekündigt hat, macht wohl deutlich, daß wir uns auch im Vorfeld große Mühe gegeben haben, zu einer von möglichst vielen mitgetragenen Lösungen zu kommen.

Nun sind noch eine ganze Reihe weiterer – –

(Abg. Daffinger SPD: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

– Ja, Herr Kollege Daffinger.

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Sie gestatten eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Daffinger. – Bitte, Herr Abg. Daffinger.

**Abg. Daffinger SPD:** Herr Minister, Sie sagten soeben, daß Sie in Ihrem Gesetzentwurf eine insgesamt einwandfreie Lösung vorgeschlagen hätten. Ist Ihnen bekannt, daß durch die von der Landesregierung vorgeschlagene neue Wahlkreiseinteilung die Wähler und Bürger im Steinachtal im Wahlkreis 38, im Rhein-Neckar-Kreis, innerhalb von 15 bis 20 Jahren zum dritten Mal in Wahlkreisen hin- und hergeschoben werden? Ist Ihnen bekannt, daß die Wähler – ob der CDU, der SPD oder der Grünen – und Bürger dieses Steinachtals sich dagegen gewandt haben? Ist Ihnen bekannt, daß hier über die Köpfe der Bürger hinweg eine Entscheidung getroffen wird?

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Bitte, Herr Minister.

**Innenminister Schlee:** Lieber Herr Kollege Daffinger, Fälle dieser Art werden nie ganz auszuschließen sein. Das ist ein Beispiel. Es gibt eine ganze Reihe weiterer Beispiele, weil wir natürlich landesweit zu einer ausgewogenen Regelung kommen müssen.

(Minister Schlee)

Lassen Sie mich noch einige wenige Bemerkungen zu den Gesetzentwürfen der SPD und der Grünen machen.

Die Landesregierung, Herr Kollege Birzele, hält die Einführung einer Landesliste nicht für erforderlich. Vorhin ist auf die jahrzehntelangen Diskussionen um die Landesliste hingewiesen worden.

(Abg. Birzele SPD: Das geht doch fehl!)

Lieber Herr Kollege Birzele, in all den Jahren hat die SPD – auch dies ist schon erwähnt worden – immer eine andere Position eingenommen. Die Vor- und Nachteile sind immer wieder abgewogen worden.

Die Grünen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, um diese Nachteile, was das Listensystem angeht, einigermaßen auszugleichen, Kumulieren und Panaschieren vorgeschlagen, was wir ja aus dem Kommunalwahlrecht kennen.

Liebe Frau Kollegin Glaser, ich kann nur sagen: Was Sie vorgeschlagen haben, ist wirklich – und das ist gelinde gesagt – nicht praktikabel. Die Fachleute haben ausgerechnet, daß es hier zu zigtausendstel Stimmen kommt und daß wir wahrscheinlich das Wahlergebnis nicht einmal eine Woche nach Schließung der Wahllokale feststellen können.

(Zurufe der Abg. Rosemarie Glaser und Dr. Rochlitz GRÜNE)

Dies ist einfach kein System, das sich sehen lassen kann, das wir akzeptieren können.

Lassen Sie mich noch einige wenige Bemerkungen zu der Frage „Frauenanteil im Parlament“ machen. Ich meine, es besteht überhaupt kein Dissens, daß in diesem Hause der Frauenanteil, natürlich auch aufgrund des Anteils der Frauen an der Bevölkerung, entscheidend erhöht werden muß.

(Abg. Zeller SPD: Das gilt auch für die Regierung! – Zuruf der Abg. Rosemarie Glaser GRÜNE)

Die Frage ist nur, Herr Kollege Birzele, ob man dies über das Wahlrecht machen kann.

(Abg. Rosemarie Glaser GRÜNE: Über was denn sonst? – Abg. Weyrosta SPD: Wie hätten Sie's denn gerne?)

Die damit zusammenhängenden Fragen haben wir in der ersten Lesung und in den Ausschüssen diskutiert.

Herr Kollege Birzele, ich weise noch einmal darauf hin,

(Abg. Weyrosta SPD: Wie hätten Sie's denn gerne?)

daß Ihr Vorschlag die Wahlfreiheit der Parteien tangiert. Das im Gesetzentwurf der Grünen vorgeschlagene Modell ist schlicht und ergreifend verfassungswidrig. Aber wir haben – gerade mit Blick auf die Wahlfreiheit der Parteien

– auch die allergrößten Bedenken, Herr Kollege Birzele, hinsichtlich Ihres Vorschlags. Dazu gibt es nicht nur Literatur, was die 50 % angeht, sondern dies ist natürlich ein allgemeines Problem. Da können Sie die Meßlatte bei 13 %, bei 25 oder bei 28 % anlegen. Sie müssen sich das wohl noch einmal ernsthaft überlegen. In diesem Punkt, Herr Kollege Birzele, haben wir große – und das ist eine zurückhaltende Formulierung – verfassungsrechtliche Bedenken.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Weyrosta: Wie hätten Sie's denn gerne?)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

**Innenminister Schlee:** Natürlich.

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Bitte, Herr Abg. Birzele.

(Abg. Weyrosta SPD: Lassen Sie es ihn doch erst zu Ende bringen!)

**Abg. Birzele SPD:** Herr Minister, nachdem Sie jetzt immer beredt dargelegt haben, was Sie alles nicht machen wollen, würden Sie dem Hohen Hause bitte mitteilen, wie Sie,

(Abg. Weyrosta SPD: Ja!)

die Landesregierung, oder wie Sie, die CDU, den Frauenanteil im Landtag erhöhen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE)

**Innenminister Schlee:** Herr Kollege Birzele, auch dies haben wir Ihnen in der ersten Lesung und in den Ausschüssen dargestellt.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

Dies ist – lassen Sie mich das doch sagen – eine Frage, die die Parteien bei der Aufstellung der Kandidaten zu lösen haben, die man nicht über das Wahlrecht lösen kann. Das ist verfassungsrechtlich überhaupt nicht machbar, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Diskussion um diese Wahlrechtsänderungen, um die Neueinteilung der Wahlkreise, auch und gerade ausgelöst durch die Gesetzentwürfe der SPD und der Grünen, hat deutlich gemacht, daß wir ein in sich stimmiges Konzept haben. Darum hält es doch seit Jahrzehnten. Wenn man da an einzelnen Elementen etwas zu verändern sucht, überschreitet man

(Minister Schlee)

relativ rasch die Grenze des verfassungsrechtlich Zulässigen. Das hat, meine ich, die Diskussion der letzten Monate deutlich gemacht, und die Meinung der einen oder anderen Seite, gerade was auch die Zuteilung der Mandate auf Regierungsbezirksebene angeht - da gibt es die eine oder andere neue Entwicklung bei der einen oder anderen Gruppe in diesem Landtag -, macht deutlich, daß dieses System in sich stimmig ist. Ich meine, wir sollten heute die aufgrund des Urteils des Staatsgerichtshofs notwendige Korrektur vornehmen, aber mehr nicht. Wir werden ob dieses Wahlrechts in der ganzen Bundesrepublik beneidet!

(Beifall bei der CDU - Oh-Rufe von der SPD -  
Abg. Weimer SPD: O Herr Schlee!)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Meine Damen und Herren! In der Allgemeinen Aussprache liegen mir Wortmeldungen nicht mehr vor.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur Abstimmung, und zwar zunächst entsprechend der Beschlußempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 10/4095, über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 10/3470. Der Ständige Ausschuß schlägt in Abschnitt I seiner Beschlußempfehlung vor, dem Gesetzentwurf mit drei Änderungen in der Anlage zu Artikel 1 zuzustimmen.

Zu Artikel 1 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/4123, vor. Er will, wie Herr Kollege Birzele dargelegt hat, in Abschnitt I Ziffer 1 und Abschnitt II eine Reduzierung der Wahlkreise von 70 auf 69 und in Abschnitt I Ziffer 2 eine Reduzierung der Frist für den Mindestaufenthalt im Land von drei Monaten auf einen Monat erreichen. Der Änderungsantrag ist bereits begründet.

Ich schlage vor, zunächst über diesen Änderungsantrag abzustimmen, und zwar, wenn Sie damit einverstanden sind, über Abschnitt I Ziffer 1 und Abschnitt II zusammen. Hier geht es um die Zahl der Wahlkreise.

Wer den genannten Teilen des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 10/4123, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Abg. Dr. Geisel SPD: So groß ist die Mehrheit nicht!)

Ich rufe nun Abschnitt I Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 10/4123, zur Abstimmung auf. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei wenigen Enthaltungen mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Mit bescheidener Mehrheit, Herr Präsident!)

Meine Damen und Herren, ich rufe nun den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 10/3470, zur Abstimmung auf. Wer dem

## Artikel 1

### Änderung des Landtagswahlgesetzes

mit den vom Ständigen Ausschuß vorgeschlagenen Änderungen in den Wahlkreisen 47 Freiburg II, 67 Bodensee und 69 Ravensburg zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei ganz wenigen Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe auf

## Artikel 2

### Inkrafttreten

und stelle dazu die Zustimmung des Hauses fest.

Meine Damen und Herren!

### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 10. Oktober 1990 das folgende Gesetz beschlossen:“.

### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landtagswahlgesetzes“. - Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

### Schlusabstimmung

Wer dem Gesetz insgesamt zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. - Danke. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist der Gesetzentwurf angenommen.

Meine Damen und Herren, wir haben nun noch über die Gesetzentwürfe der Fraktion GRÜNE, Drucksache 10/2376, und der Fraktion der SPD, Drucksache 10/3973, zu befinden. In beiden Fällen schlägt der Ständige Ausschuß vor, die Gesetzentwürfe abzulehnen.

Wir kommen zunächst zu dem Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE, Drucksache 10/2376. Ich darf bitten, damit einverstanden zu sein, daß ich den Gesetzentwurf insgesamt zur Abstimmung bringe.

(Abg. Rosemarie Glaser GRÜNE: Einverstanden!)

Ich habe bereits erwähnt: Der Ständige Ausschuß schlägt Ablehnung vor.

Wer dem Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE, Drucksache 10/2376, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

(Stellv. Präsident Dr. Hopmeier)

Ich rufe nun den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Drucksache 10/3973, auf. Auch für ihn ist die Ablehnung vorgeschlagen. Wer dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei zwei Stimmenthaltungen mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

(Abg. Brechtken SPD: Das kann nicht sein! – Abg. Teufel CDU: Sogar SPD-Abgeordnete haben ihn abgelehnt! – Abg. Dr. Spöri SPD: Mit gewaltiger Mehrheit!)

In Abschnitt III der Beschlußempfehlung schlägt der Ständige Ausschuß schließlich vor, den Antrag der Abg. Frieder Birzele u. a. SPD, Drucksache 10/3371, für erledigt zu erklären. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Zuständigkeiten nach der Straßenverkehrs-Ordnung – Drucksache 10/3983**

Das Präsidium hat folgendes festgelegt: Begründung durch die Regierung sowie eine Aussprache mit einer Redezeit von 5 Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich dem Herrn Innenminister.

**Innenminister Schlee:** Herr Präsident, ich würde die Rede gern zu Protokoll geben.

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Der Präsident und der Landtag nehmen das dankbar zur Kenntnis. (Siehe Erklärung zu Protokoll am Schluß des Tagesordnungspunkts.)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Geisel SPD: Ist das zweckdienlich?)

Dann darf ich in der Allgemeinen Aussprache das Wort – –

(Abg. Schrempp SPD: Die Fraktionen haben vereinbart, keine Aussprache zu führen!)

– Das höre ich zum ersten Mal, aber ich nehme mit Dankbarkeit zur Kenntnis, daß keine Aussprache stattfinden soll.

Meine Damen und Herren, ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung – –

(Abg. Dr. Ohnewald CDU meldet sich zur Geschäftsordnung.)

– Herr Abg. Dr. Ohnewald, Sie wollen sicher vorschlagen, daß der Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz über die Zuständigkeiten nach der Straßenverkehrs-Ordnung –, Drucksache 10/3983, an den Innenausschuß überwiesen werden soll.

(Abg. Dr. Ohnewald CDU: Ja!)

– Das habe ich geahnt. Es wird so verfahren. Ich stelle dazu die Zustimmung des Hohen Hauses fest.

\*

**Erklärung zu Protokoll gemäß § 102 Abs. 3 Gescho**

**Innenminister Schlee:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit der Einbringung des Gesetzentwurfs über die Zuständigkeiten nach der Straßenverkehrs-Ordnung trägt die Landesregierung einem Anliegen des Landtags Rechnung. Der Gesetzentwurf sieht eine Delegation von bestimmten Aufgaben der Landratsämter als Straßenverkehrsbehörden auf Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften mit mehr als 5 000 Einwohnern auf deren Antrag hin vor. Die Zuständigkeit der Gemeinden wird durch das vorgeschlagene Gesetz vor allem auf verkehrsrechtliche Anordnungen auf den Gemeindestraßen und auf die Baustellenbeschilderung auf den Ortsdurchfahrten von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen erstreckt. Für die Gemeindestraßen erhalten die Kommunen die Zuständigkeiten auch für die außerorts gelegenen Streckenabschnitte (zum Beispiel Gemeindeverbindungsstraßen).

Ich darf an dieser Stelle anmerken, daß wir für die vorgeschlagene Aufgabendelegation wegen Artikel 71 Abs. 3 der Landesverfassung ein eigenes Gesetz brauchen und die vorgeschlagene Zuständigkeitsverlagerung nicht etwa durch Verordnung vornehmen können.

Der Gesetzentwurf ist ein Beleg für die traditionell kommunalfreundliche Haltung der Landesregierung. Wir erwarten von der vorgesehenen Aufgabendelegation eine Stärkung des kommunalen Engagements für die Verkehrssicherheit. Die Verwaltungsverfahren können dadurch in vielen Fällen vereinfacht und beschleunigt werden. Dies wird zu mehr Bürgernähe führen. Denken Sie zum Beispiel an die notwendigen Verkehrsregelungen bei Baustellen. Hier waren die Gemeinden als Baulastträger schon bisher für verkehrsrechtliche Anordnungen bei den Gemeindestraßen zuständig. Nun sollen sie es auch bei der Einrichtung von Baustellen auf Bundes-, Landes- und Kreisstraßen im Bereich der Ortsdurchfahrten werden. Gerade bei Bauarbeiten sind häufig schnelle Entscheidungen notwendig und die besseren Ortskenntnisse der Gemeinden nur von Vorteil.

Ich will nicht verschweigen, daß die kommunalen Landesverbände – je nach Interessenlage – den Entwurf teils als zu weitgehend, teils als nicht mutig genug ansehen. So wollen Gemeindetag und Städtetag, daß jede Gemeinde und Verwaltungsgemeinschaft, unabhängig von ihrer Einwohnerzahl, auf Antrag örtliche Straßenverkehrsbehörde werden kann. Der Landkreistag hält demgegenüber nur Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften mit mehr als 8 000 Einwohnern personell und sachlich für befähigt, die zur Übertragung vorgesehenen Aufgaben nach der Straßenverkehrs-Ordnung wahrzunehmen. Kritik von beiden Seiten ist üblicherweise ein Zeichen, daß man einen vernünftigen Kompromiß gefunden hat. So ist auch die Landesregierung der Auffassung, daß mit der im Entwurf

(Minister Schlee)

vorgesehenen Einwohnergrenze von 5 000 Einwohnern ein vertretbarer Mittelweg beschritten wird, der das Erfordernis einer ausreichenden Verwaltungskraft bei Zuständigkeitsverlagerungen berücksichtigt.

Nicht berücksichtigt wurde das Anliegen des Gemeindetages, den Gemeinden parallel auch die entsprechende Zuständigkeit für die Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten zu übertragen. Dies geht bei dem vorliegenden Gesetz schon aus systematischen Gründen nicht. Darüber hinaus wollen wir auch keine weitere Aufsplitterung der Verkehrsüberwachung. Gerade die Verkehrsüberwachung soll primär Aufgabe der Polizei bleiben. Wir wollen an der vernünftigen und koordinierten Aufgabenteilung zwischen Verkehrsbehörden und Polizei in Baden-Württemberg festhalten.

Ich würde mich freuen, wenn der Gesetzentwurf in diesem Hause breite Zustimmung finden würde, damit verkehrsrechtliche Anordnungen vor Ort noch praxisnäher und bürgerfreundlicher getroffen werden können.

Die zur Delegation vorgesehenen Aufgaben werden bisher von den Landratsämtern als unteren Verwaltungsbehörden wahrgenommen. Die damit verbundenen Kosten sind mit den Zuweisungen nach § 11 Abs. 1 FAG abgegolten. Mit der Übertragung gehen auch die entsprechenden Sach- und Personalkosten auf die neuen Aufgabenträger über. Die zu erzielenden Gebühreneinnahmen werden die Personalkosten jedoch weitgehend ausgleichen. Eine allgemeine Regelung über den Ausgleich der Kosten der neuen Aufgabenträger im Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich erscheint aus diesem Grund nicht erforderlich. Sie wäre auch nicht zweckmäßig und würde die Durchführung des kommunalen Finanzausgleichs erschweren.

Ein eventuell notwendiger Ausgleich der Kosten kann gegebenenfalls besser durch Vereinbarung zwischen den bisherigen und den künftigen Aufgabenträgern geregelt werden.

\*

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Ich komme zu Punkt 5 der Tagesordnung zurück:

#### Zweite Beratung

**a) des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes – Drucksache 10/3250**

**Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 10/3624**

Berichterstatter: Abg. Redling

**b) des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Baden-Württemberg – Drucksache 10/3604**

**Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 10/4070**

Berichterstatter: Abg. Dr. Schäuble

Ich frage zunächst, ob einer der Herren Berichterstatter das Wort wünscht. – Das ist nicht der Fall.

Das Präsidium hat für die Aussprache über beide Gesetzentwürfe eine Redezeit von 10 Minuten je Fraktion vorgesehen.

In der Allgemeinen Aussprache darf ich Herrn Abg. Dr. Robert Maus das Wort erteilen.

**Abg. Dr. Maus CDU:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Tatsache, daß wir heute über zwei Gesetzentwürfe zum Landespersonalvertretungsgesetz beraten, könnte den Eindruck vermitteln, daß es sich hierbei um eine wesentliche Änderung des Gesetzes – vor allem um eine notwendige Änderung – handelte.

Dieser Eindruck, so er entstände, wäre falsch.

(Zuruf von der SPD: Nein, Ihr Eindruck ist falsch!)

Ich glaube, wir dürfen das sagen, auch nachdem wir über den einen Gesetzentwurf der SPD-Fraktion erst vor wenigen Wochen in erster Lesung eingehend beraten haben und jetzt schon in der zweiten Lesung sind.

Ich will auf den Inhalt der Gesetzentwürfe im einzelnen nicht mehr eingehen. Wir haben das auch bei der Beratung im Innenausschuß ausführlich getan. Ich will nur noch einmal sagen:

(Abg. Birzele SPD: Das trifft ja nicht ganz zu!)

Zu einer Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes bestünde Anlaß – dann würde auch die CDU-Landtagsfraktion zustimmen –, wenn es in der Praxis erhebliche Mängel gäbe, die uns zu einer Änderung des Gesetzes zwingen. Es wird aber niemand im Saal sein, der uns auch nur irgendeinen konkreten Fall aus den letzten drei, vier Jahren nennen könnte, der uns zwingt, das Gesetz in einem bestimmten Punkt, in eine bestimmte Richtung zu ändern. Solche Fälle gibt es in der Praxis des Landes Baden-Württemberg Gott sei Dank nicht.

Wir können und müssen noch einmal mit Dankbarkeit feststellen, daß das bestehende Gesetz sinnvoll angewendet wird und daß die Landespersonalvertretungen in all den Behörden mit diesem Gesetz sinnvoll, pragmatisch und vernünftig umgehen können. Deshalb besteht im Grunde keine Notwendigkeit, das Gesetz zu ändern.

Wenn uns die Landesregierung dennoch einen Änderungsvorschlag vorgelegt hat, den wir auch beschließen wollen,

(Abg. Weinmann SPD: Nach der Vorrede ist das schon merkwürdig!)

dann folgt sie damit einer zwingenden Vorschrift des Bundesgesetzes. Die Landesregierung hat diese Änderung also nicht etwa vorgeschlagen, weil sie selbst die Notwen-

(Dr. Maus)

digkeit dafür aus der Praxis des Landes erkennen könnte und konnte,

(Abg. Schrempp SPD: Das kann man ihr auch nicht zutrauen!)

sondern weil sie sich dem Bundesgesetzgeber beugen mußte, der vorgeschrieben hat, daß die Länder eine bundesgesetzliche Regelung zu übernehmen haben. Dies haben wir getan. Wir wissen, daß damit auch das Vertretungsrecht der Jugend- und Auszubildendenvertretungen in einer anderen Form als bisher geregelt wurde. Ob sie besser ist, ob sie sinnvoller ist, ob sie zu besseren Mitwirkungsrechten führen wird, wird die Praxis zeigen. Wir wollen uns nicht der Einsicht verschließen, daß die Rechte auch in anderer Weise wahrgenommen werden können.

Das, was die SPD in ihrem Gesetzentwurf zusätzlich vorgeschlagen hat, ist nicht neu. Es ist dasselbe, was wir in der letzten Legislaturperiode beraten haben, der Rest jener Punkte, über die wir uns einvernehmlich geeinigt hatten. Aufgrund einer einvernehmlichen Initiative des Innenausschusses hat damals die Landesregierung viele Punkte zur Ergänzung und Klarstellung vorgelegt. Was übriggeblieben ist, steht heute wieder im Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion.

Ich möchte nicht wiederholen, was ich in der ersten Lesung gesagt habe, sondern möchte noch einmal zum Ausdruck bringen, daß die wesentlichen Punkte des SPD-Gesetzentwurfs nicht die Zustimmung der CDU-Landtagsfraktion finden können. Dies trifft insbesondere auf jene Änderungsbegehren zu, mit denen das Mitbestimmungsrecht ausgeweitet werden soll. Ich bin der Auffassung, daß die Mitwirkungsrechte der Bediensteten im öffentlichen Dienst durch das geltende Gesetz in ausreichendem Maße gewährleistet sind.

Auch der Vorschlag, der sich mit der Ausdehnung des Mitbestimmungsrechts auf ausländische Beschäftigte befaßt, ist für uns nicht zustimmungsfähig. Das Gesetz hat geregelt, was zu regeln ist. Darüber hinaus brauchen wir – jedenfalls im Augenblick – nicht zu gehen. Wir halten es auch jetzt gerade nicht für opportun, diese Ausweitung vorzunehmen. Ich denke dabei vor allem auch an die als Eigenbetriebe geführten selbständigen Bereiche\* im kommunalen Dienst. Dort würde es sich nicht anbieten, gerade jetzt weitere ausländische Beschäftigte in das aktive und passive Wahlrecht einzubeziehen.

Wir meinen auch, daß für eine Verbesserung bei der Geschäftsführung und vor allem der Zugangsrechte keine Notwendigkeit besteht. Die gegenwärtige Regelung läuft gerade in diesem Bereich so problemlos, daß wir keinen Sinn sehen, jetzt Regelungen zu treffen, nur um dem einen oder anderen, der in der einen oder anderen Behörde möglicherweise vorübergehend einmal mit einem Chef Probleme hat, noch die letzte Rechtsgrundlage zu geben. Wir meinen, daß man mit dem geltenden Gesetz zum Wohle der Bediensteten in all den öffentlichen Behörden sinnvoll weiterarbeiten kann.

Aus den genannten Gründen können wir dem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion nicht zustimmen. Wir werden aber

den von der Landesregierung vorgeschlagenen geringfügigen Änderungen zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Göschel.

**Abg. Göschel SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Maus hat am Schluß seiner Ausführungen schon offenbart, aus welcher Einstellung heraus dieser Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion abgelehnt wird. Er hat von Bediensteten im öffentlichen Dienst gesprochen. Mittlerweile ist eigentlich gängig, daß es die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind und die Staatsdiener bei diesem Begriff nicht mehr so sehr im Mittelpunkt stehen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes vollzieht im wesentlichen lediglich eine Rahmenvorschrift des Bundespersonalvertretungsgesetzes nach, und zwar endlich, nach zwei Jahren, denn diese ist schon seit über zwei Jahren in Kraft. Mit dieser neuen Vorschrift soll eine gemeinsame Jugend- und Auszubildendenvertretung geschaffen werden. Herr Kollege Dr. Maus hat richtig gesagt, daß dies nicht der Einsicht der Kollegen der CDU-Fraktion entspringt, sondern der höheren Weisheit des Bundes. Aus diesem Grunde bekommen wir diese Verbesserung.

Wir stimmen dieser Verbesserung im Regierungsentwurf zu, weil sie einer seit vielen Jahren erhobenen Forderung der SPD-Landtagsfraktion entspricht und diese endlich erfüllt.

Deshalb aber davon zu sprechen, daß das Personalvertretungsgesetz nun in Ordnung sei, ist nicht richtig. Wir sind der Auffassung, daß das baden-württembergische Personalvertretungsgesetz weiterhin erhebliche Defizite aufweist und so antiquiert ist, daß es wirklich nicht mehr in die heutige Zeit paßt. Wir haben deshalb, um daraus ein in die jetzige Zeit passendes Gesetz zu machen, mit unserem eigenen Gesetzentwurf zahlreiche Änderungsvorschläge eingebracht.

Das baden-württembergische Personalvertretungsgesetz muß – das ist unsere Auffassung – endlich den gesellschaftlichen Wandel von der autoritär bestimmten Hierarchie zur Demokratie auch im öffentlichen Dienst nachvollziehen.

(Beifall des Abg. Eberhard Lorenz SPD)

Sämtliche von den Gewerkschaften und Verbänden der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eingegangenen Stellungnahmen hierzu unterstützen unsere diesbezügliche Initiative, und es gibt darüber hinaus noch eine Reihe von Zuschriften, auch von Fachverbänden und Gliederungen der Betroffenen, die uns ermutigen, diesen Weg fortzusetzen.

Leider hat die CDU-Fraktion bereits in der Ausschusssitzung und heute noch viel deutlicher zu erkennen gegeben, daß sie überhaupt nicht bereit ist, sich in Sachen Landespersonalvertretungsgesetz zu bewegen. Herr Dr. Maus, Sie

(Göschel)

sagten, was in unserem Entwurf stehe, sei nicht neu. Wenn Sie den Gesetzentwurf aufmerksam gelesen hätten, hätten Sie zahlreiche Verbesserungen und Ausweitungen gegenüber unserem Entwurf von 1981 festgestellt. Es steht schon eine ganze Menge Neues drin.

Dennoch möchte ich angesichts der Stimmungslage und des zu erwartenden Abstimmungsergebnisses mir und auch Ihnen ersparen, unseren Gesetzentwurf ein weiteres Mal im einzelnen zu begründen. Wir haben die Begründung ja bereits gegeben. Es ist – ich greife ein Wort des Kollegen Redling aus der Ausschußberatung auf, das er in einem anderen Zusammenhang geäußert hat – wirklich dankbarer, einem Ochsen ins Horn zu pfeifen, als zu versuchen, die starre Haltung der CDU in diesem Punkt zu verändern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Geisel SPD: Man soll die Hoffnung nie aufgeben! – Abg. Schrempp SPD: Wollen Sie damit sagen, es handle sich dort um Hornochsen?)

– Das ist eine Unterstellung, die ich so nicht hervorrufen wollte; aber ich nehme sie einfach einmal zur Kenntnis.

(Abg. Dr. Maus CDU: Wir nicht!)

Herr Dr. Maus, Sie haben gesagt, das jetzige Personalvertretungsrecht sei problemlos. Die Gespräche mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und deren Vertretung haben ergeben, daß es eben doch nicht immer so reibungslos abgeht. Ohne Notwendigkeit wären die Verbände auch nicht mit der Bitte auf uns zugekommen, eine Änderung in Gang zu bringen.

Die Beratung und die Haltung, die heute bei der CDU-Fraktion zutage tritt, zeigen, daß sich die CDU völlig einseitig auf die Position der öffentlichen Arbeitgeber geschlagen hat. Das wird vielleicht verständlich, wenn man sich die Zusammensetzung der CDU-Kollegen im Innenausschuß ansieht. Ich kritisiere das nicht, ich stelle das nur so fest. Aus diesem Zusammenhang heraus ist es leichter zu verstehen. Sie haben dabei aber möglicherweise vergessen, daß Arbeitgeber auch eine Fürsorgepflicht gegenüber ihren Beschäftigten haben.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Jawohl!)

Der sind Sie, meine ich, nicht ausreichend gerecht geworden.

Eine Bemerkung noch zu der Opportunität in Sachen Einbeziehung der ausländischen Beschäftigten in die Mitbestimmung, in das Personalvertretungsrecht. In dem Bereich nach dem Opportunitätsgrundsatz zu handeln, halte ich für völlig abwegig. Ich meine, das ist eine Frage der Gerechtigkeit im öffentlichen Dienst. Von daher werden wir weiterhin darauf beharren, daß die volle Einbeziehung aller ausländischen Beschäftigten im öffentlichen Dienst in das Personalvertretungsgesetz vorgenommen wird.

Die SPD-Fraktion wird sich auch in Zukunft für Verbesserungen und die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einsetzen. Wir setzen hier verstärkt auf die Notwendigkeit, in Zukunft vor

allem junge Leute für den öffentlichen Dienst im Land zu gewinnen. Mehr demokratische Mitbestimmung wird dabei ein ganz wichtiger Motivationsfaktor sein.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Glaser.

**Abg. Rosemarie Glaser GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es hat leider viel zu lange gedauert, bis jetzt den Forderungen von Jugendvertretungen teilweise Rechnung getragen worden ist. Diese Forderungen nach Ausweitung der Jugendvertretungen zu Jugend- und Auszubildendenvertretungen sind schon einige Jahre alt. Laut Bundesgesetz zur Bildung von Jugend- und Auszubildendenvertretungen in den Verwaltungen vom 13. Juli 1988 sollen an die Stelle der bisherigen Jugendvertretungen Jugend- und Auszubildendenvertretungen treten. Das Land Baden-Württemberg hat ebenfalls zur Verzögerung beigetragen. Dies ist um so schlimmer, als gerade in der Zeit des großen Mangels an Ausbildungsplätzen immer weniger Jugendvertretungen die Rechte der Jugend in den Betrieben tatsächlich haben vertreten können.

Leider hat sich die lange Wartezeit nicht gelohnt. Denn das, was jetzt mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung herausgekommen ist, sind nichts anderes als fast reine redaktionelle Änderungen. Dazu wurde das Wahlalter um zwei Jahre auf 26 Jahre heraufgesetzt. Ausdrücklich positiv erwähnen möchte ich die Einbeziehung von Krankenpflegeschülerinnen in die Jugend- und Auszubildendenvertretungen. Aber es ist überhaupt nicht einzusehen, warum die Krankenpflegeschülerinnen nicht auch den Krankenhauspersonalrat mitwählen können, wie dies von DGB, ÖTV, DAG und anderen Organisationen längst gefordert wird.

Völlig veraltet und auf halbem Weg stehengeblieben ist der Gesetzentwurf der Landesregierung bei dem Punkt der speziellen Ausbildungspersonalräte für Beamtenanwärter und Beamtenanwärterinnen. Dieser alte Zopf gehört schon längst abgeschafft, damit Auszubildende nicht in zwei Klassen gespalten werden und die Vertretung der Interessen in einer Jugend- und Auszubildendenvertretung in der Dienststelle erfolgen kann.

Lobenswert finde ich auch die frauenfreundliche Sprache. Anstatt „Vertrauensmann der Schwerbehinderten“ heißt es jetzt „Schwerbehindertenvertretung“. Hier wird mit der Sprache sensibel umgegangen. Das zeigt in gewisser Weise auch einen Lernerfolg. Hier hinkt übrigens der Gesetzentwurf der SPD nach.

Zur Ausgestaltung der Rechte der Jugend- und Auszubildendenvertretungen steht im Gesetzentwurf der Landesregierung leider überhaupt nichts. Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion hat dies dankenswerterweise aufgenommen.

(Abg. Schrempp SPD: Vielen Dank!)

– Bitte.

(Rosemarie Glaser)

Herausgreifen möchte ich insbesondere das Einspruchsrecht gegenüber dem Personalrat sowie die Erweiterung des Katalogs der mitbestimmungspflichtigen Angelegenheiten.

Besonders begrüßen wir, daß die SPD-Fraktion in ihren Gesetzentwurf die Einbeziehung der Nicht-EG-Ausländer aufgenommen hat. Besonders ärgerlich finde ich den Umgang der CDU-Landtagsfraktion mit dieser Position. Herr Maus hat erklärt, bezüglich der Einbeziehung der Beschäftigten aus Nicht-EG-Ländern werde es auch insbesondere angesichts der gegenwärtigen Situation keinen Konsens geben; der jetzige Zeitpunkt sei zur Behandlung solcher Themen nicht günstig. Ich frage Sie: Auf welche besseren Zeiten wollen Sie eigentlich noch warten? Gerade die Einbeziehung der Nicht-EG-Ausländer könnte jetzt als wichtiges Signal gegen die gefährliche ausländerfeindliche Stimmung in diesem Neudeutschland beitragen.

Ich bedaure zutiefst, daß die CDU-Fraktion mit dem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion nicht mehr anfangen kann, als die Forderungen abzublocken und dagegenzustimmen. Wir werden, wie schon im Ausschuß, dem SPD-Gesetzentwurf zustimmen.

Herr Präsident, erlauben Sie mir bitte, noch zwei Sätze zum nächsten Tagesordnungspunkt zu sagen?

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Das ist ein bißchen schwierig. Können Sie das nicht zu Protokoll geben oder nachher vortragen? Wir werden mit diesem Tagesordnungspunkt bald zum Ende kommen. Es gibt sicherlich interessierte Abgeordnete, die den nächsten Tagesordnungspunkt mitverfolgen wollen und nicht im Saal sind. Wenn Sie es mir nicht übelnehmen, möchte ich Sie bitten, Ihre wertvollen Ausführungen beim nächsten Tagesordnungspunkt zu machen.

**Abg. Rosemarie Glaser GRÜNE:** Darf ich Sie vielleicht bitten, dies dann vorzulesen, weil ich die Sitzung verlassen muß?

(Heiterkeit bei der CDU und der SPD – Abg. Haasis CDU: Ich lese es vor, Frau Glaser! Geben Sie es her!)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Vielleicht wäre es denkbar, daß eine Ihrer Kolleginnen dieses Amt übernimmt.

**Abg. Rosemarie Glaser GRÜNE:** Gut, in Ordnung.

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Vielen Dank.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Albrecht.

**Abg. Albrecht FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren Kollegen! Mit der Änderung des Personalvertretungsgesetzes kommt der Landesgesetzgeber zunächst einmal seiner Verpflichtung nach, längst überfällige Regelungen, die von allen Rednern angesprochen worden sind, in Landesrecht umzusetzen, so wie sie durch den Bundesgesetzgeber seit längerem vorgeschrieben sind. Gleichzeitig besteht aber für das Hohe Haus die Möglichkeit, weitere Verbesserungen am bestehenden Gesetz vorzunehmen, Verbesserungen, wie sie insbesondere

der Gesetzentwurf der SPD vorgesehen hat. Darüber hinaus ist zu klären, ob und inwieweit Änderungswünsche bei der Novellierung berücksichtigt werden, die im Anhörungsverfahren zum Gesetzentwurf der Landesregierung unterbreitet worden sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Gesetzentwurf der Landesregierung sind nunmehr entsprechend der Rahmenvorschrift des Bundes auch Jugend- und Auszubildendenvertretungen vorgesehen. Damit ist eine längst überfällige Konsequenz gezogen. Wir begrüßen dies. Gleichzeitig wird damit einer Entwicklung Rechnung getragen, die in den letzten Jahren wegen der langen Ausbildungszeiten und dem damit angestiegenen Altersdurchschnitt der Auszubildenden dazu geführt hat, daß die Zahl der Wahlberechtigten zur bisherigen Jugendvertretung, also der unter 18jährigen, immer stärker abnahm, während die Zahl der aus Altersgründen zur Jugendvertretung nicht mehr Wahlberechtigten erheblich anstieg.

Im Anhörungsverfahren zum Gesetzentwurf der Landesregierung ist von gewerkschaftlicher Seite ein zweifelhafter Verbesserungsvorschlag gemacht worden, nämlich die Ausbildungspersonalräte abzuschaffen. Wir Freien Demokraten halten diesen Vorschlag – das habe ich bereits in der ersten Lesung gesagt – für nicht zweckmäßig und vertreten die gleiche Auffassung wie die Landesregierung, die ihn nicht aufgegriffen hat. Denn eine Übernahme dieser Vorstellung, meine Damen und Herren, hätte in der Tat zu wenig sinnvollen Doppelvertretungen geführt, ganz abgesehen davon, daß dies auch im Hinblick auf Zuständigkeitsüberschreitungen keine gute Lösung wäre.

Die Problematik der Doppelvertretung wäre natürlich auch bei der Übernahme eines weiteren gewerkschaftlichen Vorschlags entstanden, nämlich wenn die sich in Ausbildung befindlichen Angehörigen der Bereitschaftspolizei das aktive und passive Wahlrecht zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen bekommen hätten. Da diese Gruppe jedoch vom 18. Lebensjahr an bereits für den Personalrat wahlberechtigt ist, ist ohnehin eine wünschenswerte Interessenvertretung gewährleistet.

Wir Freien Demokraten halten es deshalb auch in diesem Fall für sinnvoll, daß im vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung die zum Personalrat wahlberechtigten und in Ausbildung befindlichen Beamten der Bereitschaftspolizei von der Wahlberechtigung und Wählbarkeit zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen ausgenommen sind, um so eine Doppelvertretung zu vermeiden.

Umgekehrt sollte es keinen Arbeitnehmer geben, meine Damen und Herren, der keine personalrechtliche Vertretung hat. Deshalb müssen Krankenschwestern, die aufgrund eines Gestellungsvertrags mit Schwesternverbänden in einem Krankenhaus arbeiten, zu dessen Vertreter selbst aber keine arbeitsvertraglichen Beziehungen unterhalten, trotzdem in die Jugend- und Auszubildendenvertretungen mit einbezogen werden. Die Bedenken einiger Schwesternschaften, wonach eine Jugend- und Auszubildendenvertretung die Beziehungen der Auszubildenden zu ihren Verbänden stören könnte, habe ich nicht nachvollziehen können. Diese Bedenken waren mir einfach zu abstrakt. Auch darauf habe ich bereits in der ersten Lesung hingewiesen.

(Albrecht)

Meine Damen und Herren, bei der Novellierung unseres Landespersonalvertretungsgesetzes sollten wir uns aber nicht allein auf die im Gesetzentwurf der Landesregierung vorgesehenen Änderungen und Verbesserungen beschränken. Die SPD-Fraktion hat in ihrem Gesetzentwurf zusätzliche Novellierungsvorschläge unterbreitet. Einen Teil dieser Vorschläge können wir Freien Demokraten mittragen. Das habe ich auch im Ausschuß zum Ausdruck gebracht. Ich bedaure deshalb, daß sich die SPD-Fraktion nur auf ihren Gesetzentwurf beschränkt und zum Gesetzentwurf der Landesregierung keine Änderungsvorschläge vorgelegt hat. Dazu gehört, daß nach Auffassung unserer Fraktion der § 44 des Landespersonalvertretungsgesetzes umfassender geregelt werden sollte, damit ausgeschlossen wird, daß den Beschäftigten im öffentlichen Dienst Nachteile entstehen, wenn sie Sprechstunden des Personalrats aufsuchen.

Weiterhin vertreten wir die Auffassung, daß die Arbeitsbedingungen der Personalvertretungen nicht nur verbessert werden können, sondern auch verbessert werden müssen. Dies könnte durch die von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen gesetzlichen Regelungen über die Freistellung für den Personalrat und die Stufenvertretungen erreicht werden.

Und noch eines, meine sehr verehrten Damen und Herren: Längst überfällig – das ist auch von seiten der SPD-Fraktion und der Fraktion GRÜNE moniert worden – ist eine Regelung, die sicherstellt, daß alle ausländischen Beschäftigten in vollem Umfang in das Personalvertretungsrecht einbezogen werden. Für uns ist nicht einzusehen, meine Damen und Herren, daß bei ausländischen Beschäftigten mit zweierlei Maß gemessen wird, indem zwischen Arbeitnehmern aus EG-Ländern und Arbeitnehmern aus anderen Staaten unterschieden wird.

Die FDP/DVP-Fraktion bedauert, daß die Vertreter der Landesregierung und der Mehrheitsfraktion diese weitergehenden Vorschläge zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes ablehnen. Trotzdem werden wir dem vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmen, weil er in der Tat für die Betroffenen gewisse Verbesserungen bringt, auch wenn diese uns insgesamt nicht ausreichend erscheinen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich dem Herrn Innenminister.

**Innenminister Schlee:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war bei der Beratung im Innenausschuß die einhellige Auffassung aller Fraktionen, daß der Gesetzgeber möglichst rasch die Voraussetzungen dafür schaffen sollte, daß die neuen Jugend- und Ausbildungsververtretungen eingerichtet werden können. Dies ist natürlich auch ein dringendes Anliegen der Landesregierung. Es hat im Vorfeld der Beratung dieses Gesetzentwurfs eine Vielzahl von Problemen gegeben. Denken Sie nur einmal an das Problem der Schwesternschaften. Deshalb sind wir sehr dankbar, daß wir jetzt, wenige Tage nach der Beratung im Innenausschuß, diesen Gesetzentwurf in Zweiter Beratung im Plenum miteinander diskutieren können. Lassen Sie

mich zu den wesentlichen Punkten nur einige wenige Bemerkungen machen.

Die Zahl der Auszubildenden in der Verwaltung, die älter als 18 Jahre sind, ist in den letzten Jahren immer mehr angestiegen. Bisher dürfen die Jugendvertretungen aber nur von Jugendlichen gewählt werden, die noch nicht volljährig sind. Das konnte so, Herr Kollege Göschel, einfach nicht bleiben. Ich glaube, daß wir hier ein Anliegen, das wirklich berechtigt ist, aufnehmen und regeln. Wir ziehen da, meine ich, gemeinsam die richtigen Konsequenzen.

Die neue Vertretung in unseren Dienststellen soll neben den Jugendlichen auch alle Beschäftigten erfassen, die sich in beruflicher Ausbildung befinden und noch nicht 26 Jahre alt sind. Die Jugend- und Auszubildendenvertretung soll keine Konkurrenz zu den Dienststellenpersonalräten sein. Sie soll vielmehr dem Personalrat zuarbeiten und mit ihm kooperieren. Ich glaube, daß das für das Klima in einer Dienststelle ein ganz wichtiger Punkt ist. Sehr wichtig ist für uns, daß der Personalrat seine zentrale Stellung bei der Vertretung der Beschäftigten behält.

Wir glauben, daß wir auch bei der umstrittenen Einbeziehung der Schwesternschülerinnen einen tragfähigen Kompromiß gefunden haben. Ich habe auf die Schwierigkeiten im Vorfeld der Beratung dieses Gesetzentwurfes hingewiesen.

Die Landesregierung würdigt den Beitrag der Schwesternschaften zur Ausstattung vieler Krankenhäuser mit gutem Krankenhauspersonal, mit guten Krankenschwestern. Sie möchte den Schwesternschaften auch künftig ihre Stellung als verantwortliche Träger der Ausbildung garantieren. Ich glaube, daß wir jetzt einen Kompromiß gefunden haben, mit dem alle Beteiligten leben können. Es war unter den obwaltenden Umständen gar nicht so einfach, einen solchen Kompromiß zu erreichen. Wir haben ihn Gott sei Dank erreicht.

Nun können die Wahlen stattfinden, die Vorbereitungen können getroffen werden. Wir kommen damit all denen, die das immer wieder angemahnt haben, entgegen, meine ich.

Lassen Sie mich zum Gesetzentwurf der SPD-Fraktion nur noch einige wenige Bemerkungen machen. Herr Kollege Göschel, ich darf darauf hinweisen, daß es in der Anhörung zu Ihrem Gesetzentwurf auch kritische Stimmen gegeben hat. Nehmen Sie die Stellungnahme des baden-württembergischen Gemeindetags, der davon gesprochen hat, das geltende Personalvertretungsgesetz habe sich durchaus bewährt und die vertrauensvolle Zusammenarbeit funktioniere.

(Abg. Schrempp SPD: Hier handelt es sich allerdings um Arbeitgeber!)

– Herr Kollege Schrempp, Sie werden doch dem Gemeindetag hoffentlich nicht das Recht absprechen, sich zu äußern.

(Abg. Schrempp SPD: Nein, keinesfalls!)

(Minister Schlee)

Davon gehe ich, wie ich Sie kenne, Herr Kollege Schrempp, selbstverständlich aus.

(Abg. Schrempp SPD: In dieser Situation ist vom Gemeindetag nichts anderes zu erwarten!)

Entscheidend ist, daß die vertrauensvolle Zusammenarbeit praktiziert wird, und das ist – Gott sei Dank – in unserem Land der Fall.

Herr Kollege Göschel, Sie haben die Position der Landesregierung angesprochen. Die Landesregierung hat ja in der Vergangenheit eine ganze Menge gemacht. Denken Sie daran, daß wir Konsequenzen aus der EDV-Entwicklung gezogen und 1986 einen Gesetzentwurf vorgelegt haben, der einen völlig neuen Beteiligungstatbestand geschaffen hat. Das ist nur ein Beispiel. Oder nehmen Sie die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalratsvorsitzenden, die zusätzliche Aufgaben in all den Fällen zugewiesen bekommen hat, in denen es keinen ordentlichen Personalrat oder keine Stufenvertretung gibt. Diese Punkte machen, glaube ich, deutlich, daß die Landesregierung hier eine ganze Menge gemacht hat.

Lieber Herr Göschel, das Problem Ihres Gesetzentwurfs ist – das ist in der Anhörung immer wieder angeklungen –, daß wir mit ihm einfach zuviel an Reglementierungen bekommen würden, daß die Regelungen zu kompliziert, zu perfekt sind und damit deren Umsetzung zu schwerfällig würde. Wir haben hier auch die Verpflichtung dem steuerzahlenden Bürger gegenüber, daß der Arbeitsaufwand des Personalrats einigermaßen im Lot bleibt.

Eine letzte Bemerkung zu dem Vorhalt, Herr Kollege Göschel, unser Personalvertretungsgesetz sei überholt, rückständig oder veraltet. Davon kann überhaupt keine Rede sein. Ich habe auf die Novellierung hingewiesen.

(Abg. Göschel SPD: Sie müssen einen Ländervergleich machen!)

Wir beobachten die Entwicklung ganz genau, und wenn es einen Novellierungsbedarf gibt, werden wir die Konsequenzen ziehen. Darauf können Sie sich verlassen. Es ist ganz wichtig, daß neue technische und humanitäre Entwicklungen aufgenommen werden. Wir würden uns natürlich auch nicht scheuen, dies, wie wir es auch in der Vergangenheit gemacht haben, mit einer entsprechenden Novellierung dem Landtag vorzuschlagen.

Ich glaube, daß wir mit der jetzigen Regelung einen guten, einen vernünftigen Weg gefunden haben.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Meine Damen und Herren! Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g**, und zwar behandeln wir zunächst den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 10/3250. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlußempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 10/3624, rechte Spalte.

Ich rufe auf

4408

## Artikel 1

### Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes

mit den laufenden Nummern 1 bis 15. Wer dem Artikel 1 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Artikel 1 ist einstimmig zugestimmt worden.

Ich rufe auf

## Artikel 2

### Übergangsvorschrift

Ich darf ohne förmliche Abstimmung feststellen, daß Sie dem Artikel 2 zustimmen. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf

## Artikel 3

### Ermächtigung zur Neubekanntmachung des Landespersonalvertretungsgesetzes

– Auch hierzu kann ich wohl Ihre Zustimmung feststellen.

Ich rufe auf

## Artikel 4

### Inkrafttreten

– Auch hier Zustimmung.

### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 10. Oktober 1990 das folgende Gesetz beschlossen.“

### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

### S c h l u ß a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz insgesamt zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das Gesetz ist bei zwei Enthaltungen angenommen.

Wir haben nun noch den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Drucksache 10/3604, in Zweiter Beratung zu behandeln. Der Innenausschuß schlägt Ihnen mit der Beschlußempfehlung Drucksache 10/4070 vor, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, daß ich den Gesetzentwurf insgesamt zur Abstimmung bringe. – Das ist der Fall.

Wer dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Drucksache 10/3604, zustimmen will, den bitte ich um das Handzei-

(Stellv. Präsident Dr. Hopmeier)

chen. - Danke. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei einer Enthaltung ist der Gesetzentwurf mit großer Mehrheit abgelehnt.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Innenministeriums - Maßnahmen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität - Drucksache 10/2106**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung 5 Minuten, für die Aussprache 5 Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Ströbele.

**Abg. Ströbele** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kriminalität beherrscht in unserem Land viele Bereiche wie Rauschgiftstraftaten, Waffenhandel, Falschgeldherstellung,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Glücksspiel, Schutzgelderpressung und Tageswohneinbrüche, die international organisierte Banden begehen, die morgens bei uns einreisen, abends ausreisen und die Beute am anderen Tag irgendwo in einem anderen Land verramschen.

Von 1985 bis 1989 stiegen allein in Baden-Württemberg die Rauschgiftstraftaten von knapp 9 000 auf 14 500 Fälle an. Die Zahl der Rauschgifttodesfälle stieg von 50 im Jahr 1985 auf 123 im Jahr 1989 an, und in diesem Jahr sind es schon wieder über 125 Rauschgifttote. Wer schon wirklich erlebt hat, welches Elend und welches Leid in Familien hineingetragen wird, wenn ein Familienmitglied in der Rauschgiftszene ausrutscht, der weiß, daß hier dringend Maßnahmen notwendig sind.

Lassen Sie mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, hinzufügen: Die organisierte Kriminalität ist auch sehr sozialschädlich. Die kleinen Leute sind die ersten Opfer dieser internationalen Banden. Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität heißt deshalb auch Rechtsschutz für die Schwachen und Minderheiten vor Übergriffen und Rechtsbrüchen. Dies heißt also, daß die Bekämpfung der Kriminalität insbesondere auch wirksame Politik für die kleinen Leute ist.

Lassen Sie mich hinzufügen, daß die Kriminalität in wachsendem Maße Einfluß nimmt auf Teile unserer Wirtschaft. Sie versucht auch, staatliche Strukturen lahmzulegen. Das Eindringen der Kriminalität nimmt inzwischen Formen an, welche der Staat als Staat nicht mehr dulden kann.

Lassen Sie mich einige Punkte ansprechen, um aufzuzeigen, was notwendig ist.

Zum ersten begrüßen wir es außerordentlich, daß in Baden-Württemberg frühzeitig die Gefahren der organisierten Kriminalität erkannt wurden

(Abg. Schrempp SPD: Ja, ja!)

- ja, Herr Kollege Schrempp -

(Abg. Schrempp SPD: Deshalb wächst sie immer mehr!)

und aus diesem Grunde frühzeitig ein organisiertes Konzept - wir waren die ersten - zur Bekämpfung dieser schlimmen Kriminalitätsform in unserem Land vorhanden ist, welches der Notwendigkeit einer täterbezogenen und nicht nur tatbezogenen Verbrechensbekämpfung Rechnung trägt.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

So war die frühzeitige Bildung besonderer organisierter Einheiten bei der Polizei, welche auch beim Staatsanwalt entsprechende Partner finden, ein guter und notwendiger Schritt.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Wir werden diese Sonderdezernate im Haushalt 1991/92 noch mehr stärken - räumlich, sächlich und personell.

Lassen Sie mich etwas zum zweiten sagen: Verbrechen machen nicht an Grenzen halt.

(Abg. Weyrosta SPD: Ganz neue Erkenntnisse!)

Organisierte Kriminalität ist in ihren Planungen hinsichtlich offener Grenzen oftmals fast schneller als Politik und Polizei. Wenn Verbrechen aber an den Grenzen nicht haltmachen, darf auch die Verbrechensbekämpfung an den Grenzen nicht haltmachen. Die offene Grenze in West und Ost darf für Kriminelle kein Freifahrtschein sein. Mit Nachdruck müssen wir die guten praktischen Modelle internationaler polizeilicher Zusammenarbeit wirklich vortreiben. Wir haben an der deutsch-französischen Grenze hierzu gute Anfänge.

Wir müssen diese Modelle weiterentwickeln. Wir, die CDU, treten mit Überzeugung und vollem Herzen für ein freies, einheitliches und offenes Europa ein. Aber ebenso engagiert treten wir für eine internationale, für eine intensive europäische polizeiliche Zusammenarbeit ein. Wir brauchen in Europa eine Sicherheitsfront der Sicherheitsbehörden gegen die organisierte Kriminalität.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen die Kontrollen an den Außengrenzen intensivieren. Ich füge aber hinzu, daß etwa an der schweizerisch-deutschen Grenze oder an der österreichisch-deutschen Grenze nun nicht eine neue Sicherheitsmauer entstehen darf. Dafür hätten die Bürger in unserem Land kein Verständnis. Aber eine wichtige Rolle spielen hier die Flughäfen. Dafür wollen wir im Haushalt 1991/92 zusätzliche Stellen schaffen, und wir erwarten uns von der Freisetzung von Sicherheitskräften beim Bundesgrenzschutz weitere Verbesserungen.

(Zuruf des Abg. Schrempp SPD)

(Ströbele)

Lassen Sie mich noch einen dritten Bereich ansprechen, den wir außerordentlich ernst nehmen. Das sind die organisierten Tageswohnungseinbrüche.

(Abg. Weyrosta SPD: Auf was wartet ihr eigentlich noch? Ihr seid eine Regierung von Ankündigungen! Machen!)

Kaum eine andere Form der Kriminalität trifft das Sicherheitsempfinden des einzelnen Bürgers so ins Mark, wie dies bei den Tageswohnungseinbrüchen der Fall ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Verbrechen stellt für Politik, Bürgerschaft und Polizei eine ganzheitliche Herausforderung dar. Hier geht es auch um das Vertrauensempfinden des Bürgers zum Staat. Tageswohnungseinbrüche müssen die Bürger selbst durch ihr persönliches Verhalten und durch entsprechende Vorsorgemaßnahmen entgegenwirken. Wir werden aber im Doppelhaushalt 1991/92 auch deswegen beachtliche zusätzliche neue Personalstellen ausweisen, weil wir auf diese Weise die Präsenz unserer Polizei in den Wohnquartieren verstärken wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich ein Viertes, ganz Wichtiges ansprechen, nämlich weitere rechtspolitische Maßnahmen auf Bundesebene, die dringend notwendig sind, um unserer Polizei weitere rechtsstaatliche Mittel zur Wahrung unserer freiheitlichen Ordnung an die Hand zu geben. Da fordere ich die FDP als Koalitionspartner in Bonn auf, in dieser Hinsicht nicht mehr weiter im Bremserhäuschen sitzen zu bleiben. Es sollte keiner Diskussion mehr bedürfen, daß wir zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität im materiellen Strafrecht die Einführung einer Vermögensstrafe dringend benötigen.

(Abg. Schrempp SPD: Richtig! – Zuruf von der FDP/DVP: Einigkeit!)

Wir müssen dringend milliardenschwere Profite abschöpfen, die, oftmals auf Kosten kleiner Leute, aus schweren Straftaten stammen.

(Abg. Weyrosta SPD: Das gilt auch für Stasi-Leute!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir streben diese spürbare Verbesserung der Möglichkeiten zur Einziehung der Profite und des Vermögens als ein ganz zentrales rechtspolitisches Ziel an.

(Abg. Schrempp SPD: Das ist bloß eine Frage der Formulierung! – Abg. Weyrosta SPD: Das gilt auch für das Parteivermögen aus der DDR!)

Das Profitstreben der Täter ist die Triebfeder für die organisierte Kriminalität. Wer Profit abschöpft, schöpft auch Macht ab, und mit dem Zugriff auf die Gewinne wird beim Straftäter zugleich auch das Investitionskapital für die Begehung neuer Straftaten entzogen. So treten wir weiter entschlossen für die Möglichkeit ein, bei der Verurteilung wegen Delikten der schweren Kriminalität neben einer Freiheitsstrafe auch eine Vermögensstrafe zu verhängen.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf diese Weise wollen wir ein Stück Anreiz für diese kriminelle Betätigung nehmen, und wir meinen, daß man in diesem Zusammenhang auch das Bankgeheimnis nicht länger tabuisieren kann.

Lassen Sie mich fünftens die Funktion des verdeckten Ermittlers ansprechen. Wir haben mit dem verdeckten Ermittler in Baden-Württemberg gute Erfahrungen machen können. Um überhaupt in hochorganisierte kriminelle Banden einzudringen, brauchen wir den Einsatz des verdeckten Ermittlers. Meine Damen und Herren, wir seitens der CDU-Landtagsfraktion drängen hier geradezu auf eine klare rechtliche Regelung und Absicherung dieser sehr schwierigen polizeilichen Tätigkeit.

Ich möchte an dieser Stelle als sechsten Punkt ansprechen: Eine weitere dringend notwendige Maßnahme ist die Verbesserung des Zeugenschutzes sowohl im Rahmen des Ermittlungs- als auch des Gerichtsverfahrens. Zeugenschutzmaßnahmen sind dringend notwendig, um der planmäßigen Einschüchterung aussagewilliger Personen durch Verbrecher entgegenwirken zu können.

Angesichts der sehr guten Abschottung krimineller Vereinigungen nach außen – das möchte ich als siebtes sagen – ist es nur außerordentlich schwer möglich, in diese ohne Mithilfe von Tatbeteiligten oder -helfern einzudringen. Aus diesem Grunde lohnt es sich, miteinander darüber nachzudenken, ob sich die befristet eingeführte Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftätern nicht auch für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens eignet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wollte ich für uns in aller Kürze anmerken. Ich meine, wir brauchen eine große Koalition, um den Strategien der Angst entgegenzuwirken. Wie die Polizei zur Bekämpfung der Kriminalität Schulter an Schulter zusammenarbeitet, so sollten auch wir in diesem Hohen Hause den Schulteranschluß suchen und Schulter an Schulter überlegen, auf welche Weise wir weitere notwendige rechtspolitische Schritte machen können.

Zur Sicherung unserer freiheitlichen Ordnung braucht unsere Polizei noch wirksamere Mittel. Wir als CDU-Landtagsfraktion werden uns weiterhin mit allem Nachdruck zu einer effektiven Bekämpfung der Kriminalität für eine ausgewogene Kombination rechtsstaatlicher organisatorischer, personeller und materieller Maßnahmen einsetzen.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schrempp.

**Abg. Schrempp SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, insbesondere der Rauschgiftkriminalität, ist derzeit eine der größten gesellschaftspolitischen Herausforderungen überhaupt. Wenn wir uns heute auch mit der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität durch die Polizei und die Justiz beschäftigen, möchte ich dennoch darauf hinweisen, daß

(Schrempf)

dies zwar ein wichtiger oder sehr wichtiger Bereich ist, jedoch der soziale Bereich – die Suchtberatung, die Suchtprophylaxe, die notwendige Anzahl von Therapieplätzen und die Suchtbetreuung – einen gleich hohen Stellenwert einnimmt. Ohne sozialpolitische Maßnahmen – das wissen wir alle – werden juristische und polizeiliche Maßnahmen letztlich erfolglos bleiben.

Zweifellos verlangen internationale Verflechtungen von kriminellen Organisationen, insbesondere im Bereich der Rauschgift- und Wirtschaftskriminalität, neue Konzeptionen, Strategien und verfassungskonforme gesetzliche Maßnahmen. Es ist nicht hinnehmbar, daß die Wirtschaftskriminalität von 1989 auf 1990 um 20,5 % zugenommen hat, daß immer mehr harte Drogen, wie Heroin und Kokain, und vermehrt auch synthetische Drogen gehandelt werden, daß die polizeilich festgestellten Rauschgifttodesfälle in Baden-Württemberg von 71 im Jahre 1988 auf 123 im Jahre 1989 und bis August dieses Jahres auf 137 gestiegen sind.

Deshalb unterstützt die SPD-Fraktion rechtsstaatlich einwandfreie und verfassungskonforme Maßnahmen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Hierzu gehört insbesondere die Einführung einer Nebenstrafe, damit der durch die Straftat erzielte Gewinn voll abgeschöpft, das Waschen von Gewinnen aus Straftaten bestraft und die unverzügliche Beschlagnahme illegaler Vermögenswerte im Ermittlungsverfahren verfügt werden kann.

(Beifall des Abg. Dr. Caroli SPD)

Außerdem ist es sicher notwendig, den Einsatz verdeckter Ermittler – auch zur Absicherung der Polizeibeamten selbst – rechtlich zu regeln. Aber all dies hat die SPD-Fraktion bereits vor einem Jahr beantragt, und dies wurde in diesem Hohen Hause und in den Ausschüssen diskutiert.

Polizeiliche Maßnahmen – da haben wir doch einen gewissen Dissens, Herr Kollege Ströbele – können jedoch nur erfolgreich sein, wenn sie vom Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger getragen werden. Dieses Vertrauen darf nicht beeinträchtigt werden. Aufgrund dieses auch rechtsstaatlichen Grundsatzes müssen Maßnahmen wie zum Beispiel die Rasterfahndung und die Ermittlungshilfen sowie die datenschutzrechtlich bedenklichen Vorschriften nochmals in Detail überprüft werden.

Unabhängig von vielen auch richtigen gesetzgeberischen Maßnahmen darf jedoch eines nicht vergessen werden: Ohne die notwendigen Beschäftigten im Bereich von Polizei und Justiz werden alle gesetzlichen Regelungen letztlich Makulatur bleiben müssen, da sie nicht umgesetzt bzw. nicht durchgesetzt werden können. 50 Beamte von der Kriminalpolizei in die Landespolizeidirektionen umzusetzen genügt eben nicht, zumal diese qualifizierten Beamten dann bei den Polizeidirektionen fehlen.

Im Entwurf des Staatshaushaltsplans für das Jahr 1991 – wir haben das nachgerechnet – sind unter dem Strich gerade 63 zusätzliche Stellen für die Polizei enthalten. 20 Stellen für die Staatsanwälte, die in einem Nachtrag zum Doppelhaushalt 1989/90 neu geschaffen wurden, sind zu wenig, auch im Hinblick darauf, daß gerade sechs neue

Stellen für Staatsanwälte im Entwurf des Staatshaushaltsplans 1991/92 enthalten sind.

Die Landesregierung, meine Damen und Herren, ist dafür verantwortlich, daß die organisierte Kriminalität mit all dem menschlichen Leid, das damit verbunden ist, wächst und wächst. Der Innenminister hat hier offensichtlich die Aufgabe übernommen, immer neue Horrormeldungen herauszugeben, ohne daß wesentliche Schritte für die erfolgreiche Bekämpfung der organisierten Kriminalität insgesamt erkennbar sind. Wer die Kriminalität jedoch ernsthaft bekämpfen will, darf nicht nur den Mund spitzen, sondern muß auch pfeifen. Der Ruf nach neuen und schärferen Gesetzen reicht nicht, wenn nicht gleichzeitig auch die personelle Situation bei Polizei und Justiz erheblich verbessert wird.

Die Stunde der Wahrheit schlägt in den nächsten Wochen bei der Beratung und Verabschiedung des neuen Haushalts. Wir werden alle, die vollmundig behaupten, Maßnahmen gegen die organisierte Kriminalität oder die Kriminalität generell zu ergreifen, am Ergebnis der Haushaltsberatungen messen. Wir verzichten deshalb heute auf entsprechende Anträge und werden uns im Innenausschuß mit den Details des vorgelegten Antrags, der im übrigen älter als ein Jahr ist, sicher befassen. Die Glaubwürdigkeit der Kriminalitätsbekämpfung steht auch hier letztlich auf dem Prüfstand.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Muscheler-Frohne.

**Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE:** Herr Präsident! Ich möchte Frau Glaser bzw. meine Fraktion entschuldigen. Dadurch, daß die Beratung dieses Tagesordnungspunkts, die für morgen vorgesehen war, kurzfristig auf heute verlegt wurde, war es Frau Glaser nicht mehr möglich, eine Verpflichtung abzusagen. Außerdem ist ein Großteil unserer Fraktion heute bei einer Beerdigung. Deshalb ist es nicht möglich, daß wir hierzu jetzt sprechen. Ich möchte mich für die Fraktion dafür entschuldigen.

(Abg. Weyrosta SPD: Es hat sich hier noch nie jemand für Nichtreden entschuldigen müssen! – Gegenruf des Abg. Ströbele CDU: Manchmal ist Schweigen Gold!)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Vielen Dank. – Das Wort erteile ich Herrn Abg. Vollmer.

**Abg. Vollmer FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen, meine Herren Kollegen! Ich meine, wir sollten für das Anliegen, das gerade vorgetragen wurde, Verständnis haben. Wir wissen, Frau Glaser läßt keine Gelegenheit aus, sich hier zu Wort zu melden und zu Wort zu kommen.

(Heiterkeit – Abg. Weyrosta SPD: Sie steht Ihnen ziemlich nahe, Herr Kollege Vollmer!)

(Vollmer)

Wenn sie jetzt die Gelegenheit nicht wahrnehmen kann, dann gibt es dafür offenbar Gründe, die wir respektieren sollten.

(Abg. Weyrosta SPD: Machen Sie ja nicht den Versuch, die Redezeit noch mit zu beanspruchen!  
– Heiterkeit)

– Herr Weyrosta, wenn Sie mich, wie vorhin, ständig aufhalten, bekomme ich Probleme. Jetzt sitzt gerade ein anderer Präsident oben. Ich hoffe, er ist genauso nachsichtig wie der vorhin amtierende Präsident.

Meine Damen und Herren, die Kriminalitätsentwicklung der letzten Jahre zeigt eindeutig, daß wir es mit einer neuen Qualität des Verbrechens zu tun haben: Rauschgiftkriminalität, Bandenaktivitäten, Wirtschaftsverbrechen. Straftaten werden in zunehmendem Maße nicht mehr oder weniger zufällig von Einzeltätern begangen, sondern professionell und mit hohem Organisationsaufwand vorbereitet und verübt. Das, was Sie, Herr Minister, da ganz besonders umtreibt, ist auch mir sehr wichtig. Polizei und Staatsanwaltschaft sehen sich immer häufiger mit einem Management des Verbrechens konfrontiert; so muß man es wohl bezeichnen. Es tritt schlagartig auf und verschwindet rasch.

Die Folgen der organisierten Kriminalität sind vielfältig. Sie führen nicht nur zu wirtschaftlichen Schäden in Milliardenhöhe, sondern sie haben auch beträchtliche sozial-schädliche Auswirkungen, weil immer mehr Bürger Opfer des organisierten Verbrechens werden. Schließlich besteht durch das organisierte Verbrechen auch die Gefahr des Autoritätsverlusts für den Rechtsstaat.

Die neue Qualität der Kriminalität erfordert auch eine neue Qualität der Polizei. Zur Durchdringung des Bereichs der organisierten Kriminalität ist der Einsatz von V-Leuten und verdeckten Ermittlern geboten; ich sage das sehr deutlich. Letztere dürfen aber keine Straftaten begehen. Ihr Einsatz erfordert eine klare und präzise gesetzliche Grundlage sowie das Einverständnis mit der scheidenden Staatsanwaltschaft. Beamte, die in diesem schwierigen und belastenden Bereich eingesetzt werden, bedürfen der besonderen Führung und Fürsorge ihrer Vorgesetzten. Aus Fürsorgegründen ist ihre Verwendung in diesem Bereich von vornherein zeitlich zu begrenzen. Ich wiederhole: zeitlich zu begrenzen.

Zur besseren Strafverfolgungsmöglichkeit hochkrimineller Täter ist der Zeugenschutz auszubauen; das wurde schon vom Kollegen Ströbele gesagt. Mit dem Ziel, die Zeugen vor Beeinflussung und vor Bedrohung zu schützen, sind in entsprechendem Umfang Zeugendienststellen einzurichten.

Die effektive Bekämpfung der organisierten Kriminalität erfordert auch Lösungen, die die Verfolgung von Geldbewegungen ermöglichen, um Sachverhalte des Geldwaschens aufzudecken und – Sie, Herr Ströbele, sagten es – strafrechtlich zu ahnden.

Die effektive Bekämpfung der organisierten Kriminalität erfordert länderübergreifende, gegenseitige, personelle, materielle und logistische Unterstützung der Polizei, insbesondere durch den Einsatz von gemeinsamen Ermitt-

lungsgruppen – dafür gibt es ja Ansätze –, und sie erfordert die verstärkte Nutzung zentraler Polizeieinrichtungen, insbesondere zur Observation, Wirtschaftsprüfung, Rauschgiftdetektion und für Zeugenschutzmaßnahmen.

Zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität sind alle technischen Möglichkeiten auszunutzen. Hierzu gehört, ganz unten angefangen, die Ausrüstung der einzelnen Arbeitsebenen mit entsprechender Bürotechnik, die Einführung angepaßter Textverarbeitung, die Modernisierung und Ausweitung des polizeilichen Kommunikationsnetzes ebenso wie die entsprechende Aus- und Fortbildung der Polizeibeamten zur Anwendung moderner Informations- und Kommunikationstechnologie. Dazu hören wir ja immer, wenn wir bei der Landesregierung nachfragen, wie weit die Aus- und Fortbildung sei, alles sei auf dem laufenden, aber wenn man dann nachfaßt, stellt man fest, daß es oft wirklich sehr dürrig aussieht.

Die Effizienz der Kriminalitätsbekämpfung ist heute weitgehend vom raschen und umfassenden Einsatz der Datenverarbeitung bei der Polizei abhängig. Das ist ja wohl manchmal ein Problem. Das Erheben, Speichern, Nutzen und Übermitteln von Informationen ist für die polizeiliche Aufgabenerledigung unverzichtbar.

Selbstverständlich besteht ein Spannungsverhältnis zwischen effektiver Kriminalitätsbekämpfung und Datenschutz. Dem muß man gerecht werden, aber nicht dadurch, daß man von vornherein Extrempositionen aufstellt, sondern man muß versuchen, auszuloten, wo man sich treffen kann.

Der Bürger will aus seinem verbürgten Freiheitsanspruch heraus von staatlichen Eingriffen, insbesondere von informationellen Aktivitäten der Polizei, verschont bleiben. Dafür muß man Verständnis haben, auch dann, wenn er zugleich den Anspruch stellt, in Sicherheit leben zu können. Wie gesagt, das ist wieder ein Spannungsverhältnis.

Dieses Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit ist gleichzeitig auch das Dilemma der Polizei. Deshalb ist es besonders wichtig, daß die Polizei mit persönlichen Daten behutsam und zurückhaltend umgeht, um sich so das Vertrauen der Bürger zu bewahren. Wir wissen, daß unsere Bürgerschaft ein hohes Vertrauen in die Polizei hat.

Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität erfordert eine enge polizeiliche Zusammenarbeit über die nationalen Grenzen hinweg. Deshalb ist es erforderlich, die notwendige Harmonisierung der europäischen Rechtsvorschriften energisch voranzutreiben. Dabei kommt es allerdings auch darauf an, daß national wichtige Rechtsstandards nicht dem Prinzip des kleinsten gemeinsamen Nenners zum Opfer fallen. Da wird es sicherlich wiederum Schwierigkeiten geben.

Weiterhin ist auf europäischer Ebene zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität eine Straffung und Konzentrierung bei der Zusammenarbeit der damit befaßten Gremien erforderlich.

(Vollmer)

Die Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarstaaten auf der Basis der Gegenseitigkeit sowohl in personeller als auch in materieller Hinsicht ist zu intensivieren.

Es ist ein europäisches Informations- und Fahndungssystem zu entwickeln.

Die fachliche Fortbildung und die Verbesserung der Sprachkenntnisse der Polizeibeamten im Wege des gegenseitigen Austausches und der Hospitanz müssen ermöglicht werden.

Die kriminologische Forschung ist europaweit aufeinander abzustimmen.

Ein europäisches Kriminalamt kann nur am Ende, aber nicht am Anfang notwendiger Harmonisierung strafrechtlicher und fachgesetzlicher Bestimmungen stehen. Ein derartiges Kriminalamt sollte erst dann geschaffen werden, wenn die rechtlichen Voraussetzungen vorhanden sind, um auf europäischer Ebene rechtseinheitlich polizeilich zu arbeiten.

Meine Damen und Herren, ich wollte heute einfach einmal die Grundsätze aufzeigen, damit das, was in diesem Antrag der CDU-Fraktion vor mehr als einem Jahr niedergeschrieben worden ist, auch aus der Sicht der FDP/DVP deutlich gemacht wird.

Wir haben vor uns die Haushaltsberatungen, und deshalb ganz zum Schluß: Erfolgreiche Arbeit der Polizei erfordert Vertrauen unserer Bevölkerung in die Polizei – ich wiederhole: das Vertrauen ist in großem Maße vorhanden –, und sie erfordert das Vertrauen der Polizei in die Politik. Die Frage ist daher, wie ich meine: Tun wir das Mögliche, um das Vertrauen in die Politik zu erhalten und es dort, wo es kritisch geworden ist, wieder zurückzugewinnen?

Ich möchte einfach an das anschließen, was Kollege Schrempp gesagt hat: Die Haushaltsberatungen, die demnächst im Finanzausschuß stattfinden werden, werden zeigen, wie wir all dies, was auch Sie, Herr Ströbele, zu Recht in Ihrem Antrag gefordert haben und was sicherlich im Innenausschuß noch vertieft werden wird, in Planstellen und in materielle Ausstattung umsetzen können, damit unsere Polizei wirklich den Anforderungen gerecht werden kann, die an sie gestellt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich dem Herrn Innenminister.

**Innenminister Schlee:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Entwicklung der organisierten Kriminalität ist im wahrsten Sinne des Wortes beängstigend. Eine Zahl soll dies verdeutlichen: Wir hatten in Baden-Württemberg 1990 bis einschließlich gestern 145 Drogentote. Im ganzen Jahr 1989 haben wir 123 gehabt. Wenn man sich diese Zahl vergegenwärtigt – das ist ja nur ein ganz, ganz kleiner Ausschnitt der organisierten Kriminalität –, dann wird ganz rasch deutlich, daß die Zeit der Lippenbekenntnisse und der gesetzgeberischen Minimalprogramme eigentlich längst zu Ende sein müßte. Wer hier

immer noch bremst, der zeigt, daß er den Ernst der Lage noch nicht erkannt hat.

Lieber Herr Kollege Vollmer, das allermeiste, was Sie gesagt haben, kann man wohl unterstreichen.

(Abg. Weyrosta SPD: Es ist ja nichts Neues! –  
Abg. Schrempp SPD: Das haben wir schon vor  
einem Jahr diskutiert!)

Wir haben, Herr Kollege Vollmer, in der Innenministerkonferenz unter allen Innenministern, auch denen der SPD-regierten Länder, unter großen Schwierigkeiten einen einstimmigen Beschluß für einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität erreichen können. Dieser Gesetzentwurf ist durch den Bundesrat durch und hängt jetzt im Bundestag. Es ist die FDP-Fraktion –

(Abg. Weyrosta SPD: Hört, hört! Immer der  
Hausmann!)

ich kann Ihnen das nicht ersparen; ich tue es nicht gerne, aber ich muß es sagen –, die in dieser Sache bremst. Da geht es wirklich nicht um irgendein parteipolitisches Gepflänkel. Vielmehr ist die Situation im Bereich der Rauschgiftkriminalität – der Kollege Ströbele hat die Tageswohnungseinbrüche angesprochen; Sie könnten die Geldfälscherei, die Wirtschaftskriminalität und vieles andere mehr ansprechen – so, daß jetzt ein anderes rechtliches Instrumentarium hermuß und daß dies rasch geschehen muß. Daß es so, wie es im Augenblick im Bundestag läuft, in höchstem Maße unbefriedigend ist, das ist eine zurückhaltende Formulierung.

Wir brauchen im materiellen Strafrecht – Sie haben es dargestellt, Herr Kollege Ströbele – eine ganze Reihe von weiteren Verbesserungen. Denken Sie an die Einführung der Vermögensstrafe. Denken Sie an erleichterte Regelungen für den Verfall von Vermögensgegenständen. Wir müssen auf diese Art und Weise, auch über den Geldwäschatbestand, an die Profite herankommen.

(Abg. Weyrosta SPD: Natürlich!)

Wir müssen den Leuten ihre riesigen Finanzmittel entziehen,

(Abg. Weyrosta SPD: Ja!)

wenn wir hier zu Erfolgen kommen wollen. All das, was eingezogen wird,

(Abg. Weyrosta SPD: Parteivermögen aus der  
DDR!)

könnte natürlich, so wie das in anderen westlichen Demokratien der Fall ist, zum Beispiel der Polizei zur Verfügung gestellt werden.

Aber eines müssen wir natürlich einräumen: Die Strafverschärfungen allein nützen uns überhaupt nichts, wenn es uns nicht gelingt, die verbrecherischen Strukturen, die kriminellen Strukturen in ihrem Zentrum aufzubrechen.

(Minister Schlee)

(Abg. Schrempp SPD: Richtig!)

Da ist natürlich der Einsatz verdeckter Ermittler notwendig, und zwar auf einer rechtlich gesicherten Grundlage. Deshalb enthält dies der Gesetzentwurf der Innenministerkonferenz. Dazu gehört natürlich auch der Einsatz von akustischen und optischen Überwachungsgeräten.

Herr Kollege Schrempp, ich will Sie in diesem Punkt ansprechen, auch weil Sie die Rasterfahndung angesprochen haben. Ich weiß gar nicht, wen Sie meinen, wenn Sie sagen, man müsse sich hier verfassungskonform verhalten. Was glauben Sie denn, was Ihre Parteifreunde, die Innenminister der SPD-regierten Länder, in diesem Punkt überhaupt gemacht haben? Wollen Sie denn auch nur einem unterstellen, er würde sich nicht verfassungskonform verhalten?

(Abg. Schrempp SPD: Das habe ich gar nicht gemacht!)

Ich will nur noch einmal darauf hinweisen

(Abg. Weyrosta SPD: Aber auch keine falschen Fronten aufbauen!)

– nein, nein –: Wenn dies so ist, Herr Kollege Schrempp, dann müßten Sie einfach sagen, daß Sie unserem Gesetzentwurf, dem Gesetzentwurf des Bundesrates, auch was die Rasterfahndung angeht, zustimmen wollen. Da will niemand etwas, was verfassungsrechtlich oder gesetzlich nicht geht. Wir wollen da überhaupt keine verrückten Regelungen.

(Zuruf des Abg. Schrempp SPD)

– Nein, Sie haben die Rasterfahndung relativiert, und wir haben, was die Rasterfahndung angeht, eine gesetzliche Regelung, die wasserdicht ist. Darauf will ich noch einmal hinweisen.

Dasselbe gilt natürlich für den Zeugenschutz, der eine ungeheure Dimension bekommt. Wir haben ja schon eine Vielzahl von Fällen, wo Prozesse erst gar nicht mehr durchgeführt werden können, weil die Zeugen im Vorfeld aus dem Weg geräumt wurden. Es kann doch in einem Rechtsstaat nicht angehen, daß wir so etwas zulassen.

Ich will einen zweiten Punkt ansprechen. Natürlich, Herr Kollege Schrempp, sind wir auch im Land aufgerufen – das ist doch überhaupt keine Frage –, was die Bekämpfung der organisierten Kriminalität angeht, also über das rechtliche Instrumentarium hinaus. Deshalb haben wir eine Konzeption zu einer intensiveren Bekämpfung der organisierten Kriminalität erarbeitet und setzen diese Konzeption mit unseren Dezernaten für Bandenkriminalität und organisierte Kriminalität in die Tat um. Bisher haben wir 75 Kriminalbeamte in diesem Bereich eingesetzt. Wir wollen das natürlich in einem Stufenplan ausweiten. Es sollen zusätzliche Dezernate für organisierte Kriminalität eingerichtet werden.

Wir haben beim Landeskriminalamt ein Dezernat für Zeugenschutz eingerichtet, das eine höchst beachtliche

Arbeit leistet. Natürlich muß im Zuge der Haushaltsberatungen über das eine oder andere gesprochen werden. Kollege Ströbele hat darauf hingewiesen. Das gilt für die personelle Seite, wenn Sie an die Neustellenproblematik denken, wenn Sie an die Stellenhebungsproblematik denken. Das gehört natürlich mit in diesen Zusammenhang hinein. Das ist doch überhaupt keine Frage. Dazu gehören natürlich auch all die Maßnahmen, die die Verbesserung der sächlichen Ausstattung betreffen. Wir sehen doch, daß diejenigen, die in diesem Bereich international agieren, über alle nur denkbaren „Machtmittel“ verfügen. Sie sind weltweit ständig unterwegs mit der modernsten Ausstattung, die man sich überhaupt vorstellen kann. Diesen Leuten müssen wir natürlich entsprechend ausgebildete und ausgerüstete Polizeibeamte gegenüberstellen, die, wie gesagt, von einer gesicherten rechtlichen Basis aus agieren können.

Wir haben doch bei den verdeckten Ermittlern bundesweit Schrittmacherdienste geleistet. Das ist ja inzwischen völlig unbestritten. Wenn wir jetzt die gesetzliche Grundlage bekämen, könnte dieses Instrument der verdeckten Ermittler noch effektiver eingesetzt werden. Natürlich sind andere Bereiche notwendig. Denken Sie an die Verstärkung der mobilen Einsatzkommandos, die im Bereich der Observation, aber auch bei Zugriffsmaßnahmen ganz wichtige Funktionen zu erfüllen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kollege Ströbele hat vorhin die europäische und die weltweite Dimension angesprochen. Daß wir einen gesamteuropäischen Rauschgiftbekämpfungsplan brauchen, daß wir gesamteuropäische Strategien zur Bekämpfung anderer Formen der organisierten Kriminalität brauchen, ist inzwischen unbestritten. Nur: Das zu fordern ist die eine Seite, und es in den internationalen Konferenzen durchzusetzen ist die andere.

(Abg. Weyrosta SPD: Wer blockiert denn da?)

Deshalb ist es ganz wichtig, daß wir jetzt zum Beispiel die Möglichkeit haben, was die französisch-baden-württembergische Grenze angeht, modellhaft für andere europäische Staaten diese Zusammenarbeit zu demonstrieren.

(Abg. Schrempp SPD: Fahren Sie doch mal mit mir nach Straßburg!)

Wir werden ja in wenigen Wochen in Metz die nächste Verhandlungsrunde haben und hoffen, daß wir nun wirklich zu einem europäischen Modell der Zusammenarbeit kommen können.

Auf Ihre Frage, Herr Kollege Weyrosta, wer denn da bremse, kann ich Ihnen sagen: Es gibt natürlich schon Länder – das ist ja auch in den Medien immer wieder abgehandelt worden, deshalb kann ich das sagen –, die, was ihre Souveränität und das Abgeben von Rechten angeht, große Schwierigkeiten machen. Daß es mit den französischen Freunden nicht ganz einfach ist, ist ja nur ein Beispiel.

(Abg. Schrempp SPD: Es ist aber besser geworden!)

(Minister Schlee)

Gott sei Dank kommen wir jetzt, was unsere Zusammenarbeit angeht, weiter. Wenn Sie jedoch an das Schengener Kommunikationssystem denken, wird ganz rasch deutlich, daß wir viel zu lange gebraucht haben, bis dieses System auf die Beine gestellt war.

Ich will noch ein Wort zur Sozialschädlichkeit sagen, weil ja immer wieder der Eindruck erweckt wird, da versuchten irgendwelche Leute ihre ganz privaten Interessen zu vertreten, und das seien im wesentlichen Interessen des Großkapitals. Das ist ja nun wirklich eine Betrachtungsweise, die überhaupt nicht falscher sein könnte. Gerade im Bereich der organisierten Kriminalität ist die Sozialschädlichkeit besonders groß. Ich habe das vor wenigen Wochen von dieser Stelle aus dargestellt. Denken Sie nur an die Kriminalität gegenüber älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, wo die Sozialschädlichkeit besonders offenkundig ist. Diese Kriminalitätsbereiche werden natürlich auch weitgehend von Banden betrieben, die, wie wir wissen, international agieren.

(Abg. Schrempp SPD: Das ist alles unbestritten!)

Deshalb wäre es schon ganz gut, eine Verbesserung zu erreichen. Ich will es noch einmal, auch an die SPD gerichtet, sagen, weil das, was die Innenminister, auch Ihre, mitgetragen haben, das eine ist und das, was jetzt Ihre Bundestagsfraktion noch mitzutragen hat, weil es ja umgesetzt werden muß, das andere ist. Ich hoffe, daß wir noch in dieser Legislaturperiode zu einer Verbesserung kommen werden.

(Abg. Weyrosta SPD: Haben Sie da Zweifel?)

– Ja, ich habe ernsthafte Zweifel. Natürlich! Ich habe Zweifel, weil es zum einen Probleme innerhalb der Koalition gibt – ich habe vorhin die FDP angesprochen – und weil es zum anderen nach wie vor Vorbehalte auch in der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages gibt. Deshalb spreche ich das noch einmal an. Ich muß wirklich an Sie appellieren, mit Ihren Möglichkeiten zu versuchen, hier einen Schritt weiterzukommen. Das ist auch und gerade für unsere Polizeibeamten von ganz großer Bedeutung.

Wir sind froh – das möchte ich am Schluß sagen –, daß wir insgesamt hier Schrittmacherdienste auch als Land Baden-Württemberg leisten konnten. Wenn wir jetzt noch mit diesem Gesetzentwurf Erfolg hätten, wäre das ein ganz großer Erfolg. Unterstellt einmal, wir bekommen ihn nicht mehr durch, dann werden wir dafür sorgen, daß dieser Gesetzentwurf unmittelbar nach der Wahl zum Deutschen Bundestag wieder eingebracht wird.

(Abg. Schrempp SPD: Dann müssen wir ihn machen!)

Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir müssen jetzt noch darüber befinden, was mit dem Antrag Drucksache 10/2106 zu geschehen hat. Ich gehe davon aus, daß

er an den Innenausschuß überwiesen werden soll, Herr Abg. Ströbele.

(Abg. Ströbele CDU: Jawohl, Innenausschuß! Wir bitten darum!)

– Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt – Verordnung über die Vermeidung von Verpackungsabfällen – Drucksache 10/3602**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung 5 Minuten, für die Aussprache 5 Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Kipfer.

**Abg. Birgit Kipfer SPD:** Herr Präsident, meine Damen, meine Herren Kollegen! Ich würde Ihnen ja gerne den Feierabend gönnen, aber angesichts des Müllnotstands in der Republik sollten wir doch einige Minuten auf diesen Tagesordnungspunkt verwenden.

Der Bundesumweltminister hat sich endlich aufgerafft, etwas gegen die Müllflut zu unternehmen. Er scheint sogar begriffen zu haben, daß mit freiwilligen Vereinbarungen mit der Industrie nicht weiterzukommen ist. Denn rührend ist es geradezu, wenn man in der Begründung der Verordnung nachlesen kann – ich zitiere –:

Zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit hält es die Bundesregierung nicht mehr für zielführend, die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen zunächst über Zielfestlegungen von der Wirtschaft im Wege des Kooperationsprinzips einzufordern.

Wie lange hat es gedauert, wieviel kostbare Zeit ist seit der Verabschiedung des Bundesabfallgesetzes ins Land gegangen, bis der Herr Umweltminister zu der Einsicht gelangte, daß es höchste Zeit wäre, einmal das Wohl der Allgemeinheit über das Wohl der Wirtschaft zu stellen! Allerdings halten wir diese Verordnung so, wie sie uns bisher vorliegt, auch nicht für sehr „zielführend“, um es milde auszudrücken. Die Verordnung über die Vermeidung von Verpackungsabfällen ist nämlich selber eine Mogelpackung. Das Ziel kann ja wohl nicht sein, die Verbrennungsöfen der privaten Industrie an der öffentlichen Entsorgung vorbei mit billigem Brennstoff zu versorgen. Genau dies aber wird der Fall sein, wenn die Verordnung so, wie sie uns vorliegt, in Kraft tritt. Es werden noch nicht einmal besondere Vorkehrungen zu treffen sein, um die eingesammelten Wertstoffe zu verbrennen, denn die Verpackungen, die die Wirtschaft einsammelt und verwertet, werden ausdrücklich nicht zu Abfall. Sie werden zu Wirtschaftsgut, zu Sekundärrohstoff oder zu Brennstoff, und die Verbraucher müssen das dann auch noch finanzieren.

Die Möglichkeit der Verbrennung geben Industrieverbände auch unverhohlen zu. So hat zum Beispiel die Wirtschaftsvereinigung Metalle bei der Anhörung behauptet, die thermische Verwertung sei oft umweltverträglicher. Ein anderer

(Birgit Kipfer)

Industrieverband forderte sogar die Einbindung dieses Entsorgungskonzepts in die Energiewirtschaft.

Nun ist zu hören, und in der Stellungnahme zu unserem Antrag wird das auch angedeutet, daß bei der endgültigen Fassung eine sogenannte Zielhierarchie geschaffen werden soll. Im übrigen ist dieses auffällige Wort „Ziel“ sehr häufig nachzulesen, und es verdeckt die Tatsache, daß dieses Ziel verfehlt wird. Die thermische Verwertung soll erst nach der Wiederverwertung und nach der stofflichen Verwertung rangieren. Das soll, so hört man, durch eine Sicherstellung gewisser Recyclingquoten geschehen. Überhaupt ist es bemerkenswert, daß auch Vertreter der CDU-Fraktion jetzt eine Abschaffung der Gleichrangigkeit der thermischen und der stofflichen Verwertung im Bundesabfallgesetz fordern. Dies wurde von Ihnen bisher strikt abgelehnt – ich erinnere daran –, auch als die SPD-Fraktion eine solche Festlegung im Landesabfallgesetz forderte.

Aber ein vernünftiges, intelligentes Abfallwirtschaftsgesetz läßt keine halben Sachen mehr zu.

(Beifall bei der SPD)

Was sollen denn Recyclingquoten, von welchen Faktoren werden sie abhängig gemacht, und wie sollen sie jemals überprüft werden? Sinnvoll ist die Abfallwirtschaft nur dann, wenn geschlossene Stoffkreisläufe geschaffen werden, und dies erreichen Sie nur, wenn Sie in die Verordnung ein stoffliches Verwertungsgebot hineinschreiben,

(Beifall des Abg. Dr. Caroli SPD)

also eine Recyclingquote von 100 %. Das hat dann zur Konsequenz, daß nicht stofflich verwertbare Verpackungen, also zum Beispiel alle Verbundverpackungen, vom Markt verschwinden und am besten verboten werden, und dies fordern wir in unserem Antrag.

(Beifall der Abg. Dr. Caroli und Redling SPD)

Und dann die Ausnahmen von der Rücknahmepflicht für Verpackungen, wenn ein Rücknahmesystem existiert. Was die Verordnung beabsichtigt, ist, daß die Wirtschaft quasi in erzwungener Freiwilligkeit, weil nämlich der Handel seine Verkaufsflächen nicht zu Müllplätzen umfunktionieren will, das sogenannte duale Abfallsystem aufbaut. Auch dies halten wir nicht für „zielführend“, um einmal im Sprachgebrauch der Regierung zu bleiben. Funktionieren kann ein solches System nur, wenn es flächendeckend eingeführt wird, aber einen Anschlußzwang an ein privatwirtschaftliches System kann es ja wohl nicht geben. Was sollen dann die Verbraucher machen, die aus irgendwelchen Gründen diese duale Tonne nicht bei sich aufstellen wollen, wenn die entsorgungspflichtige Körperschaft aber festgestellt hat, daß im allgemeinen ein Rücknahmesystem eingerichtet ist? Dann haben Verbraucher nirgendwo mehr die Möglichkeit, ihre Verpackungen loszuwerden. Deshalb fordern wir, daß die Ausnahmen von der Rücknahmepflicht nicht in diese Verordnung hineingeschrieben werden.

4416

Auch von Vermeidung kann nur eingeschränkt die Rede sein. Es ist im Grunde der Gipfel, daß diese Verordnung zum Titel hat: „Vermeidung von Verpackungsabfällen“. Alle Verbraucher – in der Begründung zur Verordnung fälschlicherweise als Verursacher bezeichnet – werden einige Pfennige mehr für die Produkte bezahlen, die mit grünem Punkt versehen sein werden. Das werden sie nur in Ausnahmefällen überhaupt bemerken, und nur in Ausnahmefällen wird sie das daran hindern, das Produkt zu kaufen, um dann die Verpackung zu vermeiden. Im übrigen entfallen Pfandpflichten auf Einwegverpackungen, wenn das duale System eingeführt ist. Der Verbraucher wird dann den bequemen Weg einschlagen: Er wird die Verpackung in die Extratonne werfen, auch wenn das ein paar Pfennige kostet, anstatt den mühsamen Weg der Pfandrückgabe einzuschlagen. Nicht nur also, daß das Prinzip der Vermeidung in sträflicher Weise unterlaufen wird, auch das Mehrwegsystem wird weiter schwer geschädigt.

Wie soll denn das ganze System mit den bereits teilweise weit fortgeschrittenen Logistiken der kommunalen Abfallwirtschaft verknüpft werden? Woher nimmt der Minister das Vertrauen, daß die kommunalen Abfallgebühren längerfristig sinken werden, weil weniger Abfall anfällt? Denn es sind ja nicht die Abfallmengen, die die Kosten verursachen, sondern die fortgeschrittenen Techniken, den Abfall so zu behandeln, daß möglichst wenig Schadstoffe entstehen.

Abfallströme lassen sich schließen, wenn die Stoffe sortenrein vorliegen. Wie soll das bei Rückgabesammelbehältern im Handel oder bei der dualen Tonne gewährleistet sein? Wo wird es die erforderlichen Sortieranlagen geben? Ist nicht mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die Industrie früher oder später sagen wird, das Verpackungsgemisch sei am besten thermisch zu verwerten, weil es bereits zu sehr verschmutzt und die Quote deshalb nicht einzuhalten sei?

Ich möchte nicht mißverstanden werden. Unsere moderne Abfallkonzeption bezieht sich nicht nur auf die Bewältigung des Sondermüllproblems, sondern umfaßt in der gleichen Weise allen anderen Müll, und sie sieht vor, daß künftig das Verursacherprinzip angewendet wird. Verursacher von Verpackungsabfällen sind aber nicht die Verbraucher, sondern die Hersteller von Verpackungen.

(Beifall bei der SPD)

Und damit Hersteller lernen, nur solche Verpackungen auf den Markt zu werfen, die stofflich wieder verwertet werden können, müssen die Hersteller und der Handel zur Rücknahme ihrer Stoffe verpflichtet werden. Dem stimmen wir zu. Aber nur wenn der einfache Weg der Verbrennung ausgeschlossen wird, werden die Hersteller gezwungen sein, schwierig zu entsorgende Verpackungen und Verpackungen überhaupt künftig zu vermeiden.

Es ist dann Sache des Gesetzgebers, dafür zu sorgen, daß die geschlossenen Stoffkreisläufe funktionieren und keine Schlupflöcher entstehen. An dieser Politik wird kein Weg vorbeiführen, und je früher Sie sich, meine Herren und Damen Kollegen von der CDU, dieser Überzeugung an-

(Birgit Kipfer)

schließen, desto mehr Zeit gewinnen wir, damit wir endlich von dem Alptraum Müll befreit werden.

Die vorliegende Verordnung über die Vermeidung von Verpackungsabfällen ist in dieser Form unbrauchbar. Sie ist schlecht für die Umwelt, verbraucherfeindlich und keine Hilfe für die Kommunen. Sie verfehlt das Ziel der Vermeidung von Verpackungsabfällen und der Schonung von Rohstoffen. Sie leitet lediglich Abfallströme um.

(Beifall bei der SPD)

Herr Präsident, ich beantrage, daß wir nachher über diesen Antrag abstimmen.

(Abg. Wieser CDU: Namentlich?)

– Nein.

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Danke. Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

**Abg. Scheuermann CDU:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der SPD-Fraktion zum Entwurf der Verpackungsverordnung gibt mir Gelegenheit, zunächst einmal prinzipiell die Haltung der CDU-Fraktion zu diesem Verordnungsentwurf darzulegen. Wir sind wie Sie der Meinung, daß der Appell an das Umweltbewußtsein der Hersteller von Verpackungen und der Verbraucher nichts oder fast nichts gefruchtet hat und die Zeit der Freiwilligkeit deswegen vorbei sein muß.

(Beifall des Abg. Jacobi GRÜNE – Abg. Teßmer SPD: Eine gute Erkenntnis!)

Wenn Sie so wollen, dann wäre es uns also lieber, wenn wir die Verordnung schon gestern gehabt hätten und nicht heute immer noch zweifelnd darauf warten müßten, wann sie denn nun wirklich kommt.

Nächster Gesichtspunkt, den ich hier ansprechen muß: Frau Kipfer, Sie haben nach meinem Dafürhalten eine ganz wesentliche Erkenntnis nicht angesprochen, nämlich die Erkenntnis, daß eine solche Verordnung, fast egal, wie sie im Detail aussieht, alleine durch ihre Existenz wirken wird.

(Vereinzelt Lachen bei der SPD)

Denn die Gebote, die in ihr stehen, egal, welche Sie ins Auge fassen, sind gegenüber dem heutigen Zustand so gravierend, daß sich sowohl die Hersteller von Verpackungsmaterialien als auch der Handel sehr genau überlegen werden, ob man jede heute noch im Markt gängige Verpackung tatsächlich braucht. Ich darf nur an die Pfandflaschenverordnung über die Kunststoffflaschen ab 1,5 l Inhalt erinnern. Diese Verordnung hat allein durch ihre Existenz sehr segensreich gewirkt. So wird es mit dieser Verordnung auch sein.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Inhaltlich nichts!)

Das heißt: Das erste Ziel dieser Verordnung wird sein, die Verpackungsflut einzuschränken, so daß wir mehr Mehr-

wegverpackungen und mehr stoffliche Verwertung bekommen werden.

Das nächste Ziel, das mit dieser Verordnung erfüllt werden muß, ist, daß deutlich wird, daß Hersteller und Handel die Verantwortung für gebrauchte Verpackungen haben und nicht mehr die öffentliche Müllentsorgung.

Meine sehr verehrten Zuhörer, jetzt zu einzelnen Punkten des SPD-Antrags.

Wir stimmen mit Ihnen voll und ganz überein, daß die stoffliche Verwertung Vorrang vor der thermischen haben muß.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nur: Eine kleine Aussage von Ihnen, Frau Kipfer, muß ich korrigieren. Wir waren bei der Behandlung des Landesabfallgesetzes nicht deswegen für den Gleichrang, weil wir der stofflichen Verwertung nicht den Vorrang einräumen wollten, sondern weil das Bundesabfallgesetz damals keine andere Regelung zugelassen hat. Deswegen haben wir ja mittlerweile den Antrag gestellt, daß das Land über den Bundesrat eine Änderung des Bundesabfallgesetzes bewirken soll, wonach dort der Vorrang der stofflichen Verwertung vor der thermischen gesetzlich normiert wird.

Nächster Punkt, den ich hier ansprechen möchte: Selbstverständlich muß der Vorrang der stofflichen Verwertung vor der thermischen auch für die Hersteller gelten, wenn sie ein eigenes Entsorgungssystem aufbauen. Gott sei Dank steht ja in der Verordnung, daß der Zeitpunkt, zu dem die Entsorgungseinrichtungen der Industrie, der Wirtschaft als Ersatz für die Rücknahme- und Pfandpflichten hergestellt sind, vom Gesetzgeber, das heißt vom Minister, ausdrücklich festgestellt werden muß. Er kann – und da unterstützen wir Sie – nur zu dem Zeitpunkt festgestellt werden, zu dem auch die Organisationen der Verwertung der Wirtschaft klar zu erkennen geben, daß die stoffliche Verwertung Vorrang vor der Verbrennung haben muß.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Ist die Verbrennung ausgeschlossen?)

– Nein, die Verbrennung ist nicht ausgeschlossen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Eben! Das ist der Punkt!  
– Abg. Köder SPD: Das ist das Problem!)

Frau Kipfer, die Verbrennung ist nicht ausgeschlossen, weil wir der Meinung sind, daß es bei allen Anstrengungen der stofflichen Verwertung immer noch einen mehr oder weniger großen Rest gibt, bei dem wir nicht sofort sagen können, daß die Verbrennung ausgeschlossen ist.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE:  
Aber doch nicht bei der Verpackung!)

– Es gibt natürlich auch bei der Verpackung Stoffe, bei denen wir uns sicherlich einmal ganz intensiv überlegen müssen, ob wir sie brauchen oder nicht und wie wir sie entsorgen können.

(Scheuermann)

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Da ist es doch wohl klar! Bei der Verpackung ist das klar!)

Allein bei diesem Punkt – das ist das letzte, was ich jetzt sagen möchte, Frau Kipfer – wird deutlich, daß wir im Plenum wohl nicht ohne eingehendere Aussprache im Umweltausschuß über Ihren Antrag letztlich entscheiden können. Deswegen beantrage ich für die CDU-Fraktion im Gegensatz zu Ihnen, daß wir diesen Antrag an den Umweltausschuß überweisen, wo wir Zeit und Gelegenheit haben, uns vor allem mit den vielen Einzelheiten zu befassen. Ich kann Ihnen schon heute zusagen, daß wir Abschnitt I Ziffer 1 Ihres Antrags zustimmen. Abschnitt I Ziffer 4 geht wohl von einer Entwurfsfassung aus, die nicht mehr aktueller Stand ist, so daß diese Ziffer erledigt ist. Über Abschnitt I Ziffern 2 und 3 müssen wir wirklich intensiv reden.

Zum Schluß: Bisher haben wir gar nichts, was gesetzliche Gebote und Verbote bei der Verpackung angeht. Jetzt liegt ein Entwurf auf dem Tisch, und nun sagen Sie in Ihrem Antrag, was ich nicht verstehe: „Wenn der nicht nach unseren Idealvorstellungen ausfällt, wollen wir gar nichts.“ Denn das ist wohl die Konsequenz dessen, was in Abschnitt II steht.

Wir sind dagegen der Meinung: Auf dem Gebiet der Verpackung ist eine Verordnung, die am ersten Tag des Inkrafttretens noch nicht alle Idealvorstellungen erfüllt, besser als gar nichts.

(Beifall des Abg. Wieser CDU – Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

Deswegen verstehe ich Abschnitt II Ihres Antrags nicht, in dem Sie sagen, das Land möge sich gegen die Verordnung aussprechen, wenn nicht alle Ihre Forderungen ausnahmslos erfüllt worden seien.

(Beifall bei der CDU – Abg. Moser SPD: Nicht so laut klatschen, Herr Wieser, das gibt Rheuma!  
– Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Damit wird die Arthrose bekämpft, hat man mir gesagt! – Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Jacobi.

**Abg. Jacobi GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte in dieser Debatte zwei Punkte herausstellen. Zum einen möchte ich den Inhalt der Verpackungsverordnung kritisieren, dabei allerdings nicht so dick draufhauen, wie dies die Kollegin der SPD gemacht hat. Zum anderen möchte ich einige grundsätzliche Bemerkungen zu dieser Verpackungsverordnung machen.

(Abg. Birzele SPD: Die Grünen werden zu Softies!)

Erstens: Die Verpackungsverordnung ist eine Konkretion des Abfallgesetzes. Wenn Sie sich allerdings diese Verpackungsverordnung anschauen – Frau Kollegin Kipfer hat schon darauf hingewiesen –, dann stellen Sie ganz klar fest,

daß keine Hierarchie geschaffen wurde, daß die stoffliche und die thermische Verwertung auf die gleiche Stufe gestellt wurden, daß die Vermeidung und die Verwertung völlig beliebig auf einer Stufe gehalten werden. Das geht, meine ich, angesichts der Probleme, die wir in der Mülldebatte mittlerweile diskutieren, nicht mehr. Das widerspricht ganz klar vielen kommunalen Abfallwirtschaftskonzepten. Es widerspricht aber nicht nur den Lösungsansätzen auf kommunaler Ebene, sondern auch der Auffassung anerkannter Stellen wie des Umweltbundesamts, das zum Beispiel ausgeführt hat: Es ist jedoch „zu betonen, daß die Möglichkeiten von Vermeidung und Verwertung von Abfällen genutzt werden müssen, so daß die Verbrennung als Abfallbehandlungsmethode nur für die unvermeidenden und stofflich nicht verwertbaren Abfälle erforderlich ist.“

Da ist also eine ganz klare Rangfolge festgelegt, und mit diesem Entwurf für eine Verpackungsverordnung ist das in keiner Weise umgesetzt.

Mich hat gefreut, daß die CDU-Fraktion, Herr Kollege Scheuermann, diese Sache ähnlich beurteilt, und wie in der Stellungnahme zu dem Antrag zu lesen war, gibt es Änderungsvorschläge der Landesregierung. Wir hoffen, daß sie damit auch zum Ziel kommt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist ja geradezu Anbiederung!)

Es ist in der Fachwelt völlig unbestritten, daß hier eine klare Rangfolge gegeben werden muß, daß Verbrennung, wenn überhaupt, nur noch für Abfälle in Frage kommt, die nicht zu vermeiden und nicht stofflich zu verwerten sind.

Lassen Sie mich noch ein paar grundsätzliche Worte zu dieser Verpackungsverordnung sagen. Herr Kollege Scheuermann, Sie haben herausgearbeitet, daß dies eine erste Verordnung ist, die über das bisher verfolgte Prinzip der Freiwilligkeit hinausgeht. Ich halte dies für einen Fortschritt, den man anerkennen muß. Der Sinn einer solchen Verordnung ist, abgesehen von der konkreten Umsetzung, die, wie gesagt, auch von unserer Fraktion noch mit Verbesserungsvorschlägen bedacht werden wird, auf die Mülllawine zu reagieren.

Es gibt mittlerweile in der breiten Öffentlichkeit eine Diskussion, es entwickelt sich langsam ein Bewußtsein, und ich bin der Meinung, daß, wenn die Freiwilligkeit in diesem Bereich nicht greift, auch mit solchen Instrumenten reagiert werden muß. Ich möchte darauf hinweisen, daß es auch über die in der Verpackungsverordnung geregelten Bereiche hinaus im Handel und in der Industrie eine ganze Reihe von Möglichkeiten gibt, auf freiwilliger Basis noch weitere Schritte zu tun. Es gibt beispielsweise in der Schweiz das Lebensmittelunternehmen Migros, das auf freiwilliger Basis wesentliche Schritte zur Vermeidung von Verpackungsmüll getan hat, das schon seit langem eigene Transportsysteme entwickelt hat und das verschiedene Verpackungen für seine Produkte, beispielsweise bei Zahncreme, überhaupt nicht mehr anbietet.

(Jacobi)

Mit dem vorliegenden Entwurf einer Verpackungsverordnung können Industrie und Handel jetzt zum ersten Mal in die Verantwortung einbezogen werden. Ich glaube, daß dieses Instrument zu einem flächendeckenden Holsystem führen kann. Allerdings muß der kommunale Spielraum aufrechterhalten bleiben. Es darf nicht sein, daß durch diese Verpackungsverordnung kommunale Abfallwirtschaftskonzepte eingeschränkt werden, daß vorhandene Systeme und Konzepte dadurch beeinträchtigt oder gar unmöglich gemacht werden.

Zweitens muß die Industrie die getrennt gesammelten Verpackungsabfälle wieder in den Produktionskreislauf zurückführen. Das muß gewährleistet sein.

Ich möchte zum Schluß noch einen dritten Punkt festhalten, der, glaube ich, ganz wichtig ist. Entscheidend ist, daß die Schadstoffe gar nicht erst in die Kreisläufe gelangen. Egal, welche Verwertungsverfahren in Zukunft realisiert werden, egal, wieviel Mühe man sich dabei gibt, wieviel Geld man dafür ausgibt, das entscheidende Problem sind die Schadstoffe, die von Anfang an in den Produkten und auch in den Verpackungsmaterialien enthalten sind. Es muß das Ziel sein, daß diese Schadstoffe erst gar nicht in die Produkte und in die Verpackungen hineinkommen. Das Problem also sind die Schadstoffe von Anfang an. Erst wenn man an diese Schadstoffe herangeht, ist ein Kreislaufsystem überhaupt denkbar und realisierbar.

Der Umweltausschuß hat ja die Behandlung unseres Antrags zum Ausstieg aus der Chlorchemie bisher zurückgestellt, weil es jetzt Bewegung über das Umweltbundesamt gibt.

(Abg. Sieber CDU: Die haben eine Studie laufen!)

Ich glaube, daß wir in dieser Richtung weiterarbeiten sollten.

(Beifall eines Abgeordneten der SPD – Abg. Wieser CDU: Der Beifall kommt aus der falschen Ecke!)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

**Abg. Pfister FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Sie von einem Warenwert eines Produkts von 100 DM ausgehen, dann fallen davon für die Verpackung bei Nahrungsmitteln 5,90 DM an, bei Glas 2,70 DM und bei Spielwaren 1,20 DM.

Nun ist klar, daß Nahrungsmittel am teuersten verpackt sind. Das hängt einfach mit hygienischen Gründen zusammen. Klar ist auch, daß etwa empfindliche Elektrogeräte aus Schutzgründen ordentlich verpackt sein müssen. Das wird jeder verstehen.

(Abg. Dr. Wetter CDU: Sie haben noch nie eine g'scheite Frau kennengelernt!)

Allerdings wäre es insgesamt schon gut, wenn weniger verpackt würde. Deshalb sind wir sehr dafür, daß in Zukunft das ganze Drumherum an Verpackung weniger

werden muß. Das gilt insbesondere für Scheinpackungen, die Waren herausputzen sollen oder sogar den wahren Inhalt verschleiern.

Nun muß man wissen, meine Damen und Herren, daß das meiste Verpackungsmaterial nach wie vor im Mülleimer landet. In der Bundesrepublik Deutschland fallen derzeit jährlich rund 4 Millionen t Verpackungsmüll an, also Kartons, Flaschen, Gläser, Kunststoffbeutel, Spraydosen und vieles andere mehr. Dies alles landet im Mülleimer und bringt, wie Sie wissen, die Mülleimer zum Überquellen. Nicht die etwa 30 % Gewicht, die von Verpackungen herrühren, sind dabei hervorzuheben, sondern die 50 % Volumen, die diese ausmachen. Das ist das eigentliche Ärgernis.

Herr Staatssekretär, hier zeigt sich übrigens auch, wie überflüssig und eigentlich auch falsch der Versuch ist, die Müllgebühren nach Gewicht erheben zu wollen. Dies ist schon deshalb falsch, weil die Verpackungsmittel ein äußerst niedriges spezifisches Gewicht haben.

Zum Antrag der SPD-Fraktion will ich sagen, daß er nach meiner Überzeugung durchaus in die richtige Richtung zielt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist doch ein Wort!)

Ich weise darauf hin, daß die FDP/DVP-Fraktion bereits in diesem Frühjahr einen Sieben-Punkte-Plan vorgelegt hat. Ich will die wesentlichen Punkte noch einmal nennen:

Erstens: Rücknahmepflicht für Verpackungen.

Zweitens: Pfanderhebung als marktwirtschaftliches Instrument, um Mehrwegsysteme stabilisieren und ausbauen zu können; Frau Kipfer, Sie haben das auch angesprochen.

Drittens: Bevorzugung der stofflichen Verwertung vor einer thermischen Verwertung.

(Abg. Wieser CDU: Das ist die Scheuermann-Linie!)

Viertens: Ausbau der Kennzeichnungspflicht bei Verpackungsgütern, um dem Verbraucher ein entsprechendes Recycling ermöglichen zu können.

Fünftens: Verzicht auf Verbundpackungssysteme.

Sechstens: Wertstoffsammlungen, Verwertungssysteme, die durchaus privatwirtschaftlich organisiert und finanziert werden können.

Und schließlich siebtens: Ausbau der Wertstoffsammelsysteme und verursacherbezogene Gebührentarife.

Das waren die sieben Punkte, die wir in diesem Frühjahr aufgestellt haben. Das sind meines Erachtens Punkte, die in die richtige Richtung weisen.

Nun gibt es ja einen Verordnungsentwurf des Bundesumweltministers, der umfassende Regelungen zur Vermeidung von Verpackungsabfällen enthält.

(Pfister)

(Abg. Brinkmann SPD: Umfassende?)

Dieser Töpfer-Entwurf geht zu Recht davon aus, daß nur durch einen entsprechenden Druck auf Hersteller und Lieferanten direkt und indirekt eine Reduzierung der Müllberge zu erreichen ist. Es müssen allerdings Anreize für die Endverbraucher zur Müllreduzierung und Wertstoffsammlung hinzukommen. Die zurückgegebenen Verpackungen sind vorrangig zu verwerten – das will ich noch einmal ausdrücklich betonen – und ihrem ursprünglichen Zweck zuzuführen, also Wiederbefüllung und Wiederverwendung.

Meine Damen und Herren, ich meine, zweierlei ist insgesamt wichtig: erstens die Rücknahmepflicht bei bestimmten Verpackungen und zweitens eine Verbesserung bei den Sammelsystemen. Der Hebel ist also sowohl bei der Verpackungsindustrie hinsichtlich der Rücknahmepflicht als auch bei den Einzelhaushalten in Form marktwirtschaftlicher Anreize zur Erhöhung der Sammelquoten anzusetzen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Was ist mit dem Verwertungsgebot?)

Wir fordern deshalb eine Verstärkung der privatwirtschaftlichen und kommunal organisierten Wertstoffsammlungen und Verwertungssysteme ebenso wie spezifische Rücknahmepflichten seitens der Verpackungsindustrie. Es ist nach meiner Meinung höchste Zeit, daß marktwirtschaftliche Instrumente, das heißt die Kosten der Verpackung, in die Kalkulation des Produktpreises einfließen.

Auch wäre für mich – ich will das deutlich sagen – begleitend eine Verpackungsteuer dann nicht tabu, wenn sich herausstellen sollte, daß sich die Wirtschaft hinsichtlich der Vermeidung von Verpackungsabfällen nicht bewegen wird.

Letzte Bemerkung: Dem von der SPD geforderten totalen Verbot – wenn ich Sie, Frau Kipfer, richtig verstanden habe – des Inverkehrbringens von stofflich nicht verwertbaren Verpackungen kann ich in dieser Form allerdings nicht zustimmen.

(Abg. Brinkmann SPD: Das haben wir uñs gedacht!)

Ich befinde mich hierbei wohl auch in guter Übereinstimmung mit den sozialdemokratisch regierten Bundesländern.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Sieber CDU)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich dem Herrn Staatssekretär im Umweltministerium, Werner Baumhauer.

**Staatssekretär Baumhauer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich warne davor, die Verpackungen pauschal zu verteufeln. Es gibt Bereiche, in denen man auf die Verpackungen nicht verzichten kann;

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE:  
Aber bei Zahnpasta nicht!)

ich denke an Arzneimittel, an Nahrungsmittel. Es gibt natürlich Mogelpackungen, im übrigen nicht nur bei der Verpackungsindustrie, sondern auch bei der einen oder anderen Fraktion in diesem Haus.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Vermeintliche Wertsteigerungspackungen, siehe Zahnpasta! – Gegenruf des Abg. Brinkmann SPD)

Klar aber ist, daß alles getan werden muß, um von dem hohen Müllanfall herunterzukommen. Die Verpackungen tragen zum Hausmüll- und zum Gewerbemüllvolumen bekanntlich mit 50 % und zum Gewicht mit 30 % bei, so daß hier ganz sicher ein Ansatzpunkt zur Reduzierung des Mülls liegt.

Niemand wird bestreiten können, daß der mutige Entwurf des Bundesumweltministers bereits jetzt seine Früchte trägt und ein Umdenken in der Müllproblematik stattgefunden hat. Dabei will ich allerdings den Verbraucher, den Hersteller und den Gesetzgeber mit angesprochen haben.

Festzustellen ist weiter, meine Damen und Herren, daß die Landesregierung schon vor dieser Verordnung eine Initiative im Bundesrat eingebracht hat, die die Grundlage für diese Verordnung war. Wir wollten damit dazu beitragen, von der Verpackungsflut herunterzukommen.

Auch die Meinungsumfragen zeigen deutlich, daß das, was Herr Töpfer formuliert hat, diskutiert wird. Ich erlebe das, wie viele von Ihnen auch, wenn ich zum Einkaufen gehe. Ich sehe, was veröffentlicht und diskutiert wird. Hier ist wirklich eine Diskussion um eine vernünftige Lösung in Gang gekommen. Ob wir schon jetzt den Stein der Weisen gefunden haben – wer kann das schon für sich in Anspruch nehmen?

(Abg. Dr. Caroli SPD: Nein, ganz bestimmt nicht!)

Aber wichtig für uns ist eben auch, Frau Kollegin Kipfer – das habe ich bei Ihrer Darstellung ein bißchen vermißt –, die von uns gewollte Mitverantwortung der Wirtschaft. Daß jetzt die Wirtschaft neue selbständige Konzepte entwickelt hat, betrachte ich als einen großen Fortschritt. Ich füge aber im gleichen Atemzug hinzu, daß die Wirtschaft schon jetzt viel zur Müllvermeidung beigetragen hat. Besuchen Sie einmal Firmen, die Weißblech oder etwas Ähnliches herstellen. Dort wurde die Wiederverwertung zu einem hohen Maß durch Zielfestlegungen erreicht.

Wir meinen auch, daß Rücknahme- und Pfandpflichten, wie sie im Verordnungsentwurf vorgesehen sind, dazu beitragen können, eine Reduzierung des Mülls zu erreichen. Im übrigen haben bei der Bund-Länder-Besprechung kürzlich alle Länder dieser Verordnung im Prinzip zugestimmt. Sie haben die Verordnung begrüßt und gesagt, der Weg, auf dem wir uns befinden, sei der richtige.

(*Staatssekretär Baumhauer*)

Es ist auch klar, daß die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips bei den Herstellern und beim Handel mit dazu beitragen muß, daß die Kommunen von ihrer Entsorgungsaufgabe entlastet werden. Dies ist nach meiner Meinung durchaus ein Ansatzpunkt, sowohl beim Handel als auch bei den Herstellern und bei den Verbrauchern, von der Müllflut herunterzukommen.

Es ist auch ganz klar, daß der Vorrang der stofflichen Verwertung gegeben ist. Wir haben dies schon in der ersten Stellungnahme zu diesem Entwurf gefordert, und dies ist inzwischen auch fortgeschrieben worden, so daß man davon ausgehen kann, daß die stoffliche Verwertung und die Mehrwegsysteme vor der thermischen Verwertung kommen.

Allerdings, meine Damen und Herren, ist die Frage – und die hat gerade eine Rolle gespielt –, ob man die Verbrennung total vermeiden kann.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kipfer?

**Staatssekretär Baumhauer:** Ich darf vielleicht meinen Gedanken zu Ende bringen.

Von Herrn Töpfer ist klargestellt, daß die thermische Behandlung auf Verpackungen beschränkt bleiben muß, bei denen das stoffliche Recycling und andere Entsorgungswege von der Ökologie her nicht in Frage kommen. Solche Beispiele gibt es. Herr Töpfer hat bei der Anhörung, die kürzlich stattgefunden hat, gesagt, er denke daran, nach einer Übergangszeit solche Verpackungen zu verbieten, bei denen die stoffliche Verwertung nicht möglich sei. Dafür, daß dies so eingehalten wird, wie es auch in der öffentlichen Anhörung gefordert wurde, wollen wir uns gern einsetzen, wenn die Verordnung im Bundesrat erörtert werden wird.

Bitte, Frau Kipfer.

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Bitte, Frau Kipfer, zu einer Zwischenfrage.

**Abg. Birgit Kipfer SPD:** Herr Staatssekretär, in Ihrer Stellungnahme zur Ziffer 1 unseres Antrags ist davon die Rede, daß das Umweltministerium konkrete Änderungsvorschläge zu den §§ 3 und 4 gemacht habe. Könnten Sie das, was Sie soeben ausgeführt haben, noch etwas präzisieren und konkretisieren?

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Baumhauer:** Frau Kollegin Kipfer, ich habe ausgeführt, daß wir dafür sind, daß die stoffliche Verwertung Priorität vor der thermischen Entsorgung hat.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Wie?)

Das war in Ihrem Antrag gefordert worden, und dabei sind wir in voller Übereinstimmung, wie ich gehört habe, auch von seiten der CDU-Fraktion.

Meine Damen und Herren, ich verstehe nicht ganz, warum Sie ein solches Mißtrauen gegen die duale Abfallwirtschaft haben und manches unterstellen, was so nicht stattfindet. Wir gehen überhaupt nicht davon aus – und Sie können davon ausgehen, daß das so ist –, daß nach einem Weg gesucht wird, mit dem man billig zu einer Verbrennung kommt, sondern wir sind der Überzeugung, daß die Wirtschaft durch ein duales Abfallentsorgungssystem mit in die Verantwortung kommt und dies dazu führen wird, daß man beim Rohstoffeinsatz und beim Verursacherprinzip weiterkommt.

Der Kernpunkt dieser Verordnung liegt darin, daß wir vor allem schon in der Produktion damit beginnen, abfallfreundliche Produkte zu entwickeln. Ich bin sicher, daß diese Verordnung dazu beitragen wird. Wenn Sie mit der Industrie darüber sprechen, werden Sie feststellen, daß dies in einem hohen Maße der Fall ist. Informieren Sie sich doch einmal bei der Glasherstellung, bei der Papierverwertung und überall dort, wo Recyclingmethoden praktiziert werden.

(Zurufe der Abg. Birgit Kipfer und Brinkmann SPD)

Auf diesem Gebiet ist weit mehr geschehen, als Sie in Ihrer Darstellung hier gebracht haben.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Die Müllwerte sind nicht zurückgegangen!)

Wenn diese Verordnung so erlassen wird, wie sie konzipiert ist, und die angekündigten Ergänzungen aufgenommen werden, wird ein ganz großer Fortschritt bei der Vermeidung des Mülls erreicht werden.

Wir werden selbstverständlich nicht überall gelobt. Selbstverständlich hat der Einzelhandel Bedenken gegen eine Rücknahmepflicht, weil er die Rücknahme von der Organisation und von der Logistik her betreiben muß. Aber daß die Wirtschaft und der Handel mit in die Verantwortung genommen werden müssen, ist für uns selbstverständlich.

(Abg. Haasis CDU: Wir sind alle einverstanden, Herr Staatssekretär!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nachdem wir alle einig sind, Herr Kollege Haasis, kann ich meine Ausführungen kurz halten.

(Abg. Haasis CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Steuer CDU nimmt neben Abg. Haasis CDU Platz.)

Aber einen Punkt muß ich noch ansprechen, insbesondere in Richtung der Herren Landräte.

(Abg. Wieser CDU: Aber wenn ein Landrat einen guten Vorschlag macht, soll ihn die Regierung nicht rügen!)

Dazu haben Sie mich jetzt provoziert,

(Unruhe – Abg. Haasis CDU: Nur positiv!)

(Staatssekretär Baumhauer)

und zwar aus folgendem Grund, meine Damen und Herren.

Wir können selbstverständlich hinsichtlich der Vermeidungsstrategien gerade im Verpackungsbereich sehr vieles tun.

(Lebhafte Unruhe)

Aber klar ist, daß wir nach wie vor Standorte für Abfallbeseitigungsanlagen brauchen. Deshalb wende ich mich ganz besonders an die Herren Landräte, nicht nur mit dem Kopf zu nicken, sondern auch die Beschlüsse herbeizuführen. Die Opposition rufe ich auf, das in den Kreistagen nicht zu blockieren, sondern konstruktiv mitzuarbeiten, damit wir ein Abfallentsorgungskonzept auf die Beine bringen, das dann auch Hand und Fuß hat. Nur so, meine Damen und Herren, können wir weiterkommen.

(Abg. Dr. Maus CDU nimmt auf einem vorderen Abgeordnetensitz Platz. – Lebhafter Beifall bei der CDU)

– Jetzt kommt schon der dritte Landrat. Ich bin da also voll auf Sendung und habe natürlich auch die Unterstützung der Kollegen.

(Lebhafte Zurufe)

Frau Kollegin Kipfer, ich will zur Abstimmung noch etwas sagen. Sie haben ja Abstimmung beantragt. Der Ablauf ist folgender: Der Entwurf liegt vor. Die Anhörung der beteiligten Kreise, wie nach dem Abfallgesetz vorgesehen, hat stattgefunden. Die Verordnung wird überarbeitet. Sie wird voraussichtlich noch im Dezember im Bundesrat behandelt werden. Wir werden also die Möglichkeit haben, das, was Sie im Ausschuß dann konkret vorschlagen, zu berücksich-

tigen. Dies wird dann über die Landesregierung auch Eingang in die Verhandlungen im Bundesrat finden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Kipfer. Frau Kipfer, Sie haben aber nur noch eine Minute Redezeit.

**Abg. Birgit Kipfer SPD:** Herr Präsident, wenn es so ist, wie der Herr Staatssekretär sagt, daß unsere Beratung im Ausschuß der Beratung im Bundesrat noch vorangehen kann, dann sind wir für Ausschußberatung, weil sich gezeigt hat, daß die CDU-Fraktion lernfähig ist, aber andererseits die Aussagen des Herrn Staatssekretärs wenig konkret waren und der Nachfrage bedürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Hopmeier:** Vielen Dank. Dann besteht, nachdem mir keine Wortmeldung mehr vorliegt, Einigkeit darüber, daß dieser Antrag der SPD-Fraktion an den Umweltausschuß überwiesen wird. – Ich sehe keinen Widerspruch. Das ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit ist auch dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste, die 53. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg findet morgen, Donnerstag, den 11. Oktober 1990, vormittags 9.30 Uhr statt. Die Tagesordnung ist Ihnen bekannt.

Ich schließe die Sitzung und bedanke mich.

**Schluß: 19.43 Uhr**